Plenarprotokoll 11/67

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

67. Sitzung

Bonn, Donnerstag, den 10. März 1988

Inhalt:

(A) (C)

67. Sitzung

Bonn, den 10. März 1988

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Jenninger: Die Sitzung ist eröffnet.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Meine Damen und Herren, gestern nachmittag erreichte uns die Nachricht, daß der ehemalige Bundeskanzler **Kurt Georg Kiesinger** im Alter von 83 Jahren in der Tübinger Universitätsklinik verstorben ist. Am 6. April 1904 im oberschwäbischen Ebingen geboren, wäre er in wenigen Wochen 84 Jahre alt geworden.

Mit Kurt Georg Kiesinger ist wieder einer aus dem Kreis der großen politischen Persönlichkeiten von uns gegangen, die in der Gründungs- und Aufbauzeit der Bundesrepublik Deutschland an grundlegenden Entscheidungen mitgewirkt und über Jahrzehnte hinweg auf die politische Entwicklung unseres Staates maßgeblichen Einfluß genommen haben.

(B)

Kurt Georg Kiesinger hat bereits dem ersten Deutschen Bundestag angehört. Später hat er diese Jahre des Aufbaues einmal „eine glückliche Zeit" genannt. „Der politische Neubeginn 1949", so sagte er, „war geprägt von der Hochstimmung der wiedergewonnenen Freiheit, in allen Parteien . . . Die demokratischen Politiker hatten ein Grundgefühl gegenseitigen Vertrauens. Sie haben Demokratie gelebt, nicht nach Dogmen gehandelt."

Demokratie zu leben, nicht nach Dogmen zu handeln, eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, die gegenseitige Toleranz und die Debatte zwar leidenschaftlich, aber mit Sachargumenten und nicht persönlich verletzend zu führen, bestimmte von Anfang an sein parlamentarisches Wirken. Bereits im ersten Bundestag gelang es ihm als Berichterstatter im Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht, den entscheidenden Kompromiß für die Verabschiedung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht zu erzielen.

Von 1950 bis 1958 war Kurt Georg Kiesinger Vorsitzender des Vermittlungsausschusses — ein seinen Fähigkeiten zum Ausgleich, zur sachorientierten Überbrückung von Gegensätzen besonders entsprechendes Amt —, von 1954 bis 1958 auch Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. In dieser Zeit erwarb er sich mit seinen Beiträgen im leidenschaftlichen Streit um die Grundlagen der künftigen deutschen Außenpolitik, um die Westintegration und um die europäische Einigung einen Ruf als glänzender politischer Redner, als Meister der parlamentarischen Debatte.

Im September 1955 gehörte er zur Begleitung Adenauers bei dessen schwieriger Mission in Moskau, wo die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und die Rückkehr der noch in der Sowjetunion festgehaltenen Kriegsgefangenen vereinbart werden konnten.

Wo immer möglich, trat Kiesinger für Aussöhnung und Verständigung mit unseren Nachbarn ein. Von 1950 bis 1958 gehörte er der Versammlung der Westeuropäischen Union und der Beratenden Versammlung des Europarates an, in der er ab 1955 auch das Amt des Vizepräsidenten bekleidete.

(D)

Gebhard Müller, in den Nachkriegsjahren Ministerpräsident des damaligen Landes Südwürttemberg-Hohenzollern und später Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hatte 1947 den gelernten Rechtsanwalt für die CDU gewonnen und ihm das Amt des Landesgeschäftsführers übertragen. Im Jahre 1958, als Gebhard Müller Präsident des Bundesverfassungsgerichts geworden war, wählte ihn der Stuttgarter Landtag zu dessen Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten.

In den acht Jahren als Regierungschef Baden-Württembergs hat sich Kurt Georg Kiesinger als Landesvater bei den Bürgern und weit über die Landesgrenzen hinaus hohes Ansehen erworben. Er hat dort wichtige kultur- und wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen. Auf ihn geht die Gründung der Universitäten in Ulm, Mannheim und vor allem Konstanz zurück. Und er selbst hat einmal — nicht ohne Stolz — davon gesprochen, daß die Umweltpolitik unter seiner Verantwortung in Baden-Württemberg ihren Anfang genommen habe, indem er beispielsweise zum Nutzen des Bodensees die Schiffbarmachung des Hochrheins verhindern konnte. Der Umwelt und der Kulturpflege in den Dörfern und kleinen Städten galt seine ganz besondere Hinwendung.

Als 1966 die Koalition der Unionsparteien mit der FDP unter Bundeskanzler Ludwig Erhard zerbrochen war, wurde Kiesinger sein Nachfolger als Bundeskanzler und später auch als Parteivorsitzender der CDU. Unter seiner Kanzlerschaft an der Spitze einer Regierung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD gelang es, nicht nur die wirtschaftliche Rezession

Präsident Dr. Jenninger

(A) zu überwinden und die schwierige Lage der Staatsfinanzen zu bereinigen, sondern auch große Gesetzgebungswerke wie die Notstandsgesetze und wichtige Reformvorhaben wie die der Finanzverfassung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie das Arbeitsförderungsgesetz, das Berufsausbildungsgesetz und das Bundesausbildungsgesetz durchzusetzen. — Auf dem Gebiet der Außen- und Deutschlandpolitik leitete seine Regierung eine vorsichtige Öffnung nach Osten ein. Es war das Vorspiel zur Ostpolitik der SPD/FDP-Bundesregierungen, die mit dem Namen seines Außenministers und Nachfolgers im Amt des Bundeskanzlers, Willy Brandt, verbunden ist.

In unserer Erinnerung wird Kurt Georg Kiesinger als eine Persönlichkeit fortleben, die fest in den Werten des Christentums und der Humanität verwurzelt war und es verstanden hat, der Politik in unserer parlamentarischen Demokratie Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu verleihen, Fairneß walten zu lassen, Wege zu Kompromiß und Ausgleich zu weisen. Mit dieser Haltung, aber auch auf Grund seiner umfassenden humanistischen Bildung hat sich Kurt Georg Kiesinger Achtung und Anerkennung über Partei-, Landes-, ja Staatsgrenzen hinweg erworben.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit für alles, was er für unseren Staat, seinen Aufbau, seine Stärkung und Festigung getan hat.

Der Deutsche Bundestag trauert um Kurt Georg Kiesinger. Wir werden die Verdienste, die sich der dritte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland um unser Land erworben hat, nicht vergessen.

(B) Kurt Georg Kiesinger hat sich um das Vaterland verdient gemacht.

Sie haben sich, meine Damen und Herren, zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich bekanntgeben: In der 61. Sitzung des Deutschen Bundestages wurden die beiden **Anträge zum Hotelbauprojekt in Dalyan** — Drucksachen 11/1666 und 11/1872 — dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuß und dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit jeweils zur Mitberatung überwiesen.

Interfraktionell wird nun vorgeschlagen, die beiden Anträge dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuß, dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung zu überweisen.

Sind Sie mit diesen Überweisungsvorschlägen einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Weiterhin ist interfraktionell vereinbart worden, die verbundene **Tagesordnung** zu erweitern. Die Punkte sind in der Ihnen vorliegenden Zusatzpunkteliste aufgeführt:

(C)

1. Aktuelle Stunde: **Haltung der Bundesregierung zu den jüngsten Äußerungen der britischen Premierministerin zum Thema Nachrüstung** (in der 66. Sitzung erledigt)

2. Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß) zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN: **Vorhaben der Deutschen Bundesbahn, die Preise ab April 1988 zu erhöhen** — Drucksachen 11/1913, 11/1971 —

3. Beratung der **Sammelübersicht 51** des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) **über Anträge zu Petitionen** — Drucksache 11/1969 —

4. Beratung der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß):

   zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Schoppe, Dr. Mechtersheimer, Schily und der Fraktion DIE GRÜNEN: **Abrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa**

   zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN: Sofortiger Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die 72 Pershing-Ia-Raketen der Bundesluftwaffe

   zu dem Antrag der Fraktion der SPD: **Abschaffung der nuklearen Mittelstreckenraketen** — Drucksachen 11/230, 11/699 (neu), 11/732 (neu), 11/1475 —

5. Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Brahmst-Rock, Weiss (München) und der Fraktion DIE GRÜNEN: **Erhalt der DB-Strecke Wuppertal-Elberfeld–Wuppertal-Cronenberg** — Drucksachen 11/1918, 11/1972 —

6. Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Schöfberger, Schmidt (München), Vahlberg, Dr. Glotz, Lutz, Büchler (Hof), Frau Dr. Martiny, Porzner, Wimmer (Neuötting), Dr. Haack, Dr. de With, Kolbow, Leidinger, Sieler (Amberg), Stiegler, Dr. Wernitz, Müller (Schweinfurt), Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Frau Schmidt (Nürnberg), Amling, Büchner (Speyer), Frau Odendahl, Reimann, Schäfer (Offenburg), Bachmaier, Dr. Emmerlich, Ewen, Lambinus, Sielaff, Frau Dr. Hamm-Brücher, Irmer, Weiss (München), Frau Dr. Vollmer, Kreuzeder, Frau Teubner, Frau Saibold, Kleinert (Marburg), Sellin, Hüser, Frau Krieger, Schily, Hoss, Frau Vennegerts, Frau Flinner, Dr. Knabe, Frau Unruh, Volmer, Dr. Mechtersheimer, Frau Oesterle-Schwerin, Frau Brahmst-Rock, Häfner, Frau Hillerich: **Rangierbahnhof München** — Drucksachen 11/570, 11/1510 —

(D)

Zugleich soll mit der Aufsetzung der Zusatzpunkte — soweit erforderlich — von der Frist für den Beginn der Beratung abgewichen werden. Sind Sie auch damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 2 aufrufe, darf ich einige Gäste begrüßen. Auf der Ehrentribüne hat der Präsident des Legislativrates der Republik Zaire, Herr Chalume Wane Kawambe, mit einer Delegation des Legislativrates Platz genommen.

(Beifall)

Im Namen des Deutschen Bundestages begrüße ich Sie sehr herzlich in der Bundesrepublik Deutschland, Herr Präsident. Der Besuch unterstreicht die guten und engen Beziehungen zwischen unseren Parlamenten. Ich wünsche Ihnen nützliche und interessante Gespräche bei uns.

Wir freuen uns, daß Sie auch Berlin in Ihren Besuch einbeziehen. Die geteilte Stadt wird Ihnen ein anschauliches Bild von der politischen Lage unseres Landes und Europas vermitteln.

Präsident Dr. Jenninger

(A) Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Apel, Roth, Dr. Spöri, Daubertshäuser, Dr. Jens, Pfuhl, Vahlberg, Börnsen (Ritterhude), Dr. Hauchler, Huonker, Kastning, Frau Matthäus-Maier, Dr. Mertens (Bottrop), Oesinghaus, Poß, Reschke, Westphal, Dr. Wieczorek, Bernrath, Fischer (Homburg), Ibrügger, Dr. Soell, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Beseitigung steuerlicher Benachteiligungen von kleinen und mittleren Unternehmen

— Drucksache 11/1335 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Finanzausschuß (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft
Haushaltsausschuß

Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat ist für die Beratung eine Stunde vorgesehen. Ich sehe keinen Widerspruch. — Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Poß.

Poß (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Antrag „Beseitigung steuerlicher Benachteiligungen von kleinen und mittleren Unternehmen" betrifft zwei Problembereiche, die kennzeichnend für die Steuerpolitik dieser Bundesregierung sind. Zum einen geht es um die **mittelstandsfeindliche Steuerpolitik der Bundesregierung.** Sie führt nämlich dazu, daß die für unsere Volkswirtschaft dringend benötig-(B)ten Investitionen nicht in ausreichendem Umfang vorgenommen werden. Deshalb ist es erforderlich, daß endlich auch die Steuerpolitik ihren Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit leistet.

Zum anderen zielt unser Antrag darauf ab, daß die für Großunternehmen und Konzerne bestehende **Steuerschlupflöcher** endlich geschlossen werden. Es ist wirtschaftspolitisch absurd, daß durch geschickte Manipulationen Gewinne in Millionen- oder sogar in Milliardenhöhe am Fiskus vorbeigeschleust werden können und so dem Bund, den Ländern und den Gemeinden die notwendigen Mittel für Zukunftsinvestitionen fehlen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Flinner [GRÜNE])

Die steuerpolitische Zauberformel der Bundesregierung — höhere Gewinne, mehr Investitionen, mehr Wirtschaftswachstum und damit mehr Arbeitsplätze — ist für jedermann erkennbar nicht aufgegangen. Die Gewinne, vor allem die **Gewinne der Großunternehmen,** sind in den letzten Jahren zwar kräftig gestiegen. Die **Investitionen** stagnieren jedoch. Das Wachstum ist rückläufig und hat im letzten Jahr nur noch mickrige 1,7 % betragen. Und die Zahl der Arbeitslosen ist seit der Wende um rund ein Drittel auf 2,5 Millionen angestiegen.

Kennzeichnend für die Unternehmensbesteuerung dieser Bundesregierung ist auch eine Umverteilung, nämlich die **Umverteilung innerhalb des Unternehmensbereiches** zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen. 1983 begann die Bundesregierung ihre Steuerpolitik mit der Senkung der Unternehmensteu-(C)ern in einem Umfang von 10 Milliarden DM. Um das zu finanzieren, wurde die Mehrwertsteuer um einen Punkt erhöht. Das war auch kein Vorteil für nicht exportorientierte kleine und mittlere Firmen.

Von der Senkung der Vermögensteuer 1983 haben in erster Linie die kapitalstarken Großbetriebe profitiert. So entfielen in Nordrhein-Westfalen z. B. 60 % der Vermögensteuersenkung für Kapitalgesellschaften auf nur 0,7 % der Betriebe, d. h. mehr als 99 % der Betriebe mußten sich die verbliebenen 40 % teilen. Auch die Einschränkung der Hinzurechnung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer nutzt vor allem Großunternehmen.

Diesen Weg der einseitigen steuerlichen **Begünstigung von kapital- und gewinnstarken Großunternehmen** will die Bundesregierung auch in Zukunft entgegen ihren verbalen Bekundungen gehen. Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer bringt für die kleinen und mittleren Betriebe überhaupt nichts. Davon profitieren von den 1,7 Millionen Unternehmen, die Einkommensteuer zahlen

(Zuruf des Abg. Dr. Faltlhauser [CDU/CSU] — Glos [CDU/CSU]: Das ist doch unter Ihrem Niveau!)

— Herr Faltlhauser, ich kenne ja die Qualität Ihrer Zwischenrufe —, nur die 30 000 ertragsstärksten, also nicht einmal 2 %.

Von den geplanten Steuererhöhungen zur Finanzierung der Senkung des Spitzensteuersatzes werden dagegen auch die kleinen und mittleren Unterneh-(D)men betroffen. So ist die Streichung der Investitionszulage für Investitionen in förderungsbedürftigen Gebieten sowie für Investitionen, die der Forschung und Entwicklung dienen, extrem mittelstandsfeindlich. Die geplante Quellensteuer auf Lebensversicherungserträge belastet die Altersversorgung vieler Selbständiger. Insgesamt wird durch das Steuerpaket 1990 der Bundesregierung die steuerliche Benachteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber den Großunternehmen noch weiter verschärft.

(Zuruf von der SPD: Leider wahr!)

Die einseitige steuerliche Begünstigung von Großunternehmen und Konzernen hat auch wirtschaftspolitisch nichts gebracht. Viele Großunternehmen verfügen über hohe Gewinne und liquide Mittel. Statt in dem volkswirtschaftlich wünschenswerten Umfang in Produktivkapital zu investieren, stecken sie ihre Gelder jedoch lieber in festverzinsliche Wertpapiere oder andere Finanzanlagen. Die Hoffnung der Bundesregierung, daß sich dieses Verhalten bei einer Senkung des Spitzensteuersatzes ändern wird, ist durch nichts begründet. Es muß im Gegenteil, meine Damen und Herren, davon ausgegangen werden, daß die hierdurch bei den Großunternehmen anfallenden Mittel zu einem großen Teil weiter in ausländische Finanzanlagen gehen und so unserer Volkswirtschaft entzogen werden.

In der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation, in der es entscheidend auf mehr Investitionen zur Stärkung des Wachstums ankommt, muß es daher vorrangiges **Ziel der Steuerpolitik** im Bereich der Un-

Poß

(A) ternehmen sein, die ohnehin bestehenden Benachteiligungen der kleinen und mittleren Unternehmen abzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen muß beim **Eigenkapital** geholfen werden. Nach einer Veröffentlichung des Bundeswirtschaftsministers vom Oktober 1987 betrug das Eigenkapital der Unternehmen mit Umsätzen von weniger als 5 Millionen DM im Jahr nur 9,3 % der Bilanzsumme, während die Eigenkapitalquote der Unternehmen mit Umsätzen von über 100 Millionen DM jährlich 24 % und damit mehr als das Zweieinhalbfache betrug. Um den kleinen und mittleren Unternehmen die Finanzierung ihrer Investitionen zu erleichtern, muß endlich eine **steuerstundende Investitionsrücklage** eingeführt werden. Herr Glos und Herr Faltlhauser, Ihre alten Forderungen!

(Beifall bei der SPD — Roth [SPD]: Die betreiben die kalte Enteignung der Kleinen!)

Die steuerstundende Investitionsrücklage ist das wirksamste steuertechnische Instrument zur Förderung von Investitionen, da bereits das Ansparen für eine Investition erleichtert wird. Diese Rücklage wird ja auch seit Jahren von den Betrieben des Handwerks und des Handels gefordert.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, nach dem, was in den letzten Wochen — habe ich gesagt Koalitionsfraktionen oder Subventionsfraktionen oder Subventionsabbaufraktionen?, ich weiß

(B) das gar nicht — in der Presse zu lesen war, muß darüber hinaus befürchtet werden, daß Sie sich auch weiterhin für den Erhalt von **Steuerschlupflöchern für Großunternehmen und Konzerne** einsetzen werden. Sie planen die Herausnahme bzw. Abschwächung der Punkte, die auf eine Vermeidung von Steuerumgehung hinauslaufen. Dieses Hin und Her bei den steuerpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung ist ja inzwischen zum unrühmlichen Markenzeichen des Herrn Dr. Stoltenberg geworden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein Markenzeichen hätten Sie auch gern!)

Das gilt auch für die von Ihnen angestrebte Änderung bei der **Behandlung von betrieblichen Veräußerungsgewinnen.** Die derzeit bestehende Rechtslage, wonach Veräußerungsgewinne nur mit dem halben Steuersatz besteuert werden, entspricht in keiner Weise mehr der ursprünglichen mittelstandspolitischen Zielsetzung des Gesetzes. Es wurde aus mittelstandspolitischen Gründen diese Regelung eingeführt, um Einzelhändlern und Handwerkern am Ende ihres Berufslebens das Ausscheiden aus ihrem Betrieb nicht durch eine übermäßige Besteuerung zu erschweren und ihnen eine Alterssicherung zu erleichtern. Spektakuläre Einzelfälle der letzten Zeit haben aber gezeigt, daß in einem durch nichts zu rechtfertigenden Umfang auch die Veräußerung ganzer Konzerne begünstigt wird. Ich erinnere an den Fall Massa und an den Fall Flick. Durch eine geschickte Anhäufung von Gewinnen und stillen Reserven kann die Einmalbesteuerung umgangen und die Steuerbelastung halbiert werden. Das muß nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten verändert werden. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen zurück auf die ursprüngliche mittelstandspolitische Komponente. Wir haben hierzu vorgeschlagen, eine geeignete Freibetragsregelung und die Einführung einer Freigrenze vorzusehen. Zudem könnte erwogen werden, die Besteuerung des Veräußerungsgewinns mit dem durchschnittlichen Steuersatz der letzten drei bis fünf Jahre vorzunehmen.

Dem Vernehmen nach wollen Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, jedoch entgegen den Vorschlägen der fachkundigen Beamten auch in Zukunft Veräußerungsgewinne in Höhe von mehreren Millionen DM wie bisher steuerlich privilegieren. Diese Größenordnung zeigt, daß der Mittelstand von Ihnen nur vorgeschoben und als Alibi mißbraucht wird, um die Privilegien der Spitzenverdiener zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Uldall.

Uldall (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede von Herrn Poß und der Antrag der SPD gehen natürlich völlig am Thema vorbei,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Lachen bei der SPD)

denn die **mittelstandsfreundliche Steuerpolitik** ist immer von unserer Seite und nicht von Ihnen gekommen. (D)

(Roth [SPD]: Guten Morgen, Herr Oberlehrer!)

Deswegen will ich auch noch einmal ganz deutlich sagen: Diese Steuerreform, unsere Steuerreform ist in erster Linie eine Steuerreform zugunsten des Mittelstands.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Lachen bei der SPD — Zuruf von der SPD: Das Pfeifen im Wald!)

Da muß man sich schon sehr wundern, meine Damen und Herren, daß plötzlich die SPD ihr Herz für den Mittelstand entdeckt.

Einige Punkte dazu. Führen denn nicht die vom Kollegen Apel gerade im „Vorwärts", den ich hier als Fotokopie dabei habe, vorgeschlagenen Äußerungen zur Steuerpolitik dazu, daß die bestehende scharfe Progression noch weiter für den Mittelstand verstärkt wird, Herr Kollege Apel? Hier zeigt sich wieder erneut:

(Zuruf von der SPD: Lesen Sie mal vor, was da im „Vorwärts" steht!)

Die SPD ist die Partei der Steuererhöhung und ganz besonders die Partei der Steuererhöhung für die Mittelständler.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Apel?

(A)

Uldall (CDU/CSU): Ja, gerne.

Dr. Apel (SPD): Herr Kollege, wenn Sie schon den „Vorwärts" zitieren, dann bitte richtig.

(Zuruf von der CDU/CSU: Rückwärts!)

Ich habe dort darauf hingewiesen, daß es natürlich darum — — Haben Sie zur Kenntnis genommen — so muß ich ja formulieren; Herr Präsident, Sie haben ja recht, daß Sie ganz strafend gucken —, daß ich in diesem „Vorwärts"-Artikel ausdrücklich die Absenkung der Progression für dringend geboten halte, und können Sie bestätigen, daß ich gesagt habe, daß das aber derzeit deswegen unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden muß, weil der Herr Kollege Stoltenberg in einer unverantwortlichen Weise die öffentlichen Kassen für eine Steuerpolitik zugunsten der Begünstigten leerräumt?

(Zuruf von der CDU/CSU: Und das sagt der Schuldenminister!)

Uldall (CDU/CSU): Herr Kollege Apel, ich pflege alle Artikel, die Sie veröffentlichen, immer genau Zeile für Zeile zu lesen.

(Kuhlwein [SPD]: Da können Sie was lernen, Herr Uldall!)

Dies eröffnet manche Erkenntnis. Deswegen kann ich auch hier nur noch einmal aus diesem Artikel wiederholen: Sie wollen im unteren Bereich natürlich eine weitere Absenkung, aber das bedeutet doch in der Realität, daß dann in der zweiten Hälfte ab etwa

(B)

50 000 DM die Progression noch viel schärfer wird. Das ist gerade die zusätzliche mittelstandsfeindliche Besteuerung, die Sie einführen wollen, Herr Apel.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)

Aber ich möchte noch einige andere Punkte anführen. Belasten nicht gerade die zahlreichen von der SPD immer wieder geforderten **Abgaben** die **mittelständischen Betriebe** besonders? Ich nenne nur: die Ausbildungsplatzabgabe, die wir gerde mühsam im Ausschuß niedergekämpft haben, die Arbeitsmarktabgabe, die Ergänzungsabgabe, die Lärmabgabe, die Abfallabgabe, die Verbreiterung der Gewerbesteuerbasis, z. B. durch Einbeziehung der Freiberufler, und, Herr Apel, wird nicht in unserer gemeinsamen Vaterstadt Hamburg dem Mittelstand eine Konkurrenz insbesondere dadurch gemacht, daß man Beschäftigungsgesellschaften eingerichtet hat, die den mittelständischen Handwerksbetrieben subventionierte Konkurrenz machen?

Meine Damen und Herren, das paßt alles nicht mit dem zusammen, was jetzt die Sozialdemokraten zur Steuerpolitik sagen. Dieser Antrag der SPD geht deswegen am Thema vorbei.

Meine Damen und Herren, bei der **Besteuerung des Veräußerungserlöses** sind wir der Auffassung, daß man zu einer guten Lösung kommen muß. Ich könnte mir vorstellen, daß es bei uns in der Fraktion eine Mehrheit für eine Lösung geben wird, die so aussieht: zunächst ein Freibetrag, dann eine abgestufte Lösung für die mittleren Veräußerungserlöse und dann erst ab einem sehr viel höheren Betrag eine volle Besteuerung dieser Beträge.

(C)

Was die Investitionsrücklage betrifft, werden wir nachher durch meinen Kollegen noch eine entsprechende Darstellung vortragen.

Wir sind abschließend zu der Auffassung gekommen, daß die Sozialdemokraten nicht im entferntesten den Anspruch erheben können, hier als eine mittelstandsfreundliche Partei auftreten zu können. Wir haben durch die Senkung der Gewerbesteuer Tausende von Mittelständlern aus der Gewerbesteuerpflicht herausgenommen, wir haben durch die Senkung bei der betrieblichen Vermögensteuer Hunderttausende Betriebe aus der Steuerpflicht herausgenommen, und nun kommt die Steuerreform, die den Mittelstandsbauch abschneidet und somit einen entscheidenden Schritt nach vorne bedeutet.

Deswegen zusammenfassend mein Fazit: Unsere mittelständische Politik werden wir auch in Zukunft auf der steuerlichen Ebene erfolgreich fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hüser.

Hüser (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ihrem Antrag spricht die SPD zwei Instrumente an, die bei entsprechender Ausgestaltung dazu geeignet sein sollen, **steuerliche Benachteiligungen von kleinen und mittleren Betrieben** zu beseitigen. Für uns stellt sich hier natürlich die Frage, gegenüber wem diese Nachteile bestehen. Sind hier vielleicht die Nachteile gegenüber einkommensteuerpflichtigen Alleinerziehenden gemeint oder die steuerlichen Nachteile gegenüber Rentnern, Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen oder gegenüber finanzkräftigen Aktiengesellschaften? Ich zähle dies in diesem Maße auf, um deutlich zu machen, daß in der Regel bei einer Beseitigung von steuerlichen Nachteilen auf Einnahmen verzichtet wird. Diese Einnahmen fehlen dann natürlich bei der Bewältigung von dringenden Aufgaben, z. B. zur Verbesserung der Lage der Sozialhilfeempfänger.

(D)

Grundsätzlich sehen deshalb die GRÜNEN keine Vordringlichkeit in der jetzigen Situation, allgemeine steuerliche Besserstellung für kleine und mittlere Unternehmen anzugehen, gerade auch vor dem Hintergrund, wenn man sich eine neuere Studie des Ifo-Instituts in München anschaut, wo dargelegt wird, daß die **kleinen Unternehmen** die relativ **höchsten Erträge** einschließlich der Eigenkapitalverzinsung haben. Unseres Erachtens muß es darum gehen, gerade die steuerlich ungerechtfertigten Vorteile für Großunternehmen abzubauen.

Nun bezieht sich der Antrag nicht auf die allgemeine steuerliche Situation der kleinen und mittleren Unternehmen, sondern greift ganz speziell zwei unterschiedliche Punkte heraus. Im ersten Teil geht es um die **Ausgestaltung und Zielsetzung des Einkommensteuergesetzes,** und zwar im **§ 34.** Nach den Regelungen in diesem Gesetz vermag ich nicht zu glauben — das ist in der Begründung auch dargelegt —, daß die ursprüngliche Zielsetzung gewesen sein soll, der Altersvorsorge im mittelständischen Bereich Rechnung zu tragen. Es läßt sich nirgends herauslesen, daß durch die Besteuerung mit dem halben

Hüser

(A) durchschnittlichen Steuersatz auf die außerordentlichen Einkünfte besonders Klein- und Mittelbetriebe bevorzugt werden sollten. Wenn dies doch die Absicht war, so muß ich feststellen, daß nicht nur heute an Steuergesetzen schlampig gearbeitet wird, sondern daß dies anscheinend auch schon früher geschah.

So ist allein im **§ 16** des **Einkommensteuergesetzes** bei den Veräußerungen von Gewerbebetrieben ein Freibetrag von 120 000 DM festgesetzt für diejenigen, die zum Zeitpunkt der Veräußerung mindestens 55 Jahre alt sind. Daß aber grundsätzlich jeder seine außerordentlichen Einkünfte nur mit dem halben Steuersatz zu versteuern brauchte, unabhängig von seiner sonst so gepriesenen Leistungsfähigkeit, ist ein Skandal, steuersystematisch nicht nachzuvollziehen und absolut sozial unverträglich, obwohl es anscheinend in Ihr Konzept hineinpaßt.

Diese Steuervorschrift führte — das wurde auch vorhin schon dargelegt — zu Kapriolen, daß der gerade noch einmal am Sozialamt vorbeigekommene Herr F. über eine Milliarde DM Steuern sparen konnte, obwohl nicht abzusehen ist, daß Herr F. schon in den Ruhestand geht. Nach allem, was man so liest, kann man auch davon ausgehen, daß er anderweitig für sein Alter vorgesorgt hat.

Daß dieser Tatbestand ein untragbarer Zustand ist, hat die SPD wohl richtig erkannt. Deswegen begrüßen wir den Antrag in diesem Punkt. Anscheinend haben auch schon einige Damen und Herren im Finanzministerium gemerkt, daß hier Handlungsbedarf besteht, und haben eine neue Regelung in den Referentenentwurf zur Steuerreform eingearbeitet. Dies stößt aber (B) auf erhebliche Kritik seitens der Regierungskoalition, die die Schlupflöcher für die Konzernherren, für Besserverdienende und andere Klientel behalten will, aber schnell bei der Hand ist, wenn es um die Streichung der Steuerfreiheit für Nachtarbeitszuschläge und andere angeblich nicht gerechtfertigte Subventionen für die Arbeitnehmer geht.

(Uldall [CDU/CSU]: Nennen Sie doch mal ein paar!)

— Diese Punkte werden wir dann bei der Beratung im Ausschuß gerne ansprechen.

(Uldall [CDU/CSU]: Nein, jetzt! Wenn es so viele gibt, dann müßten Sie doch eines nennen können!)

— Es geht hier um den § 34. Wie groß diese Steuerschlupflöcher sind, habe ich ja gerade in einem Beispiel dargelegt, daß z. B. Herr Flick eine Milliarde DM Steuern sparen konnte, obwohl es überhaupt keinen Grund gibt, daß dies steuerpolitisch irgendwie gerechtfertigt ist.

Wahrlich ist der Entwurf nach unserer Ansicht nicht das Gelbe vom Ei. Er grenzt zwar die Steuersparmöglichkeiten nach oben ein, bringt aber erhebliche Einbußen für diejenigen, die bei dem § 34 wirklich an ihre Altersvorsorge gedacht haben sollten.

Wir wissen nicht, was uns das Kabinett am 22. März empfiehlt, wir aber empfehlen grundsätzlich Freibeträge gekoppelt mit der Altersgrenze, analog z. B. zum § 16 des Einkommensteuergesetzes, ansonsten volle Besteuerung nach dem durchschnittlichen Steuersatz der letzten fünf Jahre und mit Obergrenzen, ab (C) denen die Progressionsbesteuerung einsetzen soll.

Zum Schluß möchte ich noch kurz auf den zweiten Punkt in dem Antrag der SPD eingehen, wo eine **steuerstundende Investitionsrücklage** gefordert wird. Diesen Punkt haben wir ja schon in der Diskussion um das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz gehabt. Eine solche Rücklage würde schätzungsweise Steuerausfälle von 1,2 Milliarden DM im Jahr zur Folge haben.

Da ich annehme, daß die SPD davon ausgeht, daß die Unternehmen fortlaufend investieren und somit auch fortlaufend diese Investitionsrücklage gebildet wird, ist dieser Steuerausfall also auf Dauer und wird nicht durch geringere Abschreibungen in den Folgejahren getilgt. Durch eine solche Rücklage würde jegliche Investition gefördert, unabhängig von ihrem Zweck und ihrer Wirkung.

Die Höhe des direkt eintretenden Effekts der verringerten Steuerzahlung ist auch für ein Unternehmen von seiner Ertragslage unabhängig, also von seinem Steuersatz. Dies halten wir für falsch.

Die GRÜNEN treten statt dessen für eine Konzentrierung aller Förderungsmaßnahmen auf das Ziel, einen **ökologischen Umbau der Wirtschaft** zu unterstützen, und für gleich hohe Förderung aller Personen und Unternehmen, die sich dem Ziel des ökologischen Umbaus entsprechend verhalten, ein. Wir wollen also keine Steuervergünstigung, sondern direkte Finanzhilfen.

Darüber hinaus beinhaltet unser Umbauprogramm in zweifacher Hinsicht günstige Aussichten für kleine (D) und mittlere Betriebe, erstens auf der Subventionsseite, indem wir umweltverträgliche Produktionsumstellungsinvestitionen durch Finanzhilfen aus dem Aufkommen z. B. von Umweltabgaben fördern wollen, und zweitens auf der Nachfrageseite, indem die vorgeschlagenen Umbaumaßnahmen einen beträchtlichen Auftragsschub für Handwerk und Gewerbebetriebe auslösen würden, und zwar sowohl durch öffentliche Aufträge als auch durch private Aufträge, die durch Fördermaßnahmen und neue Vorschriften veranlaßt werden, z. B. im Energiesparbereich, im Verkehrsbereich, in der Kanalisation und in anderen öffentlich notwendigen umweltpolitischen Aufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Solms.

Dr. Solms (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag setzt die SPD-Fraktion ihre Kette unseriöser Argumente in der Steuerpolitik fort. Dies ist ganz eindeutig nachzuweisen.

Etwa vor einem Jahr stellte die Bundesregierung den zweiten und dritten Teil ihres Gesamtkonzeptes der **Steuerreform** mit enormen Steuerentlastungen für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmer und für die breite Masse der Steuerpflichtigen vor. Bis heute, ein

Dr. Solms

(A) Jahr später, hat die SPD kein Gegenkonzept und kein Alternativmodell der Öffentlichkeit vorgestellt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ganz im Gegenteil: Sie nutzt das Konzept der Bundesregierung und der Koalition, um Einzelpunkte herauszugreifen und Gegenvorschläge zu machen bzw. diese zu kritisieren, ohne daß ein Konzept im Gesamtzusammenhang deutlich wird. So geht das nicht, meine Damen und Herren, das ist unseriös. Sie müssen schon mit einem Gegenvorschlag kommen.

Mit diesem Antrag nun — und das überrascht auch schon nicht mehr — macht sich die SPD zum Verteidiger der mittelständischen Wirtschaft.

(Poß [SPD]: Zu Recht!)

Dem Antrag könnte man, zumindest in einzelnen Teilen, durchaus Sympathie abgewinnen, wenn man nicht wüßte, daß mit anderen Anträgen der SPD genau das Gegenteil bewirkt werden soll. Da müssen wir uns also schon mit den Einzelheiten beschäftigen.

Die steuerfreie **Investitionsrücklage** ist ja nun ein alter Hut und in diesem Hause vielfach diskutiert worden. Die klein- und mittelständische Wirtschaft braucht aber dauerhafte, endgültige, frei verfügbare **Steuersenkungen;** sie braucht keine Steuerstundung. Dieser Vorschlag der Investitionsrücklage hat ja nur steuerstundenden Charakter. Denn erst durch Steuersenkungen können die kleinen Unternehmen ihren Kapitalstock aufbauen und in Forschung und Entwicklung und in neue Arbeitsplätze investieren. Deswegen müssen die Steuern gesenkt werden und dürfen nicht nur verliehen werden.

(B) Schließlich zu der Argumentation zu **§ 34:** Ich kann dem, was in dem Antrag steht, durchaus zustimmen. Wenn ich aber sehe, wie das in der Öffentlichkeit argumentativ verwertet wird, beispielsweise Herr Poß, durch Ihre Presseerklärung vom Januar,

(Poß [SPD]: Die war gut, nicht?)

dann stelle ich fest, daß Sie genau das Gegenteil wollen. Sie werfen der Koalitionsregierung vor, sie wolle gerade die Milliardäre und Besitzer von Großvermögen schützen. Aus dem Konzept der Regierung geht jedoch genau das Gegenteil hervor.

(Poß [SPD]: Es gibt doch noch kein Konzept der Regierung! Das Kabinett hat noch nicht beschlossen!)

Man will diejenigen, die in einem langen Arbeitsleben im Betrieb gespart und stille Reserven aufgebaut haben, nicht in einem einzigen Augenblick einer vollen Besteuerung mit dem Spitzensteuersatz unterwerfen.

(Poß [SPD]: Richtig!)

Das ist auch richtig.

Welche Auswirkungen das haben könnte, will ich an einem Beispiel klarmachen: Bei einem Handelsbetrieb in der Innenstadtlage mit einem Betriebsgrundstück muß der Betriebsinhaber aus Altersgründen aufhören. Er hat keinen Nachfolger. Wenn er diesen Betrieb verpachtet, muß er die Aufdeckung der stillen Reserven versteuern, und zwar nach Ihren Vorschlägen zum vollen Steuersatz. Wenn Sie davon ausgehen, daß der Einheitswert des Betriebsgebäudes bei (C) nur 100 000 DM liegt, der Verkehrswert aber bei 2,1 Millionen DM, muß er also einen Gewinn von 2 Millionen DM versteuern, ohne daß ihm ein Pfennig zufließt. Das heißt, er muß rund gerechnet 1 Million DM Steuern zahlen, er hat aber überhaupt keinen Ertrag. Er muß das Geld aufnehmen, um die Steuern zahlen zu können. Wenn er seinen Betrieb verpachtet, bekommt er im Monat vielleicht 5 000 DM Pacht. Davon kann er nicht einmal die Zinsen zahlen, um die Steuern finanzieren zu können.

Solch unsinnige Auswirkungen kann dies haben. Deswegen war die Einführung des § 34 durchaus sinnvoll, nämlich in solchen Fällen die Steuerlast auf die Hälfte des Durchschnittssteuersatzes zu begrenzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir schlagen deshalb vor, daß man die Großfälle in den Griff kriegen muß. Der Fall Flick-Alma und der Fall Massa waren vom Gesetzgeber natürlich niemals bedacht worden, als man diese Regelung eingeführt hat. Übrigens hat diese Regelung — sie ist seit 1965 im Gesetz — bei allen möglichen Koalitionskonstellationen, die wir zwischenzeitlich hatten, immer Bestand gehabt. Das ist also im Grundansatz sinnvoll;

(Zuruf von der SPD: Das haben wir ja nicht bestritten!)

wir sollten dieses so fortsetzen.

Die FDP schlägt vor — etwa wie Herr Uldall gesagt hat —, daß man eine großzügige Freibetragsregelung im Entwurf einsetzt. Der gegenwärtige Ansatz im Referentenentwurf ist nach Meinung der FDP ungenügend. (D)

(Glos [CDU/CSU]: Auch nach unserer Meinung!)

Er geht nämlich davon aus, daß die grundsätzliche Achtelung der außerordentlichen Einkünfte und die anschließende Verachtfachung der hierauf entfallenden Einkommensteuer vorgenommen wird. Dies scheint uns zu eng. Die Lösung würde zu einer unangemessenen und überhöhten Besteuerung bei den Handelsvertretern, bei den Freiberuflern, bei den kleinen Gewerbetreibenden und natürlich auch bei den Arbeitnehmern, die eine Entschädigungszahlung beim Ausscheiden aus dem Betrieb erhalten, führen.

Dies würde insbesondere auch den **Strukturwandel** erschweren, weil viele Unternehmen wegen der drohenden hohen Besteuerung die Veräußerung oder die Aufgabe des Betriebs hinauszögern würden. Ein Unternehmer, der im Bereich der Vermittlung von Unternehmensanteilen und Unternehmen tätig ist, hat mir gesagt: Die Alternative besteht bei solchen Unternehmen mittelfristig zwischen Veräußerung oder Konkurs. Wir wollen die Veräußerungen, wir wollen den Strukturwandel erleichtern.

Deswegen, so sagt die FDP, sollten die Personengruppen, die hier geschildert worden sind, durch eine sehr großzügige Freibetragsregelung mit einem stufenweisen Übergang bis hin zur vollen Besteuerung entlastet werden. **Veräußerungsgewinne** in Höhe von etwa 2 Millionen DM sollten wie bisher mit dem hälf-

Dr. Solms

(A) tigen Durchschnittssteuersatz behandelt werden. Veräußerungsgewinne, die, sagen wir einmal: 10 Millionen DM oder mehr betragen, sollten dann voll mit dem Spitzensteuersatz belastet werden. Dann hätten wir das strukturpolitische Problem im Griff, würden aber die großen Ausreißer, die geschildert worden sind, einfangen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Fell.

Dr. Fell (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst bei der Bemerkung von Herrn Kollegen Solms zu den **Wirkungen des § 34** und den Überlegungen anknüpfen: Wir stimmen doch völlig überein. Es gibt keine großen, wesentlichen Unterschiede zwischen der FDP und der CDU/CSU. Auch wir sind der Meinung, die großen Ausreißer waren nie diejenigen, die bedacht werden sollten, sondern es ging um die mittelständischen Unternehmen, um deren Situation und darum, die in dieser Situation ausscheidenden Betriebsinhaber zu unterstützen. Denen zu helfen war und ist unser Ziel. Das werden wir in der Zukunft auch verwirklichen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens zur **Investitionsrücklage.** Auch da hat Herr Solms den entscheidenden Gesichtspunkt dankenswerterweise schon genannt. Ihre Überlegung mit

(B) der Investitionsrücklage führt zu einem Steuerausfall, führt zu einer Begünstigung bestimmter Investitionen, führt aber nicht zu dem, was wir mit der Steuerreform, speziell mit der Tarifreform, erreichen wollen: **Eigenkapitalbildung** in der Hand des Unternehmens ohne Investitionszwang in einem ganz bestimmten Zeitraum, ohne Zwang, der möglicherweise sogar reine Mitnahmeeffekte auslöst. Es geht nicht darum, die Investition in dem Zeitpunkt, in dem sie vorgenommen wird, zu begünstigen, sondern darum, Investitionen zu veranlassen, die auf Dauer rentabel sind, die auf Dauer Gewinne bringen, die auf Dauer dem Unternehmer Aktivitäten eröffnen und ermöglichen. Damit helfen wir im übrigen auch dem Arbeitsmarkt am allerbesten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dann möchte ich mich gerne mit fünf Argumenten kurz auseinandersetzen, Herr Poß, die Sie vorgetragen haben, weil das in dieser Diskussion wohl am deutlichsten macht, wo der Gegensatz zwischen Ihrem eigenen früheren Handeln und Ihrer heutigen Argumentation liegt.

Das eine: Sie sprechen von einem mickrigen **Wachstum** von 1,7 %, das wir gerade noch hätten. Ich darf Sie daran erinnern, daß Sie mit der Wortschöpfung „Minuswachstum" seinerzeit davon abgelenkt haben, daß wir zu Ihrer Regierungszeit nicht nur eine Wachstumssenkung, sondern sogar Wachstumsverluste hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf des Abg. Dr. Apel [SPD])

(C) Sie haben ein zweites Argument benutzt. Sie haben nämlich gesagt, die Gewerbesteuerregelung, die wir haben, die Senkungen und Erleichterungen, die wir durchgeführt hätten, nutzten vor allem nur den Großen. Können Sie mir den Widerspruch erklären, der sich daraus ergibt, daß wir heute in allen beteiligten Kreisen nur noch davon sprechen, daß die **Gewerbesteuer** zu einer Großbetriebsteuer entartet ist, weil gerade die kleinen und mittleren Betriebe durch die Freibeträge, durch die Sonderregelungen herausgenommen worden sind?

(Poß [SPD]: Ich habe von den Hinzurechnungen in 1983 gesprochen! Sie müssen das ganz konkret sagen!)

— Sie dürfen nur nicht punktuell argumentieren, wenn es um eine gesamtwirtschaftliche Linie geht. Sie dürfen sich da nicht auf einen Punkt beschränken, sondern müssen auch die Gesamtentwicklung einbeziehen.

Das dritte Argument, das Sie verwandt haben, war, die Senkung des **Spitzensteuersatzes** nutze den kleinen und mittleren Betrieben nichts. Sie haben natürlich fleißig daran vorbeiargumentiert, daß gerade die Tarifreform, gerade die Absenkung im mittleren Bereich für die mittleren und kleineren Betriebe den entscheidenden Vorteil, die entscheidende Entlastung in die Zukunft hinein bringt. Mit Ihrer Argumentation über den Spitzensteuersatz lenken Sie nur von dem ab, was wir mit der Steuerreform gerade für die kleineren und mittleren Unternehmen erreichen wollen und übrigens auch erreichen werden.

(D) Das vierte Argument war, Sie befürchteten eine **Flucht in Finanzanlagen,** Herr Poß. Es hat aber doch nie eine größere Flucht in Finanzanlagen gegeben als während Ihrer Regierungszeit. Damals war die Rendite in Finanzanlagen allemal höher als jede Investitionsrendite, die im Unternehmensbereich erzielt werden konnte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das deshalb dahin zusammenfassen: Wir wollen mit unserer Steuerreform Steuersenkungen und langfristig für die mittleren und kleineren Unternehmen verfügbares Kapital schaffen, Eigenkapital, das nicht nur eine vorübergehende Steuerstundung zu Folge hat, sondern das langfristig **Eigenkapitalbildung** ermöglicht und damit größere Bewegungsfreiheit im Interesse der Arbeitnehmer, im Interesse der Wirtschaft und damit auch im Interesse des Fiskus bringt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kastning.

Kastning (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns ja wohl darin einig, daß die Leistungen der **kleinen und mittleren Unternehmen** für unsere Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, für die Erschließung von Zukunftsmärkten, für Wettbewerb und vor allem für die berufliche Ausbildung und für den Arbeitsmarkt unverzichtbar sind. Sie stel-

Kastning

(A) len zwei Drittel aller Arbeitsplätze, und über 80 % der Menschen werden in diesem Bereich ausgebildet.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Herr Uldall, wenn Sie vorhin sagten, die SPD rede am Thema vorbei, so habe ich den Eindruck: Wer das Thema nicht erkannt hat, sollte sich eine solche Bemerkung nicht erlauben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben z. B. nicht erkannt, daß meine Partei mit der Ausbildungsabgabe gerade den Mittelstand, der mehr ausbildet, als er eigentlich könnte, entlasten und die Kosten zu den Großbetrieben verlagern will, die nicht entsprechend ausbilden. Thema nicht erkannt, kann ich hier nur sagen.

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, in diesem Bereich haben in den letzten Jahren auch mehr als 600 000 Menschen einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Wir wissen, daß dieser Bereich — darüber brauchen wir uns doch gar nicht zu streiten —

(Zuruf von der CDU/CSU: Gelber Punkt!)

mit seiner innovativen Kraft und Anpassungsfähigkeit zum **Strukturwandel** und auch, wie wir meinen, zur **ökologischen Erneuerung** unserer **Volkswirtschaft** beiträgt. Daß die kleinen und mittleren Unternehmen diese ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie in der Lage sind, Investitionen zu tätigen, ist doch wohl auch kein Geheimnis. Viele dieser Unternehmen stehen dem Problem gegenüber, daß ihr Investitionsbedarf und ihre Gewinne stark schwanken und auch zeitlich auseinanderfallen. Hier liegen ihre Sorgen, hier liegt auch ihre Benachteiligung gegenüber den Großunternehmen, denen in der Regel eine bessere Planung möglich ist.

(B)

Zur Verstärkung dieser **Investitionsfähigkeit** haben wir hier unseren Antrag vorgelegt. Meine Damen und Herren, dieser Vorschlag trägt der Tatsache Rechnung, daß viele kleine und mittlere Unternehmen nicht jedes Jahr Investitionen tätigen, sondern oft gezwungen sind, die dafür notwendigen Mittel über Jahre hinweg im Betrieb anzusparen. Das ist eben nach geltendem Recht nur aus dem versteuerten Gewinn möglich. Der Ansparvorgang wird aber doch wohl entscheidend verkürzt, wenn man die für Investitionen zu verwendenden Gewinnanteile durch Einstellung in diese Rücklage zumindest teilweise steuerfrei stellt.

Ich denke, damit wird gleichzeitig die **Eigenkapitalbildung** verbessert. Damit wächst auch der Spielraum für die Aufnahme von **Fremdkapital,** was ja auch eine Investitionsförderung, eine Verbesserung der Möglichkeiten darstellt. Die Unternehmen erhalten die Möglichkeit, Gewinnschwankungen auszugleichen und somit auch zu einer Verstetigung ihrer Steuerbelastung zu kommen.

Insgesamt — davon sind wir fest überzeugt — würde unser Vorschlag die kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber den Großunternehmen besserstellen und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke auch, daß der investitionsfördernde Effekt einer steuerstundenden **Investitionsrücklage,** Herr Solms, unbestritten sein dürfte. Darauf hat der Sachverständigenrat bereits 1982/83 hingewiesen. Auch das Ifo-Institut kommt in einer Untersuchung zu solchen Schlußfolgerungen. (C)

Ich möchte Sie auch darauf hinweisen — schade, daß Herr Hauser nicht hier ist —,

(Zuruf von der SPD: Der weiß, warum er hier fehlt!)

daß der Zentralverband des Deutschen Handwerks immer wieder betont hat, daß dies aus seiner Sicht eine sehr gute Maßnahme ist. Wir befinden uns in voller Übereinstimmung mit diesem Spitzenverband.

(Beifall bei der SPD)

Zu einigen Details: Damit die Investitionsrücklage tatsächlich angenommen wird, muß sie so einfach wie möglich ausgestaltet werden. Das ist selbstverständlich. Die Erfahrungen mit der 1983 eingeführten Sonderabschreibung nach § 7 g des Einkommensteuergesetzes zeigen nämlich, daß komplizierte Regelungen für kleinere und mittlere Betriebe mit Schwierigkeiten verbunden sind und der erwünschte Effekt daher häufig ausbleibt. Wir gehen davon aus, daß unser Vorschlag bezüglich der Rücklage von 50 000 DM von seiner Ausstattung her schon auf kleine und mittlere Betriebe ausgerichtet und für Großunternehmen praktisch uninteressant ist. Somit kann auch eine verwaltungsaufwendige Begrenzung auf bestimmte Betriebe unterbleiben.

(D)

Unser Modell sieht lediglich vor, daß nach Ablauf der Ansparfrist von fünf Jahren Investitionen im Anlagevermögen erfolgen, mit deren Anschaffungskosten dann die Investitionsrücklage verrechnet wird. Erfolgen keine Investitionen, dann ist die Rücklage erfolgswirksam aufzulösen, und die bislang unterbliebene Besteuerung wird nachgeholt. Dadurch entsteht ein zusätzlicher Anreiz, auch tatsächlich Investitionen zu tätigen.

(Zuruf von der FDP: Ob nötig oder nicht!)

Meine Damen und Herren, die Entscheidung über unseren Vorschlag duldet unseres Erachtens keinen Aufschub bis zu einer umfassenden Reform der Unternehmensbesteuerung irgendwann in den 90er Jahren, wie Sie sie angekündigt haben, wenn wir in absehbarer Zeit mehr Investitionen im mittelständischen Bereich haben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Daß es sich um eine längst überfällige strukturverbessernde Maßnahme handelt, wird ja wohl auch deutlich in Äußerungen der Kollegen von der CSU aus den vergangenen Jahren und auch von einzelnen Mittelstandspolitikern der CDU. Sie haben zwar in der letzten Periode einen entsprechenden Antrag der SPD abgelehnt, Sie können aber heute und in der letzten Beratung erneut versuchen, sich zu Ihren Worten zu bekennen.

(Zuruf des Abg. Gattermann [FDP])

Ich fürchte allerdings, Herr Gattermann, die Kollegen der CDU/CSU werden sich dem Diktat der FDP in

(A) bezug auf die Senkung des Einkommensteuerspitzensatzes wiederum unterordnen.

Wenn Sie sagen, der **Tarif**, den Sie vorschlagen, sei nun das A und O, so möchte ich fragen: Wissen Sie eigentlich, wie denn die durchschnittlichen Einkommen im Mittelstandsbereich sind, die zu versteuern sind? Es haben nicht alle die Größenordnung Ihres Unternehmens, Herr Dr. Solms. Ich habe in meinem Wahlkreis weit kleinere, die sich von Ihrem Tarifvorschlag gar nicht so bevorzugt fühlen.

Dann möchte ich auch fragen: Warum vergessen Sie die Gegenrechnung? Was ist denn z. B. mit der möglichen Mehrwertsteuererhöhung, mit der angekündigten Mineralölsteuererhöhung?

(Zuruf von der SPD: Genau! — Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Treffen die nicht den Mittelstand?

Meine Damen und Herren, ich halte es auch für müßig und für wenig hilfreich für den Mittelstand,

(Zuruf von der SPD: Im Mai sprechen wir uns wieder!)

nun die Abschaffung der Gewerbesteuer zu fordern, wie Herr Bangemann es tut.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Solms?

Kastning (SPD): Ja, bitte, wenn das nicht allzulange dauert.

(B) **Präsident Dr. Jenninger:** Das hängt auch von Ihrer Antwort ab. — Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Dr. Solms (FDP): Herr Kollege Kastning, würden Sie mir zustimmen, daß nach dem Tarifreformentwurf der Bundesregierung gerade die kleineren Unternehmen den höchsten Steuervorteil, nämlich die höchste Steuerentlastung, zu erwarten haben und nicht die großen Unternehmen?

Kastning (SPD): Herr Dr. Solms, erstens machen Sie immer eine Prozentrechnung, wie auch der Herr Finanzminister; die sagt nichts über die realen Beträge aus. Zweitens gehe ich davon aus, daß die Einkommen der kleinen Betriebe im Bereich der des Facharbeiters liegen, und Sie vergessen immer — ich sagte es vorhin schon einmal — die Gegenrechnung dessen, was wieder in die Staatskassen hereingeholt werden muß. Das schlägt ja auch irgendwo zu Buche. Machen Sie bitte eine Nettorechnung unter dem Strich; dann kommen Sie zu etwas anderen Schlüssen, als sie draußen immer propagiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Faltlhauser?

Kastning (SPD): Ich spreche hier das erste Mal zu einem Fachbereich, in dem ich erst seit kurzem tätig bin. Geben Sie mir die Chance, daß ich in einem Zusammenhang reden darf. Ich bitte um Verständnis. Ich bin bisher in einem anderen Fachbereich zu Hause gewesen. (C)

Meine Damen und Herren, ich möchte daran erinnern, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung eine Reihe von Änderungen bei der **Gewerbesteuer** durchgeführt hat — nämlich im Freibetragsbereich —, so daß heute weit mehr als die Hälfte aller Betriebe keine Gewerbesteuer und fast 80 % — ich glaube, es sind so viele — keine Gewerbekapitalsteuer zahlen. Ich finde, solch eine wichtige mittelstandspolitische Entscheidung sollte man in der heutigen Zeit nicht ganz vergessen.

Ich denke, daß vor diesem Hintergrund auch die Forderung von Herrn Bangemann, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch andere Steuern zu ersetzen, nicht gerade mittelstandsfreundlich ist.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Wenn die Gewerbesteuer nämlich durch eine Mehrwertsteuererhöhung ersetzt werden soll, würden dadurch die exportorientierten Großunternehmen bevorzugt, denn bekanntlich — das wissen Sie alle — wird die Mehrwertsteuer beim Export zurückgezahlt, während die kleinen und mittleren Unternehmen in Handel und Handwerk belastet werden, weil sie die Mehrwertsteuererhöhung vielfach nicht im Preis überwälzen können. Ich bitte Sie, sprechen Sie da auch einmal mit den Vertretern des Handwerks. Sie werden dort die gleichen Auffassungen vorfinden.

Meine Damen und Herren, aber auch der Ersatz der Gewerbesteuer durch eine Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer würde neben Arbeitnehmern vor allem die Einzelunternehmen als Einkommensteuerzahler wieder kräftig zur Kasse bitten. Das müssen Sie ja wohl auch durchgerechnet haben — ich kann es mir nicht anders vorstellen —, und dennoch wird so etwas vorgeschlagen. (D)

(Zuruf von der SPD: Bangemann rechnet doch nicht!)

Ich denke, solche mittelstandsfeindlichen Maßnahmen können nicht akzeptiert werden. Meine Damen und Herren, es gibt andere Vorschläge als die der FDP, die Gewerbesteuer umzugestalten, sie — wie wir sagen — zu revitalisieren. Sie liegen auf dem Tisch. Nach unserer Auffassung sind sie auch konsensfähig bei den Betroffenen — sowohl bei Teilen der Wirtschaft als auch bei den Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind bereit, an einer vernünftigen Reform der Gemeindefinanzen unter Einbeziehung der Gewerbesteuer mitzuwirken, aber wir sind nicht bereit, zu dem ja zu sagen, was hier vor allem aus dem Bereich der FDP immer wieder vorgetragen wird.

(Beifall bei der SPD — Kuhlwein [SPD]: Von der Zahnärztepartei!)

Präsident Dr. Jenninger: Ich erteile das Wort dem Herrn Bundesminister der Finanzen.

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der uns vorliegende Antrag der SPD-Fraktion versucht den ganz unzutreffenden Eindruck zu erwecken, die Bundesre-

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) gierung, die Koalitionsparteien benachteiligten durch ihre Vorschläge zur **Steuersenkung** und zugleich zu einer **Bereinigung des Steuerrechts von Sondertatbeständen und Subventionen** den Mittelstand. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kollegen der beiden Koalitionsfraktionen haben dafür schon, wie ich glaube, überzeugende Argumente vorgetragen.

Tatsächlich erreichen wir ja mit unserem umfassenden Konzept der Steuerreform, das wir in drei Schritten in dem Zeitraum von 1986 bis 1990 in Kraft setzen, eine nachhaltige Verbesserung der **Investitions- und Wachstumsvoraussetzungen** gerade für **mittelständische Unternehmen.** Wir setzen damit unsere im Herbst 1982 begonnene Politik zur Stärkung des Wettbewerbs und zur Förderung einer gesunderen Unternehmensstruktur fort. Im Gegensatz zu einer von der Sozialdemokratie sonst rein vordergründig geführten Verteilungsdiskussion geht die wirtschaftspolitische Diskussion in den letzten Monaten in Wahrheit in eine andere Richtung. Wir sehen uns zunehmend nicht nur von Wirtschaftsverbänden des Mittelstands, der Industrie, des Handels, sondern auch von Wirtschaftswissenschaftlern mit der kritischen Frage konfrontiert, ob wir für die Stärkung der Investitionsfähigkeit nicht noch mehr hätten tun müssen, ob hier im Grunde nicht noch weitere Spielräume hätten ausgefüllt werden müssen.

Das sind Perspektiven auch für die kommende Wahlperiode. Aber wir müssen Schritt für Schritt vorangehen. Jetzt geht es darum, das vereinbarte Konzept mit seinen großen unbestreitbaren Fortschritten für Arbeitnehmer und Mittelstand in ein Bundesgesetz umzusetzen.

(B)

Wir haben auf diesem Wege auch gerade zur Förderung der **Investitionsfähigkeit des Mittelstands** seit 1983 erste Schritte getan. Ich erinnere nur an die Verringerung der Gewerbe- und Vermögensteuerbelastung, die Einführung von Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Betriebe nach § 7 g des Einkommensteuergesetzes. Diese Möglichkeit haben wir durch eine Neuregelung, die bereits am 1. Januar in Kraft getreten ist nachhaltig verstärkt. Nachdem die erste Lösung nicht die erhoffte durchschlagende Wirkung hatte, erwarten wir uns von dieser Verstärkung wirklich eine verbesserte Investitionsvoraussetzung gerade für die kleinen Betriebe. Der Begriff „Mittelstand" ist ja etwas unscharf. Die einen denken an die Handwerksbetriebe mit 5 oder 30 Beschäftigten. Dann haben wir den industriellen Mittelstand. Wir reden also über ein sehr breites Spektrum verschiedener wirtschaftlicher Gruppierungen, die aber alle ihre große Bedeutung für unsere Wirtschaftsstruktur und auch für die Beschäftigungspolitik und vor allem für die Ausbildungsleistung in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Ich erinnere an die Verdoppelung des Höchstbetrages für den **Verlustvor- oder -rücktrag** nach § 10 d des Einkommensteuergesetzes und schließlich an die erheblich verbesserte Regelung für Abschreibungen bei Wirtschaftsgebäuden, die, wenn man die vorherige Verwaltungspraxis kannte, insbesondere mittelständischen Betrieben überdurchschnittlich zugute kommt.

(C) Aber der Kernpunkt ist ja ein ganz anderer. Es ist bezeichnend, daß die Sozialdemokraten ihn in ihrem Antrag ausgeklammert haben. Vor allem die grundlegende **Reform des Einkommensteuertarifs,** der Abbau der weit überhöhten Grenzbelastungen im Bereich mittlerer Einkommen, wird dafür sorgen, daß wir zu einer wirklich positiven Neuregelung gelangen. Unternehmerische Investitionen, die Bereitschaft, sich den Risiken des Marktes auszusetzen — die in manchen Gruppen unserer Bevölkerung und öffentlichen Meinung schwächer ist als in anderen sehr dynamischen Industrienationen — das alles wird in Zukunft eine wesentlich stärkere finanzielle Anerkennung finden. Vor dem Hintergrund dieser dauerhaften und nachhaltigen Tarifreform sind die Auswirkungen der Bereinigung unseres Steuerrechts von Sondertatbeständen zu gewichten, ist ihre Ausgestaltung zu bewerten.

Man muß also, Herr Kollege Poß, Einzelfragen wie gezielte Regelungen für den Mittelstand vom Gesamtkonzept her bewerten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer die Tarifreform wie Sie ablehnt, kann nicht beanspruchen, mittelstandsfreundliche Steuerpolitik zu gestalten.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Apel?

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Bitte sehr, Herr Kollege Apel.

(D)

Dr. Apel (SPD): Herr Kollege Stoltenberg, sind Sie mit mir einer Meinung, daß zu dem Gesamtkonzept der Steuerpolitik, über das Sie eben geredet haben, erstens Ihre Ankündigung massiver Verbrauchsteuererhöhungen im nächsten Jahre — das kann den Mittelstand nur treffen — und zweitens die Notwendigkeit gehören, nach 1990 massiv Mehrwertsteuererhöhungen durchzusetzen, um die riesigen Haushaltslöcher, die Sie mit Ihrer Steuerpolitik schlagen, zu schließen?

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Herr Kollege Apel, Sie bringen in Frageform Unterstellungen und Spekulationen, die Sie auch in der Öffentlichkeit erheben, die aber nicht mit der Beschlußlage der Bundesregierung übereinstimmen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich will Sie einmal daran erinnern, daß in Ihrer Regierungszeit die Verbrauchsteuern einschließlich der Mehrwertsteuer um 25 Millarden DM auf Jahresbasis erhöht wurden,

(Jahn [Marburg] [SPD]: Antworten!)

ohne daß Sie eine grundlegende Steuerreform zustande gebracht hätten.

Demgegenüber steht nach den Vereinbarungen der Koalition in Verbindung mit den zusätzlichen Einnahmeverzichten, die wir für die EG leisten, eine **Verbrauchsteuererhöhung** in der Größenordnung von, wenn wir uns einmal an der Belastung des nächsten Jahres orientieren, etwa 6 Milliarden DM an.

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) Wenn wir die direkten Steuern auf Arbeit und unternehmerische Tätigkeit um 50 Milliarden DM senken, ist dies eine Größenordnung, die überhaupt nicht als eine Gefährdung des vorrangigen Ziels kritisiert werden kann, Arbeit und unternehmerische Tätigkeit im Steuerrecht stärker anzuerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Apel?

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Nein, ich möchte jetzt fortfahren, Herr Kollege Apel, und werde mich mit Ihnen noch ruhig auseinandersetzen.

Wer die große Tarifreform ablehnt, schadet dem **Mittelstand,**

(Beifall bei der CDU/CSU)

trägt zu einer nicht vertretbaren Verschärfung der Progessionswirkung für den Mittelstand und die Facharbeiter bei. Das ist das Kennzeichen der sozialdemokratischen Steuerpolitik, der sogenannten Alternativen, die Sie ständig in der Öffentlichkeit vortragen.

In der Tat, meine Damen und Herren, wir gehen mit der Steuerreform an eine Generalüberholung des Steuerrechts heran. Das begründet ja auch die Kritik in der öffentlichen Diskussion durch viele Gruppen von Spitzenverbänden der Industrie bis zu Gewerkschaften. Sie alle verteidigen die **Privilegien von Minderheiten,** die bei einem gerechteren Steuersystem mit einer nachhaltigen Absenkung der Durchschnittsbelastung nicht mehr zu rechtfertigen sind. (B) Sonderregelungen, Steuersubventionen und Schlupflöcher müssen beseitigt werden. Das ist ein Erfordernis der Gerechtigkeit.

Im Ergebnis wird natürlich der **Abbau von Steuersubventionen** und Gestaltungsmöglichkeiten auf Grund der Progressionswirkungen die Bezieher sehr hoher Einkommen unvergleichlich stärker treffen als diejenigen, die ein Durchschnittseinkommen haben. — Das sind alles einfache Wahrheiten, Herr Kollege Apel, die, wenn Sie glaubwürdig argumentieren wollen, endlich auch einmal von Ihnen anerkannt werden sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich lese, was ich sonst nicht getan habe, im Augenblick gelegentlich auch einmal in der umfangreichen Literatur

(Pfuhl [SPD]: Den „Vorwärts"?)

— ich habe jetzt nicht an den „Vorwärts" gedacht; das wäre vielleicht eine neue Aufgabe für den „Vorwärts", das in einer Spalte aufzunehmen —, der vielen **Informationsdienste und Beratungsdienste** für die Vermeidung von Steuern, also für das Ausnutzen von Schlupflöchern. Das ist sehr interessant. — Sie empfehlen in Kenntnis unserer Steuerreformkonzeption ihren Beziehern, die ja hohe Preise bezahlen, folgendes Motto: Verändern Sie Ihre Anlagestrategien.

(Dr. Apel [SPD]: Gehen Sie nach Luxemburg! Dank der Quellensteuer!)

(C) — Nein, nein, sie schreiben etwas ganz anderes, Herr Kollege Apel. Sie haben erkannt, daß wir Ungerechtigkeiten zugunsten privilegierter Minderheiten beseitigen, die Sie in Ihrer ganzen Regierungszeit nicht beseitigt haben. Das ist das Ergebnis dieser Literatur.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Apel [SPD]: Auf nach Luxemburg!)

Ich nenne nur einmal einen Punkt, den die fachkundigen Kollegen in Ihrem Kreis ja sehr wohl kennen.

(Poß [SPD]: Was am Schluß rauskommt, Herr Stoltenberg! — Dr. Apel [SPD]: Das Schlupfloch Weihnachtsfreibetrag! Wunderbar!)

— Bleiben Sie doch einmal bei der Sache, Herr Apel; das würde Ihnen wirklich dienen in einer ernsthaften Debatte.

(Dr. Apel [SPD]: Das tue ich ja!)

Wenn wir z. B. die Versagung des Verlustabzugs beim Mantelkauf vorsehen, wissen Sie ganz genau, daß wir damit etwas tun, was der Steuergerechtigkeit dient und nicht den vielzitierten Reichen und Cleveren.

(Dr. Apel [SPD]: Und die Massen? — Poß [SPD]: Das haben Sie im Kabinett auch noch nicht beschlossen! — Stahl [Kempen] [SPD]: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!)

Ich will jetzt auch etwas zum Thema **§ 34 Einkommensteuergesetz** sagen. Er soll in der Neufassung den (D) Belangen der kleinen und mittleren Unternehmen Rechnung tragen. Wir sind der Meinung, daß hier eine Veränderung notwendig ist. In dem Punkt stimmen wir analytisch überein. Was ich dem Kabinett vorschlagen will, ist in der Grundstruktur folgendes: Wir wollen in Zukunft für außerordentliche Einkünfte bis zu einem Höchstbetrag, den die typischen Veräußerungsgewinne im Mittelstand nicht erreichen, den jetzigen halben durchschnittlichen Steuersatz empfehlen. Wir wollen darüber hinausgehende außerordentliche Einkünfte bis zu einem zweiten Höchstbetrag mit zwei Dritteln des durchschnittlichen Steuersatzes erfassen. Und für die hohen Einkünfte, die typischen Fälle, die uns, die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt haben, sehen wir in Zukunft die volle Besteuerung vor. Es ist ein gerechteres System, das wir verwirklichen. — Sie haben dazu, Herr Apel, 13 Jahre Zeit gehabt. Sie haben es nicht geschafft. Also mäßigen Sie Ihre Kritik in dem Punkt, in dem wir uns in der Sache ja einig sind, etwas.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist nur ein Beispiel dafür, daß wir uns um Steuergerechtigkeit bemühen und daß wir exzessive Nutzung von vorhandenen Schlupflöchern durch Milliardäre oder Besitzer großer Vermögen beseitigen wollen. Das ist ein Kernstück unserer Steuerreform, im Gegensatz zu dem, was Sie den Leuten erzählen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Poß [SPD]: Tun Sie doch nicht so, als seien Sie in den 70er Jahren dafür gewesen!)

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) Demgegenüber ist die **steuerstundende Investitionsrücklage** nach einer intensiven Diskussion der letzten Jahre nicht in unser Konzept aufgenommen worden. Sie kennen die Argumente und Gegenargumente. Es geht vor allem darum, die am Markt erfolgreiche Investition zu honorieren. Es ist besser für die Steuerpflichtigen, wenn ihr verfügbares Einkommen größer wird, über das sie in eigener Verantwortung entscheiden können, als daß wir durch Spezialregelungen eine subtile Form der Investitionslenkung herbeiführen. Das ist meine Überzeugung. Wir wollen nicht so stark in die Dispositionsfähigkeit der Unternehmen eingreifen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier noch einen Punkt kurz einbringen: Es ist wirklich hilfreich, wenn wir uns einmal in der deutschen Öffentlichkeit und im Parlament den Entscheidungen wichtiger Partner zuwenden. In den letzten Tagen hat nach langen Auseinandersetzungen die Große Koalition in **Österreich** zwischen Sozialistischer Partei und Volkspartei ihr **Konzept für die Steuerreform** vereinbart. Es gibt ein großes Maß an Übereinstimmung mit dem, was wir uns vorgenommen haben.

(Dr. Faltlhauser [CDU/CSU]: Genosse Vranitzky!)

Unter einem sozialistischen Bundeskanzler Franz Vranitzky, den ich aus seiner früheren Tätigkeit als Finanzminister sehr gut kenne, und unter einem sozialistischen Finanzminister Lacina wird folgendes Konzept verwirklicht: Erstens: Tarifreform, Senkung des Tarifsatzes von 10 % im Eingangssteuersatz und auf 50 % im Spitzensteuersatz. Der Spitzensteuersatz (B) in Österreich geht von 62 % auf 50 % zurück. Warum? Weil zur selben Zeit die Erweiterung der Bemessungsgrundlage mit größter Konsequenz vollzogen wird, weil Österreich in der Beseitigung von Ausnahmetatbeständen und Steuersubventionen und Sonderregelungen für Minderheiten mindestens so weit geht wie wir, und das ist sehr zu begrüßen. Zweitens: die Zurückführung von Sonderregelungen für Investitionsanreize. Das, was Sie uns empfehlen, wird in Österreich drastisch zurückgeführt. Drittens: die Einführung einer kleinen Kapitalertragsteuer. Ich habe das alles mit großem Interesse verfolgt nach manchen Debatten hier bei uns. Das ist dem sehr nahe, was wir in den letzten Monaten beschlossen haben. Die Ausnahme in Österreich entspricht etwa dem, was wir mit der Ausnahme für Sparbücher mit gesetzlicher Kündigungsfrist vorgesehen haben. Es ist zu 80 % das Modell, das wir in der Bundesrepublik Deutschland verwirklichen.

Schließlich erhöhen die Österreicher, weil sie in einer schlechteren Haushaltssituation als wir sind, in Verbindung mit dieser Steuerreform spürbar einige Verbrauchsteuern. Wir tun das nicht in Verbindung mit der Steuerreform, wir müssen es in Verbindung mit der EG tun.

(Zurufe von der SPD)

Herr Apel hat uns ja nun mittlerweile verlassen.

(Zurufe von der SPD)

— Es ist wirklich nur eine freundlich gemeinte Geste. — Herr Poß, es sollte Sie doch wirklich einmal nachdenklich stimmen, daß in diesem benachbarten, mit (C) uns so eng verbundenen Land unter entscheidender sozialistischer Beteiligung in der Regierung eine Steuerreform verwirklicht wird — beginnend mit der Senkung des Spitzensteuersatzes, der Erweiterung der Bemessungsgrundlage, mit dem Abbau von Sonderregelungen, der Einführung einer kleinen Kapitalertragsteuer —, die in allen entscheidenden Punkten mit dem übereinstimmt, was wir in der Bundesrepublik Deutschland jetzt verwirklichen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie müssen doch einmal Ihre Argumente überprüfen,

(Poß [SPD]: Das tun wir ständig!)

wenn Sie die internationale Steuerentwicklung — von den Vereinigten Staaten bis Österreich — sehen.

Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Wir werden nach den Kabinettsbeschlüssen am 22. März in Kürze Gelegenheit zu einer großen steuerpolitischen Diskussion haben. Ich lade Sie alle ein, konstruktiv daran mitzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der SPD an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? — Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

(D) Beratung des Antrags der Abgeordneten Frau Flinner, Kreuzeder und der Fraktion DIE GRÜNEN

Keine Flächen- und Betriebsstillegungen, sondern Überschußbeseitigung und ökologische Intensivierung der Landbewirtschaftung

— Drucksache 11/913 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (federführend)
Finanzausschuß
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Im Ältestenrat ist für die Beratung ein Beitrag bis zu zehn Minuten für jede Fraktion vereinbart worden. — Sie stimmen dem zu. Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Kreuzeder.

Kreuzeder (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich ein Glück für mich als Bauer, daß ich im Jahre 1988 noch die Chance habe, im Parlament über Landwirtschaft zu sprechen. Denn wenn in der EG noch öfter solche Beschlüsse gefaßt werden, dann wird es in diesem Parlament in absehbarer Zeit über Landwirtschaft nichts mehr zu verhandeln geben. Die neuen EG-Beschlüsse verdanken wir vor allem der Bundesregierung.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Ja!)

Die **Stillegung von Teilflächen** oder ganzer Betriebe und der Vorruhestand wurden in Brüssel ausschließ-

Kreuzeder

lich von Kohl und Kiechle durchgedrückt und sollen nun als Programm zur Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft verkauft werden. Mit unwahrscheinlichem Einsatz wurde anderen Mitgliedstaaten der EG klargemacht, daß die beste Maßnahme zur Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft die Stillegung derselben ist.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Allerdings!)

Für die **Vernichtung von bäuerlichen Existenzen** hatte die Regierung in diesem Jahr schon 4 Milliarden DM übrig — also nicht etwa zur Erhaltung, sondern zu deren Vernichtung.

Die zwei grundlegenden Probleme, die man in der Agrarpolitik hat, nämlich Überschußbeseitigung und die Einwirkungen der agrarindustriellen Landwirtschaft auf die Ökologie und auf die Natur, werden mit dem Programm Flächenstillegung ganz bestimmt nicht beseitigt.

(Eigen [CDU/CSU]: Aber verbessert! — Widerspruch bei den GRÜNEN)

— Auch nicht verbessert.

(Eigen [CDU/CSU]: Doch!)

— Nein. Herr Eigen, in Wirklichkeit wird etwas ganz anderes passieren: Die Überschüsse werden durch Flächen- und Betriebsstillegungen nicht verringert, sondern ganz im Gegenteil — die niedersächsische Grünbrache hat uns das bewiesen —: 98 % der stillgelegten Flächen waren ertragsschwache Gebiete. Auf den intensiven Standorten jedoch, so sagt es uns der Agrarbericht, war die Produktionssteigerung wieder 1,9 %. Das heißt — und da zitiere ich einmal den Professor **Dambroth,** der dazu etwas gesagt hat —:

> Durch die Intensitätssteigerung auf den übrigen Flächen werden die anfänglichen marktentlastenden Effekte wieder ausgeglichen, wie es das Beispiel in den USA schon gezeigt hat. Die Folge wird sein, daß in 5 Jahren bereits 30 % der Fläche stillgelegt werden müßte, um überhaupt noch eine Marktentlastung zu erzielen.

(Eigen [CDU/CSU]: Da kommen doch die nachwachsenden Rohstoffe wieder! — Lachen und Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das bedeutet, daß die Marktordnungskosten und die Überschußkosten durch dieses Programm nicht gesenkt werden. Und wenn unser Herr Minister Kiechle gar erwartet, daß die anderen Mitgliedstaaten dasselbe durchziehen werden, dann möchte ich nur einmal an die Milchkontingentierung erinnern, an das, was uns da passiert ist. **Holland** wird — das haben wir ja im Ausschuß das letzte Mal von der holländischen Delegation gehört — keinen Quadratmeter Fläche stillegen. Holland ist zur Zeit dabei, in Spanien Agrarflächen aufzukaufen. Und was passiert dann?

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

— Ja, was passiert dann? Die Preise werden weiter fallen, in der Bundesrepublik werden noch mehr Betriebe zum Aufhören gezwungen. Wir werden noch mehr Arbeitslose haben, von denen der Herr Staatssekretär Eisenkrämer in Wiesbaden auf einer DLG-Versammlung sagt: Es ist eigentlich gar nicht tragisch, wenn wir pro Landkreis ein Dutzend neuer Arbeitsloser aus der Landwirtschaft haben.

Daß es auch anders möglich wäre, das Schlagwort vom Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft mit Leben zu erfüllen, zeigt uns **Dänemark.** Dänemark wird in den nächsten 5 Jahren 10 % seiner Fläche mit staatlicher Unterstützung auf **biologischen Landbau** umstellen. Wie wichtig und wie sinnvoll das auch bei uns wäre, zeigt unsere Natur. Da ist der **Artenschwund** zu beklagen. Für zwei Drittel der vom Aussterben bedrohten Pflanzen- und Tierarten sind inzwischen Bauer und Bäuerin zuständig, weil sie mit Ihrer Politik in die Misere hineingetrieben werden, immer mehr Umwelt, Natur zu vernichten. Die **Bodenerosion** hat — das ist sogar in dem Gutachten der Bundesregierung gesagt — ungeahnte Ausmaße angenommen, speziell beim Hopfen und beim Zuckerrübenbau. Was uns die meisten Probleme bereitet — vor allem Ihnen —, sind die **Agrargifte im Grundwasser,** das eine unserer Lebensgrundlagen ist. Herr Späth wird am 20. März 1988 seine Rechnung für seinen Wasserpfennig kriegen. Da können Sie sicher sein.

(Zuruf von der CDU/CSU: Eine solide absolute Mehrheit wird er kriegen!)

— Wer's glaubt, wird selig.

(Zuruf von der FDP: Dann macht er eine Koalition mit euch!)

Es ist natürlich ganz klar, daß das in Ihren Überlegungen keine Rolle spielt; denn Sie wollen ja ganz etwas anderes.

(Eigen [CDU/CSU]: Was wollen wir denn?)

Das beste Beispiel sitzt auf der Regierungsbank: Herr von Geldern. Herr von Geldern sagt, er wolle ein neues Bild vom Bauern: nicht mehr den traditionellen Nahrungsmittelproduzenten, sondern den Bauern, der allen technischen und ökonomischen Neuerungen gegenüber aufgeschlossen sei. Das heißt ganz klar — deswegen ist ja im Landwirtschaftsministerium die neue Abteilung für Bio- und Gentechnologie eingerichtet worden —, Sie wollen den **Bauern,** der mit genmanipulierten Pflanzen und hormonbehandelten Tieren **agrarindustrielle Rohstoffe** produziert. Sie wollen die neue Leibeigenschaft, nichts anderes wollen Sie.

(Eigen [CDU/CSU]: Das wollen wir nicht! Sie sagen die glatte Unwahrheit!)

— Herr Eigen, Sie sprechen von der Unwahrheit. Immer mehr Bauern glauben uns, den GRÜNEN, und immer weniger Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Eigen [CDU/CSU]: Das glaube ich nicht!)

Von den GRÜNEN werden dieses Flächenstillegungsprogramm und der Vorruhestand, die Frührente als ein Herauskaufprogramm — nichts andereres ist es —, abgelehnt. Was wir wollen, ist die flächendekkende Verringerung der Intensität von Agrargiften.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen durch gezielte Förderung den biologischen Landbau erreichen, wie ihn Dänemark vorschlägt und durchführen wird. Ich weiß ja, daß Sie vom biologischen Landbau nichts halten. Sie sind

Kreuzeder

(A) eben nicht anders ausgebildet worden. Die Ausbildung hat sich inzwischen verbessert.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Statt Flächenstillegung z. B. eine Leguminosengrünbrache; Beimischungszwang, und zwar 50 % von einheimischen Getreidemitteln in die Futtermittel;

(Eigen [CDU/CSU]: Einverstanden!)

Einbeziehung der Substitute in die Getreidemarktordnung.

(Eigen [CDU/CSU]: Einverstanden!)

— Einverstanden? Warum haben Sie das denn letztes Mal im Ausschuß abgelehnt?

(Eigen [CDU/CSU]: Haben wir nicht!)

— Sicher haben Sie das abgelehnt. Sie haben gesagt, die EG müsse das machen. Herr Andriessen sagt, er könne sich gegen deutsche Agrarpolitiker nicht durchsetzen. Erzählen Sie den Bauern doch nicht immer etwas von dem katastrophalen Kreislauf, sondern geben Sie endlich zu, daß Sie ein Vertreter der Großgrundbesitzer sind so wir der Mann hinter Ihnen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind für die **Einführung der gestaffelten Preise** und fordern für eine sinnvolle Grundmenge der Produktion ein Einkommen, damit die bäuerlichen Existenzen, die jetzt noch vorhanden sind, alle erhalten werden; denn ihre Arbeit ist für uns sinnvolle Arbeit.

(B) Was die Bundesregierung zur Zeit fördert, wissen wir ja — vorgestern stand es in der Zeitung —: 20 Milliarden DM für den neuen Jäger 90. Dafür ist Geld in Massen vorhanden, aber für die Erhaltung von 15-ha-Betrieben ist, Herr von Geldern, anscheinend nichts übrig.

Nicht zuletzt brauchen wir **Bestandsobergrenzen mit Flächenbindung der Produktion.** Alle Parteien in diesem Haus fordern das seit Jahren. Nur, wenn DIE GRÜNEN den Antrag stellen — wir haben ihn diese Woche wieder eingebracht —, wird er von allen anderen Parteien leider abgelehnt. Sie sollten den bäuerlichen Familien einmal mitteilen, daß in ihrem Haus oft nur eine Täuschung der Bevölkerung versucht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An sich habe ich nichts gegen die Begriffe Stillegung und Vorruhestand, wenn Sie sie auf die Regierungsbank beziehen. Wenn die Regierungsbank stillgelegt und Herr Kiechle in den Vorruhestand geschickt wird, bin ich einverstanden.

Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Michels.

Michels (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kreuzeder, Agrarpolitik und Verteidigungspolitik aus ideologischer Sicht anzugehen wird nie zum Erfolg führen. Man sollte an die (C) Probleme sachlich herangehen, und so will ich es auch tun.

(Kreuzeder [GRÜNE]: Das eine bedeutet Leben, das zweite bedeutet Tod! Das ist der Zusammenhang!)

Vom Treffen der Umweltminister auf EG-Ebene zurückgekommen, schreibt Bundesumweltminister **Dr. Töpfer:**

> Erfolgreiche Umweltpolitik kann nur in Zusammenarbeit mit den Landwirten betrieben werden. Die Beschlüsse des europäischen Gipfels vom 12. Februar dieses Jahres geben eine besondere Chance, die Ziele der Umweltpolitik in der Agrarpolitik zu verwirklichen.

(Frau Flinner [GRÜNE]: Papier ist geduldig!)

Er schreibt weiter:

> Besondere Leistungen wie auch Produktivitätseinschränkungen der Land- und Forstwirtschaft zugunsten des Umwelt- und Naturschutzes sind angemessen zu honorieren, wie bereits auf dem EG-Gipfel beschlossen wurde.

In der Tat, dies ist unsere Linie: europaweites Herangehen an diese wichtige Aufgabe, noch **stärkere Berücksichtigung der natürlichen Belange von Mensch, Tier und Pflanze,** eben unseres Lebensraums.

(D) Mit Sicherheit wird es — ich sage das in aller Deutlichkeit — in Zukunft mehr Flächen geben, die nicht mehr für die Produktion von Lebensmitteln genutzt werden. Hier bietet sich uns die große Chance, auch gezielt solche Flächen aus der Produktion zu nehmen, um somit in ökologisch besonders wertvollen Gebieten eventuell sogar zu einer **Vernetzung von Teilflächen** zu gelangen.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

Eine Raumordnung ist gefragt, die auf Veränderung in der Landwirtschaft Bezug nimmt. Freiwerdende Flächen bieten sich an, in das **Freizeit- und Erholungsangebot** des ländlichen Raumes einbezogen zu werden.

(Frau Rust [GRÜNE]: Golfplätze? Oder was?)

Ich bin der Meinung, daß die Förderung des ländlichen Raums identisch sein muß mit der Entwicklung und Förderung solcher Verarbeitungsverfahren, die auf der Basis agrarischer Rohstoffe zu entwickeln sind. Zum Beispiel könnte ein Großteil unseres Verpakkungsmaterials aus Stärke hergestellt werden.

(Beifall des Abg. Eigen [CDU/CSU])

Damit würden wir gleichzeitig eine Umwidmung der Flächennutzung und eine Entlastung bei der Müllbeseitigung erreichen.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Weniger Verpackung brauchen wir!)

— Ja, so ist's recht.

(Frau Adler [SPD]: Dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu!)

Michels

(A) Wer heute darüber klagt, daß in der Vergangenheit auch ökologisch besonders wichtige Flächen unter den Pflug genommen worden sind, der soll sich doch bitte einmal daran erinnern, daß dies zum größten Teil nach dem Zweiten Weltkrieg geschehen ist, und zwar keinem anderen Ziel dienend, als den Hunger der Menschen zu stillen. Heute muß zum Glück bei uns niemand mehr hungern. Also können wir wieder auf die Nutzung eines Teiles der landwirtschaftlichen Flächen verzichten.

Es ist falsch, der Landwirtschaft global vorzuwerfen, sie verseuche durch den **Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln** Boden und Pflanzen.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Teilweise doch!)

Ich will nicht bestreiten, daß in Einzelfällen bei der Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln des Guten hier und da auch einmal zu viel getan ist.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Atrazin im Grundwasser!)

Es ist aber unverantwortlich, deshalb mit dem großen Knüppel auf die Bauern einzudreschen.

(Frau Flinner [GRÜNE]: Das macht doch niemand! Es geht um die Rahmenbedingungen, die Sie stellen!)

Beratung und besondere Hilfe sind angezeigt. Jeder muß mir doch recht geben, wenn ich feststelle, daß die deutschen Bauern mit den weitestgehenden Pflanzen- und Tierschutzgesetzen bzw. deren Auflagen in der Welt leben müssen. Im Europa der Zwölf gibt es kein (B) Land, das diesbezüglich seinen Bauern auch nur annähernd gleiche Auflagen macht.

Nun zu der Forderung der GRÜNEN, den **Stickstoff** zu verteuern.

(Kreuzeder [GRÜNE]: Jawohl!)

Wir halten diese Forderung für unrealistisch.

(Dr. Knabe [GRÜNE]: Möglich!)

Erstens wäre das nur möglich, wenn innerhalb der EG in allen Ländern gleichermaßen vorgegangen würde.

(Kreuzeder [GRÜNE]: Es ist unser Wasser, nicht das der anderen!)

Zweitens müßten die Grenzen zu Drittländern absolut geschlossen werden. Drittens könnte die Landwirtschaft die Ertragseinbußen ohne Ausgleich nicht tragen. Und dies alles müßte dann europaweit geschehen.

Wer sich auch nur ein wenig den Realitätssinn bewahrt hat, der weiß: Die Forderung ist unrealistisch, so nicht durchführbar und nur dazu geeignet, der Landwirtschaft Schwierigkeiten zu machen.

(Frau Flinner [GRÜNE]: Das ist nicht richtig!)

Die vor wenigen Wochen in Berlin durchgeführte Anhörung unter Teilnahme namhafter Wissenschaftler unseres Landes hat erneut deutlich gemacht, daß mit den feinsten Meßmethoden keine Rückstandsunterschiede zwischen den Produkten herkömmlicher (C) und den Produkten sogenannter ökologischer Herkunft festzustellen sind.

(Eigen [CDU/CSU]: Sehr richtig! — Frau Flinner [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Andererseits würden die deutschen und europäischen Bauern eine große Chance vertun, wenn sie nicht den **Bedarf an sogenannten ökologischen Nahrungsmitteln** decken würden. Daß die Käufer solcher Nahrungsmittel dann auch den kostendeckenden Preis zahlen müssen, versteht sich doch für jeden von uns von selbst.

(Frau Flinner [GRÜNE]: Wir zahlen heute für die Lagerhalden!)

Unsere Bauern warten auf die Umsetzung der Brüsseler Beschlüsse. Der **Brüsseler Gipfel,** der dank des großen Einsatzes unseres Bundeskanzlers und aller Beteiligten als Erfolg gewertet werden kann, hat nicht nur weltweite Anerkennung gefunden, sondern auch der Landwirtschaft Berechenbarkeit vermittelt und perspektivisch neue Möglichkeiten eröffnet.

Ich gehe auf die **Fragen** ein, die mir draußen gestellt werden.

(Frau Flinner [GRÜNE]: Warum sagen Sie nicht, daß die Milch ab dem 1. Januar schon wieder 3 % teurer geworden ist?)

— Ja, ist recht. — Wer nicht nur im Glashaus sitzt, sondern unter den Betroffenen ist, der kennt die Fragen, die aus dem Alltag der Bauern stammen: Kommt die vorzeitige Rente bei Produktionsaufgabe, und wann kommt sie? Ist eine rotierende Teilflächenstillegung möglich? Welche Entschädigung soll gezahlt werden? Wer kann daran teilnehmen? Wie wirken (D) sich die Maßnahmen zur Produktionsrückführung auf den Pachtpreis aus? Kann die freiwerdende Fläche bei vorzeitiger Rente auch ganz oder teilweise dem Pachtmarkt angedient werden? Können die stillgelegten Flächen nach Ablauf der Vertragszeit wieder ohne jede Einschränkung für den Anbau von Marktordnungsprodukten genutzt werden? Kann derjenige, der sich an der Teilflächenstillegung beteiligt, solche Flächen zupachten, die aufgrund der Produktionsaufgaberente frei werden?

Dies sind im wesentlichen die Fragen, die uns nach dem Brüsseler Gipfel draußen in der Landwirtschaft gestellt werden.

Es sind heute noch keine vier Wochen seit den Brüsseler Verhandlungen vergangen. Die Zeit ist zu kurz, um heute schon bis ins letzte Detail auf alle möglichen Einzelheiten eingehen zu können.

Im wesentlichen will ich das, bezogen auf unsere Forderungen an die Bundesregierung, tun. Wir gehen davon aus, daß die rechtlichen Voraussetzungen zeitlich so geschaffen werden können, daß ab 1. Juli 1988 **Flächenstillegung und vorzeitige Rente für Produktionsaufgabe** möglich sind. Nach den Brüsseler Beschlüssen sollte sowohl die Teilflächenstillegung als auch die Ganzstillegung für mindestens fünf Jahre angeboten werden. Bei der Teilflächenstillegung soll Rotation möglich sein. Die Entschädigung kann sich nach unserer Meinung zwischen ca. 700 DM und 1 450 DM je ha bewegen.

Michels

Wenn bei der Inanspruchnahme der vorzeitigen Rente ein Teil der Eigentumsfläche gegen Entschädigung in Höhe der gegendüblichen Pacht stillgelegt werden muß und der andere Teil verpachtet werden kann, dann wird für viele Junglandwirte die Zupacht ohne Pachtpreissteigerung möglich.

Wir sind aber auch der Meinung, daß das Ziel der Teilflächenstillegung, nämlich die Mengenrückführung, nicht durch Zupacht der durch dieses Programm freiwerdenden Flächen unterlaufen werden darf.

Selbstverständlich muß nach meiner Meinung ein Sanierungsverkauf vor Inanspruchnahme der vorzeitigen Rente möglich sein, damit in zumindest einem Teil der Fälle nicht der Kapitaldienst Rente und Eigentum verzehrt.

Wenn jemand seine Flächen für eine begrenzte Zeit gegen Bezahlung stillegt, muß er nach Ablauf dieser Zeit selbige Flächen wieder so nutzen können, wie es vorher der Fall war.

Der Pachtanteil unserer Bauern beläuft sich etwa auf 30 %.

Wir sind der Auffassung, daß die Teilnahme an diesem Programm nur möglich sein darf: erstens für selbstwirtschaftende Landwirte, zweitens, wenn mindestens fünf Jahre Eigenbewirtschaftung nachgewiesen wurde.

Unser Anliegen muß sein, daß alle Länder innerhalb der EG ihren Bauern so weit wie nur möglich auf diesem Weg entgegenkommen,

(Beifall bei Abg. Eigen [CDU/CSU])

damit das erste Ziel, die **Rückführung der Produktion,** in notwendigem Umfang erreicht wird. Denn beim Überschreiten der Getreideerntemenge von 160 Millionen t würde für die Bauern der Preis fallen und für uns alle der Absatz dieser Übermengen immer teurer werden.

Wir haben in Europa jetzt die große Chance, ohne rücksichtslosen Marktkampf die Produktion näher an den Bedarf heranzuführen, dadurch den ruinierenden Preisverfall zu stoppen, durch die Produktionsaufgabe-Rente vielen Familien zu helfen, ihr Vermögen zu erhalten und eine Rente zu beziehen, sowie den jüngeren Landwirten zur Stärkung ihrer beruflichen Grundlage das freiwerdende Land zum Teil zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, ich muß nun zum Schluß kommen. Ich gehe davon aus, daß wir auch auf dem Milchmarkt in Kürze zu einer Änderung kommen, und zwar so, daß wir die Molkereiregelung anwenden können, um Über- und Unterlieferungen ausgleichen zu können.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluß. Die für Sie vorgesehene Redezeit ist abgelaufen.

Michels (CDU/CSU): Schönen Dank. — Wer vor zwei Jahren gesagt hätte, daß wir heute hier stehen, der hätte dieses nicht abgenommen bekommen.

Ich möchte allen Beteiligten — dem Bundeskanzler, dem Bundeslandwirtschaftsminister und allen, die daran mitgewirkt haben — im Namen der Bauern recht herzlich danken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Flinner [GRÜNE]: Nein, nicht der Bauern!)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Adler.

Frau Adler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Flächenstillegungen als Lösung der Strukturkrise in der Landwirtschaft EG-weit? Ganz sicher nicht! Das Ziel, das damit erreicht werden sollte, kann nämlich nicht erlangt werden, weil man den Weg nur halbherzig geht, aus unserer Sicht sogar einen falschen Weg einschlägt.

Die zweitkleinste Partei im Hause nutzt die Gelegenheit, um auf neun Seiten ihre landwirtschaftlichen Grundpositionen hier erneut darzustellen.

Worum geht es? Die Agrarminister haben unter dem Vorsitz von Herrn Bundesminister Kiechle beschlossen, das **Flächenstillegungen** mit bis zu 1 400 DM prämiert werden können, wenn sie Marktordnungsprodukte aus der Produktion nehmen. 20 % der jeweiligen Anbaufläche müssen stillgelegt werden. Alle EG-Länder haben diesem **Kann-Vorschlag** zugestimmt. Auch wenn es heißt, die Länder seien verpflichtet, diese Regelung bei sich einzuführen, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies dennoch keine zwingende Umsetzung des Beschlusses beinhaltet.

Der Antrag der GRÜNEN begehrt nun die Überschußbeteiligung und die ökologische Intensivierung der Landwirtschaft. Lobenswerte Ziele! Nur, daß die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen die alleinseligmachenden sind, ist zu bezweifeln.

(Eigen [CDU/CSU]: Das ist immer so!)

Die Körnerleguminosen sind ein Beispiel für die Fixierung auf Allheilmittel ohne Durchschlagskraft. Ebensowenig glauben wir, daß ein neuer Steuertatbestand geschaffen werden sollte, wie bei Ihrer Forderung nach der Abgabe auf Stickstoffdünger. Klare und scharfe Umweltauflagen erreichten mehr. Ihre gestaffelten Erzeugerpreise geben außerdem ein falsches Signal.

(Eigen [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Das Ziel, Flächen aus der Produktion zu nehmen, ist vordergründig erst einmal verblüffend naheliegend. Dafür auch noch entlohnt zu werden ist herrlich. Milliardenbeträge für Nichtarbeit auszugeben erhält somit eine weitere Dimension in unserer Arbeitsgesellschaft.

Was spricht nun dafür, was dagegen? Dafür spricht, daß Flächen nicht mehr bebaut werden und somit erwartet wird, daß weniger Produkte, die der Marktordnung unterliegen, von der EG aufgekauft werden müssen, die Stabilisatoren einmal außer acht gelassen. Dabei hört es aber auch schon auf. Es steht mehr dagegen als dafür.

Der Agrarministerrat und die Regierungschefs haben vergessen, **Rahmenbedingungen** festzusetzen, unter denen der **Rückgang der Produktion** erfolgreich sein kann; denn die Zahlungen sollen ja Anreiz und

Frau Adler

(A) Ausgleich zugleich sein. Was passiert, wenn die Restflächen mit Marktordnungsprodukten bebaut, ja intensiver bebaut werden? Der Nachweis, daß weniger abgeliefert werden muß, bleibt aus. Die Gefahr der höheren Belastung der Böden und dadurch der Folgeschäden ist gegeben. Welche Böden werden als erste zur Stillegung angeboten? Natürlich die Grenzertragsböden oder/und Böden in benachteiligten Gebieten, die schwer zu bestellen sind,

(Eigen [CDU/CSU]: Das hängt von der Differenzierung des Angebots ab!)

eine Passivbereinigung in den strukturellen Problemregionen der Bundesrepublik also.

(Eigen [CDU/CSU]: Nein!)

Gerade die kleinen Hofstellen auf kargen Böden rechnen und legen Flächen still, die dann der Natur- und Landschaftspflege anheim fallen. Da wir aber ein Interesse daran haben müssen, daß es zu keiner regionalen Verschiebung der Versorgung kommt, kann das nicht in unserem Interesse liegen. Dies wäre ein **Strukturwandel gegen die bäuerlichen Familienbetriebe,** die in Sonntagsreden so hoch gelobt werden.

Außerdem kann diese Flächenstillegung die Zielsetzung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten konterkarieren, da mit Hilfe der Ausgleichszahlungen die Landwirtschaft gerade in diesen Regionen gehalten werden soll.

Außerdem besagen Hinweise, daß von den 46 Millionen Hektar Fläche mit Marktordnungsprodukten (B) nur 1,4 Millionen Hektar von den eigentlich notwendigen 14 Millionen Hektar freiwillig tatsächlich in die Stillegungen einbezogen werden.

Die Verlagerung innerhalb der Bundesrepublik auf große bewirtschaftete Flächen kann nicht ausbleiben. Ökologische Auflagen für diese Flächen fehlen vollständig.

Und noch jemand reibt sich die Hände: die EG-Partner. Sie mußten sich verpflichten, diese Maßnahmen anzubieten; sie mußten aber keine Zusage über ihre Umsetzung machen. Mit Leichtigkeit wird ein Land oder werden mehrere Länder in die Bresche springen, sprich: die freiwerdenden Mengen auf den Markt bringen. Die Obergrenze ist z. B. bei Getreide so gewählt, daß in normalen guten Erntejahren alle Produkte zum Garantiepreis aufgekauft werden müssen.

Was müßte geschehen? Wir Sozialdemokraten geben der **Extensivierung der Bodenbewirtschaftung** Vorrang vor der Flächenstillegung. Wo die regionalen Gegebenheiten nur dies zulassen, können jedoch in Einzelfällen unter bestimmten Bedingungen auch Flächenstillegungen möglich sein — ich betone: unter bestimmten Bedingungen.

Die Ausbringung von weniger Stickstoff in Form von Gülle und Agrarchemikalien muß gewährleistet sein. Chemische Hilfsstoffe in jedweder Form müssen kritisch gesehen und zurückgenommen werden. Die Belastung der Umwelt muß gesenkt werden. Der Naturkreislauf in der Lebensmittelkette weist uns da den Weg. Weniger ist dabei mehr.

(C) Dafür sollte der Landwirt einen Ausgleich erhalten. Landwirtschaftliche Produkte in der EG und aus Drittländern müssen dabei den gleichen hohen Anforderungen genügen.

(Eigen [CDU/CSU]: Dann gibt es keinen Import!)

Einfuhren von veredelten Produkten und Substituten müssen sich in geduldigen Verhandlungen an den Interessen der Menschen in der EG orientieren.

(Eigen [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Handelsdiktate sind zurückzuweisen. Die Weiterführung der GATT-Verhandlungen muß gesamtwirtschaftlich gesehen und eingebunden werden. Die Industrieinteressen und die damit verbundenen Arbeitsplatzinteressen dürfen nicht als Druckmittel gegen die Landwirtschaft eingesetzt werden.

(Eigen [CDU/CSU]: Richtig!)

Wir sind für mehr Markt und weniger Dirigismus. Auf dem Weg dahin sind **neutrale Einkommensausgleiche** notwendig. Sie müssen sich aber an vergleichbaren Einkommen messen lassen und den ökologischen Gesichtspunkt voll mit einbeziehen.

Noch ein Wort zur **Vorruhestandsregelung.** Eine verkappte Flächenstillegung steckt dahinter. Hier werden gegen die Landwirte Rahmenbedingungen geschaffen, die bei der großzügigen Flächenstilllegung fehlen. Es wird wieder auf dem Rücken der kleinen Leute gehandelt. 7 140 DM im Jahr plus 595 DM pro Hektar Stillegungsprämie kann für die strukturschwachen landwirtschaftlichen Räume ein (D) attraktives Angebot sein. Daß aber gerade da die Fläche dringend benötigt wird, wird dabei übersehen. Es gibt wieder Passivsanierung in den Dörfern, überwiegend im Süden der Bundesrepublik.

(Eigen [CDU/CSU]: Sie machen einen Kompromiß!)

Machen die anderen denn mit, oder sind Sie hier wieder freiwillig eine Verpflichtung eingegangen? In den EG-Ländern ist der Strukturwandel schon sehr weit fortgeschritten.

Die Frage, die die Bundesregierung offen und ehrlich beantworten muß, lautet, ob sie diesen Strukturwandel so will, wie er sich in Frankreich, in den Niederlanden oder in Großbritannien politisch schon vollzogen hat, oder ob es der Bundesregierung mit ihrer Beteuerung ernst ist, daß der bäuerliche Familienbetrieb eine Chance hat. Wenn sie letzteres will, dürfen keine Flächenstillegungsprogramme gemacht werden, die diesem Anspruch nicht genügen. Dann müssen Sie eine Vorruhestandsregelung schaffen, die sich an den sozialpolitischen Erfordernissen orientiert.

Daß den gewerblichen Arbeitnehmern der Vorruhestand dann nicht genommen werden darf, folgt schon aus dem Gleichheitsgrundsatz. Auch das sollten Sie bedenken.

Leben auf dem Lande und die Versorgung der Menschen können nicht in einer Situation des Konflikts mit anderen wirtschaftlichen Interessen entschieden werden. Was auf dem Tisch liegt, ist konzeptionslos, ein Stochern im Nebel ohne Aussicht auf Erfolg.

Frau Adler

(A) Sie werden Ihren Vorschlag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen durchsetzen. Schade, daß dann eine weitere Chance vertan ist.

Vordergründig kann im Einzelfall eine positive Bewertung erfolgen. Insgesamt aber bedeutet es, daß sich der Strukturwandel schneller und rasanter fortsetzt ohne Hoffnung auf die vorerst Zurückbleibenden.

Unsere Vorschläge habe ich genannt: Neutraler Einkommensausgleich und ökologische Vorgaben könnten mehrere Ziele erreichen: weniger produzieren und dies umweltverträglich mit der Chance, mehr Landwirten eine Existenz zu erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Heinrich.

Heinrich (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der GRÜNEN spiegelt die Auseinandersetzungen zwischen den Vorteilen und Nachteilen der allgemeinen **Flächenintensivierung** einerseits sowie der **Flächenextensivierung** und der **Flächenstillegung** andererseits wider.

Es ist meines Erachtens ein Thema, das nur im Dialog zu lösen ist. Denn schließlich geht es hier nicht um ein starres Entweder-Oder. Die Brüsseler Vorgaben zur Flächenstillegung zeigen, daß sehr viele Extensivierungselemente mit aufgenommen sind, die eigentlich von den GRÜNEN begrüßt werden müßten. (B) In diesem Sinne bitte ich auch um eine konstruktive Mitarbeit bei der nationalen Ausgestaltung der Brüsseler Beschlüsse.

Aber wir haben heute morgen vom Kollegen Kreuzeder gehört: Die GRÜNEN haben keine Lust, hier mitzumachen, weil die GRÜNEN

(Eigen [CDU/CSU]: Immer nein sagen!)

gegen Europa sind. Ihre Einstellung in der Verteidigungspolitik, ihre Einstellung in der Wirtschaftspolitik, ihre Einstellung in der Agrarpolitik ist europafeindlich. Genau aus diesem Grunde sehe ich keine Ebene, hier mit Ihnen konstruktiv weiterzukommen.

(Zuruf der Abg. Frau Flinner [GRÜNE])

— Frau Kollegin, wir reden darüber im Ausschuß noch weiter. Jetzt hören Sie einmal zu, was ich dazu zu sagen habe.

Die **Vorschläge der GRÜNEN** zur Umsetzung der Extensivierung sind für Liberale kein gangbarer Weg. Ich will einige Punkte aus Ihrem Forderungskatalog herausgreifen: Stickstoffabgabe bzw. Verbot anderer ertragssteigernder Produktionsmittel: Die Anhängerschaft dieser Forderung einschließlich mancher Professoren muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie durch kostensteigernde **Zwangsbesteuerungen und Verbote** die Landwirtschaft auf unerträgliche Weise drangsalieren wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Damit kämen gewaltige Bewirtschaftungserschwernisse und zusätzliche Kostenbelastungen auf die (C) Landwirte zu. Produktionszuwächse lassen sich nun einmal nicht durch Verbote aufhalten. Über eine wirksame Kontrolle ihrer Vorschläge verlieren die GRÜNEN in ihrem Antrag natürlich kein Wort; denn sie sehen die Unmöglichkeit der Kontrollierbarkeit ihrer eigenen Vorschläge.

(Eigen [CDU/CSU]: Sehr gut! — Frau Flinner [GRÜNE]: Das ist nicht wahr!)

Wir müßten dann nämlich vor jeden und neben jeden Landwirt europaweit einen Polizisten stellen.

Der **Einbeziehung von Getreidesubstituten in die EG-Getreidemarktordnung** kann ich — auch wenn der Kollege Eigen vorhin zugestimmt hat — nicht zustimmen. Es ist unrealistisch, diese Forderung zu einem Zeitpunkt aufrecht zu erhalten, wo die Uruguay-Runde des GATT versucht, die Handelsbeziehungen zu Drittländern auch im Agrarbereich auf dem Verhandlungswege zu entspannen. Etwas anderes als eine gütliche Einigung zwischen den Handelspartnern würde doch nur einen **Handelskrieg** heraufbeschwören. Das kann nicht unser Ziel sein.

(Eigen [CDU/CSU]: Aber Ihr Außenminister hat dem in Brüssel zugestimmt!)

— Nein.

Die FDP ist gegen eine **Renationalisierung der Agrarproduktion.** Unsere Haltung zu Quoten hat sich verständlicherweise — auch nach dem Durchführungsdesaster auf dem Milchmarkt — nicht geändert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ihr lernt auch nicht dazu! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU) (D)

— Herr Kollege Eigen, das müssen wir hier so stehenlassen. — Ich will die 160 Millionen t Getreide einmal als Quasi-Quote bezeichnen. Ich meine, daß wir bei diesem EG-Rahmen bleiben sollten. Es gibt doch keinen Sinn, kurz vor dem symbolischen Jahr 1992, statt gemeinschaftliche Binnenmarktsolidarität zu zeigen, wieder auf nationale Aufteilungen zurückzuverfallen. Diese Zeiten müssen vorbei sein. In dieser Form können wir Europa nicht fortentwickeln, und in dieser Form wäre auch keine Mehrheit in Europa zu bekommen.

Natürlich geht es bei den GRÜNEN auch nicht ohne Umverteilung. So wollen sie uns wieder einmal ihr System der gestaffelten Preise unterjubeln.

Ich sehe, daß die Zeit schnell vorangeht. Lassen Sie mich deshalb nur noch ein paar Sätze sagen.

Ökologische Konsequenzen aus der Flächenstillegung: Brüssel hat die Vorgabe der Flächenstillegung beschlossen. Dabei kommt die ökologische Extensivierung, wie sie die GRÜNEN wollen, nicht zu kurz. Die Befürchtungen, daß Restflächen intensiviert werden, wenn Teilflächen aus der Bewirtschaftung fallen, treffen nicht zu. Ein guter Landwirt bewirtschaftet schon heute seine Flächen nach bestem betriebs- und produktionstechnischen Wissen. Der Rückgang des Einsatzes von Pflanzenschutz- und Düngemitteln der deutschen Landwirtschaft entspricht dem stillgelegten Flächenanteil. Die Möglichkeit der extensiven Nutzung der stillgelegten Flächen, z. B. Weidebrache,

Heinrich

(A) ist bei geringerer Entschädigung vorgesehen. Die Rotationsbrache sollte bei der nationalen Umsetzung des Set-aside im Vordergrund stehen. Der Vorteil: Wegfall von Pflege- und Düngearbeiten, Auflockerung, Erweiterung der ohnehin zu engen Fruchtfolgen, Erweiterung der Pflanzenarten, Erosionsverminderung durch schließenden Pflanzenwuchs. Hier haben wir all die Maßnahmen vorgesehen, die Sie fordern. Sie wollen das vorliegende Konzept ja nur nicht zur Kenntnis nehmen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir haben bei der Rotationsbrache keine Verödung unserer Landschaft zu befürchten. Eine solche Vorgehensweise kommt der Bodengesundheit mittel- und langfristig entgegen und geht in die von den GRÜNEN eigentlich gewünschte Richtung.

Die **ökonomischen Konsequenzen der Flächenstillegung:** Unsere Bemühung muß es sein, durch Flächenstillegung zu erreichen, daß die Produktionsschwelle von 160 Millionen Tonnen mit den dadurch ausgelösten drastischen Preissenkungsmaßnahmen nicht überschritten wird. Der Grünbracheversuch in Niedersachsen, der für das europäische Flächenstillegungsprogramm Pilotfunktion für sich in Anspruch nehmen darf, zeigt, daß die Landwirte betriebswirtschaftlich kalkulieren. Je höher die Prämie ist, desto reizvoller wird es, die Brache in den Fruchtwechsel mit aufzunehmen. Das muß man sagen. Frau Adler, Sie müssen einfach erkennen, daß die von Ihnen auch angesprochene Verödung so nicht zum Tragen kommt.

(B) Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen zur **Produktionsaufgaberente.** Wenn wir die Wettbewerbsstruktur unserer Landwirtschaft verbessern wollen, wird uns die Produktionsaufgaberente eine große Hilfe — z. B. auch bei der Verringerung der zuviel ausgegebenen Milchquoten — sein. Auch hier haben wir einen positiven Effekt.

Der finanzielle Rahmen der EG, den wir natürlich zuerst national auffüllen müssen, ist meines Erachtens großzügig genug und für viele Landwirte attraktiv, um einzusteigen.

Ich will die Probleme nicht unerwähnt lassen, die wir jetzt intensiv diskutieren müssen, bevor wir unser Flächenstillegungsprogramm umsetzen. Dazu gehört natürlich in allererster Linie der Pachtmarkt. Hier meine ich, daß wir befriedigende Lösungen finden können, vor allem wenn man berücksichtigt, daß sich die Flächenverknappung durch die Stillegung und die Flächenmobilität durch die Produktionsaufgaberente gegenseitig ausbalancieren können. Deshalb wollen wir auch den gleichzeitigen Einsatz dieser beiden Möglichkeiten. Auch wird hier Mißbrauch durch die geplante vorhergehende Bewirtschaftungsdauer bei den stillzulegenden Flächen verhindert.

Der Brüsseler Gipfel hat grünes Licht für die Flächenstillegung gegeben. Neben der erwünschten Marktentlastung ist das auch ein ökologisch sinnvoller Weg. Es gelang den Regierungschefs erst im zweiten Anlauf nach Kopenhagen, Entscheidungen auf EG-Ebene zu treffen. Jetzt beginnt, Herr Kollege Eigen, der dornenreiche nationale Weg, die Flächenstillegung und die Produktionsaufgaberente praxisnah umzusetzen. (C)

Dabei ist mir besonders wichtig, daß die nationalen Finanzierungsprobleme so schnell wie möglich in Abstimmung mit den Ländern aus dem Weg geräumt werden. Denn wenn wir da nicht vorankommen, wird unser Programm nicht so ausgestaltet werden können, wie wir es uns alle wünschen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Flinner.

Frau Flinner (GRÜNE): Ich möchte ganz kurz darauf eingehen, daß Sie heute die 3%ige **Kürzung der Milchquote,** die mit der Flächenstillegung zusammenhängt, verschwiegen haben. Warum sagen Sie den Bauern nicht, daß Sie schon wieder um 3% kürzen? Denken Sie einmal an die Bauern im Schwarzwald, denken Sie an die Bauern im Allgäu! Es ist schlimm, was Sie mit uns Bauern vorhaben. Warum sagen Sie nicht, daß noch einmal um 3% gekürzt wird? Wir haben doch schon 8,5 % weniger. Jetzt kommen noch einmal 3 % hinzu.

(Susset [CDU/CSU]: Mit Flächenstillegung hat das nichts zu tun!)

— Herr Susset, belügen Sie doch nicht die Bauern weiterhin so.

Dasselbe ist es mit den nachwachsenden Industriepflanzen. In Baden-Württemberg haben einige Bauern Flachs angebaut. Der liegt bei ihnen in der Scheune, und sie haben noch keinen Pfennig dafür bekommen. Was soll das also mit den nachwachsenden Industriepflanzen? (D)

Präsident Dr. Jenninger: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eigen?

Frau Flinner (GRÜNE): Nein. Herr Eigen, wir streiten uns wieder im Ausschuß. Das muß ich heute hier einmal loswerden, daß Sie uns Bauern einfach belügen.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter Eigen, die Frau Abgeordnete ist nicht bereit, eine Zwischenfrage zuzulassen. Sie können wieder Platz nehmen.

Frau Flinner (GRÜNE): Herr Eigen, wir streiten uns nach der Osterpause wieder im Ausschuß.

Ich möchte Ihnen nur das eine sagen: Belügen Sie die Bauern draußen doch nicht immer! Ich bin Bäuerin, ich weiß doch, was ihr mit uns treibt. Es geht einfach nicht an, daß Sie hier die Rahmenbedingungen nicht nennen und daß Sie Geld dafür ausgeben, daß die deutschen Bauern aufhören. Die deutschen Bauern werden für die Industrie, für die EG geschlachtet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir GRÜNEN sind nicht gegen die EG, aber wir sind dagegen, daß man uns deutsche Bauern schlachtet.

Frau Flinner

(A) Herr Eigen, Sie wissen, daß der Überschuß dadurch nicht abgebaut wird. Es wurde hier schon angesprochen, daß es uns die Holländer letzte Woche gesagt haben: Es wird jede Chance genutzt, die Lücken, die wir Deutschen schaffen, aufzufüllen. Seien Sie doch nicht so blauäugig.

(Eigen [CDU/CSU]: Wenn Sie mich ansprechen wollen, dann ist es ein Dialog, und dann müssen Sie mir auch eine Frage gestatten!)

Ich möchte Ihnen nur noch einmal sagen: Denken Sie an uns deutsche Bauern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Herr Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Herr Dr. von Geldern.

Dr. von Geldern, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Flinner, niemand möchte Sie schlachten. Der Antrag der GRÜNEN zeigt, daß die Verfasser die **Einbindung der Landwirtschaft und der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft** und in die Weltwirtschaft immer noch nicht als Realität ansehen. Wir sind keine Insel, auf der wir Sandkastenspiele veranstalten könnten.

(Frau Flinner [GRÜNE]: Den Katalysator konnten wir für uns Deutsche auch einführen!)

(B) — Verehrte Frau Flinner, ich habe Sie doch in Ruhe angehört. Wenn Sie so laut rufen, versteht man Sie erstens nicht, und zweitens gilt: Wer schreit, hat unrecht. Sie kennen doch dieses alte Wort.

(Frau Dr. Götte [SPD]: Manchmal ist man auch betroffen! — Frau Flinner [GRÜNE]: Sie können sich nicht immer hinter der EG verstecken!)

— Wer schreit, hat unrecht.

In der Begründung des Antrags der GRÜNEN — das ist meine zweite Anmerkung — wird ständig von wachsenden **Umweltproblemen der Landwirtschaft** gesprochen, während selbst der gegenüber der Landwirtschaft sehr kritische Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem jüngsten Gutachten zu Umweltproblemen der Landwirtschaft hervorhebt, daß z. B. seit 1980 der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln stagniert, wenn nicht rückläufig ist.

Erfreulicherweise ist darüber hinaus festzustellen, daß die zahlreichen Maßnahmen der Bundesregierung und der Länderregierungen zur **Aufklärung der Landwirte über umweltorientierte Produktionsweisen** auf starkes Interesse der Landwirtschaft stoßen. Diskussionen über integrierten Pflanzenbau, umweltverträgliche Landbewirtschaftung und ähnliche Themen im landwirtschaftlichen Berufsstand belegen dies deutlich. Das ist doch erfreulich. Es gibt mittlerweile zahlreiche Programme des Bundes und der Länder, die in diese Richtung weisen.

Übrigens hat auch der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen niemals — wie die GRÜNEN — von (C) einer flächendeckend umweltbelastenden Landwirtschaft gesprochen. Sie polemisieren mit diesem Antrag gegen unsere Bauern, Sie verteufeln unsere Bauern, und das sollten Sie schleunigst einstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Flinner [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

— Sie kreischen schon wieder so, daß man es gar nicht verstehen kann.

Die Bundesregierung wird sich jedenfalls auch weiterhin für einen gezielten **Abbau von Umweltunverträglichkeiten** einsetzen. Die von den GRÜNEN geforderten pauschalen Maßnahmen wie Verbot der Halmverkürzer, Stickstoffsteuer und dergleichen

(Frau Flinner [GRÜNE]: Das wäre nötig!)

werden jedenfalls der Praxis unserer Landwirtschaft und ihren Problemen in keiner Weise gerecht.

Die **Kritik der GRÜNEN an den geplanten Betriebs- und Teilflächenstillegungen** — das ist meine dritte Anmerkung — entbehrt jedes sachlichen Fundaments und trägt der Realität nicht Rechnung. Man hat den Eindruck: Es tut Ihnen leid, daß wir in Richtung Extensivierung gehen; Sie bedauern, daß hier konkrete Schritte in diese Richtung gemacht werden. Seien Sie doch über dieses ökologische Angebot froh, statt daran herumzumäkeln! Die Alternative zum Angebot des freiwilligen Produktionsverzichts und freiwilliger Flächenstillegungen gegen Ausgleichszahlungen sind doch ausschließlich weitere drastische Preissenkungen. Wir haben doch keine andere Alternative. Die Folge wären weiter stark sinkende Einkommen der Landwirte, die durch direkte staatliche Einkommensübertragungen niemals in voller Höhe ausgeglichen werden können. (D)

Im Gegensatz zur Fraktion DIE GRÜNEN ist die Bundesregierung überzeugt, daß die geplanten Teilflächenstillegungen und die Produktionsaufgaberente auch in Gebieten mit guten Produktionsbedingugen, und zwar EG-weit, angenommen werden. Dies ist doch eine Frage der Ausgestaltung, der Differenzierung der Maßnahmen. Wenn wir entsprechende Ausgleichszahlungen leisten, wird das auf allen Standorten ein attraktives Angebot sein.

(Frau Flinner [GRÜNE]: Wer bezahlt denn die Ausgleichszahlung? Wer soll denn das Geld aufbringen?)

— Das ist schlimm. Man versteht das, was Sie sagen, nicht. Sie kreischen so.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nun reißen Sie sich einmal zusammen!)

Übrigens: Ein Viertel der landwirtschaftlichen Betriebsleiter sind zwischen 55 und 65 Jahre alt, und ein großer Teil — das zeigen Untersuchungen der Bundesforschungsanstalt — ist ohne Hofnachfolger. Viele dieser Betriebe — auch in Gebieten intensiver Produktion — können auf diese Weise von einer Produktionsaufgaberente Gebrauch machen, um die landwirtschaftliche Produktion ohne Vermögensverluste aufgeben zu können. Dies ist ein echtes soziales **Marktentlastungs- und Strukturverbesserungsprogramm,** ein Programm, das vier Zielen dient: dem sozialen Ziel des vorzeitigen Ruhestandes, dem

Parl. Staatssekretär Dr. von Geldern

(A) Marktentlastungsziel, dem Ziel der Strukturverbesserung und auch — das betone ich gerade vor dem Hintergrund des Antrages der GRÜNEN noch einmal — dem ökologischen Ziel einer Verbesserung des Lebensraums für wildlebende Pflanzen und Tiere und einer Erholung der Böden durch die Herausnahme aus der engen Fruchtfolge.

Die Bundesregierung hält übrigens auch die Vermutung der GRÜNEN, die freiwilligen Teilflächenstillegungen und die Produktionsaufgaben würden zu einem Brachliegen der benachteiligten Gebiete und zu einer Intensivierung der Produktion auf den besseren Standorten führen, für unbegründet. Ein großer Teil der benachteiligten Gebiete unterliegt als Grünlandstandort besonderen Produktionsbedingungen und gehört gerade nicht zur Zielgruppe dieser Maßnahmen, die ja bekanntlich auf Ackerflächen begrenzt sind. Die Ausgleichszulage sorgt auch in Zukunft für die notwendige Bewirtschaftung der benachteiligten Gebiete.

(Vorsitz: Vizepräsident Stücklen)

Sie haben das Stichwort Schwarzwald gebracht. Ich war gestern und vorgestern dort zu fünf Veranstaltungen. Ich kann Ihnen nur sagen, Sie sollten das einmal würdigen, was wir bei der Ausgleichszulage getan haben: von 1,4 Millionen Hektar auf 6 Millionen Hektar, von 100 Millionen DM von Bund und Ländern — dies noch vor vier Jahren — auf 700 Millionen DM.

(Zuruf der Abg. Frau Flinner [GRÜNE])

(B) Das kommt doch bei den Betrieben an. Mir haben es doch die Bauern im Schwarzwald selbst gesagt, daß sie das verspüren, was hier bei der Ausgleichszulage direkt für sie getan worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die **Intensität der Produktion** ist im übrigen unter den Gegebenheiten der Bundesrepublik auch auf den besseren Standorten dem betriebswirtschaftlichen Optimum schon sehr nahe. Das kann man nicht über Nacht weiter steigern, wie das bei den Teilflächenstillegungsmaßnahmen in den Vereinigten Staaten beobachtet worden ist.

(Eigen [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren. Nach Ansicht der Bundesregierung müssen die vom Europäischen Rat beschlossenen Maßnahmen zur Senkung der Überschüsse jetzt unverzüglich umgesetzt werden. Das gilt übrigens auch für die drei in dieser Debatte noch nicht erwähnten wichtigen Aufträge des Europäischen Rats, nämlich erstens im Rahmen der GATT-Verhandlungen — das Thema ist gestreift worden —

(Abg. Frau Flinner [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Frau Unruh [GRÜNE]: Da steht jemand!)

dafür zu sorgen, daß wir künftig Möglichkeiten gegen eine weitere ungehemmte Substitutenzufuhr bekommen;

(Frau Unruh [GRÜNE]: Hallo! Da steht jemand!)

(C) zweitens die Verbesserung des Getreideanteils im Mischfutter vorzunehmen und drittens die Ausweitung des Einsatzes nachwachsender agrarischer Rohstoffe im industriellen Bereich. Dies sind drei ganz wichtige Entscheidungen der 12 Regierungschefs dieser Gemeinschaft.

Vizepräsident Stücklen: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. von Geldern, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Ja, bitte sehr.

Frau Flinner (GRÜNE): Herr von Geldern, ich komme aus einem benachteiligten Gebiet, aber die Gelder, die wir dort bekommen haben, gleichen niemals das aus, was Sie uns bei der Milchquote abgezogen haben. Sie können doch nicht auf der einen Seite sagen, hier hätten Sie viele Gelder ausgegeben. Meine Frage geht dahin: Können Sie einmal einen ganz konkreten Fall nennen, in dem ein Landwirt dadurch, daß er dieses Geld für benachteiligte Gebiete bekommt, mehr eingenommen hat, als ihm bei der Milchquote abgezogen worden ist? Wie sehen Sie das?

Dr. von Geldern, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Wir haben vielfach Gelegenheit gehabt — wir werden sie auch in Zukunft, z. B. beim Agrarbericht, noch haben —, über die letztlich erfolgreiche Milchpolitik der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesregierung zu diskutieren. Aber Sie machen jetzt wieder (D) das beliebte Spielchen — vorhin haben wir schon etwas vom Jäger 90 gehört —, daß Sie jetzt ganz unterschiedliche Sachverhalte, z. B. die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete und die Frage des Systems der Milchquotenregelung, miteinander vermengen und durcheinander bringen.

(Frau Flinner [GRÜNE]: Nein! Nein, Herr von Geldern!)

Das führt uns nicht weiter und auch die Landwirtschaft nicht weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU — Weiterer Zuruf der Abg. Frau Flinner [GRÜNE])

Ich komme jetzt zu einer weiteren Bemerkung im Rahmen des vorliegenden Antrags der GRÜNEN. Ich meine, es kommt darauf an, das, was der Gipfel vorgegeben hat, jetzt schnell umzusetzen, damit die Bauern wissen, woran sie sind. Es ist wirklich kein Spielraum für Experimente mit grünen Wunschvorstellungen auf Kosten der Landwirtschaft, meine Damen und Herren. Für Sandkastenspiele illusionärer Art haben wir überhaupt keine Zeit. Die Landwirte müssen jetzt schnell wissen, welche reellen Chancen in der freiwilligen Senkung der Produktion durch Stillegung von Flächen gegen Ausgleichszahlungen liegen. Sie müssen darüber auch aufgeklärt werden und ein konkretes gesetzliches Angebot bekommen. Nur auf diesem Wege sind die Überschüsse in den Griff zu kriegen. Nur so sind auf die Dauer wieder befriedigende Preise und Einkommen zu erzielen.

Ich möchte deshalb eine Schlußbemerkung machen. Das ganze Programm, das der Europäische Rat

Parl. Staatssekretär Dr. von Geldern

(A) vorgegeben hat und das wesentlich ein Verdienst unseres Bundeskanzlers ist, ist nicht nur ein Programm für die Landwirte, die davon konkret Gebrauch machen, sondern ein Programm auch für alle die Landwirte, die keinen Gebrauch davon machen. Es ist ein Programm für die Gesamtentwicklung unserer Landwirtschaft, weil nur auf diese Weise **Chancen für eine bessere Erzeugerpreisentwicklung** eingeräumt werden, die wir in den letzten Jahren deshalb versäumt haben, weil einfach viel zu viel produziert worden ist und die Überschüsse die Preise erschlagen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache. Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der GRÜNEN an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Ist das Haus damit einverstanden? — Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die **Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und der Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1988**

— Drucksache 11/1833 —

(B)

aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)

— Drucksache 11/1967 —

Berichterstatterin:
Abgeordnete Frau Steinhauer

bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

— Drucksache 11/1974 —

Berichterstatter:
Abgeordnete Sieler (Amberg)
Strube
Zywietz
Frau Rust

(Erste Beratung 61. Sitzung)

b) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherungen, insbesondere über deren Finanzlage in den künftigen 15 Kalenderjahren, **gemäß §§ 1273 und 579 der Reichsversicherungsordnung, § 50 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 71 des Reichsknappschaftsgesetzes (Rentenanpassungsbericht 1987)**

Gutachten des Sozialbeirats zur **Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung** zum 1. Juli 1988 und zu den **Vorausberechnungen der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzlage der Rentenversicherung bis zum Jahre 2001**

(C)

— Drucksachen 11/1540, 11/1967 —

Berichterstatterin:
Abgeordnete Frau Steinhauer

c) Beratung der Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Unruh, Frau Trenz, Hoss, Frau Beck-Oberdorf, Frau Rust und der Fraktion DIE GRÜNEN

Aufhebung der Stufenregelung

— Drucksachen 11/1402, 11/1967 —

Berichterstatterin:
Abgeordnete Frau Steinhauer

Meine Damen und Herren, nach einer Vereinbarung im Ältestenrat ist für die gemeinsame Beratung dieser Tagesordnungspunkte eine Stunde vorgesehen. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest. Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Günther.

Günther (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die frohe Botschaft lautet: Die Renten steigen zum 1. Juli dieses Jahres um genau 3 %. Das ist eine **Erhöhung der real verfügbaren Einkommen der Rentner** um rund 2 %, weil der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit etwa 1 % angesetzt werden kann. Damit verbessert sich die Einkommenssituation der Rentner wie auch schon im vorigen Jahr in einem Maße, wie das seit 1978 nicht der Fall gewesen ist. Zu Zeiten der SPD gab es zwar prozentual höhere Rentenanpassungen, aber es gab noch höhere Preissteigerungsraten und infolgedessen Verminderungen der real verfügbaren Renteneinkommen. Bei uns ist das umgekehrt. Das sind die nüchternen Tatsachen.

(D)

Daß der Opposition ihre eigene schlechte Bilanz unangenehm ist, läßt sich verstehen, daß sie darüber selbst nicht reden möchte, auch. Aber wer nichts vorzuweisen hat, sollte ein wenig mehr Zurückhaltung und Sachlichkeit üben. Jedenfalls sollte er hier im Parlament nicht, wie das in der ersten Lesung der Fall gewesen ist, den Mund voll nehmen und die eigene magere Bilanz zu überdecken versuchen,

(Frau Steinhauer [SPD]: Sie haben das nötig!)

indem er ein großes Lamento anstimmt über das, was demnächst angeblich alles an schlimmen Dingen passieren kann — ich sage noch einmal: wie das in der ersten Lesung der Fall gewesen ist. Sie können sich ja bessern, meine Damen und Herren von der SPD.

(Heyenn [SPD]: Es hat Ihnen nicht gepaßt, daß wir die Wahrheit auf den Tisch gelegt haben! Das ist klar!)

Die neuesten **Berechnungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte,** bekanntgegeben bei ihrem letzten Presseseminar am 29. Februar und

Günther

1. März, bestätigen, daß mindestens bis 1990 keine akuten Schwierigkeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwarten sind.

(Heyenn [SPD]: Haben wir etwas anderes gesagt? Was sollen denn diese Halbwahrheiten!)

Die Modellrechnungen zeigen — so Walter Quartier, der stellvertretende Vorsitzende der DAG und Vorsitzende des BfA-Vorstands; ich zitiere —, „daß die Finanzen der Rentenversicherung bis 1990 nicht für Schlagzeilen sorgen werden." Es wird aber auch gesagt — und auch das sage ich hier —, daß selbst bei günstiger wirtschaftlicher Entwicklung für die Jahre danach Maßnahmen unumgänglich sind.

(Frau Unruh [GRÜNE]: „Frohe Botschaft"?)

Die entsprechenden Vorarbeiten — beruhigen Sie sich, Frau Unruh — sind längst im Gange. Das wissen auch Sie. Die Koalitionsarbeitsgruppe zur Vorbereitung der **Strukturreform in der Rentenversicherung** steht seit dem vergangenen Frühsommer in laufenden Beratungen. Der Gesetzentwurf wird in diesem Jahr vorgelegt werden.

Von akuten Schwierigkeiten bis 1990 kann, wie gesagt, ernsthaft keine Rede sein, so auch die BfA.

(Frau Steinhauer [SPD]: Na, na!)

Bei einer mittleren Variante der zugrunde zu legenden Daten wird sich die **Schwankungsreserve** in den Jahren 1988 und 1989 nur geringfügig verändern.

(Peter [Kassel] [SPD]: Selektive Wahrnehmung, wenn Sie wissen, was das ist!)

1990 beginnt sie abzusinken. 1991 würde der Schwellenwert von einer Monatsausgabe unterschritten, nämlich 0,9 Monatsausgaben,

(Frau Steinhauer [SPD]: Dann gibt es Liquiditätsschwierigkeiten!)

wenn nicht gehandelt wird.

(Frau Steinhauer [SPD]: Eben!)

Dabei wird mit einem **Beitragssatz** von 18,7 % und ab 1990 mit einem auf 18,5 % zurückgenommenen Beitragssatz gerechnet. Mit dem Beitragssatz von 18,7 % fahren wir seit 1987. Bis dahin lag der Beitragssatz zwischenzeitlich auch bei 19,2 %.

Daran wird sichtbar, meine Damen und Herren: Wir arbeiten ganz bewußt mit möglichst knappen Beitragssätzen, und zwar aus zweierlei Gründen. Wir wollen die **Belastung der Versicherten** in möglichst engen Grenzen halten, und wir wollen dies auch bei den **Unternehmen** tun; denn je stärker wir sie mit Ausgaben und Abgaben belasten, desto mehr besteht die Gefahr, daß Wachstum, das hier bei uns in der Bundesrepublik Jahr für Jahr zur Zeit wieder erreicht wird, ins Ausland exportiert wird. Das ist ohnehin schon die Situation, mit der wir es zu einem beträchtlichen Teil zu tun haben.

(Frau Unruh [GRÜNE]: „Frohe Botschaft"?)

Daran ändern auch Mißfallenskundgebungen nichts.

Bei manchem in der SPD — und das paßt zu diesen Bemerkungen der Kolleginnen und Kollegen der SPD — scheint es Ansätze zu geben, daß sie diese wirtschaftlichen Grundtatsachen auch zu begreifen beginnen und vielleicht auch Ansätze der Bereitschaft entwickeln, ihnen Rechnung zu tragen. Das ist noch nicht viel, aber es ist wenigstens etwas. Aber viele stemmen sich nach wie vor gegen diese Einsichten, weil sie nicht in ihr Weltbild passen.

Meine Damen und Herren, auch der anwesende Kollege Dreßler will das ja zum Teil nicht wahrhaben. In seiner Rede vom 25. Februar zu dieser Thematik hier im Parlament ist dies erneut deutlich geworden. Er rechnet uns hier eine negative Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung vor,

(Dreßler [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

die es so nicht gibt, um die Unsicherheit der Renten voraussagen zu können.

(Dreßler [SPD]: Das kann man alles belegen!)

Aber er stellt nicht die konsequenten Folgerungen aus seinen Forderungen in diese Rechnung ein. Dann würden ja die harten Folgen seiner irrigen Annahmen direkt sichtbar.

(Heyenn [SPD]: Die kommen jetzt, die Folgen!)

Er geht anders vor. Er fummelt an **Modellrechnungen des Rentenanpassungsberichts** herum; denn er weiß, daß geringfügige **Änderungen der Annahmen** große zahlenmäßige Auswirkungen haben,

(Heyenn [SPD]: Was heißt das, „er fummelt"? — Dreßler [SPD]: Bei euch stehen nur Hurra-Zahlen!)

weil es hier um hohe Milliardenbeträge geht. Die Ausgaben in der gesetzlichen Rentenversicherung betrugen 1987 insgesamt rund 186 Milliarden DM. Diese Summe muß man sich vor Augen führen, wenn man an diesen Zahlen herummanipuliert.

(Dreßler [SPD]: Apropos „herummanipuliert": Da kenne ich eine Abteilung in der Regierung, die ist sehr großzügig auf diesem Feld!)

Nach dem Motto „Wer sich ans Rechnen begibt, muß vorher wissen, was herauskommt" werden die verschiedenen Größen variiert, und flugs fehlen einige Milliarden DM. Es ist also ungefähr so, als wenn jemand an einem Uhrwerk herumhantiert, der das Handwerk nicht beherrscht; danach geht die Uhr prompt falsch.

(Dreßler [SPD]: Da klatscht noch nicht einmal die CDU Beifall!)

Wenn aber das Szenario, das die Opposition ausbreitet, nun wirklich stimmen würde, wenn es wirklich fünf vor zwölf wäre, wie sie behauptet hat, welche Konsequenzen zieht sie dann aus dieser angeblichen Situation? Stellt sie Anträge auf Erhöhung der Einnahmen? Stellt sie Anträge auf Erhöhung des **Beitragssatzes?** Nein.

(Frau Steinhauer [SPD]: Volle Beiträge für die Bundesanstalt!)

Damit will die Opposition nichts zu tun haben. Eher versucht sie, den Eindruck zu erwecken, der Beitrags-

Günther

zahler müsse und könne geschont, möglichst weniger statt mehr herangezogen werden. Also kräftige **Staatszuschüsse.** Das wäre nach Ihrem Geschmack. Die Finanzierung ist schnell gesichert, nämlich mit den einzigen Ausruf: keine Steuerreform.

(Abg. Frau Weiler [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Günther (CDU/CSU): Nein, ich möchte jetzt im Zusammenhang vortragen.

(Dreßler [SPD]: Das habe ich mir gedacht!)

— Ja, und ich habe mir gedacht, warum Sie jetzt Zwischenfragen stellen wollen. — Also keine steuerliche Entlastung, auch nicht der unteren und auch nicht der mittleren Einkommen, keine Senkung der Abgaben bei den Unternehmen, also der Körperschaftsteuer.

Meine Damen und Herren, im übrigen: Ob Sie die Einnahmen der Rentenversicherung durch Beitragssatzerhöhungen oder durch Erhöhung anderer Abgaben oder das Vorenthalten der dringend erforderlichen Begrenzung dieser Abgaben vornehmen, es bleibt sich gleich, was die nachteilige Auswirkung auf die **Abgabenquote** anbelangt.

Ich weiß, daß die **Verteilungseffekte** von Beitragssatzerhöhungen und anderen Abgabenerhöhungen, insbesondere einer erhöhten Steuerfinanzierung der Rentenversicherung, unterschiedlich sind. Unter anderem deshalb, weil die zunehmenden Lasten der Rentenversicherung aus der Veränderung des Altersaufbaues nicht nur eine Angelegenheit der Versicherten, sondern des ganzen Volkes, also der Allgemeinheit, sind

(Frau Steinhauer [SPD]: So ist das! Ziehen Sie mal die Konsequenz daraus!)

— ja, das ist so; Kollegin Steinhauer, ich freue mich, daß wir da übereinstimmen —, deshalb sehen wir ja die Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung vor.

(Dreßler [SPD]: Wieviel, Herr Kollege? Werden Sie mal konkret!)

Aber in diesem Zusammenhang ist auch eine gewisse Vorsicht am Platze, denn wir wollen und müssen den Grundsatz der **Beitragsfinanzierung** und **Beitragsbezogenheit** der Renten aufrechterhalten,

(Dreßler [SPD]: Zwischenfragen lassen Sie ja nicht zu, weil Ihnen die Antworten fehlen!)

sonst nähern wir uns zusehends dem Punkt, an dem sich die Qualität des Systems grundlegend ändert. Denn je höher der Anteil der Allgemeinheit an der Finanzierung der Rentenversicherung ist, desto näherliegend ist die Forderung, nicht nur die Beitragszahler, sondern die Allgemeinheit an den Leistungen des Systems zu beteiligen.

(Zustimmung bei der FDP)

Im Klartext: je mehr Steuerfinanzierung, desto aussichtsreicher die Forderung nach Grundsicherung. Genau das wollen SPD, aber erst recht die GRÜNEN.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Natürlich!)

Man muß sich also zumindest fragen, ob Sie ein starkes Interesse daran haben, Frau Unruh, daß die Rentenversicherung zunehmend defizitär wird und dieser Fehlbedarf nur noch aus Steuermitteln ausgeglichen werden kann.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Grundsicherung wie die Beamten!)

Wie gesagt, besonders die Forderungen der GRÜNEN passen hierhin, nämlich **Auflösung der Leistungsbezogenheit der Rente.** Aber die SPD geht auch in diese Richtung, Stichwort: **Mindestrente** und **Grundsicherung.**

(von der Wiesche [SPD]: Überhaupt noch nicht begriffen! Das ist doch was ganz anderes!)

Dieser Weg ist im Ergebnis systemzerstörend. — Vielleicht haben Sie das noch nicht begriffen, meine Damen und Herren. Besonders die Forderungen der GRÜNEN passen hierhin, nämlich die Forderungen nach Auflösung der Leistungsbezogenheit der Rente; ich will dies noch einmal wiederholen.

Ein zunehmend steuerfinanziertes statt beitragsfinanziertes und in den Leistungen streng beitragsbezogenes System verliert seinen Charakter als Versicherung. Es schlägt dann in eine Fürsorgeeinrichtung um. Damit würde sich dieses System dem Grundsatz nach von der Sozialhilfe nicht mehr unterscheiden,

(Frau Steinhauer [SPD]: Wir wollen das gerade nicht!)

aber der Zugang zu den Leistungen wäre in entscheidender Weise erleichtert und verallgemeinert.

(Heyenn [SPD]: Immer hart an der Wahrheit vorbei!)

Von bestimmter Seite ist das genau gewollt. Andere Vorschläge zielen nicht darauf ab, sie zielen aber auf Entlastungen der Sozialhilfe und fördern — wenn auch ungewollt — die **Denaturierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einem Fürsorgesystem.** Im Ergebnis ist damit für die öffentlichen Hände als direkte oder mittelbare Financiers der Sozialhilfe nichts gewonnen.

(Abg. Heyenn [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Günther (CDU/CSU): Nein, ich möchte jetzt im Zusammenhang vortragen. Ich habe das am Anfang gesagt. Ich bitte um Verständnis.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, gilt das für Ihre gesamte Rede?

(A) **Günther** (CDU/CSU): Das gilt für meine ganze Rede.

(Dreßler [SPD]: Dem Abgeordneten Günther fehlen die Antworten! — Weitere Zurufe von der SPD: Feigheit!)

— Wir haben im Ausschuß genug Gelegenheit, zu diskutieren, meine Damen und Herren.

Vizepräsident Stücklen: Einen Augenblick, Herr Abgeordneter. — Das hat mit Feigheit vor dem Feind gar nichts zu tun. Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen. Nach der Geschäftsordnung kann jeder Abgeordnete eine Zwischenfrage zulassen oder ablehnen, und wir erleben es hier häufig, daß Abgeordnete am Rednerpult eine Zwischenfrage ablehnen, sich aber von ihrem Abgeordnetenplatz zu einer Zwischenfrage melden. So unterschiedlich ist die Auffassung über diese Frage. — Bitte sehr.

(Zustimmung bei allen Fraktionen — Dreßler [SPD]: Genauso ist das!)

Günther (CDU/CSU): Herr Präsident, ich bedanke mich. Die Kolleginnen und Kollgegen der SPD kennen mich aus den Ausschußberatungen und wissen, daß ich durchaus zum Schlagabtausch bereit bin. Ich will nur hier im Zusammenhang vortragen, und ich gehöre auch nicht zu denjenigen, die hier Zwischenfragen stellen.

(B) Meine Damen und Herren, unser bewährtes, erhaltenswertes und auch erhaltbares Rentenversicherungssystem wird geschwächt, geschädigt und schließlich aufgelöst. Den Menschen ist damit ebenfalls nicht gedient. Statt all denjenigen, die zur Aufbringung eigener Leistungen in der Lage sind, diese Leistungen abzufordern, werden immer mehr Menschen in die Rolle der **Abhängigkeit vom Staat** gedrängt.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Stimmt nicht!)

Ich wollte dies hier einmal in diesem Zusammenhang feststellen.

Also wenden wir uns wieder der Frage zu: Was will die SPD angesichts der von ihr beschworenen, angeblich unmittelbar bevorstehenden **Finanzierungsprobleme?** An Stelle von Finanzierungsvorschlägen fordert sie Maßnahmen, die die Finanzsituation in Milliardenhöhe erschweren.

(Dreßler [SPD]: So ein Quatsch!)

Sie schließt sich der Forderung der GRÜNEN an, die Stufenregelung für die älteren Mütter aufzuheben.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Das ist doch selbstverständlich!)

Das soll der Bund bezahlen. Der soll aber — wie sicher auch die SPD meint — den Bundeszuschuß erhöhen, um die ab 1991 unstreitig und demographisch bedingt schwieriger werdende Finanzsituation der Rentenversicherung erleichtern zu helfen.

Nach den Horrorrechnungen ist es aber fünf vor zwölf. Demgemäß müßten entweder die Beiträge erhöht werden — nichts davon bei den Oppositionsparteien —, oder die Leistungen müßten begrenzt werden — nichts davon in der Richtung. (C)

(Frau Unruh [GRÜNE]: Der Bundeszuschuß muß erhöht werden!)

Im Gegenteil, Sie regen sich immer noch über Konsolidierungsmaßnahmen vergangener Jahre auf. Soll die Rentenanpassung verschoben oder ausgesetzt oder vermindert werden?

(Frau Unruh [GRÜNE]: Das fehlt auch noch!)

Nichts dergleichen. Sie haben selber schlechte Erfahrungen damit gemacht.

Meine Damen und Herren, wir müssen, so sehr wir es den **älteren Müttern** gönnen würden, bei der **Stufenregelung** bleiben.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Ach Gott, ach Gott! Sie gönnen den älteren Müttern gar nichts! Sie lassen sie wegsterben wie die Fliegen! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD!)

Das ist angesichts der absehbaren, keineswegs dramatischen, aber klar begrenzten Finanzsituation der Rentenversicherung und der öffentlichen Haushalte unabweisbar. Das gilt um so mehr, je ungünstigere Annahmen man für die Zukunftsrechnungen zugrunde legt, was die SPD mit Vorliebe tut. Und, Frau Unruh: Die GRÜNEN kann man in diesem Zusammenhang und generell im Zusammenhang mit der Finanzierung der Renten überhaupt nicht ernst nehmen. Denn sie haben von der Finanzierung der Rentenversicherung keine Ahnung und sind total unfähig zur Verantwortung für diese Aufgabe, die zu den wichtigsten überhaupt gehört. (D)

(Frau Unruh [GRÜNE]: Wir haben mehr Ahnung, als Sie je gehabt haben!)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter Günther, darf ich einen Augenblick unterbrechen. — Frau Abgeordnete Unruh, Sie werden in wenigen Minuten hier oben stehen. Und denken Sie an das Sprichwort: Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem anderen zu.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Günther (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, an dem Beispiel dieses Antrags wird noch ein anderer Zusammenhang sichtbar. Zunächst: Der **Finanzrahmen in der Rentenversicherung** ist in den nächsten Jahren, wie wir wissen, eng. Daraus leitet die Opposition ja gerade ihre Kritik ab, und deswegen versucht sie, die **Rentensicherheit** in Zweifel zu ziehen. Ich setze dagegen, meine Damen und Herren: Die Renten sind sicher, und zwar — nicht nur, aber auch — aus dem Grund, weil die Finanzsituation der Rentenversicherung eng ist. Denn Begehrlichkeit ist das falsche Spiel, das in dieser Richtung getrieben werden kann. Und wenn die Kassen voll sind, steigt die Begehrlichkeit, und dann wäre der finanzielle Spielraum wieder eng.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Wessen Begehrlichkeit?)

Günther

(A) Aber die geschaffenen Leistungsansprüche bleiben und wirken weit in die Zukunft. Aus diesem Grund fahren wir mit dem Beitragssatz so niedrig wie möglich. Denn: Kasse macht sinnlich und leichtsinnig.

Und es ist nicht so, meine Damen und Herren, daß die CDU und CSU und die Koalition den Menschen solche möglicherweise ja durchaus wünschenswerten Leistungen nicht gönnen würden. Aber aus der Verantwortung für die Zukunft und für unsere Kinder, die das später alles bezahlen müssen, müssen wir **Leistungsausweitungen** versagen, die mangels dauerhafter Finanzierung in der Langzeitwirkung ohnehin nicht nur keinen Wert hätten, sondern den notwendigen Leistungsbestand überdies gefährden würden.

Auf einen Nenner gebracht, kann man sagen: Die beste Politik für die Rentner ist eine **solide und seriöse Rentenpolitik.**

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer die Leistungen nur ständig ausweiten will, schadet am Ende denen, denen er gerade helfen wollte. Mit Emotionen und Verallgemeinerungen ist es nicht getan, auch nicht mit herausgegriffenen Extremfällen oder unverständlichem Umgang mit der Statistik. Ich meine damit Hinweise auf niedrige Rentenzahlbeträge, die ja in einer solchen Debatte immer wieder verwendet werden.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Ja, die hören Sie gleich auch wieder!)

— Ich komme sofort zu Ihnen, Frau Unruh, keine Sorge. — So wurde hier in der ersten Lesung von Frau Unruh in den Raum gestellt, nur 10 % der Rentner in

(B) der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung erreichten Renten von mehr als 1 500 DM

(Frau Unruh [GRÜNE]: Richtig!)

— und dies, nachdem man die Leute 40 oder 45 Jahre mit Beiträgen zur Kasse gebeten habe. Diese Behauptung spiegelt pure Demagogie oder Unverstand wider, eher vielleicht beides.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Das Demagogische besteht darin, die Statistik bewußt zu verfälschen und falsch darzustellen.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Und das macht man bewußt und durchaus mit Verstand.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Dann sagen Sie doch einmal, wieviel Prozent der Rentner es sind!)

Der Unverstand besteht aber darin, zu glauben, der Rentenversicherung und den Rentnern auf diese Weise nutzen zu können — wenn denn dieser Glaube und diese Absicht wirklich bestehen und wenn es nicht vielmehr um Verleumdung der Gesellschaft insgesamt geht, meine Damen und Herren.

(Heyenn [SPD]: Widerlegen Sie das doch einmal! Das ist doch nur Qualm!)

Wahr ist entgegen diesen Behauptungen: Nach dem Stand der Statistik vom 1. Juli 1987, meine Damen und Herren, hatten Männer in der Rentenversicherung der Arbeiter bei 40 bis unter 45 anrechnungs-

(C) fähigen Versicherungsjahren eine **Durchschnittsrente** von 1 584,25 DM — also nicht, wie völlig wahrheitswidrig dargestellt, 10 % mehr als 1 500 DM. Dies ist ganz deutlich.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Männer!)

Und diese Zahl wird auch noch verdeutlicht, wenn man sieht, daß bei einem Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Schwerbehinderung bzw. Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente die Rente im Schnitt bei 1 642,85 DM liegt. Gerade die letztere Zahl gibt Veranlassung zu dem Hinweis: In dieser Gruppe liegt der Rentenanspruch trotz des frühen Renteneintritts und der Behinderung im Verhältnis besonders hoch. Dies, finde ich, ist erfreulich.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Jetzt schmeißen Sie wirklich alles durcheinander!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe zu, daß die Zahlen für Frauen niedriger sind, aber sie geben nicht Anlaß zu einem Horrorszenario, Frau Unruh, wie Sie das hier immer vortragen. Dies weise ich zurück. Die Statistik weist etwas anderes aus. Wer sich damit beschäftigen will, kann das tun. Deshalb sage ich das hier als Aufforderung, das zu tun, damit Ihre unrichtigen Angaben hier endlich einmal aufhören.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Das „unrichtig" nehmen Sie zurück!)

Ich sehe, die Lampe leuchtet auf. Ich hätte Ihnen das an einigen Zahlen noch eingehender nachweisen können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird dem vor-

(D) gelegten Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben. Wir werden den Antrag, den Sie eingebracht haben, Frau Unruh, ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Unruh [GRÜNE]: Ich habe nichts anderes erwartet! Aber das kostet Wählerstimmen! — Wir haben morgen die Bundesversammlung der Grauen Panther!)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat Frau Abgeordnete Steinhauer.

Frau Steinhauer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Herren und Damen! Herr Günther, wenn Sie Ihre Übereinstimmung mit der BfA nach dem Presseseminar bekanntgegeben haben, muß ich sagen, daß Sie offensichtlich die falschen Berichte gelesen haben.

(Günther [CDU/CSU]: Nein!)

Es hieß: Versicherer schlagen Alarm, Finanzkrise bei den Renten kommt früher als erwartet, jetzt bekommt Bundesfinanzminister Stoltenberg auch mit der Rentenversicherung Ärger.

(Heyenn [SPD]: So ist es!)

So sind die Tatsachen.

Nun aber zu dem Rentenanpassungsgesetz. Dem uns heute zur Verabschiedung vorliegenden Rentenanpassungsgesetz, wonach die Renten zum 1. Juli 1988 um 3 % erhöht werden sollen, stimmen wir zu. Die SPD-Fraktion begrüßt auch die Erweiterung des

Frau Steinhauer

(A) vorliegenden Gesetzentwurfes um eine wichtige Regelung zur Verfahrensvereinfachung bei der **Anrechnung von Kindererziehungszeiten.**

(Zustimmung des Abg. Cronenberg [Arnsberg] [FDP])

Danach können zukünftig Geburtsnachweise notfalls auch durch Glaubhaftmachung erbracht werden, wenn keine Personenstandsurkunden mehr vorhanden sind. Auf die hier entstandenen Probleme haben wir übrigens im vorigen Jahr bei der Beratung des Kindererziehungsleistungsgesetzes schon hingewiesen. Die Praxis hat uns bestätigt.

Unsere Zustimmung zum Rentenanpassungsgesetz darf aber auf keinen Fall darüber hinwegtäuschen, daß die Rentenpolitik dieser Bundesregierung trotz der Schönfärberei, die wir eben gehört haben, so desolat ist wie noch nie. Durch Kürzungen der **Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit** wurde der Bundeshaushalt massiv zu Lasten der Rentenversicherung entlastet. Während die Bundesregierung den dadurch gewonnenen Finanzierungsspielraum für Steuerentlastungen für Besserverdienende und damit auch in diesem Fall zur Umverteilung von unten nach oben verwendet hat, wurden den **Rentnern und Beitragszahlern** empfindliche **Opfer** auferlegt, um so die Zahlungsfähigkeit des Versicherungssystems aufrechtzuerhalten. Im nächsten Jahr — das haben Sie verschwiegen, Herr Günther — wollen Sie die Rentner ja wiederum mit einer Erhöhung des Krankenkassenbeitrages belasten.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Genau!)

(B) Nach insgesamt vier Spargesetzen ist die Finanzlage der Rentenversicherung nur vorläufig und kurzfristig gesichert.

(Heyenn [SPD]: Genauso ist es!)

Das zeigt auch ein Blick in den Rentenanpassungsbericht der Regierung, in dem Sie wiederholt unrealistische Zahlen veröffentlichen,

(Heyenn [SPD]: Deswegen konnte Herr Günther auch keine Zwischenfragen zulassen!)

ohne sich darum zu kümmern, wie der bevorstehende Zusammenbruch abgewendet werden könnte.

Vizepräsident Stücklen: Frau Abgeordnete Steinhauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Steinhauer (SPD): Bitte schön. Im Gegensatz zu Herrn Günther werde ich antworten.

Frau Weiler (SPD): Frau Kollegin Steinhauer, ich möchte Ihnen die Frage stellen, die ich sonst Herrn Günther gestellt hätte. Sind Ihnen die in den letzten Tagen veröffentlichten Presseberichte bekannt, nach denen es — vielleicht sogar geheime — Pläne der CDU/CSU gibt, die so aussehen, daß Ledige und Familien ohne Kinder in Zukunft höhere Rentenversicherungsbeiträge zahlen sollen, und wie stehen Sie dazu?

(Hört! Hört! bei der SPD)

Frau Steinhauer (SPD): Frau Abgeordnete, ich finde diese Pläne abenteuerlich. Das ist an sich der erste Schritt zur Privatversicherung, indem die Lösung familiärer Probleme auf die Rentenversicherung, auf die Beitragszahler abgeschoben wird, weil keine Familienpolitik gemacht wird. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wie ich gelesen habe, sollen nach den Vorstellungen der beiden Herren, die da wohl federführend sind — der neu ernannte sozialpolitische Sprecher Schwarz-Schilling und der Chef des Bundeskanzleramtes —, selbst Familien mit zwei Kindern einen noch höheren Beitrag zahlen, als das heute in der Rentenversicherung der Fall ist.

Vizepräsident Stücklen: Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Frau Steinhauer (SPD): Bitte schön.

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Frau Kollegin Steinhauer, würden Sie denn zugeben, daß unabhängig davon, daß man das sinnvollerweise nicht mit Versicherungsbeitragsdifferenzen löst, die Tatsache, daß jemand Kinder geboren und erzogen hat, auch im Blick auf die Stabilisierung der Rentenversicherung anerkennenswert ist?

Frau Steinhauer (SPD): Selbstverständlich. Bei unserem System des Generationenvertrages ist das wichtig. Es widerspricht aber der Solidargemeinschaft, wenn man das bei den Beiträgen seinen Niederschlag finden läßt.

(Beifall bei der SPD)

(D) Eine wirkliche **Strukturreform** in der Rentenversicherung ist dringend notwendig. Nach der letzten Debatte wurde dies auch — wir haben das ja eben schon gehört — zum Beispiel durch die BfA erneut bestätigt, und früher als befürchtet treten die Finanzierungsprobleme auf. Voraussichtlich ab 1989, möglicherweise auch schon früher, wenn sich die Talfahrt der Konjunktur beschleunigt, wird das Rücklagepolster, das klein ist, schon wieder abgebaut. Selbst nach den völlig utopisch-unrealistischen Arbeitsmarktprognosen der Bundesregierung in diesem Rentenanpassungsbericht wird die Rücklage ab 1990 auf jeden Fall unaufhaltsam aufgezehrt. Wenn nichts geschieht, kommt die Rentenversicherung in dieser Zeit auf jeden Fall in akute Zahlungsschwierigkeiten. Selbst nach den eigenen Berechnungen der Bundesregierung mit den an sich anzuzweifelnden Zahlen fehlen ja in den nächsten 15 Jahren 225 bis 360 Milliarden DM. Die Situation verschlechtert sich je nach Verschlechterung der Arbeitsmarktlage.

Doch von seiten der Bundesregierung wird das vertuscht. Es muß ja offensichtlich wohl auch so sein, denn offensichtlich ist man ratlos, wie man die anstehenden Probleme lösen soll. Das Verwirrspiel der regierungsamtlichen Finanz- und Schuldenpolitik zerschlägt daher noch konkret etwaige Aussichten, wie denn der Bund einen angemessenen Beitrag zur Sicherung der Renten leisten soll. Am Schluß geht das wieder auf Kosten der Arbeitnehmer und Rentner.

Im Interesse der dauerhaften Sicherung der Renten ist ein breit angelegtes Reformwerk nicht nur wünschenswert, sondern unbedingt erforderlich. Ein so

Frau Steinhauer

wichtiges Thema wie die Strukturreform kann aber — nun hören Sie gut zu, Herr Günther —

(Günther [CDU/CSU]: Ich höre die ganze Zeit zu!)

nach unserer Auffassung nicht mit einer knappen Mehrheit der Koalition verabschiedet werden, sondern dies erfordert eine möglichst breite Basis.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind zu einer solchen **Mitarbeit und Mitverantwortung** bereit. Wir bieten Ihnen, Herr Arbeitsminister, und den Koalitionsfraktionen die Mitarbeit bei dem so wichtigen Thema an. Es muß sich aber um eine wirkliche Strukturreform handeln und nicht, wie Sie das in anderen Bereichen praktizieren, um einen Sozialabbau. Unsere Grundtendenz in der Rentenreform lautet: „Umbau statt Abbau".

(Beifall bei der SPD)

Die gemeinsame Verantwortung heißt also nicht, daß Sie uns einen Regierungsentwurf vorlegen, den wir dann zu akzeptieren haben, sondern es geht um das Ringen um ein Regelungskonzept von Beginn an. Also kein Aufoktroyieren eines Gesetzentwurfes. Wir denken an einen gemeinsam erarbeiteten Gesetzentwurf der Fraktionen dieses Hauses. Daraus mögen Sie, Herr Arbeitsminister, aber auch Sie, die Mitglieder der Koalitionsfraktionen, aber auch entnehmen, daß dies kein unbefristetes Angebot ist. Wir erwarten — das betone ich heute noch einmal, Herr Dreßler hat das in der Debatte vor zwei Wochen schon gesagt —, daß Sie uns alsbald weiter in die Gespräche einbeziehen und nicht alles im dunkeln lassen.

Unser vordringliches Anliegen bei der Rentenstrukturreform ist es, die Solidargemeinschaft zu stärken. Das meinen wir auch mit „Umbau statt Abbau". Wir Sozialdemokraten haben als erste und einzige Partei bereits vor einigen Jahren begonnen, über die Strukturreform zu diskutieren, und wir haben entsprechende Vorschläge zur **Weiterentwicklung der Rentenversicherung** mit Perspektiven für das nächste Jahrhundert vorgestellt. Inzwischen werden wesentliche Teile unserer Vorschläge von den Sachverständigen unterstützt. Wie auf anderen Gebieten haben wir hier bisher keine ernst zu nehmenden Vorschläge von der Koalition oder von der Bundesregierung gehört. Sie haben hier bisher nur Flickschusterei betrieben und Abbau und Belastung der Versicherten vorgenommen. Die Beitragszahler und Rentner haben einen Anspruch auf alsbaldige Klarheit.

Dazu gehört für uns unabdingbar die **Erhöhung des Bundeszuschusses.** Das ist kein Geschenk, sondern das ist ein unbedingt zu beanspruchender Beitrag für die Leistungen, die außerhalb der Alterssicherung zu tragen sind.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man weiß, daß für die Sicherung der Beamtenpensionen der Dienstherr, also hier auch der Bund, mehr als 30 % zu tragen hat — dies wird als Beitrag bei der Beurlaubung eines Beamten zur Aufrechterhaltung des Pensionsanspruchs vom Dienstherrn gefordert —, so ist es wohl kein unbilliges Verlangen, den Bundeszuschuß für die Rentenversicherung von derzeit 17 % auf mehr als 20 % anzuheben.

Die finanziellen Probleme der Rentenversicherung würden übrigens erheblich gemildert, wenn für die Arbeitslosen wieder volle Beiträge an die Rentenversicherung gezahlt würden.

(Beifall bei der SPD)

Es kann ja wohl nicht angehen, die Versicherten für den schlechten Arbeitsmarkt verantwortlich zu machen.

Ich will in dieser Debatte auch den **Wertschöpfungsbeitrag** nicht unerwähnt lassen. Es ist doch wohl kaum zu glauben, daß zum Beispiel eine Ölraffinerie mit wenigen Arbeitnehmern kaum nennenswerte Arbeitgeberbeitragsanteile zu zahlen hat, während der Handwerksmeister, der einen lohnintensiven Betrieb hat, nach wie vor in der Relation wesentlich mehr Arbeitgeberbeiträge zu leisten hat. Zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung und des Beitragssystems gehört nach unserer Auffassung eine Berücksichtigung dieser erheblichen Maschinenintensität im Arbeitsleben.

In diesem Hause wurde schon mehrmals über die **Harmonisierung der Alterssicherung** gesprochen. Die Strukturreform muß hier einsteigen. Hierzu einige unvollständige Beispiele.

Ich weiß nicht, wie ich einem Angestellten bei der Post, der die gleiche Tätigkeit wie sein Beamtenkollege ausübt, erklären soll, daß bei angenommen gleicher Erkrankung der eine dienstunfähig ist und der Angestellte nicht erwerbsunfähig ist oder man von ihm verlangt, daß er sich rehabilitieren bzw. umschulen läßt.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Weiter: Wenn ein Arbeiter oder Angestellter erwerbsunfähig ist, verliert er sofort seine Rente, wenn er mehr als 440 DM im Monat verdient. Der dienstunfähige Beamte kann außerhalb des Öffentlichen Dienstes eine Arbeit mit unbegrenztem Verdienst verrichten. Hier stimmt doch etwas nicht. Das hat nichts mit Gleichmachen zu tun, sondern das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Im Rentenanpassungsbericht wird deutlich, welche nachteilige Politik die Bundesregierung zu Lasten der Frauen betreibt. Von 1984 bis 1986 wurden infolge der Gesetzesänderungen sage und schreibe 106 000 **Anträge von Frauen auf Gewährung von Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente** weniger bewilligt. Da ist es auch kein Ausgleich — ich weiß, daß dieser Hinweis kommt —, daß die Wartezeit für das Altersruhegeld von 15 auf 5 Jahre herabgesetzt wurde.

Ich zeige die Benachteiligung an einem Fall: Gehen wir davon aus, daß eine Versicherte als 55jährige erwerbsunfähig wird und einen Rentenanspruch von monatlich 250 DM hätte. Dies entspricht einer Jahresrente von 3 000 DM. In zehn Jahren wären es 30 000 DM, die ihr vorenthalten werden.

(Heyenn [SPD]: Ohne Zinsen!)

Frau Steinhauer

(A) — Jawohl; das kommt hinzu. — Ein solcher Nachteil läßt sich mit dem Bonbönchen eines Altersruhegelds nicht ausgleichen.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Sehr wahr!)

Schließlich einen Satz zum Antrag der GRÜNEN, die Stufenregelung des Kindererziehungsleistungsgesetzes aufzuheben: Wir unterstützen den Antrag.

(Beifall des Abg. Dr. Knabe [GRÜNE])

Wir haben auf die ungerechte Regelung für die vor 1921 geborenen Mütter an dieser Stelle mehrmals vergeblich hingewiesen. Unsere Anträge wurden auf Grund der Mehrheitsverhältnisse abgelehnt. Es nützt allerdings nichts, meine Herren und Damen von den GRÜNEN, wenn man den Antrag alle 14 Tage neu stellt.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Nein, nein, nein!)

Ich warne davor, die notwendige Strukturreform vor sich herzuschieben. Kosmetische Operationen helfen auf Dauer nicht. Ein gerechtes System der Alterssicherung ist ein Grundelement des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft. Den wollen wir erhalten und ausbauen, und darum wollen wir eine grundlegende Reform anstreben.

Wir bieten unsere konstruktive Mitarbeit an. Nehmen Sie das Angebot an und machen Sie hier nicht eine knappe Entscheidung gegen große Mehrheiten des Volkes!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

(B)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Cronenberg.

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur abschließenden Lesung dieses Rentenerhöhungsgesetzes halte ich zunächst drei positive Punkte fest.

Erstens. Die **Erhöhung der Renten** um 3 % bedeutet, daß der einzelne Rentner mehr Geld und mehr Kaufkraft bekommt. Denn das Ganze ist vor dem Hintergrund einer ungewöhnlich niedrigen Inflationsrate zu sehen. Das ist ein Erfolg auch der Politik. Das soll man nicht verschweigen. Es ist ein echtes Plus, über das wir uns alle gemeinsam freuen sollten. Ich freue mich auch, daß die Frau Abgeordnete Steinhauer hierauf hingewiesen hat. Die Rentner werden nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt, sondern sie haben Anteil an den positiven Entwicklungen, die sich ergeben haben.

Ich möchte aber an dieser Stelle, weil es wichtig ist, auch darauf hinweisen, daß **Arbeitszeitverkürzungen** — denn bei weniger Arbeitszeit werden auch geringere Rentenversicherungsbeiträge gezahlt — kein Instrument sind, die **Rentenversicherung** zu stabilisieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens. Das Gesetz vereinfacht das Verfahren für **Kindererziehungsleistungen der Trümmerfrauen.** Wir begrüßen das.

(C) Drittens. Ich meine, der Ausschuß hätte ein großes Lob verdient, daß er die Dinge so schnell und ordentlich beraten hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben in der ersten Lesung über die Zukunft unseres Rentenversicherungssystems diskutiert. Kollege Dreßler hat zumindest bei mir die Befürchtung aufkommen lassen, daß das Bemühen um einen breiten Konsens nicht mehr in dem Umfang vorhanden ist, wie soeben die Kollegin Frau Steinhauer dies zum Ausdruck gebracht hat.

Ich möchte deswegen in diesem Zusammenhang noch einmal folgendes klarstellen: Für das Funktionieren des **Dreigenerationenvertrages** ist eine breite Akzeptanz im Parlament wie in der Gemeinschaft unseres Volkes ganz, ganz wichtig. Die breite Akzeptanz ist ein Element der Funktionsfähigkeit. Nur wenn breite Akzeptanz für das System im Prinzip vorhanden ist, wird es auf Dauer funktionieren können. Ich halte es nicht für aussichtslos, daß wir in den prinzipiellen Fragen — abgesehen von den GRÜNEN, die ein völlig anderes Konzept vertreten — zu Übereinstimmungen kommen.

Ich will stichwortartig diese Gemeinsamkeiten noch einmal hier herausstellen. Drei Fraktionen dieses Hauses bejahen — mit Ausnahme der GRÜNEN, das ist die vierte — die **leistungs- und beitragsbezogene Rente.** Mit anderen Worten: Wer mehr Beiträge ins System einzahlt, muß und soll eine höhere Rente erhalten.

Wir sind uns, wenn auch mit unterschiedlichen Bewertungen, über die Bedeutung der Instrumente, die (D) uns zur Verfügung stehen, einig: Das sind: die Höhe des Beitragssatzes, das Rentenniveau, die **Lebensarbeitszeit,** die Bewertung von beitragsfreien und beitragsgeminderten Zeiten

(Frau Abg. Steinhauer [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— einen Moment —, das sind die Höhe des Bundeszuschusses und die notwendige Harmonisierung der unterschiedlichen Alterssicherungssysteme, die die Frau Kollegin Steinhauer angesprochen hat.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Herr Präsident, in der Erwartung, daß sie mir nicht angerechnet wird, selbstverständlich.

Vizepräsident Stücklen: Bitte sehr.

Frau Steinhauer (SPD): Herr Kollege Cronenberg, halten Sie es nicht für makaber, in einer Zeit, in der wir 2,5 Millionen Arbeitslose haben, über die Frage der Lebensarbeitszeit — ich möchte das so interpretieren, ich habe das aus Ihrem Bereich ja schon öfter gehört —, d. h. Lebensarbeitszeitverlängerung, überhaupt zu diskutieren?

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Nein, Frau Kollegin, ich halte das nicht nur für nicht makaber, sondern geradezu für unsere Pflicht. Denn Sie haben ja mit

Cronenberg (Arnsberg)

(A) Recht soeben gesagt: Wir wollen keine kurzfristigen Reförmchen, sondern wir wollen ein Konzept entwikkeln, mit dem mindestens für die nächste Generation dieses Alterssicherungssystem, dieser Dreigenerationenvertrag hält. Ich erinnere an Worte des Kollegen Dreßler in diesem Zusammenhang, der auch sagt: Wenn — ob nun im Jahre 1995 oder im Jahre 2000; beides ist ja gar nicht so weit von uns entfernt — wir auf Grund der demographischen Entwicklung andere Situationen haben, dann müssen wir schon heute den Menschen sagen, was uns für diese Zeit vorschwebt.

Da das Verhältnis zwischen der aktiv arbeitenden Generation, den Beitragszahlern also, und der Generation, die ihre berechtigten Ansprüche gegenüber den Beitragszahlern geltend macht, entscheidend für die solide Finanzierung des Systems ist, müssen wir ehrlicherweise heute schon sagen: ob und gegebenenfalls ab wann die Menschen wieder länger arbeiten müssen. Ich halte es für ein Stück Ehrlichkeit, wenn wir sagen, daß wir dies nicht ausschließen können, und bin den sozialdemokratischen Kollegen, die dies in der Diskussion ja dankenswerterweise dann auch sagen, für diese Ehrlichkeit dankbar. Da mag man im Detail unterschiedlicher Auffassung sein, aber im Prinzip gehört es zu der notwendigen Ehrlichkeit, das in dieser Diskussion heute schon zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter Cronenberg, gestatten Sie noch eine ergänzende Zwischenfrage?

(B) **Cronenberg** (Arnsberg) (FDP): Selbstverständlich, immer, unter der Prämisse, daß mir die Zeit nicht angerechnet wird.

Frau Steinhauer (SPD): Sie wissen ja, wie man das als Vizepräsident macht, daß man da nämlich die Zeit stoppt.

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Ich weiß, daß das in der Entscheidungsgewalt des amtierenden Vizepräsidenten liegt.

(Frau Steinhauer [SPD]: Aha! Jetzt bin ich ja nun aufgeklärt!)

— Darauf vertraue ich, Frau Kollegin.

(Heiterkeit)

Frau Steinhauer (SPD): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß fast die Hälfte der Rentenbewerber aus gesundheitlichen Gründen die Altersgrenze nicht erreicht, und meinen Sie nicht, daß man, ehe man über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit spricht, hier einmal der Frage nachgehen müßte, wie die Gesundheitspolitik und der Arbeitsschutz verbessert werden können?

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Aber, Frau Kollegin, da gibt es überhaupt keinen Dissens. Selbstverständlich wünsche ich mir, daß die Menschen nicht auf Grund von Gesundheitsschäden den Arbeitsplatz verlassen müssen. Die Flexibilität beim Ausstieg, die Teilrente und Teilarbeit, und auch die Flexibilität in den Betrieben, sich an Arbeitsplätzen zu betätigen, die sozusagen dem Alterszustand gerecht sind, sind ja

(C) Instrumente, um genau das zu vermeiden. Ich wünsche mir am allerwenigsten den Vorruheständler, der aus Invaliditätsgründen aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet. Ich wünsche mir denjenigen, der Arbeit auch als Selbstverwirklichung versteht und der seine Arbeit auch zur Erhöhung seiner Rente freiwillig weiter leisten kann. Ich wünsche mir vor allen Dingen eine Wirtschaft, die solche Angebote unterbreiten kann; da gibt es überhaupt keinen Dissens.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Frau Steinhauer [SPD]: Da liegt nämlich der Hase begraben!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt erfreulicherweise auch Konsens darüber, daß von einer Bruttoanpassung auf eine **nettoähnliche Anpassung** umgestiegen werden muß. Das ist auch ein Erfolg unserer langfristigen Bemühungen. Denn die Rentnereinkommen können ja nicht überproportional im Verhältnis zu den Aktiveinkommen steigen.

Alle diese genannten sechs Elemente, meine Damen und Herren, stärken das, was wir gemeinsam wollen, das **Versicherungsprinzip.** Alle Sozialpolitiker lehnen auch übereinstimmend das ab, was einige Finanzwissenschaftler einmal vorgeschlagen haben, nämlich die Vollbesteuerung der Renten mit entsprechenden Freibeträgen.

Ich halte an dieser Stelle fest, daß nach meiner und nach unserer Auffassung eine modifizierte **Ertragsanteilsbesteuerung** der richtige Weg zur Lösung dieser Problematik ist. Ich freue mich, daß in diesem Punkt weitestgehende Übereinstimmung vorhanden ist. (D) Aber ich leugne auch nicht, daß es Differenzen gibt.

Frau Kollegin Steinhauer, Sie haben eben die **Wertschöpfungsabgabe** wieder in die Diskussion gebracht. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal feststellen: Die Vorstellung mag populär sein; aber vergessen Sie bitte nicht, daß Leute wie ich, die ja gelegentlich freundlicherweise und wohlwollend von Ihnen als „Krauter" bezeichnet werden,

(Heiterkeit — Peter [Kassel] [SPD]: Sie wollten doch partizipieren!)

in einem Lande leben, in dem höchste Löhne gezahlt werden — ich finde das nicht schlecht —, in dem höchste soziale Sicherheit gewährleistet ist,

(Peter [Kassel] [SPD]: Haben Sie denn einmal betriebswirtschaftlich gerechnet, Herr Kollege?)

in dem wir die kürzeste Arbeitszeit haben und in dem wir die höchste Steuerbelastung haben.

(Heyenn [SPD]: Und die niedrigsten Lohnstückkosten!)

Nun frage ich Sie: Wie können wir denn überhaupt unter diesen Bedingungen

(Heyenn [SPD]: Einen Exportüberschuß produzieren!)

den allerhöchsten Anteil, den wir brauchen, um Arbeit im Lande zu haben, exportieren? Bescheren Sie

Cronenberg (Arnsberg)

(A) uns nicht die schlechtesten Bedingungen in der ganzen Welt,

(Frau Steinhauer [SPD]: Nicht mit dem miesen Exportüberschuß!)

und erwarten Sie nicht, daß die Unternehmen mit den schlechtesten Bedingungen auf Dauer die höchsten Exporte leisten können, und die Arbeit muß nun einmal draußen in der Welt geholt werden.

(Beifall bei der FDP — Peter [Kassel] [SPD]: Das ist haarscharf am Problem vorbei!)

Vermiesen Sie uns nicht die Chance, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern lassen Sie uns die Möglichkeit zu investieren, und belasten Sie die Investitionsfreudigkeit unserer Industrie nicht durch zusätzliche Maschinensteuern.

(Peter [Kassel] [SPD]: Das ist haarscharf am Problem vorbei!)

Das ist meine herzliche Bitte im Interesse der Arbeitslosen. Belasten Sie nicht die Investitionsfreudigkeit unserer Industrie durch zusätzliche Maschinensteuern. Das ist meine Bitte im Interesse der Arbeitslosen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Abg. Schreiner [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Stücklen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Ich bitte aber, daß Sie auch jetzt die Zeit nicht anrechnen.

(B)

Vizepräsident Stücklen: Bitte schön.

Schreiner (SPD): Herr Kollege, da Sie eben von der Notwendigkeit der Investitionen gesprochen haben: Können Sie mir denn zustimmen, daß in den letzten Jahren die unternehmerischen Gewinne auf der einen Seite sprunghaft angestiegen sind, auf der anderen Seite aber der reinvestierte Teil aus den Gewinnen geringer war als in allen Jahren und Jahrzehnten zuvor? Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Herr Kollege Schreiner, ich kann dem überhaupt nicht zustimmen. Denn mit Umsatzrenditen, die im weltweiten und im europäischen Schnitt, wenn ich das sagen darf: beschissen niedrig sind,

(Oh-Rufe bei den GRÜNEN — Frau Unruh [GRÜNE]: Der Adler hinter Ihnen kommt herunter!)

Sind die prozentualen Steigerungen auf einem sehr, sehr niedrigen Niveau gewesen. Ich kann Ihnen sagen: Das Bemühen insbesondere der Kleinen und Mittleren, von ihren unerträglich niedrigen Eigenkapitalquoten herunterzukommen, daß sie nicht mehr für die Banken, sondern für die Investitionen arbeiten, sollten Sie lieber unterstützen, statt es zu kritisieren. Helfen Sie doch diesen mittleren und kleinen Betrieben, Arbeitsplätze zu schaffen. Schimpfen Sie nicht immer über die hohen Renditen.

(Beifall bei der FDP — Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Das ist doch ganz schön beschissen, was Sie hier vortragen! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

(C)

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei der **Rentenstrukturreform** müssen alle diese Parameter in aller Ruhe und Abgewogenheit diskutiert werden. Tabus darf es nicht geben.

Selbst der VDR und dessen Rentenstrukturkommission unter Beteiligung — ich unterstreiche — von Gewerkschaften und Arbeitgebern haben deutlich gemacht, daß schon eine vergleichsweise außerordentlich geringe Absenkung des Niveaus eine beachtliche Minderung des Beitragsanstiegs zur Folge haben würde.

Meine Damen und Herren — die Uhr läuft weiter —, bei der Ausgangslage, die wir insgesamt haben, meine ich, daß trotz dieser zwei etwas kontroversen Zwischendiskussionen die Möglichkeiten, zu Gemeinsamkeiten zu kommen, nicht verspielt werden dürfen.

(von der Wiesche [SPD]: Die müssen aber bald kommen!)

— Die Bemühungen des Bundesarbeitsministers, Herr Kollege von der Wiesche, mit Ihnen Gespräche zu führen, sind doch vorhanden, und es haben doch solche Gespräche stattgefunden.

Es hat sogar in meiner Partei Leute gegeben, die so etwas mit Besorgnis gesehen haben. Ich möchte Ihnen sagen: Meine Position ist eine andere. Ich meine im Gegenteil: Wir sollten diese Gespräche auch zwischen uns führen. Der Kollege Dreßler und ich sind uns darüber einig, daß ein solches Gespräch auch zwischen unseren Fraktionen zu führen ist. Betrachten Sie das als Ausdruck des guten Willens.

(D)

(Frau Unruh [GRÜNE]: Ja, ich möchte dabei sein!)

— Verehrte Frau Kollegin Unruh, Ihr Name bürgt für eine bestimmte Verhaltensweise, aber nicht für Qualität. Deswegen muß ich Ihnen bei allem Respekt in diesem Zusammenhang sagen, daß diese Gespräche in einem solchen Falle sicher nicht von Erfolg gekrönt sein können.

Ich möchte von dieser Stelle sagen: Meine Bereitschaft, unsere Bereitschaft ist in diesem Zusammenhang da. Aber ich sage auch mit allem Ernst dem Kollegen Dreßler wie auch allen anderen: Unter Berücksichtigung der Gemeinsamkeit und der Einigkeit über die Instrumente, mit denen man handeln kann, und bei sicher erheblichen Differenzen über die Intensität, wie man die einzelnen Instrumente einsetzen kann, wird und kann diese Gemeinsamkeit nur gelingen, wenn die hier im Raum sitzenden und handelnden Politiker bereit sind, ein Opfer zu bringen, vermutlich ein Opfer, das für Politiker ganz besonders schwer ist, nämlich darauf zu verzichten, diesen ganzen Bereich in den parteipolitischen Hickhack, in die Wahlkämpfe hineinzuziehen. Solange versucht wird, die Mobilisierung von Rentnern für Wahlkämpfe zu mißbrauchen, sind die Chancen gering. Deswegen ist meine Bitte, Sie zu diesem Opfer, nämlich Verzicht auf parteipolitische Profilierung, im Interesse eines soliden Systems

zu bewegen. Dies ist meine Bitte an Sie heute, hoffentlich keine vergebliche Bitte.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat Frau Abgeordnete Unruh.

Frau Unruh (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Volksvertreter und -rinnen! Der Herr Präsident meinte, ich solle lieb sein. Aber das geht natürlich nicht, Herr Julius Cronenberg. Was Sie jetzt hier fabrizieren, als wenn wir von Gott gesandt wären! Sie sind von den Wählern und -rinnen gewählt, und diesem Anspruch haben Sie sich selbstverständlich zu stellen.

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Das ist etwas, da unterscheiden wir uns mal nicht!)

Sie kommen ja von der FDP. Man darf ja nicht vergessen, aus welchem „Stall" Sie kommen: 360-Grad-Partei. Bitte schön, Sie waren ja mit den Sozialdemokraten zusammen. Hätten Sie früh genug den **Bundeszuschuß** erhöht, dann hätten Sie den kleinen Rentnern nicht 25 % aus der Rententüte genommen. Herr Günther, was täuschen Sie denn herum! Ich habe hier keine Zahlen verbraten, wie Sie das tun.

(Günther [CDU/CSU]: Doch, erst nachlesen!)

Ich habe statistisches Material verwertet.

(Günther [CDU/CSU]: Das aber falsch war!)

— Sie haben das statistische Material letztlich an den statistischen Markt gebracht. Oder fragen Sie doch Ihre Staatssekretäre, woher das statistische Material kommt. Wenn Sie dann noch eine normale Rente mit einer Kriegsopferrente vermengen, dann wird es dramatisch. Unterlassen Sie das in Zukunft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da sitzt ja der Herr Staatssekretär. Sogar Herr Minister Blüm ist da. Herr Minister Blüm könnte doch ganz gut einmal sagen, ob es stimmt, daß nur zehn Prozent der Renten über 1 500 DM im Monat liegen. Diese Ehrlichkeit erwarte ich.

(Günther [CDU/CSU]: Das ist gar nicht wahr! Reden Sie doch nicht so!)

Ich habe ja noch ganz andere Dinge erfahren; ich habe sie abrufen dürfen: Man braucht ja nur zwei Jahre Minister zu spielen. Bitte schön, schreiben Sie sich das einmal hinter die Ohren: Zwei Jahre Minister, und schon haben Sie 3 535,13 DM als Pension in der Tasche. Das wird vom Bundesverfassungsgericht als Rechtens angesehen, weil Minister auf Schleudersitzen säßen. Was soll das denn? Wir haben 2,5 Millionen Arbeitslose, die durch Schleudersitze herausgeschleudert worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann sollen sich doch die Minister dem Arbeitslosenmarkt zur Verfügung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist doch genau der Punkt, wie ungerecht in diesem Hause letztlich gerechtet wird. Das ist auch bei den Parlamentarischen Staatssekretären so.

Dann setzen sie die Mär in die Welt, die GRÜNEN wollten keine **leistungsbezogenen Renten.** Woher haben Sie eigentlich die Mär?

(Günther [CDU/CSU]: Es gibt Anträge!)

DIE GRÜNEN wollen sehr wohl eine leistungsbezogene Rente, aber, bitte, aufgestockt auf eine Mindest- oder Grundrente.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das haben Sie im Leben nicht begriffen. Sie haben aber von den GRÜNEN sehr wohl gelernt, daß es anders kommen muß. Sonst laufen Ihnen nämlich die Wähler davon. DIE GRÜNEN haben mit den Grauen Panthern überhaupt das Konzept der Zukunft entwikkelt.

(Beifall bei den GRÜNEN — Lachen bei der CDU/CSU)

Deshalb hüpft ja Ihr Herr Fink hinterher. Auch Herr Dreßler von den Sozialdemokraten hüpft ja Gott sei Dank hinterher. Da zeigt sich doch, wie man Politik machen kann.

(Frau Steinhauer [SPD]: Wir waren schon längst da! — Günther [CDU/CSU]: Das wollen wir noch einmal wiederholt haben!)

Kollegin Steinhauer, das ist doch wunderbar. So können wir in eine Zukunft gehen, auch zum Schutze unserer eigenen Söhne, Töchter und Enkel. Noch mehr Beiträge, Herr Minister, das läuft nicht. Die Bundeszuschüsse sind überfällig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie erhöhen sich ja ständig Ihre Pensionen. Wir erhöhen ständig unsere Diäten. Das sind doch auch Bundeszuschüsse. Der Steuerzahler muß doch bezahlen. Wofür denn? — Damit Sie in diesem Hause noch mehr Ungerechtigkeit fabrizieren? Das geht doch, bitte schön, nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN — Günther [CDU/CSU]: Sagen Sie einmal etwas zur Sache!)

Ich habe jetzt nur noch zwei Minuten.

(Lachen bei der CDU/CSU)

— Was soll das denn? Ich kann in zwei Minuten mehr bewirken als Sie in zwei Jahren.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD — Lachen bei der CDU/CSU)

Das grüne Heftchen — ich weiß gar nicht, warum Sie immer auf die Farbe Grün kommen — mit Ihrer Programmatik ist hochinteressant.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die Farbe gibt es ja länger als die Partei!)

— Das gibt es nicht länger. Sie wissen gar nicht, was es in der CDU gibt oder nicht gibt.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Punkt 69 trägt die Überschrift „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik".

(Seiters [CDU/CSU]: Sehr gut!)

— Also alles was christlich ist, ja, ja. Dort steht:

Frau Unruh

(A)

Wir wollen erreichen, daß jeder alte Mensch auch tatsächlich über die Mittel zur Führung eines menschenwürdigen Lebens verfügt.

Hört sich doch toll an, nicht?

Wir wollen die verschämte Altersarmut im Zusammenhang mit der Reform der Rentenversicherung beseitigen.

Tun Sie das mal sofort!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die GRÜNEN verlangen sofort für die Einzelpersonen 1 200 DM, aufgestockt, und für die Ehepaare mindestens 1 800 DM, damit sie in ihrer christlichen Würde unter uns leben können.

Sie haben die Altmütter ausgeschlossen. Sie müßten sich doch in Grund und Boden schämen.

(Günther [CDU/CSU]: Das ist falsch!)

Deshalb will ich die namentliche Abstimmung. Sie können nicht hier von christlichen Grundwerten reden und draußen quatschen, Sie können die Wähler und -rinnen nicht weiter täuschen. Sie gehen nach wie vor durch die Gegend und sagen: Wir einzelnen Abgeordneten möchten das ja.

Deshalb heute noch einmal die namentliche Abstimmung. Wir wollen Sie aufs Kreuz legen mit Ihrer Doppelmoral.

(Beifall bei den GRÜNEN — Lachen bei der CDU/CSU)

Ihr steht unter unserer Kontrolle, unter der Kontrolle der Grauen Panther. Wir haben Bundesversammlung. Ich ziehe damit nach Hause. Und glauben Sie: Graue

(B)

Panther machen Wahlpolitik! Sie haben sich mit Ihren Beschlüssen der Würde des einzelnen alten Menschen zu unterwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Peter.

Peter (Kassel) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser etwas lebendigeren Debatte am Ende der zweiten Lesung möchte ich zumindest den Versuch machen, einmal festzustellen, worin Übereinstimmung besteht. Es besteht wohl zunächst einmal Übereinstimmung insofern, als alle Fraktionen des Hauses die 3 %ige Rentenanpassung haben wollen.

Wie verhält man sich nun nach einer Debatte, die von einer Übereinstimmung ausgeht? Da gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten. Entweder praktizieren wir die alten Debattenrituale: hier die Opposition, die sagt, wie schlimm das alles durch die Kürzungsmaßnahmen der Regierung geworden ist, dort die Regierung, die sagt, wieviel Wohltaten sie unter das Volk schüttet, was in unserem Hause immer damit endet, daß sich die Sieger wie nach der Schlacht von Leuthen erheben und den Choral anstimmen „Nun danket alle Blüm". Für diese Legislaturperiode steht ja der Sieger immer vorher fest.

Die andere Alternative ist, daß wir die **Notwendigkeit einer Reform der Alterssicherung** für die Zukunft

(C)

ernst nehmen und gemeinsam das tun, was die Bürger von uns erwarten, nämlich gemeinsam um eine solche Reform zu ringen.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Übereinstimmung beim Rentenanpassungsgesetz können wir durchaus als Chance für eine seriöse Diskussion über die Zukunft der Alterssicherung begreifen. Dazu gehören allerdings Bedingungen. Die erste Bedingung besteht darin, daß Gemeinsamkeit in einer Situation „fünf vor zwölf" nur dadurch entstehen kann, daß man sich mit den Vorschlägen auseinandersetzt, die auf dem Tisch liegen. Das ist unsere Bedingung, und diese Bedingung gilt solange, wie das unbefangen vom Wahlkampfgetümmel zu machen ist. In Wahlkämpfen gilt diese Regel nicht mehr. Das hat der Kollege Dreßler in der ersten Lesung gesagt, und dabei wird es bleiben. Das sage ich all denen, die sich einbilden, sich mit Gemeinsamkeiten über die Runden retten zu können.

(Dreßler [SPD]: So ist es! Und der Blüm hört nicht zu!)

Eine weitere Bedingung, Herr Arbeitsminister, ist die ehrliche Problemanalyse. Zu einer ehrlichen Problemanalyse gehört erstens, die Sicherheit der Ausgangsdaten zu überprüfen: die wirtschaftliche Entwicklung, die Zahl der Versicherungspflichtigen, die Entwicklung der versicherungspflichtigen Einkommen, die zu schätzende Entwicklung der Lohnquote. Die Rückschau belegt: Die Unsicherheit ist bei allen Modellrechnungen für die Zukunft gegeben. Das haben Prognosen so an sich, daß sie vorher gegeben

(D)

werden müssen. 2,5 % waren einmal die Erwartungen bezüglich des Wachstums für 1987; 1,7 % sind herausgekommen. Das sind die Lasten, mit denen sich jede Prognose auseinandersetzen muß.

Zweitens sind diese Daten allerdings Variable von anderen Politiken oder auch Tarifergebnissen. Sie sind Variable der Absicht oder Fähigkeit und Unfähigkeit einer Regierung, Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen; sie sind Ergebnis der Fähigkeit der Tarifparteien, den Zuwachs an Wirtschaftskraft gerecht untereinander zu verteilen.

Eine weitere Bedingung ist: die Probleme beim Namen nennen. Wie begegnen wir der demographischen Entwicklung? Wie sichern wir die Alterseinkommen derjenigen, die nur eine lückenhafte Rentenbiographie aufweisen bzw. die gar nicht in das System hineingekommen sind? Ich vernachlässige hier bewußt die Wirkung Ihrer Politik auf die Zuspitzung der Probleme. Ich möchte nur, daß Sie wenigstens das Problem akzeptieren. Wie konstruieren wir die Instrumente für eine Alterssicherungspolitik, die länger halten muß als eine Legislaturperiode oder als die Dauer einer bestimmten Koalition?

Drittens: sich auf Ziele einigen. Am wichtigsten ist die Einigung über das **Absicherungsniveau** und über eine Mindesteinkommenssicherung, die einkommensorientiert sein muß, über den Grundtypus der sozialen Sicherheit, das System der Finanzierung und das Verhältnis, in dem sich Erwerbseinkommen, Alterseinkommen und Mindesteinkommen entwickeln sollen. Die Aussagen der SPD dazu sind formuliert;

(A) Frau Kollegin Steinhauer hat sie heute noch einmal zusammengefaßt.

Auf die Aussagen des Bundesministers für Arbeit wird noch gewartet. Er hat die Chancen, heute einmal etwas Konkretes zu der Situation der künftigen Entwicklung der Alterssicherung zu sagen. Wie hoch, Herr Bundesarbeitsminister, soll das Absicherungsniveau sein? Wie sollen sich die unterschiedlichen Sicherungssysteme zueinander verhalten? Wie halten Sie es mit der Beteiligung der Beamten an ihrer Versorgung? Wie ernst ist der Satz in dem neuen Grundsatzpapier der CDU gemeint, der eine soziale Grundsicherung fordert? Oder gilt das für die Bundesregierung nicht, was immerhin in Grundsatzpapieren Ihrer Partei steht, Herr Blüm? Wie hoch muß der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung sein?

Herr Blüm, wenn es fünf vor zwölf ist, dann genügt es nicht mehr, die Lippen nur zu spitzen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Es ist nach zwölf!)

dann muß endlich gepfiffen werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Herr Präsident, der Redner kann die Uhr nicht lesen!)

Herr Bundesarbeitsminister, wenn Sie von der Zukunft der Renten sprechen, reduziert sich für Sie die Problematik sehr leicht auf die demographische Entwicklung,

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

insbesondere auf den veränderten Bevölkerungsaufbau. Ich halte das für eine zu verengte Betrachtungsweise. Die **gesellschaftliche Leistungsfähigkeit für** (B) **die Alterssicherung** bemißt sich auch nach anderen Kriterien: nach der Entwicklung der Wirtschaftskraft, der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Fähigkeit, das Erwerbspersonenpotential vollständig und stetig in den Arbeitsprozeß und die Finanzierung der Alterssicherung einzubeziehen, der Entwicklung der Arbeitskräftewanderung unter den Bedingungen des europäischen Binnenmarktes. Genauso wichtig wie die Diskussion über die Rentenformel ist deshalb die politische Aktivität in anderen Politikbereichen.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Stücklen: Entschuldigung, Herr Abgeordneter Peter. — Ich bitte, daß der Geräuschpegel ein bißchen gesenkt wird. Das gilt vor allen Dingen für die hinteren Reihen, wo die Unterhaltungen geführt werden.

Peter (Kassel) (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, die Sie das noch hören wollen, die Sie die Alterssicherung der Bevölkerung vielleicht interessiert: einige Schlußbemerkungen, die genauso wichtig sind wie die Diskussion um die Rentenpolitik, die aber über die Rentenpolitik hinausgehen. Es geht auch um die aktive Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um den Wegfall der Geringfügigkeitsgrenze, weil dort der Rentenversicherung Einnahmen vorenthalten werden, über Arbeitsschutzpolitik, um Frühinvalidität zu mindern, um die Entwicklung eines Instruments, um auf eine wahrscheinliche Abkoppelung der Wertschöpfung von der (C) Lohnsumme, die sich in einer sinkenden Lohnquote ausdrückt, flexibel reagieren zu können. Hier, Herr Kollege Cronenberg, liegt die Begründung für unser Instrument der **Wertschöpfungsabgabe** im Interesse der Gesamtbevölkerung, im Interesse der Wirtschaft und vor allem im Interesse künftiger Generationen. Es wäre gut, wenn Sie endlich einmal auf die inhaltliche Argumentation über die Wertschöpfung eingingen und das nicht immer mit dem Hinweis auf den Industriestandort Bundesrepublik abblocken würden.

(Abg. Cronenberg [Arnsberg] [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter Peter, Sie haben Ihre Redezeit bereits überschritten. — Kurze Frage, bitte.

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Herr Kollege Peter, würden Sie zugeben, daß für die Frage, ob Arbeit im Lande ist oder nicht, die Qualität des Industriestandorts Bundesrepublik von hoher Bedeutung ist?

Peter (Kassel) (SPD): Sicherlich sind die Standortbedingungen von hoher Bedeutung. Nur meinen wir: Wenn die Höhe der Lohnnebenkosten das permanent beklagte Argument ist, dann müßte ein Vorschlag, der bei den Lohnnebenkosten mehr Gerechtigkeit gerade für die kleineren oder personalintensiven Betriebe zum Inhalt hat, eine Herausforderung zu weiteren Diskussionen sein und nicht zum Anlaß genommen werden, die Diskussion um ein notwendiges Instrument abzublocken. (D)

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Aber nicht auf Kosten der Investitionsfähigkeit!)

Die Altersentwicklung, die **Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung,** bringt Belastungen, bringt aber auch Entlastung. Für uns stellt sich die Herausforderung, Instrumente zu finden, um die Entlastung, beispielsweise die Kriegsopferversorgung, im Haushalt des Bundes zur Finanzierung künftiger Belastungen zu sichern. Deshalb ist nicht nur die Höhe des Bundeszuschusses, sondern auch die **Struktur des Bundeszuschusses** eine der Diskussionen, mit denen wir beginnen müßten. Das ist eine Herausforderung für die, die sich für diese Frage interessieren.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit bei einigen und für die Nichtaufmerksamkeit bei den anderen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Stücklen: Meine Damen und Herren, darf ich darum bitten — das gilt auch für jene, die im Augenblick so tief im Gespräch versunken sind —, die letzten paar Minuten dieser Aussprache noch mit gebührender Aufmerksamkeit zu verfolgen. Für die Abstimmung bitte ich dann Platz zu nehmen.

Das Wort erteile ich dem Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales.

Dr. Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit der Schlußberatung nutzen,

Bundesminister Dr. Blüm

(A) allen zu danken, die an der zügigen Beratung dieses Gesetzes mitgewirkt haben, ganz besonders dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung.

Um 3% werden die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die Altersgelder für Landwirte und die Geldleistungen der Unfallversicherung zum 1. Juli 1988 steigen. Das ist Ausdruck einer soliden Politik. 1986 betrug die **Steigerung der Realeinkommen der Rentner** 1,5%. Das ist die höchste Realeinkommensteigerung seit 1979. 1987 betrug die reale Einkommensverbesserung 3%, und auch in diesem Jahr wird die reale Einkommensverbesserung 2% betragen.

Auch aus Anlaß dieser Rentenanpassung möchte ich die alte Wahrheit wiederholen: Es kommt nicht allein darauf an, wie Löhne und Renten steigen, es kommt auch darauf an, ob die Preise stabil geblieben sind. Deshalb: **Preisstabilität** ist die beste Politik für die älteren Mitbürger.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Und wer es bezweifelt — diese Wahrheit kann man nicht oft genug sagen —, das Gegenbeispiel sind die Jahre 1980, 1981 und 1982: höhere Rentensteigerungen als heute, trotzdem weniger Kaufkraft bei den Rentnern. 1980 — wegen Preissteigerung — minus 1,3%, 1981 minus 2%, und 1982 waren es gerade plus 0,1%.

Meine Damen und Herren, ich will darauf hinweisen, daß diese Rentenerhöhungen möglich sind und wir dennoch die **Rücklagen in der Rentenversicherung** aufbauen. Die Sicherheit ist also gewachsen.

(B)

Wir haben dies alles mit Reformen zustande gebracht. Wir haben die Hinterbliebenenreform durchgesetzt, auf die Sie sieben Jahre gewartet haben, die Wartezeit in der Rentenversicherung herabgesetzt, so daß 130 000 Menschen jetzt Rente erhalten, die vorher keine Rente erhalten haben. Die durchschnittliche Höhe beträgt 225 DM im Monat. Das ist wenig, aber das sind 225 DM mehr als zur SPD-Zeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich überlasse es auch den älteren Mitbürgern, zu entscheiden, wovon sie mehr haben, von großen Reden oder von handfesten Maßnahmen.

Sie haben große Reden über das Baby-Jahr und die **Kindererziehungszeiten** gehalten und nichts gemacht. Wir haben damit begonnen. Aus Anlaß dieser Beratung will ich auch hier die jüngsten Zahlen nennen: Bis Ende Januar 1988 sind allein 918 600, also fast 1 Million Anträge aus dem Personenkreis der vor 1921 Geborenen eingegangen. Durchschnittlich betrug die Rentenerhöhung für fast 1 Million Mütter 70 DM pro Monat. Zur SPD-Zeit haben diese Mütter nichts bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für die nach 1921 Geborenen wird inzwischen die Kindererziehung angerechnet, und zwar für 813 000. Das sind insgesamt mehr als 1,7 Millionen Mütter, die Kindererziehungszeiten im Rentenrecht nicht angekündigt bekommen, sondern erhalten haben, mehr als 1,7 Millionen Mütter, die zu SPD-Zeiten überhaupt nichts bekommen haben. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb viele Worte? Ich rufe den Rentnern zu: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, nicht an ihren Reden. Mehr als 1,7 Millionen ältere Mitbürger — im Jahre 1990 werden es insgesamt 5,5 Millionen sein — sind in den Genuß der Kindererziehungszeiten gekommen, Schritt für Schritt, ganz solide. Wir versprechen nicht mehr, als wir halten können.

(Lachen bei der SPD)

Ihr Antrag, Frau Unruh, würde 5 Milliarden DM mehr kosten. Wir geben nicht mehr aus, als wir eingenommen haben.

(Lachen bei den GRÜNEN — Abg. Frau Unruh [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Bitte, Frau Unruh, wenn der Herr Präsident es gestattet.

Vizepräsident Stücklen: Bitte sehr, Frau Abgeordnete Unruh.

Frau Unruh (GRÜNE): Herr Minister, Sie behaupten, wenn jetzt —

(Zurufe von der CDU/CSU: Frage!)

— Ich muß eine Frage stellen. Danke schön.

Herr Minister, meinen nicht auch Sie, daß 5 Milliarden DM für die Altmütter besser gewesen wären als 50 Milliarden für eine Steuerreform, bei der 6% 65% der Steuern nachgelassen bekommen sollen? (D)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dr. Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Wenn diese Steuerreform dazu dient, mehr Beschäftigung zu schaffen, schafft sie auch der Rentenversicherung mehr Einnahmen. Das ist unsere Philosophie.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will mich auch hier nicht auf den Austausch von Schlagworten einlassen, sondern — —

(Lachen bei der SPD)

— Ja, dann will ich noch einmal die Zahlen nennen. Falls die SPD es nicht gemerkt hat: Es waren — ich wiederhole wegen des Gelächters der SPD — mehr als 1,7 Millionen Mütter, die zu SPD-Zeiten nichts bekommen haben, die inzwischen dank dieser Koalition Kindererziehungszeiten angerechnet bekommen. Kein Schlagwort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Unruh, wenn die Probleme so einfach wie Ihre Darstellung wären, hätten Sie sogar recht. Ich warne uns nur gemeinsam, aus einer niedrigen Rente auf Armut zu schließen. Den Armen, Frau Unruh, soll geholfen werden. Aber eine **niedrige Rente** sagt noch gar nichts über den **Lebensstandard.**

Dazu die jüngsten Zahlen; wieder keine Schlagworte, sondern Zahlen. Von den Rentenbeziehern mit

Bundesminister Dr. Blüm

(A) einer Rente von unter 600 DM leben 55 % in Haushalten mit einem Nettoeinkommen von über 2 000 DM und 31 % in Haushalten mit einem Nettoeinkommen zwischen 1 000 und 2 000 DM. Eine niedrige Rente sagt also überhaupt noch nichts über den Lebensstandard. Daß wir denjenigen, die in Armut sind, helfen wollen, entspricht unserer gemeinsamen Überzeugung. Nur, niedrigere Rente allein ist nicht der Auslöser.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will zur Grundsatzdebatte nur eine kurze Bemerkung machen. Wir bleiben auf der Schiene **Lohnbezogenheit.** Deshalb will ich auch klar sagen, daß ich kinderspezifische Beiträge ablehne. Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Der Lohn wird auch nicht kinderspezifisch gezahlt. Wenn wir hier einen Einbruch vonehmen, dann würden wir unser Rentensystem verändern.

Im übrigen stellen sich eine Reihe von ganz praktischen Fragen. Soll denn der Arbeitgeberbeitrag auch kinderspezifisch sein? Wie wäre es denn: Wenn beide Elternteile erwerbstätig sind, sollen beide eine kinderspezifische Ermäßigung erhalten? Das wäre eine Benachteiligung der Alleinverdiener-Familie. Wenn es allerdings nur einer bekommt, dann wäre es für die Familie mit zwei Verdiener einkommensneutral: Was der eine mehr bezahlt, müßte der andere weniger bezahlen.

In der Sozialpolitik kommt es nicht nur auf gute Vorsätze und guten Willen an, es kommt auch auf Sachkenntnis an, und auf der bestehe ich.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Unruh [GRÜNE]: Nein, bitte nicht!)

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Von Reden ist noch niemand satt geworden. Es muß gehandelt werden.

(Frau Unruh [GRÜNE]: 500 Milliarden DM aus den Rentenkassen genommen! Alles Blödsinn!)

— Auch mit Schreien wird den Müttern nicht geholfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bedanke mich beim Deutschen Bundestag für die Rentenpolitik, die wir treiben konnten. Ich halte es für eine gute Nachricht, daß wir weiterhin auf allen Seiten den Willen haben, die notwendige Rentenreform mit einem Höchstmaß an Gemeinsamkeit durchzuführen. Deshalb bedanke ich mich für die nach wie vor vorhandene Bereitschaft der Opposition zur Mitwirkung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Ich bitte alle Damen und Herren Abgeordneten, Platz zu nehmen. Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen. Solange nicht alle Platz genommen haben, kann ich mit der Abstimmung nicht beginnen.

Wir kommen zunächst zur Einzelberatung und Abstimmung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Anpassung der Renten der gesetzlichen (C) Rentenversicherung und der Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1988.

Ich rufe die Art. 1 bis 7, Einleitung und Überschrift in der Ausschußfassung auf. Wer den aufgerufenen Vorschriften zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Mit großer Mehrheit sind die Art. 1 bis 7 angenommen.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf als Ganzem zuzustimmen wünscht, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Keine Gegenstimmen. Bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN ist der Gesetzentwurf als Ganzes daher mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Tagesordnungspunkt 4 b, dem Rentenanpassungsbericht 1987. Der Bericht liegt Ihnen vor. Ich kann somit feststellen, daß der Bundestag Kenntnis genommen hat.

Wir stimmen jetzt über Tagesordnungspunkt 4 c ab. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/1402 abzulehnen. Die Fraktion DIE GRÜNEN bittet darum, daß unmittelbar über ihren Antrag, und zwar namentlich, abgestimmt wird.

Ich eröffne die namentliche Abstimmung.

Meine Damen und Herren, sind noch Abgeordnete im Saal, die sich an der Abstimmung beteiligen wollen und ihre Stimme noch nicht abgegeben haben? — Können die Parlamentarischen Geschäftsführer mir (D) signalisieren, daß alle Abgeordneten die Möglichkeit gehabt haben, ihre Stimme abzugeben? — Ich stelle fest, daß alle Abgeordneten, die sich an der Abstimmung beteiligen wollten, ihre Stimmkarte abgegeben haben. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich gehe davon aus, daß das Haus damit einverstanden ist, daß das Ergebnis dieser namentlichen Abstimmung später bekanntgegeben wird. — Ich sehe, das ist der Fall.*) Dann fahren wir in der Tagesordung fort.

Ich rufe Zusatzpunkt 2 der Tagesordnung auf:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß) zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Vorhaben der Deutschen Bundesbahn, die Preise ab April 1988 zu erhöhen

— Drucksachen 11/1913, 11/1971 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Lemmrich

Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD auf den Drucksachen 11/1973 und 11/1975 vor.

*) Ergebnis Seite 4598 C

Vizepräsident Stücklen

(A) Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung.

(Anhaltende Unruhe)

— Meine Damen und Herren, ich darf bitten, Platz zu nehmen. Wir können mit der Abstimmung erst beginnen, wenn Sie Platz genommen haben. Ich muß ohnehin mit dem Beginn der Abstimmung warten, bis die Wahlurnen zurückgebracht worden sind.

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat eine namentliche Abstimmung über ihren Änderungsantrag auf Drucksache 11/1973 verlangt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung, teile Ihnen jedoch vorsorglich mit, daß im Anschluß an diese zweite namentliche Abstimmung noch zwei weitere Abstimmungen erfolgen.

Meine Damen und Herren, ist noch ein Mitglied des Hauses da, das sich noch an der Abstimmung beteiligen will? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Ich schließe die namentliche Abstimmung und fahre, während die Schriftführer die Auszählung vornehmen, mit der Tagesordnung und der weiteren Abstimmung fort. Auch das Ergebnis dieser Abstimmung wird später bekanntgegeben.*)

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag. Ich bitte die Geschäftsführer um die nötige Aufmerksamkeit. Wer für den Änderungantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/1975 stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Keine Enthaltungen. Mit Mehrheit abgelehnt.

Nun kämen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt, falls dieser jetzt um 12.30 Uhr noch aufgerufen (B) werden soll. Ich habe aber die Information bekommen, daß die betroffenen Abgeordneten, z. B. aus der Fraktion der SPD und aus der Fraktion DIE GRÜNEN, erwarten, daß dieser Tagesordnungspunkt am Nachmittag aufgerufen wird.

(Widerspruch des Abg. Kleinert [Marburg] [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Tagesordnungspunkt jetzt aufrufen, so dauert dessen Behandlung bis über 13 Uhr hinaus, mindestens bis 13.30 oder 13.40 Uhr. Um 13 Uhr beginnt der Ältestenrat, und es ist auf Dauer nicht zuzumuten, daß die Mitglieder des Ältestenrates ihre Pflicht im Ältestenrat nicht erfüllen können. Wenn dieser Tagesordnungspunkt jetzt nicht aufgerufen wird, wäre die Konsequenz, daß er am Nachmittag um 15.30 Uhr aufgerufen wird und die Sitzung am Abend entsprechend länger dauert. Ist das Haus damit einverstanden? — Dann rufe ich diesen Tagesordnungspunkt jetzt nicht mehr auf und gönne Ihnen eine um 25 Minuten längere Mittagspause.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.35 bis 14.00 Uhr)

Vizepräsident Cronenberg: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

*) Ergebnis Seite 4600 A

(C) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Fragestunde

— Drucksache 11/1937 —

Zunächst kommen wir zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr. Hierzu liegen die Fragen 41 und 42 des Abgeordneten Antretter, die Frage 43 des Abgeordneten Stiegler und die Fragen 44 und 45 des Abgeordneten Dr. Schroeder (Freiburg) vor.

Offensichtlich bestehen alle Fragesteller auf schriftlicher Beantwortung. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt. Damit können wir diesen Bereich schon als abgehakt betrachten.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf. Zur Beantwortung steht uns der Herr Parlamentarische Staatssekretär Grüner zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 46 des Abgeordneten Dr. Hirsch auf:

> Wie groß sind die schwach-/mittelradioaktiven bzw. die hochradioaktiven Abfälle einschließlich der Abfälle aus der Abwrakkung von Kernenergieanlagen und einschließlich der Abfälle, für die die Bundesrepublik Deutschland Rücknahmeverpflichtungen eingegangen ist, die bis zum Jahre 2000 in der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen sein werden, nach Volumen und Radioaktivität?

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Grüner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Herr Kollege, nach dem Entsorgungsbericht der Bundesregierung werden einschließlich der Abfälle aus der Beseitigung kerntechnischer Anlagen, der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente im Ausland und aus dem Betrieb der geplanten Wiederaufar- (D) beitungsanlage Wackersdorf folgende **radioaktive Abfälle bis zum Jahre 2000** anfallen: ca. 195 600 m^3 radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung, die zur Endlagerung im geplanten Endlager Konrad vorgesehen sind, ca. 4 050 durch Verglasung entstandene Abfallgebinde — Glasblöcke — zu je 150 l Nettovolumen als wärmeentwickelnder radioaktiver Abfall, ca. 4 950 m^3 konditionierte Hülsen und Strukturteile bzw. Feed-Klärschlämme als wärmeentwickelnder radioaktiver Abfall sowie ca. 1 900 m^3 tritiumhaltige Wässer. Die Nuklidzusammensetzung der Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung in den für die Endlagerung bestimmten Abfallgebinden muß den Anforderungen an endzulagernde radioaktive Abfälle entsprechen.

Diese Anforderungen sind als vorläufige Endlagerungsbedingungen — Stand November 1986 — Gegenstand des zur Zeit anhängigen Planfeststellungsverfahrens für das geplante Endlager Konrad. Ähnliche Endlagerungsbedingungen werden zu gegebener Zeit auch für das geplante Endlager im Salzstock Gorleben erarbeitet.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage. Bitte schön, Herr Dr. Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, da Sie offenbar nicht nach der Radioaktivität, sondern nach der Wärme unterscheiden, die entwickelt wird und vernachlässigt werden kann oder nicht vernachlässigt werden kann, frage ich: Können Sie uns vielleicht

Dr. Hirsch

(A) noch einmal sagen, ab wann nach Ihrer Meinung die Wärmeentwicklung nicht mehr vernachlässigt werden kann?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Je nach Wärmeentwicklung und Radioaktivität wird zwischen dem Endlager Konrad und dem Endlager Gorleben unterschieden. Die Unterscheidung ergibt sich aus den soeben vorgetragenen Angaben.

Vizepräsident Cronenberg: Weitere Zusatzfrage. Bitte sehr.

Dr. Hirsch (FDP): Da sich die vorsichtige Unterscheidung daraus eigentlich nicht ergibt, stelle ich, da ich nur noch eine Zusatzfrage habe, eine Zusatzfrage nach etwas anderem: Haben Sie bei den Mengen, die Sie genannt haben, die Mengen einbezogen, die sich aus dem Abwracken von Kernkraftwerken ergeben, und wieviel Kernkraftwerke haben Sie da eingerechnet?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Was diese Mengen betrifft, Herr Kollege, so möchte ich hier sehr vorsichtig sein. Ich würde das lieber schriftlich beantworten. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob das schon eingerechnet ist. Ich würde darauf gern schriftlich antworten. Ich bitte um Nachsicht.

(Dr. Hirsch [FDP]: Ja, danke, einverstanden!)

Vizepräsident Cronenberg: Frau Schoppe hat eine Zusatzfrage. Bitte schön.

(B) **Frau Schoppe** (GRÜNE): Ich habe eine Zusatzfrage zu Ihren Berechnungen und der Einbeziehung von Gorleben. Es ist bekannt, daß dort ein Schacht bei den Bohrarbeiten zusammengebrochen ist und daß es viele Wissenschaftler gibt, die dieses Endlager als nicht sicher für eine Endlagerung betrachten. Jetzt frage ich: Was sind denn Ihre Berechnungen? Wieviel Atommüll wollen Sie dort denn einlagern? Gibt es, falls es sich in Ihrem Ministerium auch durchsetzen sollte, daß Gorleben für die Endlagerung nicht sicher ist, Überlegungen, wo man den Atommüll sonst lagern könnte?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Die Bundesregierung geht nach ihrem Entsorgungsbericht nach wie vor davon aus, daß das Endlager **Gorleben** rechtzeitig zur Verfügung stehen wird. Sie hat aber immer betont, daß man das erst weiß, wenn tatsächlich im Salzstock selber die Feststellungen getroffen werden, die von vielen Wissenschaftlern für wahrscheinlich und von anderen für unwahrscheinlich gehalten werden, nämlich daß sich dieser Salzstock tatsächlich eignet. Deshalb kann erst, wenn im Salzstock die konkreten Untersuchungen tatsächlich möglich sind, eine endgültige Aussage darüber getroffen werden, ob sich Gorleben eignet oder nicht.

Vizepräsident Cronenberg: Die nächste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Brauer.

Brauer (GRÜNE): Wie stehen Sie, Herr Staatssekretär, zu dem Zusammenhang, daß die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig Einfluß (C) darauf ausgeübt hat, daß die Bohrungen dieses Schachtes möglichst schnell und zügig vonstatten gehen, und jetzt in dem Gutachten erklärt wurde, daß der Baufortschritt schneller war als die Messungen und die eigentlichen Sicherheitsvorkehrungen?

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Bauer, ich nehmen an, daß der Herr Staatssekretär die Frage beantworten wird. Aber korrekterweise könnte ich sie nicht zulassen, weil der direkte Zusammenhang zwischen der ursprünglichen Frage von Herrn Dr. Hirsch und Ihrer Frage nicht mehr gegeben ist. Wir wollen aber dem Staatssekretär die Chance lassen, trotzdem zu antworten.

Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Grüner, Parl. Staatssekretär: Es ist Aufgabe der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, alles zu tun, um möglichst rasch ein Endlager zur Verfügung zu stellen. Als Antragstellerin hat sie diese Aufgabe gewissenhaft erfüllt. Die jetzt aufgetretene Frage, ob bei der Vorbereitung der Bohrungen Fehler gemacht worden sind, ist Gegenstand einer eingehenden Untersuchung, über die der Bundesumweltminister gestern im Umweltausschuß ausführlich berichtet hat.

Vizepräsident Cronenberg: Nun rufe ich die Frage 47 des Abgeordneten Dr. Hirsch auf:

Wie groß sind die radioaktiven Abfallmengen, die zusätzlich mit der Inbetriebnahme der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf anfallen und zu beseitigen sein werden, nach Volumen und Radioaktivität?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Aus dem Entsorgungsbericht vom 13. Januar 1988 ergibt sich, daß in der (D) geplanten **Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf** bis zum Jahr 2000 voraussichtlich ca. 850 durch Verglasung entstandene Abfallgebinde, Glasblöcke, zu je 150 l Nettovolumen als wärmeentwickelnder radioaktiver Abfall, ca. 1 500 m^3 konditionierte Hülsen- und Strukturteile bzw. Feed-Klärschlämme sowie ca. 9 000 m^3 radioaktive Abfälle mit vernachtlässigbarer Wärmeentwicklung und außerdem ca. 1 900 m^3 tritiumhaltige Wässer anfallen werden. Diese jetzt genannten Mengen sind in der Antwort auf Ihre erste Frage schon eingerechnet. Es ist also eine Differenzierung. Das benötigte Volumen in einem Endlager ist unter Berücksichtigung aller radioaktiven Abfälle bei direkter Endlagerung im Vergleich zur Endlagerung nach Wiederaufarbeitung etwa vergleichbar.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte sehr.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, ist die Menge, die Sie soeben angegeben haben, die Gesamtmenge, oder ist das die Menge, die im Vergleich zu einer direkten Endlagerung zusätzlich entstehen würde? Ich möchte wissen: Wie groß sind denn die **zusätzlichen Mengen** im Vergleich zu einer direkten Endlagerung, die an **radioaktivem Abfall** dadurch entstehen — ob nun hoch- oder mittelradioaktiv ist eine andere Frage —, daß die Wiederaufbereitung in Wackersdorf in Gang gesetzt wird.

Grüner, Parl. Staatssekretär: Es entstehen keine zusätzlichen Mengen, wenn ich einmal unterstelle und

Parl. Staatssekretär Grüner

den Vergleich ziehe, daß, wenn keine Wiederaufarbeitung in Wackersdorf stattfindet, nach dem derzeitigen Entsorgungskonzept der Bundesregierung die Wiederaufarbeitung im Ausland, die heute ja schon stattfindet, stattfinden würde. Entscheidend ist allerdings, daß sich das Volumen des Endlagers durch die Wiederaufbereitung nicht vergrößert, ungeachtet der Tatsache, daß die Art der Abfälle andersartig ist, wenn ich direkte Endlagerung oder Endlagerung nach Wiederaufbereitung betreibe.

Vizepräsident Cronenberg: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte sehr, Herr Dr. Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, Sie haben ja auch volumenmäßig beachtliche Größen genannt. Darf ich Sie fragen, wie das **Transportproblem** gelöst werden soll, d. h. welche Zahl von Transporten, sei es über Straßen oder Schiene, nach Inbetriebnahme von Wackersdorf von dort zu den vorgesehenen Lagern, sei es in Konrad, sei es in Gorleben, pro Woche, pro Monat oder in welcher Einheit Sie möchten, unternommen werden muß, um diese Mengen von Wackersdorf quer durch die Republik zu den Lagern zu transportieren?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Das Transportproblem ist ein zusätzliches Problem, das dadurch entstanden ist, daß das ursprüngliche Entsorgungskonzept, nämlich Wiederaufarbeitung und Endlagerung an einem Standort vorzunehmen, zwar technisch möglich gewesen wäre, sich aber politisch nicht verwirklichen ließ. Dieses Transportproblem wird durch Wackersdorf nicht vergrößert, sondern bleibt, wenn auch in anderer Fahrtrichtung, erhalten, weil die Wiederaufbereitung im Ausland ja ebenfalls zu den Transportproblemen führt, da alle radioaktiven Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland wieder aufgenommen werden müssen, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung.

Vizepräsident Cronenberg: Eine weitere Zusatzfrage, bitte schön.

Sieler (Amberg) (SPD): Herr Staatssekretär, wie erklären Sie die Unterschiede, die sich daraus ergeben, daß ein Vertreter Ihres Hauses auf meine Frage im Haushaltsausschuß erklärt hat, daß nur 1 000 t radioaktives Tritium bei der Wiederaufarbeitung pro Jahr anfallen? Sie hatten hier 1 900 t genannt.

Grüner, Parl. Staatssekretär: Ich hatte von einer Gesamtmenge von 1 900 Kubikmetern tritiumhaltigen Wässern gesprochen. Das ist die Zahl, die im Entsorgungsbericht der Bundesregierung steht. Sie ist richtig. Ich kann mir also eine andere Zahl nur durch ein Mißverständnis erklären.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß beim Transport besondere Probleme vom Grundsatz her bestehen, und Sie haben gesagt, im Grunde genommen habe sich nichts geändert. Nur, meine Frage ist: Wenn es transportiert wird, was wollen Sie ändern? Welche Gefahrenvorsorgemaßnahmen wollen Sie veranlassen, insbesondere wenn Sie davon ausgehen, daß diese Transporte, wenn sie über die Straße gehen, durchaus eine besondere Gefährdung darstellen, vor allem, wenn ich mir vorstelle, daß es Glatteis gibt, daß irgendwo einmal ein Lastwagen quersteht oder daß einer mit einem Lastwagen in eine solche Kolonne hineinfährt? Das sind alles Szenarien, die bekannt sind und die an sich auch dem Ministerium bekannt sein müßten.

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich habe nicht über die Art des Transports gesprochen, der auch nicht unbedingt etwa auf der Straße erfolgen muß. Es ist technologisch durchaus möglich, diese Transporte, auch was die Behälter anlangt, sicherzumachen. Das gilt in gleicher Weise für die hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente, die heute transportiert werden müssen. Die Techniker sind sich sicher, daß sie das zuverlässig bewerkstelligen können. Der Weiterentwicklung der Technologie auch in diesem Bereich sind natürlich keine Grenzen gesetzt. Es wird an diesen Fragen intensiv gearbeitet, um immer bessere und technisch perfektere Lösungen zu finden, die im Augenblick zwar nicht anstehen, aber für eine nahe Zukunft ihre Bedeutung haben werden.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Klejdzinski, es bedarf wirklich schon einer sehr großzügigen Auslegung, wenn man eine Verbindung zwischen der Frage nach dem Volumen, die ursprünglich gestellt war, und Ihrer Frage nach den Transportmöglichkeiten oder -notwendigkeiten herstellen will.

Ich sage das deswegen, Herr Abgeordneter Dr. Lippelt, weil ich Ihnen jetzt die Möglichkeit zu einer Zusatzfrage gebe. Ich bitte Sie, sich auf die ursprüngliche Frage zu beziehen, zumal Sie in dem Zusammenhang ja noch weitere Fragen gestellt haben.

Bitte sehr, Herr Dr. Lippelt.

Dr. Lippelt (Hannover) (GRÜNE): Herr Präsident, meine Befürchtung, mich zu blamieren, geht in eine ganz andere Richtung. Ich kam ja erst herein, als dem Kollegen Hirsch bereits geantwortet wurde. Trotzdem, Herr Staatssekretär, auch auf die Gefahr hin, eine lächerliche Frage zu stellen: Ihre Antwort auf die Frage des Kollegen Hirsch habe ich so verstanden, daß Sie gesagt haben, im Vergleich zu den Mengen, die durch Wiederaufarbeitung in anderen Ländern ohnehin entstehen, ändert sich hier eigentlich nichts. Der Kollege Hirsch hatte aber, wenn ich ihn recht verstanden habe, gefragt, ob die Volumen durch Wiederaufarbeitung im Vergleich zu direkter Endlagerung nicht bedeutend größer würden, und er hatte auch von mittelradioaktiven Stoffen und was sonst noch anfällt, gesprochen. Würden Sie mir da zugeben, daß in bezug auf das Volumen im Vergleich zu der direkten Endlagerung bei der Wiederaufarbeitung mindestens das Zehnfache entsteht?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, nein. Wenn ich das Volumen auf die notwendige Größe der Endlagerstätte beziehe — das ist entscheidend für die Endlagerproblematik —, haben wir bei beiden Verfahren — direkte Endlagerung mit ihren Nachteilen und Endlagerung nach Wiederaufarbeitung mit ihren

Parl. Staatssekretär Grüner

(A) Nachteilen, die gerade z. B. im Sinne des Transports angesprochen worden sind — die gleichen Volumina. Die Abfallmengen allerdings ändern sich. Es ist ein andersartiger Abfall, weil durch die Wiederaufarbeitung Plutonium vernichtet wird, während bei der direkten Endlagerung Plutonium in den abgebrannten Brennelementen erhalten bleibt. Insofern ist es richtig, daß sich das Volumen ändert, aber nicht das Endlagervolumen, das wir brauchen. Das ist das eigentlich Entscheidende bei der Endlagerproblematik, über die wir hier diskutieren.

Vizepräsident Cronenberg: Sie können stehenbleiben, Herr Abgeordneter Dr. Lippelt, denn nunmehr wird Ihre Frage Nr. 48 beantwortet:

Seit wann wird aus deutschen Atomanlagen Atommüll nach Schweden transportiert, und seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis über Bestechungsgelder der Firma Transnuklear, die in diesem Zusammenhang an Angestellte deutscher und schwedischer Firmen bezahlt wurden, wie „DIE ZEIT" vom 19. Februar 1988 berichtete?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, seit 1983 wurden von der Transnuklear **radioaktive Abfälle von Kernkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland** nach **Studsvik, Schweden,** zur Verbrennung und Konditionierung transportiert. Die Bundesregierung hat bis zum jetzigen Zeitpunkt keine belastbaren Erkenntnisse darüber, daß im Zusammenhang mit der Konditionierung radioaktive Abfälle in Studsvik, Schweden, **Bestechungsgelder** gezahlt wurden.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte schön.

(B) **Dr. Lippelt** (Hannover) (GRÜNE): Herr Staatssekretär, ich hatte auch nach den Mengen gefragt. Haben Sie darüber schon Erkenntnisse?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Nein, Herr Kollege, denn die Staatsanwaltschaft selbst hat darüber noch keine Erkenntnisse, so daß ich mich auch hinsichtlich etwaiger Beträge nicht äußern kann.

Dr. Lippelt (Hannover) (GRÜNE): Würden Sie einer in der Presse verbreiteten Meldung, daß es mindestens 70 t uranhaltige Brennelementreststoffe sind, in diesem Moment dann auch nicht widersprechen wollen?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Entschuldigen Sie, Herr Kollege, das ist Ihre zweite Frage.

Vizepräsident Cronenberg: Eben, Sie sind im Moment in Ihrer Frage 49. Ich möchte zunächst einmal die Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Hirsch zu Frage 48 zulassen. Bitte sehr, Herr Dr. Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, die Frage lautete, seit wann Atommüll nach Schweden transportiert wird. Ungeachtet der Tatsache, daß Sie diese Frage noch nicht beantwortet haben, würde ich gerne wissen, seit wann dieses Material per Luft transportiert wird.

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich habe die Frage beantwortet, nämlich dadurch, daß ich sagte: Seit 1983 werden von Transnuklear radioaktive Abfälle von Kernkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland nach Studsvik, Schweden, zur Verbrennung und Konditionierung transportiert. Ich kann Ihnen die Zusatzfrage, ob dabei auch einmal der Luftweg gewählt worden ist, nicht beantworten. Darauf möchte ich gerne schriftlich zurückkommen. (C)

Vizepräsident Cronenberg: Damit die Geschäftslage klar ist: Eine Zusatzfrage zu Frage 48, also ab wann transportiert wurde. Bitte sehr, Herr Abgeordneter Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, da Sie die Frage „seit wann?" beantwortet haben, möchte ich Sie fragen: Sind seit diesem Zeitpunkt Umetikettierungen vorgenommen worden?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand nicht; aber das ist Gegenstand des Untersuchungsausschusses und auch der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, da sie im Gesamtkomplex der Sicherheit der Transporte radioaktiver Abfälle eine Rolle spielen.

(Abg. Dr. Lippelt [Hannover] [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Cronenberg: Im Grunde genommen hatten Sie zwei Fragen gestellt.

(Dr. Lippelt [Hannover] [GRÜNE]: Meine zweite war aber doch bezogen auf die erste!)

Herr Abgeordneter Dr. Lippelt, wir einigen uns so: Sie haben jetzt zur Frage 48 eine Zusatzfrage und bei der Frage 49 eine weniger. Dann sind wir uns einig, denn Ihre letzte Zusatzfrage bezog sich darauf. (D)

Nun können Sie Ihre Zusatzfrage zur Frage 48 gerne stellen.

Dr. Lippelt (Hannover) (GRÜNE): Herr Präsident, mit Verlaub, ich hatte in der ersten Frage nach den Transportmengen nach Schweden, in der zweiten nach den Transportmengen zurück aus Schweden gefragt. Diese Frage nach den Transportmengen nach Schweden ist noch nicht beantwortet worden. Es sind zwei unterschiedliche Richtungen. Insofern, Herr Präsident, mit Verlaub, war meine Frage vielleicht doch nicht so falsch.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Dr. Lippelt, vermutlich haben Sie die Absicht gehabt, danach zu fragen, welche Mengen nach Schweden transportiert werden, aber getan haben Sie es nicht. Lesen Sie sich Ihre Frage genau durch. Aber da ich annehme, daß der Herr Staatssekretär bereit ist, daß zu beantworten, ohne daß es ausgedruckt ist, gebe ich dem Herrn Staatssekretär das Wort.

Grüner, Parl. Staatssekretär: Ich würde das gerne gleich mit der Frage 49 verbinden, weil da die Mengen genannt werden.

Vizepräsident Cronenberg: Dann sind wir uns also einig.

Ich rufe die Frage 49 des Abgeordneten Dr. Lippelt (Hannover) auf:

Vizepräsident Cronenberg

(A)

Wieviel von dem nach Studsvik in Schweden transportierten Atommüll wurde mittlerweile zu welchem Standort in der Bundesrepublik Deutschland zurücktransportiert, und kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, wonach 370 Fässer der 400-Liter-Größe mit Atommüll aus Würgassen, welcher in Studsvik konditioniert wurde, seit 1985 im Zwischenlager Gorleben lagern?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Ich beantworte also Frage 49.

Der überwiegende Anteil der **nach Studsvik/ Schweden transportierten radioaktiven Abfälle** wurde in konditionierter Form in die Bundesrepublik Deutschland zu verschiedenen Lagerstandorten zurücktransportiert. Im Zwischenlager Gorleben lagern seit 1985 342 Behälter der 400-Liter-Größe mit radioaktivem Abfall aus dem Kernkraftwerk Würgassen. Seit 1987 befinden sich dort vier weitere Behälter, die vorübergehend in Schweden gelagert worden sind. Der Abfall ist in Studsvik/Schweden nicht konditioniert worden. Menge und Lagerort des **aus Schweden** mittlerweile **zurücktransportierten Abfalls** kann lediglich an Hand der Einfuhrgenehmigungen bzw. Anzeigen durch das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn ermittelt werden. Dazu bräuchten wir allerdings einen Zeitaufwand für die Durchsicht des Archivs von etwa zwei Wochen.

In Studsvik lagern derzeit noch folgende radioaktive Abfälle: ca. 330 t brennbarer Mischabfall, ca. 200 Fässer mit Asche, ca. 5 cbm Altöl, ca. 300 t Schrott.

Die vier vorübergehend in Schweden gelagerten Behälter des Kernkraftwerks Würgassen konnten wegen zu hoher Dosisleistung an der Oberfläche zunächst nicht in Gorleben gelagert werden, sondern

(B)

erst nach entsprechendem Abklingen der Radioaktivität.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte sehr.

Dr. Lippelt (Hannover) (GRÜNE): Herr Staatssekretär, haben Sie irgendwelche Erkenntnisse darüber, ob in dem nach Gorleben zurücktransportierten Material auch plutoniumhaltige Stoffe sind?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Nein, dafür liegen im Augenblick keine Erkenntnisse vor. Aber die Untersuchungen, die hier angestellt werden, werden dieser Frage ebenfalls nachgehen.

Dr. Lippelt (Hannover) (GRÜNE): Die zweite Frage: Wie gedenken Sie, mit diesem Problem in Gorleben weiter umzugehen?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Wie im Entsorgungsbericht der Bundesregierung dargestellt.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, können Sie mir auch dazu mitteilen, welche Mengen aus den Rücklieferungen von Schweden in die Bundesrepublik wohin per Luft transportiert worden sind?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Ich werde das gerne in die schriftliche Beantwortung einbeziehen.

(C)

Vizepräsident Cronenberg: Die Fragen 50 und 51 der Abgeordneten Frau Terborg werden auf deren Wunsch schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Ich rufe die Frage 52 des Abgeordneten Dr. Abelein auf.

Sind der Bundesregierung gesundheitsschädliche Nebenwirkungen des bleifreien Benzins bekannt?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Abelein, sowohl bleihaltiges als auch bleifreies Benzin einschließlich der Verbrennungsprodukte können in Abhängigkeit von der etwa aufgenommenen Dosis gesundheitsschädlich sein.

Bleifreies Benzin unterscheidet sich aber hinsichtlich der möglichen **gesundheitsschädlichen Nebenwirkungen** positiv von bleihaltigem Benzin durch das Fehlen von Blei sowie von krebserzeugenden bzw. krebsverdächtigen Halogenverbindungen, die als Bleiausträger, Scavenger genannt, eingesetzt werden.

Weitere Unterschiede können sich aus den verschiedenen **Benzol- und Aromatengehalten** ergeben. Generell weist bleifreies Superbenzin einen geringeren Gehalt an Benzol und Aromaten auf als bleihaltiges Superbenzin. Bei unverbleitem Normalbenzin ist der Benzol- und Aromatengehalt geringfügig höher als bei bleihaltigem Normalbenzin. Superbenzin enthält generell einen deutlich höheren Benzol- und Aromatengehalt als Normalbenzin.

Insgesamt liegen die Emissionen von Benzol bei Verwendung bleifreien Super- und Normalbenzins unter den Werten von bleihaltigem Super- und Normalbenzin.

(D)

Die Belastung der Bevölkerung wird darüber hinaus nachhaltig durch die Benutzung eines Katalysators vermindert, mit dem die Schadstoffe um bis zu 90 % herabgesetzt werden. Der Katalysator setzt allerdings den Einsatz bleifreien Benzins voraus, und das war ja der entscheidende Grund dafür, daß die Bundesregierung die Herausnahme von bleihaltigem Normalbenzin aus dem Markt in der Europäischen Gemeinschaft für die Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt hat.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Dr. Abelein.

Dr. Abelein (CDU/CSU): Enthält bleifreies Normalbenzin wesentlich mehr Benzol als verbleites Normalbenzin?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Nein, das ist nicht wesentlich. Nach den Untersuchungen des Umweltministers von Nordrhein-Westfalen, die gerade veröffentlicht worden sind, sind im unverbleiten Normalbenzin 1,64 Volumenprozent festgestellt worden, im verbleiten Normalbenzin 1,56 Volumenprozent. Nach der nordrhein-westfälischen Untersuchung lagen die Spitzenwerte an Benzol bei verbleitem Normalbenzin höher als bei unverbleitem Normalbenzin. Die Unterschiede sind also sehr gering.

Allerdings sind die Benzolemissionen etwas höher durch den Wegfall von verbleitem Normalbenzin, was durch das Verhalten der Kraftfahrer ausgeglichen

Parl. Staatssekretär Grüner

(A) werden kann, die ja in ihrer großen Zahl unverbleites Normalbenzin tanken können und nicht gezwungen sind — leider tun das viele Autofahrer immer noch —, statt unverbleitem Normalbenzin verbleites Superbenzin zu tanken, also die Benzinart, die mit weitem Abstand den höchsten Benzolgehalt aufweist.

Vizepräsident Cronenberg: Ihre zweite Zusatzfrage, Dr. Abelein.

Dr. Abelein (CDU/CSU): Das heißt also nicht, daß die Verringerung der Schädlichkeit durch weniger Blei durch eine Erhöhung der Schädlichkeit durch mehr Benzol bei bleifreiem Benzin ausgeglichen wird?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Das heißt es nicht, wobei man immer hinzufügen muß: Es hängt auch davon ab, ob die Autofahrer von den gegebenen Möglichkeiten Gebrauch machen und ob sie ausreichend über diese Möglichkeiten informiert sind.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Klejdzinski, bitte sehr.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, ist es richtig, daß damals, als man wegen der Klopffestigkeit das Blei im Benzin durch Aromaten — sprich: Benzol — ersetzt hat, bereits bekannt war, daß Aromaten vom Grundsatz her zumindest in dem Verdacht stehen, krebserzeugend zu sein, so daß insofern die Annahme, daß verbleites Benzin einen höheren Benzolanteil enthält, an sich falsch ist?

(B) **Grüner,** Parl. Staatssekretär: Insbesondere möchte ich darauf hinweisen, daß verbleites Benzin, was die Aromaten und andere krebserzeugende Stoffe anlangt, deutlich schlechtere Werte aufweist als bleifreies Benzin. Das ist losgelöst von der Benzolfrage zu sehen.

Außerdem haben wir hier in der Bundesrepublik Deutschland einen erheblich geringeren Benzolgehalt im Benzin, als es die Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft zuläßt, wonach 5 Volumenprozent zulässig sind. Trotzdem hat die Bundesregierung bei der Europäischen Gemeinschaft den Antrag gestellt, den Benzolanteil im Benzin auf 1 % herabzusetzen. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir das in der Gemeinschaft gemeinsam durch eine entsprechende Änderung der Benzinbleirichtlinie machen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Ganseforth.

Frau Ganseforth (SPD): Herr Staatssekretär, wenn ich eben richtig gerechnet habe, liegt der Benzolanteil im bleifreien Benzin etwa 20 % über dem Benzolanteil des verbleiten Benzins. Kann man das noch als einen geringfügig höheren Anteil bezeichnen?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Ich bin nicht so rasch im Prozentrechnen wie Sie. Ich möchte deshalb sicherheitshalber den Volumenprozentgehalt nach der neuesten Untersuchung von Nordrhein-Westfalen noch einmal nennen: Benzolanteil für verbleites Normalbenzin 1,56 Volumenprozent, für unverbleites Normalbenzin 1,64 Volumenprozent. Das ist eine Differenz von 0,1 Volumenprozent zwischen den beiden (C) Benzinarten. Man wird fast sagen können, daß eine solch geringe Unterscheidung am Rande der Nachweisgrenze liegt. Das kann man auch daran deutlich machen, daß die heute bestehenden Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft 5 Volumenprozent zulassen.

Unser Ziel in der Europäischen Gemeinschaft wäre es, auf 1 Volumenprozent zurückzugehen. Die Differenz, über die wir hier diskutieren, liegt weit unterhalb dieses 1 %.

(Frau Ganseforth [SPD]: Es sind keine 20 %!)

Vizepräsident Cronenberg: Ich rufe die Frage 53 des Abgeordneten Dr. Abelein auf:

Welche Vorsorgemaßnahmen lassen sich gegen eventuelle Nebenwirkungen des bleifreien Benzins treffen?

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Grüner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, die beste Vorsorge gegenüber möglichen **gesundheitsschädlichen Wirkungen durch die Verwendung verbleiter und unverbleiter Ottokraftstoffe** ist die weitestmögliche **Minderung der Schadstoffemissionen.** Die Bundesregierung hält insbesondere folgende Maßnahmen für geeignet:

Erstens. Förderung des Einsatzes der Katalysatortechnik zur Reinigung der Kraftfahrzeugabgase, der größten Quelle von Benzolemissionen; Minderungseffekt des geregelten Drei-Wege-Katalysators: ca. 90 %. (D)

Zweitens. Weitere Absenkung des maximal zulässigen Benzolgehalts in Ottokraftstoffen. Zur Zeit sind laut EG-Richtlinie höchstens 5 Volumenprozent Benzol in unverbleitem Kraftstoff zulässig. Für verbleiten Kraftstoff gilt diese Begrenzung erst ab 1. Oktober 1989. Die tatsächlich anzutreffenden Benzolgehalte liegen in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt weit unter 5 Volumenprozent. Die Bundesregierung hat der EG-Kommission aus Gründen des allgemeinen vorbeugenden Gesundheitsschutzes eine weitere Absenkung des maximal zulässigen Benzolgehalts aller Ottokraftstoffsorten auf 1 Volumenprozent vorgeschlagen.

Drittens. Tanken von unverbleitem Normalbenzin statt verbleitem Superbenzin, wenn immer dies möglich ist. Da der Benzolgehalt in verbleitem Superbenzin deutlich höher ist als in Normalbenzin, läßt sich auf diese Weise eine deutliche Minderung der Benzolemissionen erreichen.

Viertens. Emissionsarmes Betanken von Kraftfahrzeugen. Noch in diesem Jahr sollen in anwendungstechnischen Versuchen die Techniken der Gaspendelung tankstellenseitig und der Absorption von Benzindampf an Aktivkohle fahrzeugseitig demonstriert und geprüft werden. Bei allgemeiner Anwendung einer dieser beiden Techniken könnten auch die beim Tanken auftretenden Emissionen um bis zu 95 % vermindert werden, wobei ich noch einmal unterstreiche, daß die Masse der Benzolemissionen im Verbrennungsprozeß im Motor entstehen und aus dem Auspuff herauskommen und daß wir heute schon eine jederzeit

Parl. Staatssekretär Grüner

(A) anwendbare Technologie für den Autofahrer zur Verfügung haben, diese Emissionen zu verhindern.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter, bitte sehr.

Dr. Abelein (CDU/CSU): Sind Vorkehrungen vorgesehen, um beispielsweise Autofahrer beim Tanken auf die Gefahren durch die Einatmung von Benzoldämpfen hinzuweisen?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Auch das gehört in den Bereich der noch anzustellenden Untersuchungen, denn eine solche Warnung an den Autofahrer, eine Vorsichtsmaßnahme läuft ja immer Gefahr, die möglichen gesundheitlichen Schädigungen überzudimensionieren. Wir bewegen uns hier ganz ausdrücklich im Vorsorgebereich, und ich würde es für sinnvoller halten, die technischen Möglichkeiten der Einschränkung der Emissionen zu erreichen, als durch Warnhinweise falsche Vorstellungen über eine tatsächliche gesundheitliche Gefährdung ohne Abhilfemöglichkeit zu propagieren.

Vizepräsident Cronenberg: Ihre zweite Zusatzfrage, bitte schön.

Dr. Abelein (CDU/CSU): Ausgehend von Ihrer Angabe, daß der Unterschied zwischen bleifreiem und verbleitem Normalbenzin im Hinblick auf Benzol nach den Untersuchungen des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums 1 % betrage, frage ich: Ist Ihnen eine Veröffentlichung von heute aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" bekannt, wonach

(B) dieser Unterschied nicht 1 %, sondern 5 % beträgt?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Nein, diese Veröffentlichung ist mir nicht bekannt. Nach der mir vorliegenden Rechnung beträgt der Unterschied an Benzolgehalt zwischen verbleitem Normalbenzin und unverbleitem Normalbenzin 0,1 Prozentpunkte nicht 1 Prozentpunkt.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Garbe.

Frau Garbe (GRÜNE): Herr Staatssekretär, könnte zu Ihren Vorsorgemaßnahmen nicht auch die Förderung der Produktion von Automotoren gehören, die weitaus weniger Benzin oder Treibstoff verbrauchen, für die die Konzeptionspläne längst in den Schubläden liegen?

Grüner, Parl. Staatssekretär: Das ist ein sehr wichtiger Hinweis, Frau Kollegin, und es sind in großem Umfang aus Haushaltsmitteln des Bundesforschungsministers in dieser Richtung Forschungen in Gang gesetzt und gefördert worden. Wir alle wissen ja, mit welch gutem Ergebnis unsere Industrie auf diesem Sektor erfolgreich war, wenn wir die Reduktion des Verbrauchs sowohl bei Fahrzeugen mit Katalysator als auch bei Fahrzeugen, die nach dem Magerkonzept arbeiten, feststellen. Das ist eine sehr wichtige und erfreuliche Entwicklung, die fortgesetzt werden muß.

Vizepräsident Cronenberg: Da die Fragen 54 und 55 der Abgeordneten Frau Hensel auf deren Wunsch

(C) schriftlich beantwortet werden sollen — die Antworten werden als Anlagen abgedruckt —, Herr Staatssekretär, darf ich mich bei Ihnen bedanken.

Ich rufe nun den Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen auf. Zur Beantwortung steht uns der Parlamentarische Staatssekretär Rawe zur Verfügung.

Ich rufe zunächst einmal die Frage 56 der Abgeordneten Frau Faße auf:

> Bestehen Zusammenhänge zwischen eventuellen Problemen bei der Übernahme der Auszubildenden bei der Deutschen Bundespost und einer Verfügung vom 2. Februar 1988, die als „Entrümpelungsverfügung" bekanntgeworden ist?

Rawe, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen: Frau Kollegin Faße, die **Übernahme der Auszubildenden** richtet sich nach dem erforderlichen Bedarf und den haushaltsmäßigen Möglichkeiten. Da gegenüber 1987 die Zahl der Auszubildenden, die die Ausbildung beenden, 1988 wesentlich höher ist, entstehen in diesem Jahr Probleme bei der Übernahme besonders für die über den Bedarf ausgebildeten Fernmeldeanwärter. Die Deutsche Bundespost wird jedoch alle Anstrengungen unternehmen, um möglichst vielen Fernmeldehandwerkern ein Arbeitsplatzangebot zu machen.

Die angesprochene Verfügung, mit der die Ämter die Zuständigkeit erhalten, innerbetriebliche Vorgaben zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern, soll durch Umschichtung Personalressourcen für neue Dienste verfügbar machen und die Einhaltung des vom Postverwaltungsrat festgestellten Personalhaushalts 1988 sicherstellen. Insofern besteht zwischen der

(D) Verfügung und der Übernahmeproblematik der fertig werdenden Auszubildenden kein unmittelbarer Zusammenhang.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte schön, Frau Abgeordnete.

Frau Faße (SPD): Herr Staatssekretär, hält die Bundesregierung den Begriff „Entrümpelung" bei einer Reduzierung von Personalbeständen eigentlich für korrekt, angemessen und angebracht?

Rawe, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, wenn Sie die Verfügung aufmerksam gelesen hätten, hätten Sie festgestellt, daß dieser Ausdruck in der Verfügung nicht vorkommt.

Vizepräsident Cronenberg: Weitere Zusatzfrage, bitte schön.

Frau Faße (SPD): Ist die Bundesregierung der Meinung, daß eine pauschale prozentuale Absenkung des Arbeitsplatzbedarfs für alle Ämter gleichermaßen anwendbar ist?

Rawe, Parl. Staatssekretär: Nein, diese Auffassung vertritt sie nicht. Deswegen haben wir ausdrücklich den Amtsvorstehern anheimgegeben, ihre Möglichkeiten sorgfältig zu prüfen.

(Frau Faße [SPD]: Danke schön!)

Vizepräsident Cronenberg: Ich rufe die Frage 57 des Abgeordneten Börnsen (Ritterhude) auf:

Vizepräsident Cronenberg

(A)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß alle Auszubildenden der Deutschen Bundespost des Prüfungsjahrgangs 1988 ein Arbeitsplatzangebot erhalten; für welche Bereiche ist dieses nicht möglich?

Rawe, Parl. Staatssekretär: Herr Präsident, wenn der Herr Kollege Börnsen einverstanden ist, bitte ich um die Erlaubnis, seine beiden Fragen wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam zu beantworten.

(Börnsen [Ritterhude] [SPD]: Er ist!)

Vizepräsident Cronenberg: Dann rufe ich zusätzlich die Frage 58 des Abgeordneten Börnsen (Ritterhude) auf:

Rechnet die Bundesregierung mit Problemen bei der Übernahme von Auszubildenden bei der Deutschen Bundespost auch in Bereichen, in denen nach Aussagen der Verwaltung nach Bedarf ausgebildet wird?

Rawe, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Börnsen, nach heutigem Kenntnisstand wird davon ausgegangen, daß mit Ausnahme — ich bitte genau darauf zu achten — der über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildeten Nachwuchskräfte alle anderen **Nachwuchskräfte des Prüfungsjahrgangs 1988** nach beendeter Ausbildung auch ein **Arbeitsplatzangebot** erhalten werden, wobei in einigen Fällen die **Bereitschaft zu örtlicher Mobilität** erforderlich sein wird. Auf Grund des relativ langen Zeitraums zwischen Ausbildungsbeginn und dem Zeitpunkt der Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis lassen sich natürlich gewisse lokale und regionale Probleme nie ganz vermeiden. Diese sind aber unkritisch und werden in der Regel ausgeregelt. Sofern also in diesen Fällen die Nachwuchskräfte zu örtlicher Mobilität bereit sind, ist die Übernahme der bedarfsgerecht Ausgebildeten sichergestellt.

(B)

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte schön, Herr Abgeordneter.

Börnsen (Ritterhude) (SPD): Herr Staatssekretär, ist es also falsch, daß für das zweite Halbjahr 1988 den dann ihre Ausbildung beendenden Absolventen noch kein Übernahmeangebot gemacht worden ist?

Rawe, Parl. Staatssekretär: Nein, nein, das ist nicht falsch. Ich habe ausdrücklich einen Unterschied gemacht. In den Ausbildungszweigen, wo wir bedarfsgerecht ausgebildet haben, sehen wir uns in der Lage, allen ein Arbeitsplatzangebot zu machen. Wir haben Schwierigkeiten insbesondere in dem Bereich, wo wir weit über unseren Bedarf hinaus ausgebildet haben. Das ist insbesondere, wie Sie wissen, bei den Fernmeldehandwerkern der Fall.

Vizepräsident Cronenberg: Weitere Zusatzfrage, bitte schön.

Börnsen (Ritterhude) (SPD): Beschränkt sich also für das gesamte Ausbildungsjahr 1988 die Problematik bei der Übernahme der Auszubildenden auf den Bereich der Fernmeldehandwerker?

Rawe, Parl. Staatssekretär: Im wesentlichen ja, wenn Sie mit berücksichtigen wollen, was ich zuvor gesagt habe: daß wir in einigen Fällen Mobilität erwarten müssen.

Vizepräsident Cronenberg: Weitere Zusatzfrage, bitte schön.

(C)

Börnsen (Ritterhude) (SPD): Erlauben Sie mir noch einmal, auch unter Bezugnahme auf die Frage 56, die Frage, ob es falsch ist, daß bei der von Frau Faße genannten Verfügung eine Absenkung des Bedarfs bei den Beschäftigten der Bundespost angestrebt wird und daß die Umsetzung dieses geringeren Bedarfs durch eine geringere Übernahme von Auszubildenden realisiert wird?

Rawe, Parl. Staatssekretär: Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Absenkung des Bedarfs den Zweck hat, für andere innovative Dienste Ressourcen freizustellen. Das ist der ganze Hintergrund.

Vizepräsident Cronenberg: Sie haben noch eine Zusatzfrage, bitte schön.

Börnsen (Ritterhude) (SPD): Eine letzte Frage, bitte: Herr Staatssekretär, ist es zutreffend, daß es in einzelnen Bereichen, wie z. B. im Bereich der Oberpostdirektion Bremen, eine ganz erhebliche Reduzierung der Zahl der zu übernehmenden Auszubildenden geben wird — analog den Presseberichten der vergangenen Tage, die von einer Reduzierung um 400 zu übernehmende Auszubildende gesprochen haben?

Rawe, Parl. Staatssekretär: Ich kann Ihnen die gegenwärtigen Zahlen nicht bestätigen.

Ich habe ausdrücklich gesagt, daß die Deutsche Bundespost bemüht ist, so viele Arbeitsplätze wie möglich, auch für die, die über den Bedarf hinaus ausgebildet worden sind, zur Verfügung zu stellen. Ich habe aber im gegenwärtigen Zeitpunkt keine genaue Übersicht. Ich denke, daß wir unsere Bedarfsermittlungszahlen etwa um den 1. Mai exakt werden vortragen können.

(D)

Vizepräsident Cronenberg: Auch zu dieser Frage eine Zusatzfrage des Abgeordneten Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, gilt für die in dieser Frage angesprochene Ausbildungsproblematik auch weiterhin der Erlaß, der an die Oberpostdirektionen gegangen ist und lautet — Zitat —:

Es ist darauf hinzuweisen, daß sich hiermit für die Ämter eine günstige Möglichkeit zur Entrümpelung bestehender Vorgaben bietet, die in eigener Zuständigkeit der Ämter wahrgenommen werden kann?

Rawe, Parl. Staatssekretär: Ich weiß nicht, wo Sie den Ausdruck „Entrümpelung" immer wieder hernehmen. Er geistert durch so viele Diskussionen. Wenn Sie mir die Originalverfügung zeigten

(Dr. Klejdzinski [SPD] hält ein Blatt hoch)

— die herausgegangen ist, nicht ein Blatt, das Sie möglicherweise als Entwurf irgendwo aufgefunden haben, Herr Kollege Klejdzinski —, dann sieht die Welt wahrscheinlich ganz anders aus.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Ich übergebe Ihnen den Erlaß!)

— Ja, gern, bitte.

(A)

Vizepräsident Cronenberg: Ich bedanke mich für Ihre Mühewaltung, denn das war die letzte Frage, die Sie mündlich beantworten mußten.

Frage 59 des Abgeordneten Linsmeier wird schriftlich beantwortet. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Ich rufe zunächst die Frage 60 des Abgeordneten Müntefering auf:

> Was veranlaßt die Bundesregierung, im Jahreswirtschaftsbericht zu schreiben, „stützend für das Wachstum der Inlandsnachfrage wird sich voraussichtlich die Wohnungsbautätigkeit auswirken", nachdem die reale Entwicklung der vergangenen Jahre und alle bekanntgewordenen Prognosen in entgegengesetzte Richtung zeigen?

Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Echternach zur Verfügung. Herr Staatssekretär, Sie haben jetzt die Möglichkeit, die Frage des Abgeordneten Müntefering zu beantworten.

Echternach, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Vielen Dank, Herr Präsident. — Die Antwort lautet: Richtig ist nur, daß im **Wohnungsbau** die reale **Entwicklung** der verganenen Jahre auf der einen Seite und alle bekanntgewordenen wissenschaftlichen Prognosen auf der anderen Seite in einander entgegengesetzte Richtungen zeigen. Während die Wohnungsbauinvestitionen in den Jahren 1985 bis 1987 rückläufig waren, gehen alle bekannten Prognosen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, soweit sie ausdrückliche Aussagen für den Wohnungsbau enthalten, für 1988 von einer moderaten Zunahme aus. Die **positive Erwartung der Bundesregierung** stützt sich auf sie ebenso wie auf die günstigen Rahmenbedingungen für Wohnungsbauinvestitionen. Insbesondere von den niedrigen Hypothekenzinsen gehen Impulse für die Wohnungsbaunachfrage aus. Zugleich wird bei gesunkenen Renditen für alternative Kapitalanlagen die Anlage in Immobilien zunehmend attraktiv.

(B)

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte schön, Herr Abeordneter Müntefering.

Müntefering (SPD): Herr Staatssekretär, Sie kennen doch sicher die Zahlen über die Auftragseingänge im Bereich der Baubranche. Meine Frage, darauf aufbauend: Geben die konkreten Zahlen, die ja keine Prognosen von Instituten sind, auch Anlaß, zu meinen, daß die Baubranche in diesem Jahr ein stützendes Element der Konjunktur sein wird?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Die Frage kann ich mit Ja beantworten. Die Bundesregierung geht von einer Zunahme der Bauinvestitionen aus. Die Zahl der Auftragseingänge — dazu gibt es noch eine spezielle Frage, zu der ich gleich noch ausführlich etwas sagen werde — ist ebenfalls nach oben gerichtet. Insofern gehen wir von einer Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch die Bauinvestitionen aus.

Vizepräsident Cronenberg: Ihre zweite Zusatzfrage, bitte schön, Herr Müntefering.

(C)

Müntefering (SPD): Könnte Ihre ungewöhnlich positive Prognose auch bedeuten, daß die Bundesregierung vorhat, in diesem Jahr zusätzliche Mittel für den Städtebau, den Wohnungsbau oder die Investitionskraft der Gemeinden im allgemeinen über das hinaus zu mobilisieren, was wir schon wissen?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, die Anstrengungen der Regierung richten sich darauf, die Rahmenbedingungen für Wohnungsbauinvestitionen optimal zu gestalten. In der Tat haben wir ungewöhnlich niedrige Zinsen, eine moderate Baupreisentwicklung und eine massive Zunahme der realen Einkommen der Bürger,

(Frau Schoppe [GRÜNE]: Nicht aller Bürger!)

so daß von daher die Rahmenbedingungen durch die Regierung so gestaltet worden sind, daß wir davon ausgehen können, daß sich die Bauinvestitionen in diesem Jahr nach oben entwickeln werden, wie sie es übrigens auch — im Gegensatz zu den vorläufigen Zahlen — bereits im letzten Jahr getan haben, wenn auch nur sehr moderat.

Vizepräsident Cronenberg: Bitte schön, eine weitere Zusatzfrage.

Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, angesichts der Meinung des Kollegen Müntefering, nur der Bundesbauminister, aber kein Institut hätte Erholung signalisiert, darf ich Sie fragen: Ist Ihnen die druckfrische Branchenprognose der WestLB — die ja nun nicht gerade eine Institution der Bundesregierung ist — bekannt, in der unter der Überschrift „Schwache, aber nachhaltige Erholung für die Bauwirtschaft" steht, daß sich die Nachfrage stabilisiert hat, und zwar insbesondere auf Grund der günstigen Rahmenbedingungen wie Einkommen, Zinsen und Baupreise?

(D)

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, das, was Sie eben dargestellt haben, stützt die Auffassung der Bundesregierung.

Darüber hinaus darf ich darauf verweisen, daß die Forschungsinstitute einschließlich des DIW ausdrücklich auch mit einer Zunahme der Bauinvestitionen rechnen und dies auch sehr fundiert begründen. Die Entwicklung der Auftragseingänge der letzten Monate bestätigt diese optimistische Prognose auch in der Wirklichkeit.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Möller.

Dr. Möller (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, da Herr Kollege Müntefering gerade den Städtebau angesprochen hat, frage ich Sie: Wie haben sich die Städtebauförderungsmittel des Bundes seit 1982 entwickelt?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Die Städtebauförderungsmittel des Bundes sind von 220 Millionen im Jahre 1982 auf in diesem Jahr 660 Millionen DM ausgeweitet worden. Auf dieser Basis will die Bundesregierung auch in den nächsten beiden Jahren die Städtebauförderung massiv unterstützen.

(A)

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Oesterle-Schwerin.

Frau Oesterle-Schwerin (GRÜNE): Herr Staatssekretär, was veranlaßt denn die Bundesregierung zu der Annahme, daß ausgerechnet die privaten Investoren in der Lage sein sollen, die Wohnungsnot, von der in der Bundesrepublik eine Million Menschen betroffen sind, zu beseitigen?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Anlage in Immobilien zunehmend interessant wird, auch für private Investoren. Ich habe zusätzlich darauf verwiesen, daß die realen Einkommensanstiege der letzten beiden Jahre — die höchsten, die es überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat — in bestimmten wirtschaftsstarken Regionen bereits zu einem deutlichen Anstieg der Nachfrage geführt haben. Der Anstieg der Zahl der Baugenehmigungen zum Ende des letzten Jahres zeigt, daß darauf die Investoren auch entsprechend reagieren.

Vizepräsident Cronenberg: Nun kommen wir zur Beantwortung der Frage 61 des Abgeordneten Müntefering:

> Wie hat sich der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe nach den vorläufigen Zahlen 1987 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelt, und wie wird er sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung im Jahr 1988 entwickeln?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Präsident, die Antwort der Bundesregierung lautet: Der Wert der **Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe** war 1987 insgesamt um 4,1 % real gleich 2,7 % nominal niedriger als 1986. Nach den vor allem witterungsbedingten Schwierigkeiten Anfang 1987 hat sich die Baunachfrage im Laufe des Jahres 1987 wieder deutlich gefestigt und blieb bis zuletzt aufwärtsgerichtet. Im vierten Quartal 1987 gingen saisonbereinigt real 5 % mehr Aufträge ein als im dritten Quartal 1987. Diese Entwicklung dürfte sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Dafür spricht, daß die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung auch 1988 anhält.

(B)

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Müntefering.

Müntefering (SPD): Geht die Bundesregierung mit uns davon aus, daß sich die Kürzung der Städtebauförderungsmittel in diesem Jahr im Verpflichtungsrahmen um 340 Millionen DM negativ auf die Auftragseingänge im Baugewerbe auswirkt?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Müntefering, ich habe eben deutlich gemacht, daß die Bundesregierung in den letzten Jahren — seit 1982 — mit Unterstützung des Parlaments die Mittel für die Städtebauförderung verdreifacht hat. Die zwischenzeitlich noch höhere Summe, die in den Jahren 1986 und 1987 zur Verfügung stand, war als Schlußzahlung des Bundes gedacht, wie sie seinerzeit von den Ländern gewünscht worden war, die ja ursprünglich der Auffassung waren, der Bund solle sich völlig aus der Städtebauförderung zurückziehen. Das war damals die nahezu übereinstimmende Meinung der Länder. Erst als sich im nachhinein Schwierigkeiten ergeben hatten, eine befriedigende Nachfolgeregelung zu finden, haben wir jetzt mit den Ländern eine Verwaltungsvereinbarung auf einer anderen Basis abgeschlossen. Insofern können Sie weder angesichts dieser Vorgeschichte noch vor dem Hintergrund der mittelfristigen Finanzplanung von einer Kürzung sprechen, sondern gerade vor diesem Hintergrund ergibt sich eine Aufstockung der Bundesmittel um 660 Millionen DM.

(C)

Vizepräsident Cronenberg: Eine weitere Zusatzfrage, bitte schön.

Müntefering (SPD): Ergänzend zu dem Gesichtspunkt des Auftragseingangs frage ich: Wie hat sich die **Produktion im Bauhauptgewerbe** nach den vorläufigen Zahlen für 1987 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelt, und wie hat sich diese Entwicklung auf die **Baumaschinen- und Baustoffindustrie** ausgewirkt? Ich darf in Klammern dazusagen, daß Sie diese Frage gut beantworten können, wenn Sie die Antwort auf die nächste Frage vorlesen.

Echternach, Parl. Staatssekretär: Ich stelle fest, daß der Kollege Conradi offenbar Schwierigkeiten hat, an der Fragestunde teilzunehmen. Ich beantworte insofern gerne die Frage so, wie es vorbereitet worden ist.

Die Produktion des Bauhauptgewerbes war 1987 um 5,6 % geringer als ein Jahr zuvor. Ebenso wie die Auftragseingänge hat die Produktion aber im Verlauf des Jahres 1987 wieder kontinuierlich zugenommen. Die Bestellungen von Bau- und Baustoffmaschinen aus dem Inland sind im vergangenen Jahr wertmäßig um 1,9 % gefallen. Über die Nachfrage nach Baustoffen liegen zusammenfassende Angaben nicht vor.

(D)

Im Bereich der Steine-Erden-Industrie allein waren die Auftragseingänge aus dem Inland 1987 wertmäßig um 0,7 % niedriger als 1986.

Das Bild wird erst vollständig bei einem Blick auf die Entwicklung des Ausbaugewerbes und auf die Bauinvestitionen insgesamt. Beim Ausbaugewerbe stiegen die Investitionen im Jahr 1987 real um 3 %. Der Verband rechnet auch in diesem Jahr mit einer gleich starken realen Zunahme der Investitionen. Die Bauinvestitionen insgesamt nahmen im letzten Jahr nach den jetzt vorliegenden Zahlen sogar zu und nicht leicht ab, wie noch kürzlich verkündet worden ist. Selbst das Bauhauptgewerbe berichtet in den jetzt vorgelegten jüngsten Zahlen davon, daß es im Bauhauptgewerbe ein Umsatzplus von 1,5 % im letzten Jahr gegeben habe.

Vizepräsident Cronenberg: Es ist Ihnen zwar gelungen, durch eine geschickte Fragestellung die Frage 62 des Abgeordneten Conradi beantwortet zu bekommen, aber die dazugehörigen Zusatzfragen stehen Ihnen nicht zu.

Jetzt hat sich Dr. Möller gemeldet.

Dr. Möller (CDU/CSU): Herr Präsident, ich will gern wieder auf Frage 61 zurückkommen und eine Zusatzfrage dazu stellen, wenn es gestattet ist.

Vizepräsident Cronenberg: Aber selbstverständlich.

(A)

Dr. Möller (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, wie beurteilt die Bundesregierung die übereinstimmenden Prognosen, daß sich zwar die Bevölkerungszahl verringert, daß aber die Zahl der Haushalte in den nächsten Jahren um etwa 800 000 steigen wird?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung. Sie geht von einer deutlichen Zunahme der Zahl der Haushaltungen bis Mitte der 90er Jahre aus, und zwar um rund 800 000, und sie geht auch davon aus, daß die Zahl der Haushalte im Jahr 2000 noch höher liegen wird als heute. Danach wird es allerdings einen Rückgang der Zahl der Haushaltungen geben, der jedoch auch langfristig nicht zu einem Rückgang der Nachfrage nach Wohnraum führen muß, weil reale Einkommenssteigerungen dazu führen können, daß derartige sich aus der Bevölkerungsentwicklung ergebenden Effekte durch eine stärkere Nachfrage nach Wohnraum überlagert werden.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Kansy, bitte schön.

Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, angesichts der Tatsache, daß in den Fragen der Kollegen der SPD immer nur nach dem Bauhauptgewerbe gefragt wird: Kann ich noch einmal Ihre Aussage verstärkend erfragen,

(Lachen bei der SPD)

daß zwar wegen eines vorhandenen hervorragenden Wohnungsbestandes der Neubau zurückgegangen ist, aber auf der anderen Seite durch den zunehmenden Bedarf an Modernisierung, Instandhaltung usw. gerade auch im Ausbaugewerbe die Zukunft liegt und nicht mehr in dem Neubau von Millionen von Wohnungen?

(B)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter, die Fragen sollen kurz und präzise sein und die Zusatzfragen sollen im Zusammenhang mit den Fragen stehen. Ich bitte, die Großzügigkeit des Präsidenten nicht überzustrapazieren. Herr Staatssekretär, antworten Sie entsprechend kurz.

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich kann bestätigen, daß die Investitionen im Ausbaubereich zugenommen haben — im letzten Jahr real um 3 % —, daß mit einer gleichbleibenden Entwicklung auch in diesem Jahr gerechnet wird und daß der Anteil der Bestandsinvestitionen im Wohnungsbereich in den letzten Jahren in der Tat kontinuierlich zugenommen hat — er liegt schon jetzt bei 50 % — und vermutlich auch in Zukunft weiter steigende Tendenz haben wird.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Reschke.

Reschke (SPD): Wir hoffen natürlich auch auf die Toleranz des Präsidenten des Parlaments. — Herr Staatssekretär, stimmt es, bezogen auf Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, daß — ich habe gestern eine entsprechende Agenturmeldung gelesen — 1987 die niedrigste Fertigstellungsquote im Wohnungsbau unterschiedlichster Art zu verzeichnen gewesen ist, wird sich das 1988 fortsetzen, und wie ist das im Vergleich zu den vergangenen Jahren?

(C)

Echternach, Parl. Staatssekretär: Wir haben hier noch eine spezielle Frage

(Reschke [SPD]: Sie könnten die Frage 63 von mir aus beantworten!)

zu der Entwicklung der Baugenehmigungen. Da ich davon ausgehen, daß auch Sie hier hilfreich für den Kollegen Conradi einspringen, möchte ich auch Ihnen die vorbereitete Antwort nicht vorenthalten.

Die **Wohnungsbaugenehmigungen und -fertigstellungen** entwickelten sich **1982 bis 1986** wie folgt: Die Zahl der Baugenehmigungen betrug 1982 335 007, die Zahl der Fertigstellungen lag bei 347 002; 1983: Genehmigungen: 419 655, Fertigstellungen: 340 781; 1984 lag die Zahl der genehmigten Wohnungen bei 336 080, die Zahl der Fertigstellungen bei 398 373; 1985: Genehmigungen: 252 248, Fertigstellungen: 312 053. Im Jahre 1986 betrug die Zahl der genehmigten Wohnungen 219 205, die Zahl der Fertigstellungen 251 940. Im abgelaufenen Jahr betrug die Zahl der genehmigten Wohnungen 190 758; das Jahresergebnis der Fertigstellungen liegt bisher noch nicht vor.

Die Bundesregierung erstellt im übrigen keine Prognosen über Wohnungsgenehmigungen und -fertigstellungen. Aber sie geht davon aus, daß mit der bisherigen Entwicklung im Wohnungsneubau die Talsohle erreicht ist. Die Entwicklung der Wohnungsgenehmigungen der letzten Monate zeigt eine ansteigende Tendenz und unterstützt insofern diese Einschätzung der Bundesregierung.

(D)

Vizepräsident Cronenberg: Nun kommen wir zu der Zusatzfrage des Abgeordneten Menzel.

Menzel (SPD): Herr Staatssekretär, ich habe die Zahlen nicht alle behalten, habe aber den Eindruck, daß Sie versucht haben, ein optimistisches Bild von der Situation in der Bauwirtschaft zu zeichnen. Deswegen meine Frage: Wie erklären Sie sich den Widerspruch zwischen Ihrer Darstellung und der Tatsache, daß wir als Abgeordnete fast täglich übereinstimmend mit Hinweisen bombardiert werden — sowohl von der Bauindustrie als auch von der IG Bau, Steine, Erden —, daß die Bauindustrie nicht ausgelastet sei und daß wir hohe Arbeitslosenzahlen bei den Bauarbeitern hätten?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Insgesamt, Herr Kollege, haben wir im Wohnungsneubau angesichts der relativ guten Versorgungslage seit 1973/74 in der Tat einen Rückgang. Das ist also keine Entwicklung der letzten Jahre, sondern eine Entwicklung, die wesentlich weiter zurückreicht. Allerdings zeigt die jüngste Entwicklung, daß wir die Talsohle offenbar erreicht haben. Die Zahl der Baugenehmigungen hat sich jedenfalls seit dem letzten Sommer von Monat zu Monat besser entwickelt. Im Dezember letzten Jahres hatten wir bei der Zahl der Baugenehmigungen für neue Wohnungen sogar ein deutliches Plus von 10,9 %, übrigens nicht nur im Einfamilienhausbereich, sondern auch im Mehrfamilienhausbereich.

(A) **Vizepräsident Cronenberg:** Die Fragen 62 und 63 des Abgeordneten Conradi können nicht beantwortet werden — und brauchen es wohl auch nicht; denn sie sind durch geschickte Fragestellung eigentlich beantwortet worden —, weil der Fragesteller nicht im Saal ist.

Ich rufe nunmehr die Frage 64 des Abgeordneten Reschke auf:

> Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Ifo-Instituts, daß sich die steigende Nachfrage nach Mietwohnungen unter den gegebenen Bedingungen nicht in entsprechender Bautätigkeit niederschlagen wird, und welche Konsequenzen würden sich daraus gegebenfalls für die Entwicklung der Mieten ergeben?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Die Antwort lautet wie folgt: Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Ifo-Institutes nicht. Sie ist vom Ifo-Institut nicht schlüssig begründet und steht überdies im Widerspruch zu eigenen Bauvorausschätzungen des Instituts.

In der **Ifo-Bauvorausschätzung** wird bis Mitte der 90er Jahre ein mittelfristiger Trendwert der Wohnungsbaufertigstellungen von 240 000 Einheiten jährlich prognostiziert. Dieser Wert liegt deutlich höher als die Zahl der genehmigten Wohnungen in den letzten beiden Jahren.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Reschke.

Reschke (SPD): Herr Staatssekretär, wie erklären Sie sich die Äußerung von Bundesbauminister Schneider anläßlich einer Messe in München, der ja von einer aufkommenden Wohnungsnot und von Wohnungsengpässen gesprochen hat? Wo sehen Sie die, wo sieht der Minister die, und in welchen Bereichen sind zuerst Engpässe und damit Mietsteigerungen zu erwarten?

(B)

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, Sie zitieren den Minister nicht ganz zutreffend. Er hat nicht von einer globalen Enwicklung gesprochen — wie Sie sie jetzt unterstellt haben —, sondern davon, daß Engpässe kurzfristiger Art nicht auszuschließen sind, weil der Wohnungsmarkt ein Markt ist, der nicht sehr schnell auf Veränderungen reagiert, und daß wir immer damit rechnen müssen, daß vorübergehenden Engpässen nicht gleich ein entsprechendes Angebot gegenübersteht. Infolgedessen verzeichnen wir zur Zeit in den wirtschaftsstarken Räumen durchaus eine zunehmende Nachfrage, der nicht überall auch sofort ein entsprechendes Angebot gegenübersteht.

Aber ich sagte schon vorhin, daß die Investitionen und jüngst auch die Zahl der Baugenehmigungen wieder zunehmen und es insofern Anzeichen dafür gibt, daß die Investoren auf diese Entwicklung jetzt auch entsprechend reagieren.

Vizepräsident Cronenberg: Ihre zweite Zusatzfrage.

Reschke (SPD): Ich möchte noch einmal hervorheben, daß ich gelesen habe, daß Wohnungsbauminister Schneider von einer Zunahme von 800 000 Haushalten gesprochen hat. Institute sprechen von 1,2 bis 1,5 Millionen. Man kann irgendwo einen Mittelwert nehmen. Wenn die Zahl der Haushalte zunimmt, dann wird sich das in Wohnungsnot niederschlagen. Die Frage ist: Wo sehen Sie tatsächlich Engpässe? Denn es kommt ja noch das hinzu, was der Wohnungsbauminister an Hochhäusern sprengen will. Diese Wohnungen in den Großwohnsiedlungen fehlen dann nachher ja auch noch.

(C)

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich habe eben schon auf eine entsprechende Frage von Herrn Dr. Möller darauf hingewiesen, daß wir mit einer Zunahme der Zahl der Haushalte bis Mitte der 90er Jahre in der von Ihnen skizzierten Größenordnung rechnen. Im übrigen werden wir im Laufe des Jahres noch Gelegenheit haben, im einzelnen über die Probleme der Großwohnsiedlungen auf der Basis eines Berichtes der Bundesregierung hier miteinander zu sprechen. Dann wird auch die Frage zur Diskussion stehen, die Sie eben angesprochen haben.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Möller.

Dr. Möller (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, wie beurteilt die Bundesregierung die Erwartung des Ifo-Instituts, daß sich eine stärkere Erholung im Neubau von Mehrfamilienhäusern in den nächsten Jahren ergeben wird?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Damit rechnen wir aus den vorhin schon dargestellten Gründen. Die jüngsten Baugenehmigungszahlen scheinen das auch zu bestätigen.

(D)

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Kansy.

Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, hat es diesen Einbruch eigentlich erst vor einigen Jahren gegeben, oder haben sich die Zahlen auch schon in den Jahren der SPD-geführten Bundesregierung erheblich verschlechtert?

Echternach, Parl. Staatssekretär: In den 70er Jahren hat es einen noch wesentlich massiveren Einbruch gegeben.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Ach so!)

Im Laufe der Jahre 1977, 1978, 1979 hat es einen Rückgang um rund 50 % gegenüber 1973 gegeben. Insofern ist der Rückgang, den wir in den letzten Jahren erlebt haben, kein einmaliges Ereignis.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Conradi.

Conradi (SPD): Haben Sie, Herr Staatssekretär, die Mitteilung der Maklerverbände in diesen Tagen zur Kenntnis genommen, nach denen sich die Wohnungslage in zahlreichen Großstädten außerordentlich verknappt hat und die Mieten deutlich stärker gestiegen sind — in Stuttgart bis über 10 % — als die Lebenshaltungskosten und das durch keine entsprechende Neubautätigkeit kompensiert worden ist?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, es ist in der Tat so, daß wir in den wirtschaftsstarken Räumen, wie ich eben schon sagte, wieder eine deut-

Parl. Staatssekretär Echternach

(A) lich zunehmende Nachfrage haben, ein Ergebnis vor allem der massiven realen Einkommenssteigerungen der beiden letzten Jahre. Ich sagte schon, daß dies die höchsten realen Einkommenssteigerungen über zwei Jahre hinweg gewesen sind, die wir überhaupt seit 1945 erlebt haben. Wir gehen davon aus, daß die Investoren angesichts der günstigen Rahmenbedingungen darauf auch entsprechend reagieren werden, wenn auch, wie das am Wohnungsmarkt üblich ist, mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Menzel.

Menzel (SPD): Herr Staatssekretär, wären Sie jetzt in der Lage — falls Sie das jetzt nicht können, sind Sie sicher in der Lage, im Wohnungsbauministerium die Unterlagen zusammenstellen zu lassen —, dem Kollegen Kansy mitzuteilen, daß damals, als die Wohnungsbauzahlen weitaus höher lagen, der Kollege Kansy und die CDU das als einen äußerst beklagenswerten Zustand betrachtet haben?

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Menzel, der Staatssekretär wird sicher so höflich sein, diese Mitteilung zu machen, aber diese Art von Dreiecksfragen ist unzulässig, und deswegen rufe ich die Frage 65 des Abgeordneten Reschke auf:

> Wie wird sich die **Kürzung der Bundesförderung für den sozialen Wohnungsbau** um 250 Millionen DM (Verpflichtungsrahmen) im Jahr 1988 auf den Neubau auswirken, und trifft es zu, daß in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes mit weiteren Kürzungen zu rechnen ist?

(B) **Echternach,** Parl. Staatssekretär: Herr Präsident, die Antwort lautet wie folgt: Nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes wird der Verpflichtungsrahmen für den sozialen Wohnungsbau ab 1989 um jährlich 100 Millionen DM bis auf den gesetzlichen Mindestbeitrag von 150 Millionen DM im Jahr 1991 zurückgeführt. Die Auswirkungen auf den Neubau hängen davon ab, in welchem Umfang die originär zuständigen Bundesländer Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, bitte schön.

Reschke (SPD): Herr Staatssekretär, welche Kürzungen sind in diesem Zusammenhang bei der Förderung von Eigentumsmaßnahmen zu erwarten? Ich habe hier den sozialen Wohnungsbau hinterfragt. Wo liegen bei Eigentumsmaßnahmen die Kürzungen, die sich konjunkturell auswirken werden?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Sie wissen, daß der Bund die Direktförderung im sozialen Wohnungsbau auf die Eigentumsförderung konzentriert hat. Soweit also Mittel zurückgeführt werden sollten — dies steht bisher nur in der mittelfristigen Finanzplanung; endgültig wird der Bundestag selbst darüber entscheiden, wie die Haushaltspläne der nächsten Jahre gestaltet werden —, würde sich das auf die Direktförderung auswirken.

Ich darf aber, um das Bild abzurunden, darauf hinweisen, daß der Bund den Ländern nicht nur Barmittel für die Direktförderung zur Verfügung stellt, sondern daß er darüber hinaus auf Rückflußmittel, die ihm (C) eigentlich zustehen, verzichtet, damit die Länder in dem entsprechenden Umfang den sozialen Wohnungsbau fördern können, und zwar zur Zeit in einem Umfang von jährlich rund 300 Millionen DM, und daß der Bund darüber hinaus den sozialen Wohnungsbau weiter massiv fördert in Abwicklung früherer Zusagen und Verpflichtungen, die er eingegangen ist. Das sind rund 2 Milliarden DM im laufenden Haushaltsjahr. Insofern tut der Bund, obwohl er originär gar nicht zuständig ist, sondern nur Finanzhilfen in dem vom Grundgesetz ermöglichten Rahmen leisten kann, immer noch ganz Beachtliches, um den Ländern zu helfen, den sozialen Wohnungsbau weiterzuführen.

Das Bild wird erst wirklich rund, wenn man sich ansieht, wie die Länder in den letzten Jahren auf die hohe Wohnungsversorgung reagiert haben und in welchem Umfang sie selbst ihrerseits, obwohl originär zuständig, die Mittel reduziert haben.

Vizepräsident Cronenberg: Weitere Zusatzfrage, bitte schön.

Reschke (SPD): Herr Staatssekretär, die Kabinettsmitglieder verkehren ja schriftlich miteinander. So hat der Wohnungsbauminister einen Brief an den Bundesminister für Finanzen und an den Bundesminister für Wirtschaft geschrieben und besondere Hilfe für die Bauwirtschaft im Rahmen des Konjunkturprogramms, des Zinsprogramms erbeten. Sind hier auch Mittel für den Neubau zur Förderung des Wohnungsbaus oder von Eigentumsmaßnahmen vorgesehen? Welche Gedanken haben den Minister zum Schriftverkehr getrieben?

(D) **Echternach,** Parl. Staatssekretär: Im Rahmen des Kreditprogramms, das die Bundesregierung im Dezember letzten Jahres beschlossen hat, sind in der Tat beachtliche Mittel — 5 Milliarden DM Kreditvolumen pro Jahr — für die Stadt- und Dorferneuerung vorgesehen, die damit auch der Bauwirtschaft zugute kommen und zusätzliche Investitionen der Kommunen, auch der finanzschwachen Kommunen, in diesem Bereich ermöglichen.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage hat der Abgeordnete Franz Müntefering.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Er ist privilegiert! Er wird mit Vornamen angeredet!)

Müntefering (SPD): Das macht die heimatliche Verbundenheit, Herr Kollege.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Ich heiße Dietmar! — Heiterkeit)

Herr Staatssekretär, wie viele Wohnungen weniger werden durch die Kürzung des Bundes bei der Wohnungsbauförderung um 250 Millionen DM von den sozial Schwächeren als Eigenheime und Eigentumswohnungen gebaut werden können, da ja bisher gerade die unteren Einkommensgruppen — 30 % der Neubauten — nur deshalb bauen konnten, weil es diese Mittel gab?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, wir haben schon anläßlich der Beratung des Einzelplans 25 in dem zuständigen Bauausschuß über die

Parl. Staatssekretär Echternach

(A) Auswirkungen gesprochen. Sie müssen davon ausgehen, daß letzten Endes die Länder darüber entscheiden, die dafür originär zuständig sind, welche Mittel sie für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Das können Sie nicht an den Hilfen messen, die der Bund zur Verfügung stellt. Auf Wunsch der Länder soll sich der Bund ja sogar völlig aus dem Wohnungsbau zurückziehen. Da erfüllt es uns doch mit einer gewissen — ich will nicht sagen — Betroffenheit, aber es befremdet doch, daß wir hier solche Vorwürfe von Ihrer Seite hören, wenn man sich ansieht, wie sehr sich gerade die sozialdemokratisch regierten Länder aus dem sozialen Wohnungsbau zurückziehen. In den letzten drei Jahren haben die Länder insgesamt die Zahl der geförderten Wohnungen um 41,6 % reduziert, Hamburg aber deutlich stärker um 46,5 %, Bremen noch stärker um 50,4 % und Nordrhein-Westfalen sogar noch stärker um 55,6 %. Wenn Sie sich die Mittelbereitstellung der Länder in den letzten drei Jahren für den sozialen Wohnungsbau ansehen, ergibt sich, daß die Länder insgesamt die Mittel um 34,7 % reduziert haben, aber noch stärker das Saarland um 37,2 %, noch stärker Hamburg um 39,3 %, noch stärker Nordrhein-Westfalen um 42,4 % und am stärksten Bremen mit 62,8 %.

Vizepräsident Cronenberg: Die nächste Zusatzfrage stellt der Herr Abgeordnete Dr. Dietmar Kansy.

Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, liegen Ihnen eigentlich auch Zahlen aus CDU/CSU-geführten Bundesländern vor, z. B. Bayern oder Baden-Württemberg?

(B) (Walthemathe [SPD]: Toll! Das mußte ja kommen!)

Echternach, Parl. Staatssekretär: Ja. Dazu verweise ich darauf, daß Baden-Württemberg soeben sein Programm um 1 000 Wohnungen aufgestockt hat;

(Walthemathe [SPD]: Donnerwetter!)

und ich kann darauf verweisen, daß Bayern für das Jahresprogramm 1988 im ersten Förderungsweg elfmal so hohe Mittel wie der Bund und im zweiten Förderungsweg doppelt so hohe Mittel wie der Bund zur Verfügung stellt. Wenn alle Länder dementsprechend handeln würden, würde man vermutlich viel weniger über die Finanzhilfen des Bundes sprechen.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Sehr wahr, Herr Staatssekretär! — Walthemathe [SPD]: Ab zu Strauß!)

Vizepräsident Cronenberg: Ich rufe die Frage 66 des Abgeordneten Scherrer auf:

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zur Stimulierung der Investitionstätigkeit im Wohnungsbau und zur Stärkung der Bauwirtschaft, nachdem der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in letzter Zeit selbst davon spricht, es könne in Bedarfsschwerpunkten zu Wohnungsknappheit kommen?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Die Antwort lautet wie folgt: Die Investitionsbedingungen im Wohnungsbau sind derzeit so günstig wie selten zuvor. Die Preisentwicklung für Bauland und für Bauleistungen verläuft moderat. Das Zinsniveau ist niedrig. Wegen dieser allgemein günstigen Rahmenbedingungen besteht kein Anlaß für zusätzliche Maßnahmen zur **Stimulierung der Investitionstätigkeit im Wohnungsbau.** Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus fällt im übrigen in die originäre Zuständigkeit der Länder. (C)

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Scherrer.

Scherrer (SPD): Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß im 4. Familienbericht der Bundesregierung vor allen Dingen das Problem älterer Menschen und ihrer Wohnungsversorgung angesprochen wird? Dort wird u. a. ausgeführt, daß 1 Million Wohnungen nicht bedarfsgerecht für ältere Menschen seien. Dort wird angekündigt, daß man sich diesem Thema widmen will. Gibt es da schon konkrete Pläne, die ja dann ebenfalls zu einer Verstetigung der Baunachfrage führen würden?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, Sie verweisen mit Recht darauf, daß es um die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Wohnungen geht. Es wird also in erster Linie darum gehen, bedarfsgerecht umzugestalten. Das sind dann Bestandsmaßnahmen, die hier in erster Linie gefragt sind.

Das Bundesbauministerium hat sich bereits intensiv an dieser Diskussion beteiligt, hat dazu eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeleitet und wird im Rahmen des experimentellen Wohnungsbaus diese Frage zu einem Schwerpunkt der Forschungsanstrengungen in der Zukunft machen. Wir werden im übernächsten Monat in Friedrichshafen im Rahmen einer dort stattfindenden besonderen Messe auch einen Kongreß zu diesem Thema durchführen. Das heißt, das Thema der bedarfsgerechten Umgestaltung unserer Wohnungen im Hinblick auf die demographische Entwicklung ist ein Thema, mit dem wir uns zur Zeit mit besonderer Intensität beschäftigen. (D)

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage. Bitte sehr, Herr Scherrer.

Scherrer (SPD): Darf ich zu einem anderen Bereich, Herr Staatssekretär, nachfragen: Kennen Sie vor allen Dingen die Forderungen aus dem Bereich des Handwerkes, die darauf verweisen, daß einer ihrer Schwerpunkte, zumindest bei den Beschäftigungen, in den letzten Jahren die Wärmedämmung und Energieeinsparungen waren, daß sie vor allen Dingen in diesen Bereichen sehr viel zu tun hatten? Kennen Sie die Forderung, diese Programme, diese Vergünstigungen noch einmal aufzulegen? Gibt es da in Ihrem Haus ebenfalls Überlegungen, wenn ja, welche?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, schon die frühere Bundesregierung hat gegen Ende ihrer Amtszeit beschlossen, diese Spezialprogramme, die zunächst nach den ersten beiden Ölpreiskrisen aufgelegt worden sind, einzustellen, weil die Mitnahmeeffekte überwogen und im übrigen die Bereitschaft der Bürger vorhanden war, auf die Verteuerung und Verknappung der Energie entsprechend zu reagieren. Wir unterstützen auch weiter alle sinnvollen Maßnahmen zur Energieeinsparung. Wir glauben aller-

Parl. Staatssekretär Echternach

(A) dings, daß es besonderer Förderungsprogramme des Bundes nicht bedarf.

Vizepräsident Cronenberg: Als nächster der Abgeordnete Dr. Möller zu einer Zusatzfrage.

Dr. Möller (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, wird sich nach Auffassung der Bundesregierung die Entwicklung fortsetzen und bestätigen, wie es vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erwartet wird, daß seit 1980 fast ununterbrochen ein Anstieg in den Investitionen für Modernisierung und Instandsetzung zu verzeichnen war?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Damit ist auch nach Auffassung der Bundesregierung in der Tat zu rechnen.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Müntefering zu einer Zusatzfrage.

Müntefering (SPD): Herr Staatssekretär, zum Stichwort „Investitionstätigkeit": Teilen Sie die Beurteilung des Chefs der Bundesanstalt für Arbeit, Herrn Frankes, daß ein 10-Milliarden-DM-Programm für Wohnungs- und Städtebau eine sinnvolle Maßnahme für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wäre?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, die Bundesregierung hat die Bedeutung der Städtebauförderung als einer wichtigen Aufgabe für die Kommunen immer wieder unterstrichen. Aber natürlich (B) hat sie auch einen Beschäftigungseffekt. Darauf haben wir in der Vergangenheit hingewiesen. Allerdings müssen wir sie immer in der Realität der finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte sehen. Wir halten nichts von reinen Beschäftigungsprogrammen. Deren Wirkungslosigkeit hat sich in früheren Regierungszeiten ja leider mehr als einmal erwiesen. Es kommt also nicht nur auf die Beschäftigungseffekte an, sondern es kommt genauso auch auf die Notwendigkeit an, die Haushalte solide zu finanzieren und die Belastung der Bürger und die öffentliche Verschuldung in Grenzen zu halten. Insofern steuern wir mit der deutlichen Aufstockung der Städtebauförderungsmittel von 220 Millionen DM zu Ihrer Regierungszeit auf 660 Millionen DM einen soliden Mittelkurs.

Vizepräsident Cronenberg: Ich rufe die Frage 67 des Abgeordneten Scherrer auf:

> Wie viele Arbeitsplätze sind seit 1982 in der Bauwirtschaft verlorengegangen, und wie hat sich die Zahl der Betriebe im Bauhauptgewerbe von 1982 bis heute entwickelt?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Präsident, die Antwort der Bundesregierung lautet: Nach den amtlichen Zahlen der Totalerhebung im **Bauhauptgewerbe** ist die Zahl der Betriebe von Mitte 1982 bis Mitte 1987 um 4381 auf 59 030 Betriebe gefallen. Die **Zahl der Beschäftigten** ging in dieser Zeit um 172 633 auf 1 009 971 Beschäftigte zurück.

Für die übrigen Bereiche der Bauwirtschaft liegen vergleichbare gesicherte Zahlen zur Beschäftigung nicht vor. Die Abnahme der Betriebszahlen und der (C) Beschäftigtenabbau haben sich in den beiden letzten Jahren deutlich abgeschwächt.

Zum Gesamtbild gehört auch, daß die Bauwirtschaft über Facharbeitermangel und unbesetzte Ausbildungsstellen klagt. Fast die Hälfte des durchschnittlichen Beschäftigungsrückgangs im Jahre 1987 entfiel auf einen Rückgang bei den gewerblich Auszubildenden, weil die angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten.

Vizepräsident Cronenberg: Eine Zusatzfrage, bitte schön, Herr Abgeordneter Scherrer.

Scherrer (SPD): Herr Staatssekretär, gibt es eine getrennte Übersicht, wie sich die Entwicklung vor allen Dingen im handwerklichen Bereich hier abgezeichnet hat, und wenn ja, gibt es da auch Übersichten, wie sich das regional unterschiedlich entwickelt hat?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Ich habe hier abgestellt auf die Entwicklung des Bauhauptgewerbes, die ja insgesamt im letzten Jahr einen realen Produktionsrückgang zu verzeichnen hatte. Daß im Ausbaugewerbe, wo wir ja im letzten Jahr ein reales Plus hatten und ein solches auch in diesem Jahr erwarten können die Situation ganz anders ist, habe ich vorhin dargelegt. Dort stellt sich die Situation wesentlich besser dar. Genaue Zahlen kann ich Ihnen dazu im Augenblick nicht vorlegen.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Dr. Kansy, bitte sehr. (D)

Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, ist eigentlich der von Ihnen erklärte Rückgang der Arbeitsplätze erst seit 1982 zu beobachten gewesen, oder ist bei dem Abbau von leider insgesamt rund 600 000 Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft der größte Teil bereits vorher verlorengegangen?

Echternach, Parl. Staatssekretär: In der Tat haben wir diesen Rückgang bereits seit Mitte der siebziger Jahre, seit dem massiven Rückgang der Wohnungsneubautätigkeit.

Aber lassen Sie mich in diesem Zusammenhang anfügen: Wir sollten uns angesichts der dramatischen Zahl von unbesetzten Ausbildungsstellen im Baugewerbe, auch angesichts der dramatischen Überalterung im Baugewerbe davor hüten, hier nur in Schwarzmalerei zu machen. Denn das fördert genau jene Entwicklung, die von allen im Bau Tätigen, auch von der IG Bau-Steine-Erden mit Recht beklagt wird. Sie könnte nämlich dazu führen, daß wir schon in den neunziger Jahren die notwendigen Facharbeiterstellen gar nicht mehr besetzen können, wenn von 15 000 angebotenen Ausbildungsstellen nur 8 000 besetzt werden können. Infolgedessen wäre es besser, alle Parteien und alle Kollegen dieses Hauses würden auch auf die positive Entwicklung deutlicher hinweisen, die wir in diesem Bereich insgesamt haben, und nicht nur die negativen Seiten beklagen, die in der Vergangenheit zu verzeichnen waren, damit wir jungen Leuten Mut machen, in dieser Branche wieder Ausbildungsstellen anzunehmen.

(A)

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Möller.

Dr. Möller (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, da Sie gerade die IG Bau-Steine-Erden erwähnt haben, frage ich Sie: Wie beurteilt die Bundesregierung die Prognose oder die Erwartung des Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Herrn Konrad Carls, in der „FAZ" vom 3. März, daß bis zum Jahre 2000 — ich zitiere ihn — „die Abgänge von Arbeitnehmern aus Altersgründen etwa doppelt so hoch liegen wie die Arbeitsplatzverluste"?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Ich kann dem namens der Bundesregierung nicht widersprechen. Aber es bestätigt die Besorgnis, die wir haben, daß sich durch Krisengerede und durch Schwarzmalerei, aber auch durch die verzerrte Diskussion über Leerstände und über die demographische Entwicklung in der Tat viele abgeschreckt fühlen, in diesen Bereich hineinzugehen, weil die Baubranche angeblich keine Zukunft hat.

Dies ist nicht die Einschätzung der Bundesregierung. Wir glauben, daß die Baubranche eine Zukunft hat und daß wir alle Veranlassung haben, junge Menschen zu ermutigen, in den Bauberufen die angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten zu nutzen, weil es einen Bedarf in den neunziger Jahren für entsprechende Facharbeiterstellen geben wird.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Conradi.

(B)

Conradi (SPD): Müßte die von Ihnen beklagte Tatsache, Herr Staatssekretär, daß junge Menschen nicht mehr in dem Maße auf Ausbildungsplätze im Bau gehen wie in der Vergangenheit, nicht der Bundesregierung Anlaß geben, massiv mit den Bauunternehmern ebenso wie mit der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden für eine Verbesserung der Arbeitsplätze, der Arbeitsbedingungen am Bau, für mehr Sicherheit, für einen anderen Umgangston und für eine bessere soziale Unterbringung an der Baustelle zu sorgen, um den Bau für junge Menschen wieder attraktiver zu machen, und was geschieht auf diesem Gebiet von Ihnen?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Ich glaube nicht, Herr Kollege, daß dies in erster Linie ein Problem der Bundesregierung ist. Die von Ihnen angesprochenen Probleme liegen in erster Linie in der Zuständigkeit der Tarifpartner. Ich glaube, daß in der Tat die Ursachen allerdings woanders liegen, nämlich darin, daß sich junge Menschen überlegen: Wo ist eine Branche mit Zukunftsaussichten, und wo liegen möglicherweise sterbende Branchen vor? Wenn man die Baubranche als eine Branche ohne Zukunft darstellt, wie das in der Vergangenheit leider auch von bestimmten Verbänden geschehen ist — ich will das gar nicht auf den politischen Raum beschränken —,

(Dr. Möller [CDU/CSU]: Und von der IG Bau-Steine-Erden!)

dann müssen junge Menschen daran zweifeln, daß dies ein Beruf mit Zukunft ist. Ich glaube, das Entscheidende liegt darin, daß wir alle miteinander die positiven langfristigen Aussichten für die Baubranche deutlicher machen und damit jungen Menschen Mut machen, in dieser Branche wieder tätig zu werden.

(C)

(Dr. Möller [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Vizepräsident Cronenberg: Nun rufe ich die Frage 68 des Abgeordneten Weiermann auf:

Welche Auswirkungen ergeben sich für die Bauwirtschaft durch die Kürzung der Verpflichtungsrahmen für die Städtebauförderung im Jahr 1988 um 340 Millionen DM durch den Bund unter Beachtung des üblichen Multiplikatoreffektes öffentlicher Förderung im Bereich der privaten Bauherren?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Präsident, die Antwort lautet: Der Bund hat die Mittel für die Städtebauförderung für die Jahre 1986 und 1987 auf je 1 Milliarde DM gegenüber 1985 verdreifacht mit der Maßgabe, daß diese Finanzhilfe im Rahmen der von den Ländern geforderten Entflechtung der Mischfinanzierung ab 1988 ganz eingestellt und dafür ein Ausgleich des Bundes von jährlich 330 Millionen DM gezahlt wird.

Darüber konnte bisher jedoch keine Einigung erzielt werden. Deshalb und angesichts der wirtschafts- und beschäftigungspolitisch günstigen Wirkungen von investiven Maßnahmen der **Städtebauförderung** hat sich der Bund bereit erklärt, von 1988 bis 1990 noch einmal einen **Verpflichtungsrahmen** von jährlich 660 Millionen DM bereitzustellen. Vor dem Hintergrund der Finanzplanung handelt es sich also nicht um eine Kürzung, sondern um eine Aufstockung.

Die öffentlichen Investitionen im Bereich der Städtebauförderung haben hohe direkte und indirekte Anstoßwirkungen, gerade für die Bauwirtschaft. Wegen ihrer breiten regionalen Streuung und weil sie in der Regel kleinteilig sind, kommen sie insbesondere der mittelständischen Bauwirtschaft und dem Bauhandwerk zugute.

(D)

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Weiermann, bitte schön.

Weiermann (SPD): Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß alleine schon eine Verminderung der Summe auch eine negative Sogwirkung beinhaltet und daß schon bei einer Verminderung der Summe, die für die Bautätigkeit ausgegeben wird, zwischen 150 000 und 200 000 DM eine Reduzierung der Beschäftigten im Baugewerbe um zwei Personen die Folge sein wird?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich muß mich noch einmal dagegen wehren, daß Sie hier von einer Kürzung sprechen. Es gibt keine Kürzung. Es gibt gegenüber 1982 eine Verdreifachung der Mittel von 220 Millionen DM auf 660 Millionen DM. Die einmaligen Leistungen, die im Verpflichtungsrahmen von 1986 und 1987 absolut höher waren, waren als Teil einer Absprache mit den Ländern zu verstehen, daß sich der Bund aus diesem Bereich ganz zurückziehen sollte. Tatsächlich leisten wir aber für dieses Jahr und für die nächsten beiden Jahre 660 Millionen DM mehr, als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen war. Selbst wenn Sie den Ausgleichsbetrag von 330 Millionen DM, den wir den Ländern zahlen wollten — so war es mit den Ländern auch vereinbart —, davon abziehen, bleibt immer

Parl. Staatssekretär Echternach

(A) noch eine deutliche Steigerung der Leistungen des Bundes.

Ich darf im übrigen darauf verweisen, daß zu den 660 Millionen DM zusätzlich ein erheblicher Betrag kommt, den wir für die Dorferneuerung aus einem anderen Topf zahlen. Da kommen noch einmal fast 70 Millionen DM hinzu. Insgesamt liegt also der Betrag, den der Bund für die Stadt- und Dorferneuerung zahlt, sogar noch höher als 660 Millionen DM.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Kansy.

Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, war es eigentlich die ursprüngliche Absicht des Bauministers, daß sich der Bund aus der Städtebauförderung langfristig zurückzieht, oder haben die Ministerpräsidenten der Länder einschließlich der SPD-Ministerpräsidenten den Bund massiv bedrängt, sich aus der Städtebauförderung zurückzuziehen?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich kann das, was Sie sagten, nur bestätigen. Es gab in der Tat für den Bund angesichts der Beratung des Baugesetzbuches nur die Alternative, entweder das Baugesetzbuch im Bundesrat in Gefahr zu bringen oder aber mit den Ländern eine dementsprechende Vereinbarung zu treffen, wie sie seinerzeit 1985 getroffen worden ist.

Vizepräsident Cronenberg: Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Möller. Danach werden wir die Fragestunde schließen. Herr Abgeordneter Dr. Möller.

(B)

Dr. Möller (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, warum hat die Bundesregierung nicht schon in dem Zeitpunkt die Anhebung der Städtebauförderungsmittel beschlossen und realisiert, als erkennbar war, nämlich in den Jahren 1977, 1978, 1979 und 1980, daß die Baukonjunktur sich abflachte?

Echternach, Parl. Staatssekretär: Natürlich ist jeder Haushalt ein in Zahlen gegossenes politisches Regierungswerk, in dem die Prioritäten so oder so gesetzt werden. Die alte Regierung hat offenbar der Städtebauförderung eine niedrigere Priorität zugewiesen, als diese Bundesregierung ihr zuweist. Wenn Sie die 220 Millionen DM im Vergleich zu den 660 Millionen DM sehen, sehen Sie, welch viel größeres politisches Gewicht diese Regierung der Städtebauförderung beimißt, als die frühere Bundesregierung der Städtebauförderung zugewiesen hat.

Vizepräsident Cronenberg: Damit sind wir am Ende der Fragestunde und fahren in der normalen Tagesordnung fort. *)

Ich gebe zunächst das von den Schriftführern ermittelte Ergebnis der Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 11/1402, bekannt. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung lautet wie folgt: Abgegebene Stimmen: 414. Mit Ja haben 179 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 235.

*) Die Fragen 75, 76 des Abg. Brauer und 81, 82 der Abg. Frau Oesterle-Schwerin wurden zurückgezogen.

(C)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 413; davon

ja: 178

nein: 235

Ja

SPD

Frau Adler
Amling
Dr. Apel
Bachmaier
Bamberg
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Bindig
Frau Blunck
Dr. Böhme (Unna)
Börnsen (Ritterhude)
Brandt
Brück
Büchler (Hof)
Büchner (Speyer)
Dr. von Bülow
Frau Bulmahn
Conradi
Frau Dr. Däubler-Gmelin
Daubertshäuser
Frau Dr. Dobberthien
Dreßler
Duve
Dr. Ehmke (Bonn)
Dr. Ehrenberg
Dr. Emmerlich
Erler
Esters
Ewen
Frau Faße
Frau Fuchs (Verl)
Frau Ganseforth
Gansel
Dr. Gautier
Gerster (Worms)
Gilges
Frau Dr. Götte
Graf
Großmann
Grunenberg
Haack (Extertal)
Frau Hämmerle
Frau Dr. Hartenstein
Hasenfratz
Heimann
Heistermann
Heyenn
Hiller (Lübeck)
Dr. Holtz
Horn
Huonker
Jahn (Marburg)
Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Jungmann
Kastning
Kiehm
Kirschner
Kißlinger
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koltzsch
Koschnick
Kretkowski
Kuhlwein
Lambinus
Leidinger
Leonhart
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Dr. Martiny-Glotz
Frau Matthäus-Maier
Menzel
Dr. Mitzscherling
Müller (Pleisweiler)
Müntefering
Nagel
Nehm
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Niggemeier
Frau Odendahl
Oesinghaus
Paterna
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Dr. Pick
Porzner
Poß
Purps
Frau Renger
Reschke
Reuter
Rixe
Roth
Schäfer (Offenburg)
Schanz
Dr. Scheer
Scherrer
Schluckebier
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Dr. Schmude
Schreiner
Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Sielaff
Singer
Dr. Soell
Dr. Sperling
Stahl (Kempen)
Steiner
Frau Steinhauer
Stiegler
Stobbe
Dr. Struck
Frau Terborg
Tietjen
Frau Dr. Timm
Toetemeyer
Frau Traupe
Urbaniak
Vahlberg
Verheugen
Voigt (Frankfurt)
Vosen
Wartenberg (Berlin)
Weiermann
Frau Weiler
Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Wernitz
Westphal
Frau Weyel
Wiefelspütz
von der Wiesche
Wimmer (Neuötting)
Wittich
Zander
Zeitler
Zumkley

(D)

Vizepräsident Cronenberg

(A)

DIE GRÜNEN

Frau Beck-Oberdorf
Frau Beer
Brauer
Dr. Briefs
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hillerich
Hoss
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Frau Krieger
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Olms
Frau Rust
Frau Saibold
Frau Schmidt-Bott
Frau Schoppe
Sellin
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Volmer
Weiss (München)
Wetzel
Frau Wilms-Kegel

Nein

CDU/CSU

(B)

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Frau Berger (Berlin)
Dr. Biedenkopf
Biehle
Dr. Blens
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Bohl
Bohlsen
Borchert
Breuer
Bühler (Bruchsal)
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Daniels (Bonn)
Daweke
Frau Dempwolf
Dörflinger
Dr. Dollinger
Doss
Echternach
Ehrbar
Eigen
Engelsberger
Eylmann
Dr. Faltlhauser
Feilcke
Dr. Fell
Fellner
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedrich
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Frau Geiger
Geis
Dr. Geißler
Dr. von Geldern
Gerstein
Gerster (Mainz)
Glos
Dr. Göhner
Dr. Götz
Dr. Grünewald
Günther
Dr. Häfele
Harries
Frau Hasselfeldt
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Freiherr Heereman von Zuydtwyck
Frau Dr. Hellwig
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Hörster
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues
Dr. Hüsch
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Jung (Limburg)
Jung (Lörrach)
Kalb
Kalisch
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Frau Karwatzki
Kittelmann
Kossendey
Kraus
Krey
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Lenzer
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Dr. Lippold (Offenbach)
Lowack
Lummer
Maaß
Frau Männle
Magin
Dr. Mahlo
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Dr. Möller
Müller (Wesseling)
Nelle
Dr. Neuling
Neumann (Bremen)
Niegel
Dr. Olderog
Oswald
Frau Pack
Pesch
Petersen
Pfeffermann
Pfeifer
Dr. Pfennig
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Regenspurger
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Dr. Schäuble
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schmidbauer
Schmitz (Baesweiler)
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwörer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stavenhagen
Dr. Stercken
Dr. Stoltenberg
Straßmeir
Strube
Stücklen
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Vondran
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Graf von Waldburg-Zeil

(C)

Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Dr. von Wartenberg
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Wilz
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Zeitlmann
Zink

FDP

(D)

Dr. Bangemann
Baum
Beckmann
Bredehorn
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Grünbeck
Grüner
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Hoppe
Dr. Hoyer
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Lüder
Mischnick
Neuhausen
Nolting
Paintner
Richter
Rind
Ronneburger
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Dr. Thomae
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Frau Würfel

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich komme nochmals auf den Zusatzpunkt 2 der Tagesordnung zurück. Ich gebe nunmehr das von den Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 11/1973, bekannt.

Hier lautet das Ergebnis gemäß Protokoll: Abgegebene Stimmen: 412. Mit Ja haben 34, mit Nein 375 Abgeordnete gestimmt.

Vizepräsident Cronenberg

(A)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 412; davon

ja: 34
nein: 374
enthalten: 3

Ja

DIE GRÜNEN

Frau Beck-Oberdorf
Frau Beer
Brauer
Dr. Briefs
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hillerich
Hoss
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Frau Krieger
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Olms
Frau Rust
Frau Saibold
Frau Schmidt-Bott
Frau Schoppe
Sellin
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Volmer
Weiss (München)
Wetzel
Frau Wilms-Kegel

(B)

Nein

CDU/CSU

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Frau Berger (Berlin)
Dr. Biedenkopf
Biehle
Dr. Blens
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Bohl
Bohlsen
Borchert
Breuer
Bühler (Bruchsal)
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Daniels (Bonn)
Daweke
Frau Dempwolf
Dörflinger
Dr. Dollinger
Doss
Echternach
Ehrbar
Eigen
Engelsberger
Eylmann
Dr. Faltlhauser
Feilcke
Dr. Fell
Fellner
Fischer (Hamburg)
Francke (Hamburg)
Dr. Friedrich
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Frau Geiger
Geis
Dr. von Geldern
Gerstein
Gerster (Mainz)
Glos
Dr. Göhner
Dr. Götz
Dr. Grünewald
Günther
Dr. Häfele
Harries
Frau Hasselfeldt
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hauser (Krefeld)
Hedrich
Freiherr Heereman von Zuydtwyck
Frau Dr. Hellwig
Helmrich
Dr. Hennig
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Höpfinger
Hörster
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Hornhues
Dr. Hüsch
Dr. Jahn (Münster)
Dr. Jenninger
Jung (Limburg)
Jung (Lörrach)
Kalb
Kalisch
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Frau Karwatzki
Kittelmann
Kossendey
Kraus
Krey
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Lamers
Dr. Lammert
Dr. Langner
Lattmann
Dr. Laufs
Lenzer
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Dr. Lippold (Offenbach)
Lowack
Lummer
Maaß
Frau Männle
Magin
Dr. Mahlo
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Dr. Möller
Müller (Wesseling)
Nelle
Dr. Neuling
Neumann (Bremen)
Niegel
Dr. Olderog
Oswald
Frau Pack
Pesch
Petersen
Pfeffermann
Pfeifer
Dr. Pfennig
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Regenspurger
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Dr. Schäuble
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Scheu
Schmidbauer
Schmitz (Baesweiler)
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwörer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stavenhagen
Dr. Stercken
Dr. Stoltenberg
Straßmeir
Strube
Stücklen
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Vondran
Dr. Voss
Dr. Waffenschmidt
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Wilz
Wimmer (Neuss)
Windelen
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Zeitlmann
Zink

(C)

SPD

Frau Adler
Amling
Dr. Apel
Bachmaier
Bamberg
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Frau Blunck
Dr. Böhme (Unna)
Börnsen (Ritterhude)
Brandt
Brück
Büchler (Hof)
Büchner (Speyer)
Dr. von Bülow
Frau Bulmahn
Conradi
Frau Dr. Däubler-Gmelin
Daubertshäuser
Frau Dr. Dobberthien
Dreßler
Duve
Dr. Ehmke (Bonn)
Dr. Ehrenberg
Dr. Emmerlich
Erler
Esters
Ewen
Frau Faße
Frau Fuchs (Verl)
Frau Ganseforth
Gansel
Dr. Gautier
Gerster (Worms)
Gilges
Frau Dr. Götte
Graf
Großmann
Grunenberg
Haack (Extertal)
Frau Hämmerle
Frau Dr. Hartenstein
Hasenfratz
Heimann
Heistermann
Heyenn
Hiller (Lübeck)
Dr. Holtz
Horn
Huonker
Jahn (Marburg)
Jaunich
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Jungmann
Kastning
Kiehm
Kirschner
Kißlinger
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koltzsch
Koschnick
Kretkowski

(D)

Vizepräsident Cronenberg

Kuhlwein
Lambinus
Leidinger
Leonhart
Lohmann (Witten)
Lutz
Frau Dr. Martiny-Glotz
Frau Matthäus-Maier
Menzel
Dr. Mitzscherling
Müller (Pleisweiler)
Müntefering
Nagel
Nehm
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Niggemeier
Frau Odendahl
Oesinghaus
Paterna
Pauli
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Dr. Pick
Porzner
Poß
Purps
Frau Renger
Reschke
Reuter
Rixe
Roth
Schäfer (Offenburg)
Schanz
Dr. Scheer
Scherrer
Schluckebier
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Dr. Schmude
Schreiner
Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Singer
Dr. Soell
Dr. Sperling
Stahl (Kempen)
Steiner
Frau Steinhauer
Stiegler
Stobbe
Dr. Struck
Tietjen
Frau Dr. Timm
Toetemeyer
Frau Traupe
Urbaniak
Vahlberg
Verheugen
Voigt (Frankfurt)
Vosen
Wartenberg (Berlin)
Weiermann
Frau Weiler
Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Wernitz
Westphal
Frau Weyel
Wiefelspütz
von der Wiesche
Wimmer (Neuötting)
Wittich
Zander
Zeitler
Zumkley

FDP

Dr. Bangemann
Baum
Beckmann
Bredehorn
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Grünbeck
Grüner
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Hoppe
Dr. Hoyer
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Lüder
Mischnick
Neuhausen
Nolting
Paintner
Richter
Rind
Ronneburger
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Dr. Thomae
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Frau Würfel

Enthalten

SPD

Bindig
Sielaff
Frau Terborg

Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir können nunmehr über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr abstimmen, die Ihnen auf Drucksache 11/1971 vorliegt. Wer stimmt dieser Beschlußempfehlung zu? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Damit ist diese Beschlußempfehlung angenommen.

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte 6 bis 8 auf:

6. Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu der **Änderung** vom 16. Oktober 1985 **des Übereinkommens** vom 3. September 1976 **über die Internationale Seefunksatelliten-Organisation** (INMARSAT-Übereinkommen)

   — Drucksache 11/1613 —

   Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen (15. Ausschuß)

   — Drucksache 11/1884 —

   Berichterstatter:
   Abgeordnete Frau Faße
   Hörster

   (Erste Beratung 58. Sitzung)

7. Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung zwischenstaatlicher Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge in Zivil- und Handelssachen (**Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz** — AVAG)

   — Drucksache 11/351 —

   Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

   — Drucksache 11/1885 —

   Berichterstatter:
   Abgeordnete Eylmann
   Stiegler

   (Erste Beratung 20. Sitzung)

8. Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 10. April 1984 über den Beitritt der Republik Griechenland zu dem am 19. Juni 1980 in Rom zur **Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht**

   — Drucksache 11/1611 —

   Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

   — Drucksache 11/1951 —

   Berichterstatter:
   Abgeordnete Hörster
   Stiegler

   (Erste Beratung 55. Sitzung)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über das Vertragsgesetz, das sich auf die Internationale Seefunksatelliten-Organisation bezieht. Ich rufe das Gesetz mit seinen Art. 1 bis 3, der Einleitung und der Überschrift auf.

Wer dem Gesetz als Ganzem zuzustimmen wünscht, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich? — Bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Einzelberatung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines

Vizepräsident Cronenberg

(A) Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes. Ich rufe die §§ 1 bis 59, die Einleitung und die Überschrift in der Ausschußfassung auf. Wer den aufgerufenen Vorschriften zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen, so daß wir in die

dritte Beratung

eintreten können.

Wer dem Gesetzentwurf als Ganzem zuzustimmen wünscht, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich? — Bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.*)

Ich rufe die Punkte 9 bis 11 der Tagesordnung auf:

9. Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Fünften** Gesetzes zur **Änderung des Weinwirtschaftsgesetzes**

— Drucksache 11/1823 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (federführend)
Haushaltsausschuß

10. Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung **Internationales Naturkautschuk-Übereinkommen von 1987**

— Drucksache 11/1728 —

(B) Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Ausschuß für Wirtschaft (federführend)
Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

11. Beratung des Antrags der Fraktion der SPD **Entwicklungspolitik in Afrika**

— Drucksache 11/784 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (federführend)
Auswärtiger Ausschuß
Finanzausschuß
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Haushaltsausschuß

Auch zu diesen Punkten ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Gibt es andere Vorschläge? — Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12 bis 21 und die Zusatzpunkte 3 bis 6 zur Tagesordnung auf:

12. Beratung der **Sammelübersicht 50** des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) **über Anträge zu Petitionen**

— Drucksache 11/1928 —

*) Abstimmung über Punkt 8 siehe 68. Sitzung, Seite 4646 A

ZP 3 (C)

Beratung der **Sammelübersicht 51** des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) **über Anträge zu Petitionen**

— Drucksache 11/1969 —

13. Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zu der Verordnung der Bundesregierung

Aufhebbare Achtundfünfzigste Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste — Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung —

— Drucksachen 11/1529, 11/1888 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Kittelmann

14. Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zu der Verordnung der Bundesregierung

Aufhebbare Einhundertunddritte Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste — Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz —

— Drucksachen 11/1490, 11/1889 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Mitzscherling

15. Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zu der Verordnung der Bundesregierung

Aufhebbare Erste Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (D)

— Drucksachen 11/1561, 11/1890 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Mitzscherling

16. Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 11 11 Titel 642 03 — Kriegsopferfürsorgeleistungen für Berechtigte außerhalb des Geltungsbereichs des Ersten Überleitungsgesetzes —

— Drucksachen 11/1562, 11/1904 —

Berichterstatter:
Abgeordnete Sieler (Amberg)
Strube
Zywietz
Kleinert (Marburg)

17. Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 11 11 Titel 642 01 — Kriegsopferfürsorgeleistungen —

— Drucksachen 11/1563, 11/1905 —

Berichterstatter:
Abgeordnete Sieler (Amberg)
Strube
Zywietz
Kleinert (Marburg)

Vizepräsident Cronenberg

(A)

18. Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 27 02 Titel 642 21 (Kosten aufgrund des Gesundheitsabkommens mit der DDR und Förderung des Besuchsreiseverkehrs)

— Drucksachen 11/1579, 11/1906 —

Berichterstatter:
Abgeordnete Nehm
Dr. Neuling
Dr. Weng (Gerlingen)
Kleinert (Marburg)

19. Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 32 05 Titel 575 03 — Zinsen für Bundesobligationen —

— Drucksachen 11/1590, 11/1907 —

Berichterstatter:
Abgeordnete Frau Vennegerts
Roth (Gießen)
Frau Simonis
Dr. Weng (Gerlingen)

20. Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

(B)

Überplanmäßige Ausgaben bei Kapitel 11 12 Titel 681 41 — Leistungen für die Teilnahme von Aussiedlern, Asylberechtigten und Kontingentsflüchtlingen an Deutsch-Lehrgängen mit ganztägigem Unterricht —

— Drucksachen 11/1591, 11/1908 —

Berichterstatter:
Abgeordnete Sieler (Amberg)
Strube
Zywietz
Kleinert (Marburg)

21. Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Überplanmäßige Ausgaben bei Kapitel 11 12 Titel 681 01 — Arbeitslosenhilfe —

— Drucksachen 11/1592, 11/1909 —

Berichterstatter:
Abgeordnete Sieler (Amberg)
Strube
Zywietz
Kleinert (Marburg)

ZP 4

Beratung der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Schoppe, Dr. Mechtersheimer, Schily und der Fraktion DIE GRÜNEN

(C)

Abrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa

zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Sofortiger Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die 72 Pershing-I a-Raketen der Bundesluftwaffe

zu dem Antrag der Fraktion der SPD

Abschaffung der nuklearen Mittelstreckenraketen

— Drucksachen 11/230, 11/699 (neu), 11/732 (neu), 11/1475 —

Berichterstatter:
Abgeordnete Lamers
Lowack
Dr. Scheer
Dr. Feldmann
Dr. Lippelt (Hannover)

ZP 5

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Brahmst-Rock, Weiss (München) und der Fraktion DIE GRÜNEN

Erhalt der DB-Strecke Wuppertal-Elberfeld–Wuppertal-Cronenberg

— Drucksachen 11/1918, 11/1972 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Lemmrich

(D)

ZP 6

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Schöfberger, Schmidt (München), Vahlberg, Dr. Glotz, Lutz, Büchler (Hof), Frau Dr. Martiny, Porzner, Wimmer (Neuötting), Dr. Haack, Dr. de With, Kolbow, Leidinger, Sieler (Amberg), Stiegler, Dr. Wernitz, Müller (Schweinfurt), Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Frau Schmidt (Nürnberg), Amling, Büchner (Speyer), Frau Odendahl, Reimann, Schäfer (Offenburg), Bachmaier, Dr. Emmerlich, Ewen, Lambinus, Sielaff, Frau Dr. Hamm-Brücher, Irmer, Weiss (München), Frau Dr. Vollmer, Kreuzeder, Frau Teubner, Frau Saibold, Kleinert (Marburg), Sellin, Hüser, Frau Krieger, Schily, Hoss, Frau Vennegerts, Frau Flinner, Dr. Knabe, Frau Unruh, Volmer, Dr. Mechtersheimer, Frau Oesterle-Schwerin, Frau Brahmst-Rock, Häfner, Frau Hillerich

Rangierbahnhof München

— Drucksachen 11/570, 11/1510 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Jobst

Eine Aussprache zu diesen Tagesordnungspunkten ist nicht vorgesehen.

Zu Zusatzpunkt 5 der Tagesordnung liegen Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 11/1976 und 11/1977 vor.

Vizepräsident Cronenberg

(A) Wir kommen zur Abstimmung. Die Abstimmung muß getrennt erfolgen. Wer stimmt für die Sammelübersichten 50 und 51 des Petitionsausschusses auf den Drucksachen 11/1928 und 11/1969? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN sind die Beschlußempfehlungen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Punkte 13 bis 15 der Tagesordnung. Die Beschlußempfehlungen sind im Ausschuß einvernehmlich verabschiedet worden. Ich lasse deshalb gemeinsam über diese Beschlußempfehlungen abstimmen, wenn sich kein Widerspruch dagegen erhebt. — Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt für die Beschlußempfehlungen des Ausschusses, die dort einstimmig verabschiedet worden sind? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Bei einigen Enthaltungen der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über eine Reihe von Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses zu überplanmäßigen Ausgaben. Ich gehe davon aus, daß wir über diese Beschlußempfehlungen gemeinsam abstimmen können. — Das ist der Fall. Wer stimmt für die Beschlußempfehlungen des Haushaltsausschusses zu den Tagesordnungspunkten 16 bis 21? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Wir stimmen jetzt über die Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 11/1475 ab. Es handelt sich um den Zusatztagesordnungspunkt 4. Wer stimmt für Nr. 1 und 2 der Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — (B) Bei einigen Enthaltungen und bei einigen nicht Abstimmenden sind auch diese Beschlußempfehlungen angenommen.

Wir stimmen nunmehr über den Zusatztagesordnungspunkt 5 ab betreffend den Erhalt der DB-Strecke Wuppertal-Elberfeld — Wuppertal-Cronenberg.

Wir stimmen zunächst über die dazu vorliegenden Änderungsanträge ab. Wer stimmt für den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/1976? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich? — Dieser Änderungsantrag ist bei einigen Enthaltungen abgelehnt worden.

Wer stimmt nunmehr dem Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/1977 zu? — Wer stimmt dagegen? — Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr auf Drucksache 11/1972 ab. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN ist diese Beschlußempfehlung angenommen.

Wir stimmen jetzt über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr auf der Drucksache 11/1510 betreffend **Rangierbahnhof München** unter Zusatztagesordnungspunkt 6 ab. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich? — Bei Enthaltung einiger Mitglieder der (C) Fraktion der SPD und aller anwesenden Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN ist diese Beschlußempfehlung angenommen.

Ich rufe nunmehr Punkt 5 der Tagesordnung auf, der vor der Mittagspause nicht mehr behandelt werden konnte.

Beratung des Antrags der Fraktion der SPD
Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose
— Drucksache 11/1549 —
Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Im Ältestenrat ist eine Debattenzeit von einer Stunde verabredet worden. — Widerspruch gegen diesen Vorschlag des Ältestenrats ergibt sich nicht, so daß ich die Debatte eröffnen kann. Das Wort hat der Abgeordnete Heyenn.

Heyenn (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Evangelische Kirche Deutschlands hat eine hervorragende Arbeit über gezielte **Hilfen für Langzeitarbeitslose** vorgelegt. Dies ist die Grundlage unseres Antrags. Wir wollen erreichen, daß die Vorschläge politisch ernstgenommen und daß die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden. Wir fordern gemeinsam mit der Evangelischen Kirche Deutschlands, kommunale Beschäftigungs- und Investitionsobjekte als ein neues Instrument zur Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose einzusetzen. Aus öffentlichen Mitteln sind vor allem in den Kommunen Projekte zu fördern, die auch von Firmen der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt werden und in die zusätzlich zu bestehenden (D) Belegschaft Langzeitarbeitslose gezielt integriert werden. Dabei ist die Vergabe der Fördermittel an die zusätzliche Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen zu binden. Es soll sich um normale Investitions- und Dienstleistungsaufgaben der Kommunen handeln. Dafür gibt es einen erheblichen Bedarf.

Das ist die Lage, meine Damen und Herren: Die **Massenarbeitslosigkeit** steigt und steigt. Für 1988 werden 100 000 zusätzliche Arbeitslose und mehr befürchtet. 1987 waren rund 440 000 Arbeitslose mehr bei den Arbeitsämtern gemeldet als 1982. Gleichzeitig hat sich der Umfang der Langzeitarbeitslosigkeit in den letzten Jahren verdoppelt.

(Dreßler [SPD]: Leider wahr!)

670 000 Arbeitslose sind laut Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit jetzt länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet. Fast 340 000 Arbeitslose warten schon länger als zwei Jahre auf einen Arbeitsplatz. Die tatsächliche Zahl liegt schätzungsweise um 100 000 höher, denn seit einigen Jahren wird nach kurzfristiger Unterbrechung der Arbeitslosigkeit, durch eine Bildungsmaßnahme, durch eine Wehrübung, neu gezählt. Die Dauer der Arbeitslosigkeit fängt dann also wieder bei Null an.

Die durchschnittliche **Dauer der Arbeitslosigkeit** steigt immer weiter. Sie beträgt inzwischen 13,0 Monate. Je älter der Arbeitslose, um so länger ist die Dauer der Arbeitslosigkeit, und dieser Prozeß beginnt schon in der Altersklasse von 30 bis unter 35 Jahren. 13,4 % der 256 000 Arbeitslosen dieser Altersklasse

Heyenn

(A) sind inzwischen zwei Jahre und länger arbeitslos. In der Altersklasse von 55 bis unter 60 Jahre ist es jeder Dritte.

Diese verheerenden Zahlen zeigen nur die eine Seite. Die andere hat damit direkt zu tun und heißt: **Armut durch Arbeitslosigkeit,** insbesondere durch Langzeitarbeitslosigkeit. Armut und Ausgrenzung als Folge längerer Arbeitslosigkeit ist bittere Realität. Der Begriff „neue Armut" hat sich eingebürgert. Dabei gilt, die neue Armut spitzt die alte, die altbekannte Armut weiter zu. Sie ist Armut im Wohlfahrtsstaat in neuer Gestalt. Das ist alles wohlbekannt, aber gleichwohl politisch umstritten. Die CDU und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände halten die neue Armut für eine Erfindung der SPD, der Gewerkschaften und der Kirchen.

(Dreßler [SPD]: Unerhört!)

Arbeitslose stehen im Abseits von Gesellschaft und Politik. Arbeitslosigkeit bedeutet heute für viele sozialen Abstieg, familiäre Belastung, soziale Isolierung und das Gefühl individuellen Versagens.

(Dreßler [SPD]: Leider wahr!)

Die **Belastungen und Kosten,** die daraus für den einzelnen und die Gesellschaft entstehen, werden in der öffentlichen Diskussion kaum berücksichtigt.

Auch die **psychosozialen und die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit** sind bekannt, aber werden verdrängt. Die Arbeitslosigkeit hat nicht nur materielle Folgen, sie hat auch erhebliche Auswir-

(B) kungen auf Lebensgefühl, auf die Gesundheit der Betroffenen.

Eine sozial verantwortliche Politik muß Armut verhindern, muß eine finanziell ausreichende Absicherung bei Arbeitslosigkeit garantieren. Unsere Antwort ist die Einführung einer **Grundsicherung auch für Arbeitslose.**

(Beifall bei der SPD)

Aber das ist nur die eine Seite. Die andere Seite heißt, **Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose** sind zu schaffen. Die Vorschläge der Evangelischen Kirche Deutschlands bilden hier einen wichtigen Anstoß. Es wäre falsch, so schreibt die EKD, das Schicksal der Langzeitarbeitslosen zu bedauern, im übrigen auf verbesserte Chancen bei günstigerer Konjunktur zu hoffen und die Notwendigkeit zu gezielten und engagierten Bemühungen nicht zu sehen.

(Dreßler [SPD]: Sehr richtig!)

Nach jahrelangem massiven Ansteigen der Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Kurswechsel überfällig.

(Beifall bei der SPD — Unruhe bei der CDU/CSU)

— Herr Kollege in der ersten Reihe, ginge es etwas leiser? Ich habe das Gefühl, Sie versuchen, in der Lautstärke mit mir gleichzuziehen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Er übersetzt ihm das, was Sie sagen!)

(C) — Gut, aber es stört mich. Ich danke.

(Zurufe des Abg. Dreßler [SPD] — Gegenrufe von der CDU/CSU)

Nach jahrelangem massiven Ansteigen der Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Kurswechsel überfällig. Immer mehr Menschen, die arbeiten wollen und müssen, sind immer länger arbeitslos.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Dreßler, ich hatte eigentlich dem Abgeordneten Heyenn das Wort erteilt und nicht Ihnen.

(Dreßler [SPD]: Aber wenn der mich „Quatschkopf" nennt und keinen Ordnungsruf kriegt, dann wehre ich mich selbst!)

Herr Abgeordneter Heyenn, ich bitte in der Rede fortzufahren.

Heyenn (SPD): Ich bitte, mir für diese Unterbrechung eine Minute abzuziehen, Herr Präsident.

Der Arbeitsgesellschaft, meine Damen und Herren, geht die Arbeit nicht aus. Richtig ist auch:

> Die Kirche sieht schweren Schaden für die Betroffenen, die sozialen Beziehungen, die Familie, für das gesellschaftliche Zusammenleben und für die Volkswirtschaft, wenn es versäumt wird, einen Ausweg zu finden.

Wir haben bei der Vorstellung der EKD-Studie gesagt: Dieser Vorschlag gehört nicht in den Aktenschrank, sondern auf die Tagesordnung, und zwar auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages. (D)

(Beifall bei der SPD)

Die erste Lesung unseres Antrags, meine Damen und Herren, kann nur ein Anfang sein. Jetzt muß ein sinnvolles Konzept erarbeitet werden, um den erheblichen **Bedarf** an bisher unerledigten Aufgaben im Bereich der **personalen und sozialen Dienste,** des **Umweltschutzes,** des Ausbaus **öffentlicher Einrichtungen,** der **Sanierung von Wohnungen und Siedlungen** der potentiellen Nachfrage entsprechend zu organisieren. Ein solches Konzept ist mit einem geringen Aufschlag gegenüber den jetzigen Kosten der Arbeitslosigkeit zu finanzieren, wenn man gleichzeitig die Beträge in Rechnung stellt, die an zusätzlichen Steuern und Versicherungsbeiträgen dann eingehen.

Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose in ausreichendem Umfang zu schaffen, kann einen wesentlichen und, wie ich glaube, den drückendsten Teil der Arbeitslosigkeit beseitigen. Darüber hinaus bleibt genug zu tun. Es muß jetzt aber endlich begonnen werden.

Wir Sozialdemokraten fordern seit Jahren, was zu tun ist. Wir brauchen die Fortsetzung und Intensivierung des Weges der Arbeitszeitverkürzung, und zwar ohne Lohnverzicht,

(Beifall des Abg. Dreßler [SPD])

es sei denn, die Unternehmer übten Gewinnverzicht und garantierten neue Arbeitsplätze.

(Feilcke [CDU/CSU]: Wollen Sie das mit Herrn Lafontaine besprechen?)

Heyenn

(A) Wir fordern die Wochenarbeitszeitverkürzung auch im öffentlichen Dienst. Wir fordern den Abbau von Überstunden durch ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz. Wir fordern die wirksame Bekämpfung der illegalen Beschäftigung. Wir fordern die sofortige Umsetzung unseres Programms „Arbeit, Umwelt und Investitionen". Wir fordern die Stärkung der Massenkaufkraft durch Stopp der Umverteilung von unten nach oben. Wir wollen eine wirkliche Qualifizierungsoffensive in den Betrieben und durch die Bundesanstalt für Arbeit statt, was heute passiert, des Abbaus aktiver Arbeitsmarktpolitik vor dem Hintergrund drohender Rekorddefizite der Bundesanstalt für Arbeit. Und wir wollen eine Regionalisierung der Arbeitsförderung, damit den Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit gezielt geholfen wird. Das ist, Herr Dr. Stoltenberg, ein Vorschlag unseres Arbeitsamtes Hamburg/Schleswig-Holstein in Kiel.

Für die Beschäftigungsmöglichkeiten von Langzeitarbeitslosen fordern wir von der Bundesregierung ein Konzept. **Aktive Beschäftigungspolitik** ist gefordert, auch im Sinne derjenigen, die diese seriöse Arbeit in der Evangelischen Kirche Deutschlands gestaltet und uns vorgelegt haben. Aktive Beschäftigungspolitik also ist gefordert und nicht, wie ich meine, die gegenwärtige, wenn auch wortgewaltige Untätigkeit der Bundesregierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Scharrenbroich. (B)

Scharrenbroich (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies ist ein sehr großes Problem. Das sollte man sehr ernst nehmen, und man sollte sich insofern bei jeder Gruppierung bedanken, die sich zur Sprecherin für die Mitbürgerinnen und Mitbürger macht, die längere Zeit arbeitslos sind. Dies ist ein hartes Problem und eignet sich deswegen eigentlich nicht für parteipolitische Scharmützel.

(Heyenn [SPD]: Eben! Deswegen war ich so zurückhaltend! — Frau Weiler [SPD]: Deswegen stimmen Sie zu?!)

— Der Ältestenrat empfiehlt, daß wir diese Vorschläge im Ausschuß sehr ernsthaft beraten. Es ist jetzt gar nicht die Frage, ob wir dem insgesamt bereits so zustimmen, wie Sie das vorlegen.

Dieses Problem ist deswegen hart, weil es — und das kann man nicht leugnen — Mitbürger in der Existenz gefährdet und verzweifeln läßt, wie sie aus dieser Arbeitslosigkeit wieder herauskommen sollen. Deswegen unser Dank an die Evangelische Kirche, aber auch an die Katholische Kirche. Es ist bereits im Vorwort dieser Schrift gesagt, daß sich beide Institutionen sehr ernsthaft Sorgen machen.

Ich muß auch feststellen — und es ist wichtig, daß dies in der Öffentlichkeit dargelegt wird —, daß die **Arbeitsmarktkommission,** die die Koalitionsfraktionen gebildet haben, dieses Thema ausdrücklich als ihr erstes nennt. Es heißt im Auftrag für die Arbeitsmarktkommission:

> Hierbei ist insbesondere die Situation der älteren Arbeitnehmer und der Langzeit- sowie der schwer vermittelbaren Arbeitslosen zu berücksichtigen. (C)

Insofern hoffe ich, daß es im Ausschuß bei der Beratung dieses Vorschlages zu einem guten Gespräch kommt.

Auch für den CDU-Parteitag gibt es hierzu bereits einen Entwurf, der beraten wird. Im Kapitel „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik" heißt es in Ziffer 96 — das möchte ich hier vorlesen, damit klar ist, daß sich die Parteien über die Tragweite dieses Problems, das wir heute beraten, im klaren sind —:

> Für die von Dauerarbeitslosigkeit besonders Betroffenen müssen in zeitlich befristeten Programmen neue Beschäftigungsfelder erschlossen und gezielte Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, die die Eingliederung in den normalen Arbeitsprozeß zum Ziel haben. Dazu ist ein neues Zusammenwirken von Bund, Ländern, Gemeinden und der Bundesanstalt für Arbeit sowie eine enge Zusammenarbeit mit Tarifparteien, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden erforderlich.

Das ist in der Diskussion. Ich führe es als einen Beleg dafür an, daß wir uns sehr ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen wollen.

Aber — und das geht aus dem Antrag der SPD nicht hervor; Herr Kollege Heyenn hat es jetzt richtigerweise ergänzt — wir können diesem Problem wirklich nur beikommen, wenn die **allgemeine Beschäftigungslage** verbessert wird. Das ist das Hauptziel. Ich (D) will jedoch nicht die Augen davor verschließen, daß es Menschen gibt, die einer besonderen, gezielten Förderung bedürfen. Deswegen ist es zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig, daß durch unsere Wirtschaftspolitik vor allen Dingen die Beschäftigungslage verbessert wird. Wir dürfen aber die Augen nicht davor verschließen, daß wir damit allein das Ziel nicht erreichen können. Man muß diese Politik zwar mit heißem Herzen, aber mit kühlem Verstand treiben. Deshalb müssen wir neben der Förderung des Wirtschaftswachstums zu einer Politik der **Arbeitszeitverkürzung** kommen. Das ist auch die Auffassung der Union. Darüber hinaus bedarf es dann einer Politik der **Höherqualifizierung** und der **speziellen Hilfen.**

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlaß noch einmal das aufgreifen, was auch Sie, Herr Kollege Heyenn, behandelt haben: Arbeitszeitverkürzung. Ich freue mich schon — das ist eigentlich die einzige positive Wirkung, die ich bei dem Diskussionsbeitrag von Herrn Lafontaine sehe —, daß plötzlich so viele Politiker und auch Arbeitgeberpräsentanten ihr Herz für die **Arbeitszeitverkürzung** als ein wirksames Mittel der Arbeitsmarktpolitik entdecken.

(Beifall des Abg. Dreßler [SPD])

Aber ich habe auch festgestellt, daß es inzwischen anscheinend dazugehört, daß man, um fortschrittlich zu gelten, die Vorschläge von Herrn Lafontaine akzeptieren muß.

(Dreßler [SPD]: Das ist auch wahr!)

Scharrenbroich

(A) Ich habe daneben festgestellt, daß sich der Vorsitzende der SPD nach dem AfA-Kongreß inzwischen auch bemüht hat, in den Kreis dieser so zu Rühmenden aufgenommen zu werden,

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Das war ein ganz schlimmer Kongreß!)

und zwar nachdem er diesen Kongreß gut hinter sich gebracht hatte.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Scharrenbroich, dies veranlaßt den Abgeordneten Dreßler zu einer Zwischenfrage.

(Bohl [CDU/CSU]: Das war vorherzusehen! — Feilcke [CDU/CSU]: Das wollte er! Das haben die beiden so abgesprochen!)

Scharrenbroich (CDU/CSU) Die gestatte ich, wenn mir das nicht auf die Zeit angerechnet wird.

Vizepräsident Cronenberg: Aber selbstverständlich.

Dreßler (SPD): Herr Kollege Scharrenbroich, darf ich davon ausgehen, daß Sie die Erklärung des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion vom vergangenen Dienstag in ihrer Gänze zur Kenntnis genommen haben und wären Sie vor diesem Hintergrund bereit, Ihre gerade gemachte Äußerung mit oder ohne Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen?

(Feilcke [CDU/CSU]: Er ist nicht im Kreis der Fortschrittlichen?)

(B)

Scharrenbroich (CDU/CSU): Nein, weil er den gleichen Fehler gemacht hat wie auch Lafontaine. Herr Vogel hat nicht deutlich gemacht, daß die Gewerkschaften längst das praktizieren, was jetzt hier als eine Neuigkeit propagiert wird.

Eines will ich noch ganz deutlich sagen: Äußerst unschön war von Herrn Lafontaine, daß er es so dargestellt hat, als wenn er etwas Neues entdecken würde.

(Frau Garbe [GRÜNE]: Das ist richtig!)

Dabei ist das etwas, was die Gewerkschaften seit langem praktizieren. Als Kronzeugen darf ich den ehemaligen Vorsitzenden der IG Metall, Hans Mayr, zitieren, der 1983 auf dem IG-Metall-Kongreß — das war vor dem Kampf um die 35-Stunden-Woche — gesagt hat — nachzulesen im Protokoll auf Seite 319; ich zitiere wörtlich —:

> Was für die Wochenarbeitszeitverkürzung beansprucht wird, steht für Lohnerhöhungen nicht mehr zur Verfügung.

Das ist die Aussage von Hans Mayr, und insofern brauchte Herr Lafontaine hier gar nicht mit dem Anspruch auf Neuigkeitswert aufzutreten.

(Bohl [CDU/CSU]: Aber das Buch!)

Ich mache darauf aufmerksam, daß das vor allem insofern unsauber war, als gerade in der aktuellen Situation die ÖTV — an der ich im übrigen manches auszusetzen habe — ganz konkret gesagt hat: Wir wollen eine **Einkommenserhöhung** von 5 % — gut, das ist die Ausgangsforderung — und wollen dann

(C) darüber sprechen, wie das auf **Lohnerhöhung** und **Arbeitszeitverkürzung** verteilt wird.

Finanzminister Dr. Stoltenberg hat ja zu Beginn der Diskussion über diese Tarifforderung einmal gesagt, daß es jetzt falsch wäre — das ist seine Meinung —, Wochenarbeitszeitverkürzung durchzusetzen, weil es auch volkswirtschaftlich sinnvoller wäre, das Geld, das zur Verteilung ansteht, für die Einkommenserhöhung zur Verfügung zu stellen. Das heißt, auch Finanzminister Stoltenberg ist davon ausgegangen — er kannte die gewerkschaftliche Praxis —, daß das, was für Arbeitszeitverkürzungen ausgegeben wird, für die Lohnerhöhung, in dem Falle für die Nachfrageerhöhung, nicht mehr zur Verfügung steht. Insofern bedaure ich diese Verwirrung und diese Art und Weise, auf die Herr Lafontaine den Gewerkschaften in diesem Punkt in den Rücken gefallen ist.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter, wir müssen uns jetzt verständigen. Es gibt noch zwei Meldungen zu Zwischenfragen. Sie haben insgesamt noch etwa 1,5 Minuten Redezeit. Ich bin in der Anrechnung sehr großzügig. Sie müssen sich entscheiden, wie wir nun verfahren. Ich rechne Ihnen die Fragen nicht an.

Scharrenbroich (CDU/CSU): Wenn sie mir nicht angerechnet werden, bitte sehr!

Vizepräsident Cronenberg: Aber bei den Antworten wird die Sache natürlich kritisch, wenn sie so lang sind wie die Beantwortung der letzten Frage.

Bitte schön, Herr Abgeordneter Dreßler.

(D)

Dreßler (SPD): Herr Kollege Scharrenbroich, Sie wissen, daß ich in der Bewertung dessen, was Sie gerade gesagt haben, mit Ihnen übereinstimme. Das ist übrigens nicht neu.

(Feilcke [CDU/CSU]: So, dann sind Sie ja ein Linker, Herr Dreßler!)

— Er stimmt nur nicht mit Ihnen überein.

Nur, Herr Kollege Scharrenbroich, ich frage noch einmal: Wenn ich Ihnen die Äußerungen meines Fraktionsvorsitzenden schriftlich überreiche und Sie darin genau das finden, von dem Sie gerade sagten, das habe er nicht gesagt, sind Sie dann bereit, das, was Sie über ihn soeben ausgeführt haben, zurückzunehmen?

Scharrenbroich (CDU/CSU): Dann bin ich bereit, zu erklären, daß er anderer Auffassung ist als Lafontaine.

Vizepräsident Cronenberg: Nun der Herr Abgeordnete Schreiner, bitte.

Schreiner (SPD): Herr Kollege Scharrenbroich, könnten Sie mir erstens darin zustimmen, daß Lohnausgleich, Lohnverzicht und Reallohnsteigerung drei verschiedene Dinge sind, und könnten Sie mir zweitens darin zustimmen, daß die Auseinandersetzung der IG Metall 1982 um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche und damit um die Schaffung neuer Arbeitsplätze von der damaligen und heutigen Bundesregierung in übelster Weise denunziert worden ist?

(A)

Scharrenbroich (CDU/CSU): Nein, dem letzteren kann ich überhaupt nicht zustimmen. Der Bundeskanzler hat selber vor dem IG-Chemie-Kongreß — ich war anwesend — erklärt, daß damals in der Hitze des Gefechts von dieser oder jener Seite manches gesagt worden ist, was man — so die Beurteilung im nachhinein — hätte unterlassen sollen. Aber in der Sache möchte ich hier ganz klar feststellen: Die IG Metall ist damals mit der Forderung „Einführung der 35-Stunden-Woche" angetreten, und sie hat ihren eigenen Mitgliedern gesagt: auf einen Sitz, also von 40 auf 35 Stunden, und zwar bei vollem Lohnausgleich.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Und ich weiß ganz genau, was das heißt. „Bei vollem Lohnausgleich" heißt nämlich, daß die Arbeitnehmer nach der Arbeitszeitverkürzung mindestens nominal noch das gleiche auf dem Gehaltskonto und im Portemonnaie haben wie vorher. Das und nichts anderes heißt **„Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich"**.

Die Durchsetzung der Verkürzung von 40 auf 35 Wochenstunden hätte — so damals Hans Mayr laut „Spiegel" — geheißen — das kann man beim Arbeiter am besten deutlich machen —, daß der Stundenlohn, damit der Arbeiter am Ende der Woche noch das gleiche im Portemonnaie hat, um 12,5 % hätte angehoben werden müssen. Daß das nicht machbar war, war eine klare Aussage des Bundeskanzlers, und die war in der Sache richtig. Nur so kann ich Ihre Frage beantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß sagen, daß wir die Lage der Arbeitslosen auf der Grundlage unseres redlichen Bemühens, sie wieder in Beschäftigung zu bringen, nur verbessern können, wenn wir erstens nicht die **Gesamtperspektive der Wirtschaftspolitik** aus den Augen verlieren und wenn wir zweitens wissen, daß es dann immer noch **spezieller Instrumente** bedarf. Erst wenn wir die Beschäftigungssituation verbessert haben, helfen die Mittel, die über die Bundesanstalt für Arbeit und für andere kombiniert eingesetzt werden müssen, viel mehr, erst dann sind sie treffsicherer. Deswegen meine ich, daß es gut ist, daß wir diesen Antrag gemeinsam mit den Ergebnissen der Koalitionskommission zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage jetzt im Ausschuß beraten.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(Vorsitz: Vizepräsident Stücklen)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoss.

Hoss (GRÜNE): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Scharrenbroich hat vorhin gesagt, daß es bei dem vorliegenden Antrag „Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose" wesentlich auf die Gesamtwirtschaftslage ankommt. Er hat damit zum Ausdruck gebracht — das will ich so interpretieren —: Da die Gesamtwirtschaftslage nicht besser wird, sondern schlechter, kann — nach Ihrer Position — den Langzeitarbeitslosen nur ganz bedingt geholfen werden.

(C)

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Das ist eine Fehlinterpretation!)

Die Lage der **Langzeitarbeitslosen** ist, was ihre sozialen Bedingungen anbelangt, äußerst schwierig. Das wird in der Denkschrift der EKD zu dieser Frage dargelegt; es ist auch versucht worden, das in den Antrag der SPD aufzunehmen.

Wir haben knapp 700 000 Langzeitarbeitslose, und das sind nicht wenige Leute, die in dieser Situation sind. Ich möchte mich mit der Frage befassen, warum sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen immer noch vergrößert — man sieht nicht, daß sich da wesentlich etwas tut — und warum man so lange darüber redet und im Grunde nicht zu Ergebnissen kommt.

Ich bin froh darüber, daß in diesen Tagen, in diesen Wochen durch den Verstoß von Lafontaine eine größere Sensibilisierung in der Frage des Umgangs mit Arbeitslosigkeit im allgemeinen und in diesem Fall mit Langzeitarbeitslosen im speziellen bewirkt worden ist. Diese Sensibilisierung ist kein Zufall. Sie liegt sicher nicht in erster Linie in der Person von Oskar Lafontaine begründet, sondern sie liegt in den Verhältnissen begründet, daß in der Bevölkerung allgemein eine größere Angst vor der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation vorhanden ist, deren Zeichen auf mehr Arbeitslosigkeit stehen. Die Menschen sind aufgeschreckt durch das, was in Rheinhausen passiert ist, wo von Konzernspitzen einfach beschlossen wird, daß Tausenden von Arbeitnehmern der Stuhl vor die Tür gesetzt werden soll, durch Hiobsbotschaften, die uns erreichen, über das, was der BBC-Konzern oder ABB, Asea-Brown-Boveri-Konzern, vorhaben, durch Entlassungen oder entsprechende Absichten bei Opel, bei Zulieferern der Autoindustrie, bei Porsche, im Kohlebereich, bei Philips. Täglich liest man von Dingen, die darauf hinauslaufen, daß sich die Arbeitslosigkeit vergrößert und daß sich die Lage der Langzeitarbeitslosen nicht verbessert.

(D)

(Frau Garbe [GRÜNE]: Leider, leider!)

Deshalb meine ich, daß man sehen muß: Wer an der Lage der Langzeitarbeitslosen etwas ändern will, muß die Gesamtwirtschaftslage in einem Sinne verändern und sie analysieren, damit wir nicht nur Reparaturen machen und vielleicht den einen oder anderen Langzeitarbeitslosen in Arbeit bringen, während auf der anderen Seite neue Langzeitarbeitslose hinzukommen und sich die Zahl insgesamt erhöht.

Ich will Ihnen einmal sagen, was aus unserer Sicht vor sich geht: Wir stehen vor der Neuordnung der Unternehmenspolitik, der Wirtschaftspolitik im EG-Bereich. Wir sehen, daß es dort einen Bereich mit 320 Millionen Konsumenten gibt und daß die Unternehmen — sowohl die mittleren als auch die größeren — anfangen, sich darauf einzustellen oder schon mitten in dem Prozeß sind, sich auf diesen ab 1992 vorhandenen EG-Markt hin zu orientieren. Das sieht so aus, daß sie ihre Unternehmen optimieren, Produktionsabläufe rationeller gestalten, eine Neuordnung der Standorte vornehmen, Produktionen in Gebiete auslagern, wo man günstiger produzieren kann, daß man die Fertigungstiefe verringert, daß man die An-

Hoss

(A) bindung der Zulieferer an die Hauptunternehmen vorantreibt. Das Ganze läuft, wenn man noch McKinsey in die Betriebe hineinholt, der den Rationalisierungsprozeß auf die Spitze treibt, auf der einen Seite auf eine optimale Gestaltung der Produktion im Sinne der Kapitalverwertung hinaus, d. h. aber auf der anderen Seite: Ausgrenzung von Menschen, die diesen Methoden der Leistungsrationalisierung, der Leistungssteigerung, dem Streß nicht mehr gewachsen sind.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel bringen: In der Abteilung, in der ich noch vor zwei Jahren als Schlosser gearbeitet habe, wäre ich jetzt der Älteste. So sieht es in den Betrieben aus. Und ich habe mit dem Betriebsratsvorsitzenden von BBC gesprochen, der sich jetzt damit befassen muß, daß 4 000 Leute abgebaut werden sollen. Er hat mir gesagt, daß sie kaum noch jemanden über 54 haben. So ist die Situation, so hat sich das ausgedrückt, und da finden wir auch — das zeigen auch die Zahlen über Langzeitarbeitslose — das große Reservoir derer und natürlich auch noch anderer, die davon betroffen sind.

Wenn wir diese Politik nicht ändern, wenn wir hier eine Wirtschaftspolitik betreiben, die das unterstützt, was die Konzerne in Richtung auf den EG-Markt vorantreiben, wenn wir das nicht ändern und uns mehr auf den Binnenmarkt, auf kleine und mittlere Betriebe hinorientieren, die zu fördern sind — nicht die Großen sind zu fördern —, dann werden wir, so denke ich, in der Auseinandersetzung um die Beschaffung von Arbeitsplätzen für die Langzeitarbeitslosen nichts erreichen. Zwar werden wir vielleicht das eine, wie ich (B) vorhin gesagt habe, erreichen, dafür dann andere wieder neu in die Arbeitslosigkeit, in die Langzeitarbeitslosigkeit hineinbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, das Bewußtsein davon, daß sich die Wirtschaftslage so entwickelt — die Leute, die Bürger draußen fragen sich: Was macht man denn mit uns? Was geschieht denn mit uns? —, signalisiert die Bereitschaft, in die der Vorschlag von Lafontaine hineintrifft. Er trifft im Grunde auf keine andere Basis als die, daß die Leute sagen, daß sie bereit sind, mitzuhelfen, daß sie bereit sind, mitzugestalten. Und der Prozeß wird sich verstärken. Sie sind bereit, auch etwas zu geben, wenn garantiert ist, daß durch Tarifverträge und Abmachungen auch gesichert wird, daß mit bestimmten Dingen, die man gibt, auch denen geholfen wird, denen geholfen werden muß. Solange das nicht abgesichert ist, kann man den Lafontaine-Vorschlag vergessen.

Ich begrüße ihn, weil er ein neues Denken eröffnet, weil er eine neue Möglichkeit von Mobilisierung in unserer Bevölkerung auftut. Aber ich will, daß da Kontrollen vorgenommen werden — über Einstellung allgemeiner Arbeitsloser wie auch Langzeitarbeitsloser — und daß die Kontrollen bei denen liegen, die auch geben. Wenn z. B. in der Abteilung, in der ich war — das ist eine Abteilung mit mehr als 100 Facharbeitern —, gesagt wird, wir machen eine stärkere Arbeitszeitverkürzung von 3 bzw. 4 Stunden auf einmal — das macht bei mehr als 100 Leuten 300 Stunden —, dann ergibt das 8 bzw. 9 neue Arbeitsplätze. Und wir 100 kontrollieren, ob diese 8 bzw. 9 Arbeitsplätze vom Betrieb auch besetzt werden. Wenn das (C) nicht geschieht, kann man die ganze Sache vergessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Kontrollen von unten müssen durchgesetzt werden. Das bedeutet natürlich auch ein stückweit Wegnahme von Entscheidungen der Personalbereiche, die bisher allein darüber entscheiden. Also, die Kontrolle muß mit hinuntergenommen und dorthin verlagert werden, wo die Leute sind und arbeiten. — Ich sehe gerade, daß das rote Licht hier schon leuchtet. —

Ich würde sagen, daß dieser Antrag der SPD, der hier vorliegt, sehr intensiv beraten werden sollte, daß aber seine zwei Mängel, die er hat, gesehen werden sollten: daß er erstens nicht an die Wurzel der Dinge geht — das müßte man vertiefen —, und zweitens müßte man sich damit auseinandersetzen, daß er sich mit der Hälfte der Langzeitarbeitslosen befaßt, die man mit finanziellen Hilfen in bestehende Produktionsabläufe ohne weiteres einbauen kann, daß aber mindestens die Hälfte der Langzeitarbeitslosen Leute sind, die psychische und physische Beeinträchtigungen haben und für die man noch spezielle Programme begleitend haben muß, wenn man sie in diesen Prozeß überhaupt wiedereingliedern will.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heinrich.

(D)

Heinrich (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner Hoss hat gesagt, man solle diesen Antrag sehr genau prüfen. Auch wir sind dazu bereit, den Antrag zu diskutieren, auszuloten, was drin ist; denn **Langzeitarbeitslosigkeit** ist ein schweres Schicksal. Wir wollen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Vergleicht man den Vorschlag der EKD mit dem Antrag der SPD, so fällt allerdings auf, daß es in beiden Fällen um staatliche Finanzierung kommunaler Pflichtaufgaben geht. Während die EKD Dauerarbeitsplätze weder im privaten noch im öffentlichen Bereich gefährdet sehen möchte, Wettbewerbsverzerrungen möglichst ausschließen und vorwiegend private Firmen heranziehen will, enthält der SPD-Antrag diese Einschränkungen nicht. Herr Heyenn hat davon gesprochen, auch die gewerbliche Wirtschaft solle eingebunden werden. Der Schwerpunkt wird dort wahrscheinlich nicht liegen.

Die bekannten Vorschläge wie Beschäftigungsprogramme — „Arbeit und Umwelt", „Arbeit für alle" — sind nicht neu. Die Impulse, die von solchen Programmen ausgehen, sind kurze Wirkung bei hohen Kosten.

(Feilcke [CDU/CSU]: Strohfeuer!)

Aus sozialliberalen Zeiten haben wir gelernt, daß den Arbeitslosen und insbesondere den Langzeitarbeitslosen damit langfristig nicht geholfen werden kann.

Ganz neu sind allerdings die Töne, die man derzeit aus dem Saarland hört, nämlich **Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.**

(A)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schmude?

Heinrich (FDP): Bitte sehr. Aber bitte nicht auf die Zeit anrechnen.

Dr. Schmude (SPD): Herr Kollege, darf ich Ihre Bemerkungen zu den Unterschieden zwischen dem EKD-Papier und dem SPD-Antrag so verstehen, daß Sie den Antrag der SPD-Fraktion im Ausschuß in Richtung auf das EKD-Papier nachbessern und ihm dann zustimmen werden, oder sind Sie generell gegen jedes Vorhaben dieser Art?

Heinrich (FDP): Herr Kollege Schmude, inwieweit wir Ihren Antrag nachbessern oder ob wir auf Grund der Erkenntnisse, die unter Umständen in dem EKD-Papier enthalten sind, zu einer übereinstimmenden Meinung kommen, kann ich in der jetzigen Situation noch nicht übersehen.

(Zuruf von der SPD: Abtreten!)

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich — die neuen Töne aus dem Saarland. Der Gedanke ist allerdings nicht neu. Neu ist nur die Ecke, aus der er jetzt kommt. Ich ziehe den Schluß, daß man bei der Opposition und Teilen der Gewerkschaft beginnt zu begreifen, daß erstens die Tarifparteien eine große Verantwortung bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit haben, die so seither nicht wahrgenommen wurde, und daß zweitens eine Solidarität zwischen denen, die einen Arbeitsplatz haben, und denen, die draußen stehen, hergestellt werden muß. Professor Nell-Breuning formuliert es so: Es ist unsolidarisch, nur Arbeitsstunden abzugeben, den vollen Lohn aber mitzunehmen.

(B)

Wenn wir uns die Struktur der Langzeitarbeitslosen einmal ansehen, fällt auf, daß etwa ein Drittel aller Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos ist. Die Betroffenen sind Ältere, Unqualifizierte und gesundheitlich Eingeschränkte. Allein die Gruppe der Unqualifizierten macht fast 60 % der Langzeitarbeitslosen aus. Um den jüngeren von ihnen besser helfen zu können, sollte neben einer Teilzeitarbeitsbeschaffungsmaßnahme eine berufliche Qualifizierungsmaßnahme angeboten werden. Das würde die Gefahr einer erneuten Arbeitslosigkeit nach Auslaufen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erheblich verringern. Den älteren Langzeitarbeitslosen sollten dagegen in erster Linie die traditionellen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Für benachteiligte Jugendliche, die den theoretischen Anforderungen nicht gerecht werden können, müssen Stufenausbildungen geschaffen werden, in denen die praktische Arbeit im Vordergrund steht.

Die Tarifpartner müssen stärker die Initiative zugunsten von Langzeitarbeitslosen ergreifen. In Tarifverträgen sollten deshalb Tariföffnungsklauseln vorgesehen werden, die in gewissen Fällen eine Abweichung des Tariflohns nach unten erlauben.

(Zustimmung des Abg. Cronenberg [Arnsberg] [FDP])

Es macht doch keinen Sinn, wenn man durch eine Sockellohnpolitik einfache Arbeit so verteuert, daß dafür zum Schluß überhaupt keine Arbeitsplätze mehr angeboten werden. Hier wirkt sich die Tarifpolitik arbeitsplatzvernichtend aus.

(C)

Besonders betroffen von der Langzeitarbeitslosigkeit sind Frauen. Im Jahr 1986 stieg die Zahl der Arbeitslosen bei den Frauen um 16 000, bei den Männern nahm sie jedoch um 28 000 ab. Diesen Frauen muß mit dem verstärkten Angebot von Teilzeitarbeit und einer Flexibilisierung der Arbeitszeit schnellstens geholfen werden. Auch hier muß ich an die Verantwortung der Tarifpartner erinnern.

Zusammenfassend stelle ich fest, daß wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen im Arbeitsförderungsprogramm haben. Wir benötigen aber auch eine flexiblere Gestaltung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Grenze ist jedoch dort überschritten, wo wir mit einem Programm des zweiten Arbeitsmarktes den ersten Arbeitsmarkt tangieren.

Die Kirche bitte ich um Unterstützung im sozialen und psychischen Bereich, denn dort ist die Hilfe bei den Langzeitarbeitslosen dringend geboten.

Die Tarifparteien möchte ich nochmals eindringlich an ihre Verantwortung gegenüber denjenigen, die ohne Arbeit sind, erinnern. Ebenso wäre sowohl von den öffentlichen als auch von den privaten Arbeitgebern zu erwarten, daß sie stärker als bisher die Pflichtquote nach dem Schwerbehindertengesetz erfüllen. Es ist ein Skandal, wenn leistungsstarke Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern bei der Erfüllung ihrer Schwerbehindertenquote im öffentlichen Dienst das Schlußlicht bilden.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Das alles zusammengenommen, meine Kolleginnen und Kollegen, müssen wir beachten, wenn wir über Langzeitarbeitslosigkeit reden. Hier kann man nicht mit einem Programm alles bewältigen wollen, sondern hier muß zuerst einmal untersucht werden, wie die Struktur der Langzeitarbeitslosigkeit aussieht, und danach muß man die maßgeschneiderten Programme und die maßgeschneiderten Hilfen anbieten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Stücklen: Ich erteile das Wort dem Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Vogt.

Vogt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine Bedrohung des Einkommens, Arbeitslosigkeit bedroht auch die Möglichkeit des Menschen zur Selbstverwirklichung, denn Arbeit ist mehr als die Sicherung des Lebensunterhalts. Sie ist Mitwirkung, sie ist Teilhabe, sie ist Selbstverwirklichung. Diesen Anspruch auf Arbeit hat jeder Mensch, der gesunde und der gut ausgebildete, der behinderte und der benachteiligte.

(Zuruf von der SPD: Und Frauen!)

Jeder hat den Anspruch, mit seiner Hände Arbeit, mit seines Kopfes Arbeit mitzuwirken.

(Frau Garbe [GRÜNE]: Nur jeder?)

Parl. Staatssekretär Vogt

(A) — Jeder Mensch, liebe Kollegin, jeder Arbeitslose. Sie sind doch immer für die geschlechtsneutralen Bezeichnungen.

(Frau Garbe [GRÜNE]: „Jeder" ist aber nicht geschlechtsneutral!)

— Jeder Arbeitslose.

(Hoss [GRÜNE]: Es ist sehr schwer, Herr Vogt, ich weiß!)

— Lieber Herr Kollege Hoss, die Angelegenheit ist ein bißchen zu ernst, und deshalb wollen wir wieder darauf zurückkommen.

(Frau Garbe [GRÜNE]: Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist auch ernst!)

Um diesen Anspruch einlösen zu können, helfen dem Arbeitslosen weder Mitleid noch klassenkämpferische Parolen, auch nicht Panikmache.

(Urbaniak [SPD]: Auch nicht diese Regierung!)

Ihnen ist im übrigen auch nicht mit einer Verniedlichung der Arbeitslosigkeit geholfen. Wer den Arbeitslosen wirkungsvoll helfen will, muß neue **Arbeitsplätze schaffen.** Konkrete Politik für Arbeitslose heißt deshalb erstens: mehr Arbeitsplätze.

(Frau Garbe [GRÜNE]: Ja wie denn?)

— Frau Kollegin, das, was die Bundesregierung Ihnen vorschlägt, was Sie aber wahrscheinlich ablehnen werden, nämlich eine **strukturelle Reform im Einkommensteuerrecht,** wird einen Beitrag genau dazu leisten, daß es zu mehr Arbeitsplätzen in diesem Lande kommt. Wenn der Kollege Heyenn vorhin „Stärkung der Massenkaufkraft" gefordert hat, dann (B) fordere ich ihn auf, zuzustimmen der Anhebung des Grundfreibetrages, der Absenkung des Eingangssteuersatzes,

(Beifall bei der CDU/CSU)

dann fordere ich ihn auf, zuzustimmen, daß der progressive Tarif ersetzt wird, wo mittlere Einkommen von Arbeitern, Angestellten, Freiberuflern, Handwerkern und Selbständigen begradigt werden. Genau das ist die Politik zugunsten von Arbeitslosen und für mehr Arbeit, aber dieser Politik werden Sie natürlich widersprechen.

Vizepräsident Stücklen: Herr Parlamentarischer Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Vogt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Gern.

Hoss (GRÜNE): Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß genau die Politik, die von 1982 an gemacht wurde, indem man auf Kosten der Unteren Mittel freigemacht hat, die man einsetzen wollte, um Arbeitsplätze zu schaffen und den Unternehmern Anreize zu geben, die Produktion anzukurbeln und Plätze zu schaffen, dazu geführt hat, daß die Zahl der Arbeitslosen heute höher als 1982 ist, als Sie angefangen haben?

Vogt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Kollege, Sie irren in zweifacher Hinsicht. Zum einen werden die unteren und mittleren Einkommen durch die Steuerentlastung, die wir diesem Haus vorschlagen werden, entlastet. Zum anderen irren Sie, Herr Kollege, weil wir (C) zwar zu Beginn der 80er Jahre über 1 Million Arbeitsplätze verloren haben, aber seit 1983, seit wir die Regierungsverantwortung übernommen haben, 700 000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden sind. Und der Beschäftigungsanstieg geht weiter. Ich stelle das zunächst im Zusammenhang dar, damit Sie nachher wieder fragen können. Knapp 180 000 Arbeitsplätze haben wir 1987 gegenüber dem Vorjahr neu geschaffen. Saisonbereinigt haben wir gegenwärtig mit über 26 Millionen die höchste Zahl der Erwerbstätigen seit Herbst 1981. Das sind ganz konkrete beschäftigungspolitische Erfolge dieser Bundesregierung, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage desselben Abgeordneten?

Vogt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Ja.

Hoss (GRÜNE): Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden in der Bundesrepublik leicht gefallen ist, obwohl Sie sagen, daß die Bundesregierung 700 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat; und was bedeutet das dafür, daß Sie 700 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben? Sind damit nicht Plätze gemeint, auf denen man so wenig verdient, daß man sich nachher als Rentner in der Sozialhilfe wiederfindet?

(D)

Vogt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Aber, lieber Herr Kollege, hier werfen Sie natürlich einiges durcheinander. Fürs erste will ich Ihnen nur eines zu überlegen geben. Wenn Sie sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit, der Lebensarbeitszeit oder der Wochenarbeitszeit, unter welchen ökonomischen Bedingungen auch immer, aussprechen und dann die Erwartung hegen, daß damit die Zahl der Beschäftigten steigt, haben Sie natürlich auch auf diesem Weg eine Änderung der Beschäftigtenzahl bei gleichbleibendem Arbeitsvolumen. Aber das ist nur eine der Antworten, die ich eigentlich auf Ihre komplexe Frage geben könnte. Wir haben einen Zuwachs an Beschäftigten. Das ist gar nicht wegzudiskutieren. Dieser Beschäftigungszuwachs wird auch 1988 weitergehen. Alle Anzeichen deuten darauf hin. Wir können beim Beschäftigungszuwachs optimistisch sein.

(Dreßler [SPD]: Hurra, hurra!)

Vizepräsident Stücklen: Herr Parlamentarischer Staatssekretär, es gibt noch einen Wunsch nach einer Zusatzfrage, und zwar von Herrn Abgeordneten Schreiner.

Vogt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Ja.

(Feilcke [CDU/CSU]: Ich hoffe nur, daß das alles nicht angerechnet wird!)

Vizepräsident Stücklen: Bitte sehr.

(A)

Schreiner (SPD): Herr Staatssekretär, da Sie soeben der Frage ausgewichen sind, frage auch ich, ob es zutrifft, daß das gesellschaftliche Erwerbsarbeitsvolumen seit 1983 nicht gestiegen ist, daß also auf Grund von Arbeitszeitverkürzungen oder Umverteilungsmaßnahmen zwar die Zahl der Beschäftigten, aber nicht der Umfang der Beschäftigung gewachsen ist.

Vogt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Aber Herr Kollege, seit Anfang der 80er Jahre — und nicht erst seitdem — hat sich das Erwerbsverhalten vieler Personenkreise in dem Sinn verändert, daß Personen, die früher keine Erwerbsarbeit nachgefragt haben, heute Erwerbsarbeit nachfragen. Wir hatten gerade in den 80er Jahren einen erheblichen Zuwachs an Erwerbspersonenpotential durch den Zuwachs aus den geburtenstarken Jahrgängen. Das zählt. Sie zählen in der Arbeitslosenstatistik nicht die Zahl derer, die 10 oder 15 oder 20 oder 40 Wochenstunden haben, sondern Sie zählen Köpfe, und zwar Köpfe als Vollzeitarbeitnehmer oder als Teilzeitarbeitnehmer. Das sind die 2,5 Millionen, mit denen Sie immer arbeiten. Dabei ist unbestritten: das Erwerbspersonenpotential ist in den letzten Jahren gewachsen.

Herr Präsident, ich gehe natürlich davon aus, daß die Bundesregierung insofern wie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages behandelt wird und deshalb die Zwischenfragen und deren Beantwortung nicht auf meine Redezeit angerechnet worden sind.

(B)

Ich sage: Konkrete Politik für Arbeitslose heißt erstens mehr Arbeitsplätze und zweitens mehr Qualifizierung.

(Zuruf des Abg. Heyenn [SPD])

— Auch hier, lieber Kollege Heyenn, weise ich Sie nur darauf hin: Wir betreiben eine **Qualifizierungsoffensive,** wie wir sie seit Beginn des Arbeitsförderungsgesetzes noch nie gehabt haben. 600 000 Neueintritte in Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung. 1982 waren es 265 000. Das ist Qualifizierung, die den Menschen hilft. Denn, lieber Herr Kollege Heyenn — das möchten Sie doch bitte zur Kenntnis nehmen —, knapp 70 % derjenigen, die an Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung teilgenommen haben, sind sechs Monate nach Abschluß der Qualifizierungsmaßnahme in ein Arbeitsverhältnis vermittelt worden. Ich glaube, das kann sich sehen lassen.

(Heyenn [SPD]: Deshalb fahren Sie dann die Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zurück! Das war Ihnen zu erfolgreich!)

— Lieber Herr Kollege, schauen Sie in den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit. Sie werden sehen, daß die Bundesanstalt für Arbeit 1988

(Dreßler [SPD]: 5 Milliarden DM Defizit hat!)

die Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes voll ausfahren wird. Die Haushaltsansätze erlauben Qualifizierungsmaßnahmen in der Größenordnung, wie wir sie im Jahre 1987 gehabt haben. Sie betreiben Panikmache! Die Zahlen, die wir anführen, die sprechen für sich.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU — Abg. Reuschenbach [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Nein, im Moment nicht, weil die Zeit ja eigentlich schon abgelaufen ist.

Drittens. Konkrete Politik für Arbeitslose heißt, daß wir den **Problemgruppen** durch **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** helfen. Auch die langzeitarbeitslosen älteren Arbeitnehmer werden gerade durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Beschäftigung gebracht. 1987 wurden auf diesem Wege allein über 52 000 ältere Arbeitnehmer gefördert.

(Dreßler [SPD]: Sie sind aus der Statistik heraus, Herr Kollege!)

Konkrete Politik für Arbeitslose und hier vor allem für Langzeitarbeitslose heißt viertens, die konkreten **Hilfen des Arbeitsförderungsgesetzes** wirkungsvoll einzusetzen. Von der Absicherung der Langzeitarbeitslosen über Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe auf der einen Seite bis hin zur offensiven Nutzung der Instrumente andererseits, mit denen wir gerade ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsprozeß eingliedern können.

Deshalb stelle ich zunächst fest:

Erstens. Der intensive Einsatz der gesamten aktiven arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen wird fortgesetzt. Er hat eine Beschäftigungswirkung von rund 500 000 Personen.

(D)

Zweitens. Natürlich geben wir uns mit dem erreichten Stand in Anbetracht der Arbeitslosigkeit nicht zufrieden. Deshalb prüfen die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP, wie kurzfristig neue Möglichkeiten zur verstärkten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen werden können.

Aber bei all diesen Maßnahmen muß folgendes feststehen: Unterstützungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose dürfen nicht zu Lasten anderer Beschäftigungsmöglichkeiten gehen. Das heißt, es darf keine Verdrängung oder den Ersatz regulärer Arbeitsplätze bzw. von Planstellen im öffentlichen Dienst geben.

(Heyenn [SPD]: Wer hat das denn gefordert?)

— Sie fordern genau das in Ihrem Antrag.

(Heyenn [SPD]: Absoluter Quatsch!)

— Sie wüßten das, wenn Sie sich ihn einmal, Herr Kollege Heyenn, durchlesen würden. Auch die Höhe Ihrer Erregung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sie in Ihrem Antrag folgendes vorhaben, nämlich daß kurzfristig Arbeitslose und längerfristig Arbeitslose gegeneinander ausgespielt werden.

(Oh-Rufe bei der SPD — Dreßler [SPD]: Sie werden immer schwächer!)

Letztes. Die Bundespolitik steht zu ihrer Verpflichtung für die Arbeitslosen. Wir wenden uns aber, Herr Kollege Heyenn, gegen den politischen Ablaß. Ich habe etwas gegen die Arbeitsteilung, sich mit Anträgen im Bundestag von der eigenen Verantwortung vor

Parl. Staatssekretär Vogt

Ort freizukaufen und dem Bund die gesamte Last aufzuladen.

(Zuruf des Abg. Reuschenbach [SPD])

— Sie haben den Antrag, Herr Kollege, den Ihre Fraktion eingebracht hat, mit Sicherheit nicht gelesen, vielleicht unterschrieben.

(Reuschenbach [SPD]: Von wegen „freikaufen"!)

In diesem Antrag steht — bitte, hören Sie zu —:

„... denn der Bund ist für die Beschäftigungspolitik zuständig".

(Heyenn [SPD]: Richtig!)

So einfach, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man sich das machen. Der Bund ist zuständig, die Länder haben keine Verantwortung. Nein, die Kommunen haben in Ihrer Konzeption keine Verantwortung. Das kann so nicht gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Tarifpartner müssen einen Beitrag zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit leisten. Hier finden wir ja heute eine recht interessante Diskussion vor. Die SPD hat lange Zeit gebraucht, um die Erkenntnis zu gewinnen, daß auch die Tarifpartner Beiträge zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit leisten müssen.

Ich hoffe, daß die Erkenntnis einzelner in der SPD zur Erkenntnis der gesamten Partei wird. Ich hoffe, daß sich das ereignen wird, nicht in unserem Interesse, sondern im Interesse der Arbeitslosen selbst.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatssekretär, in unserem Antrag steht, daß insbesondere der Bund verpflichtet ist, für Beschäftigung zu sorgen. Es ist einer der großen Verdienste der Denkschrift der EKD, daß daran erinnert wird, daß Beschäftigungspolitik gerade auch eine staatliche Aufgabe, eine Aufgabe der staatlichen Rechtsgemeinschaft ist.

(Feilcke [CDU/CSU]: Herr Schreiner, das Papier lautet anders!)

Art. 1 unseres Grundgesetzes verpflichtet uns alle und verpflichtet jede staatliche Politik zum Schutz der Menschenwürde. Ich werde Ihnen einige Beispiele bringen, wo im Bereich der **Arbeitslosigkeit** die **Menschenwürde** zutiefst verletzt wird.

Es geht um eine Personengruppe, der mit allgemeinen Beschäftigungsmaßnahmen, mit der Hoffnung auf beschäftigungswirksame Wachstumspolitik und mit der Hoffnung auf beschäftigungswirksame Arbeitszeitpolitik kaum gedient sein wird. Es geht um eine besondere Personengruppe, die besondere Maßnahmen erforderlich macht.

Der Anteil der **Langzeitarbeitslosen,** also der Menschen, die ein Jahr und länger arbeitslos sind, ist in den letzten Jahren systematisch und erschreckend gewachsen. Wir hatten im Jahre 1980 140 000 Langzeitarbeitslose; das entsprach 17% der damaligen Gesamtarbeitslosigkeit. Wir hatten im Jahre 1986 weit über 700 000 Langzeitarbeitslose; das entsprach damals 36% der Gesamtarbeitslosigkeit. Dies ist eine Entwicklung mit stetig steigenden Tendenzen. Hier findet eine arbeitsmarktpolitische Ausmusterung von Menschen statt, die nicht mehr in olympiareif gedachte Belegschaftsmuster hineinpassen. Das ist der eigentliche Skandal und das eigentliche Problem.

Was 40jährige und ältere Arbeitslose angeht, so kennen wir eine Fülle von Betrieben, die sich weigern, Menschen, die 39 Jahre alt und älter sind, noch zu beschäftigen. Auch beispielsweise Schwerbehinderte und Menschen mit mangelhaften Ausbildungen haben stark steigende Beschäftigungsprobleme. Das heißt, hier sammelt sich ein Kern von Arbeitslosen, der in hohem Maße problematisch ist und der aus der Erwerbstätigkeit und aus dem Arbeitsmarkt systematisch ausgemustert wird.

Diese Gruppe von Langzeitarbeitslosen hat besondere Probleme. Das eine Problem ist der direkte Zusammenhang zwischen **Arbeitslosigkeit** und wachsender **Armut und Bedürftigkeit.** 1987 erhielten cirka sechsmal soviel Haushalte von Arbeitslosen Sozialhilfe wie im Jahre 1980. Ungefähr 400 000 Haushalte von Arbeitslosen erhielten im Jahre 1987 Sozialhilfe. Der Anteil der Dauerarbeitslosen unter den Sozialhilfeempfängern beträgt in einigen Großstädten inzwischen 45%. Das trägt mit dazu bei, daß diese Großstädte finanziell nicht mehr handlungsfähig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie über die sozialen **Folgekosten von Arbeitslosigkeit** reden, erinnere ich Sie an das, was ihr eigener Kollege Müller (Remscheid), der vor einiger Zeit noch stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, geschrieben hat; ich will das nur in Überschriften vorlesen, weil ich so viel Zeit nicht habe. Aber diese Überschriften, die ich Ihnen von ihm zitiere, sind nicht falsch geworden, weil die Regierung gewechselt hat.

In einem Papier der CDU/CSU-Fraktion vom 21. Februar 1980 heißt es unter der Überschrift „Arbeitslos — Zur Lebenssituation Arbeitsloser und den sozialen Folgekosten der Arbeitslosigkeit" — damals präsentiert vom Kollegen Adolf Müller —: „Psychosoziale und gesundheitliche Auswirkungen der Arbeitslosigkeit" — „Im Gefolge der Arbeitslosigkeit: Depression, Krankheit, Selbstmord" —

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Das bestreitet doch keiner!)

„Die Folgen: Krankheit und Erhöhung der Mortalität".

(Feilcke [CDU/CSU]: Ich finde, Sie sollten das Papier ganz vorlesen! Ein gutes Papier!)

— Es reicht, Ihnen die Überschriften vorzulesen. Ich wäre auch gerne bereit, Ihnen das Papier ganz vorzulesen.

Schreiner

(A) Ich will unter dem Stichwort „Erhöhung der Mortalität" dann doch zitieren, wenn Sie es unbedingt wünschen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Es ist viel besser als Ihre eigenen Formulierungen!)

Das heißt, auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen, daß z. B. eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl um etwa 200 000 Arbeitslose die Zahl der Sterbefälle im Jahr um rund 13 000 steigen läßt.

Was bedeutet denn, wenn dies vom Kollegen Adolf Müller für 1980 richtig ist, die Erhöhung der Arbeitslosenzahl um 800 000 bezogen auf die Erhöhung der Sterblichkeitsquote? Das sind bitterernste Sachverhalte, wo es überhaupt keinen Sinn macht, sich jetzt hier in Polemik auszutauschen. Wenn es richtig ist, daß Massenarbeitslosigkeit in wachsendem Maße dazu beiträgt, daß Menschen früher sterben, als sie ansonsten sterben würden, wäre dies alleine schon ein Grund genug dafür, daß sich dieses Parlament zwingend zusammenraufen muß, um all das auszuschöpfen, was möglich wäre.

(Beifall bei der SPD — Scharrenbroich [CDU/CSU]: Plustern Sie sich doch nicht so auf, Herr Schreiner!)

Ich nenne Ihnen ein weiteres Beispiel, das mich besonders betroffen gemacht hat: die **Auswirkungen auf Kinder der Arbeitslosen.** Der Amerikaner Kaufmann hat das 1982 für New York untersucht. Seine damalige Untersuchung hatte zutage gebracht, „daß (B) nur 7 % der Kinder von Erwerbslosen auf so etwas wie ein Selbstwertgefühl zurückgreifen konnten. Neuere Ergebnisse bei uns weisen in die gleiche Richtung. Eine Münchener Forschungsgruppe hatte an arbeitslosen Jugendlichen etwas beobachtet, was für Kinder von Dauerarbeitslosen schlechthin gelten dürfe" — ich zitiere —:

Eine solche Situation hat zur Folge, daß die Jugendlichen, die de facto nie jung sein können und dürfen, viel zu früh die Normen der Erwachsenen und auch deren Ängste und Unsicherheiten übernehmen.

Ein ausgeprägtes Sicherheitsstreben und die Angst vor jedem beruflichen Risiko lassen sich bereits bei Sechzehnjährigen feststellen.

„Die erwähnte Studie ,Die Kinder der Arbeitslosen' von Ruth Weiland aus dem Jahre 1933" — es wäre fast angebracht, diese Studie hier heute vorzutragen, denn sie trifft auch heute die Situation — hatte damals „ein Vorwort, in dem u. a. in Anspielung an die seelischen Schäden bei Kindern Arbeitsloser folgendes zu lesen ist" — ich zitiere —:

Sie zeigen Wirkungen, mit deren rascher und spurloser Überwindung nicht gerechnet werden kann, weil sie den Bildungsvorgang in den Kindern im Kern stören, ihr Lebensvertrauen vernichten, ihre sittliche Orientierung auf das schwerste verwirren müssen. Die Antwort auf diesen Anruf kann zunächst nur die eine ganze unbedingte sein, daß dieser kumulative Verfall einfach nicht weitergehen darf.

(C) Daß der kumulative Verfall bei den Kindern von Arbeitslosen nicht mehr weitergehen darf, das muß aus einer demokratisch-sozialistischen Richtung die einzige Antwort sein; aber es dürfte eigentlich auch aus einem christlich geprägten Menschen- und Gesellschaftsverständnis die einzige mögliche Antwort sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Deshalb sage ich Ihnen, daß wir nicht pessimistisch sind, wenn es darum geht, die **Initiative der Evangelischen Kirche** im Ausschuß sorgfältig Punkt für Punkt zu prüfen. Wir werden nicht einverstanden sein, wenn Sie nur sprechen wollen. Wir werden sehr gezielt jeden einzelnen Punkt ergebnisorientiert im Ausschuß abfragen.

Ich sage Ihnen zu den vorgetragenen Instrumenten: Herr Staatssekretär, es ist richtig, daß die Bundesregierung, präziser gesprochen: die Bundesanstalt für Arbeit über 100 000 **AB-Maßnahmen** im vergangenen Jahr finanziert hat. Aber es ist auch richtig, daß die AB-Maßnahmen keine befriedigende Antwort auf Massenarbeitslosigkeit sind,

(Beifall bei der SPD)

daß AB-Maßnahmen bestenfalls Übergangsmaßnahmen sein dürfen, daß auf ein Jahr befristete Arbeit für Menschen nicht ausreichend ist, daß sie danach wieder arbeitslos werden. Das heißt, wir müssen versuchen, auf Perspektive gesehen die AB-Maßnahmen zu ersetzen. Die Evangelische Kirche hat in ihrem Bemühen dargestellt, daß die Fristen auf fünf und mehr Jahre orientiert sein müssen, (D)

(Feilcke [CDU/CSU]: Projektbezogen! Da steht nichts von fünf Jahren drin!)

daß die Zeiten, in denen die Menschen in diesen Feldern arbeiten sollen, ein Jahr weit übersteigen müssen, damit eine wirkliche Lebens- und Arbeitsperspektive entwickelt werden kann.

Der eigentliche Irrsinn dieser Tage besteht ja wohl darin, daß wir Dutzende und Tausende von Vorstellungen haben, wo Arbeit fehlt, aber auf der anderen Seite fast 4 Millionen Arbeitslose — die stille Reserve eingerechnet — haben und nicht in der Lage sind, die Arbeitslosen mit der Arbeit, die auf der Straße liegt, zusammenzubringen.

Wir haben im **sozialen Dienstleistungsbereich** in der Bundesrepublik Deutschland einen Anteil von 10 % an der Gesamterwerbsarbeit, in Schweden fast das dreifache, nämlich 29 %, und selbst in den USA mit etwa 18 % fast das Doppelte wie hier. Das heißt, im Bereich der Humanberufe, Bildung, Gesundheit, soziale Pflege, gibt es ein riesiges Defizit in unserer eigenen Berufs- und Erwerbsstruktur. Hier gäbe es viele, viele Möglichkeiten, Menschen sinnvoll in Arbeit unterzubringen.

Ähnliches gilt für den gesamten Komplex der vorsorgenden und nachsorgenden **Umweltarbeit.** Auch dazu brauchte man keine Beispiele anzuführen.

Wir haben Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit, die nachweisen, daß diese Form von öffentlich organisierter Arbeit in hohem Maße selbstfinanziert wird, daß die Selbstfinanzierungsquoten, wenn man

Schreiner

das gegenrechnet — Kollege Heyenn hat darauf hingewiesen —, Richtung 100 % geht. Wie ist denn unter diesen Voraussetzungen für einen normalen Arbeitslosen noch begreifbar, daß der Staat angesichts dieses hohen Sockels faktisch nichts tut?

Ich denke, daß der Vorschlag der Evangelischen Kirche Deutschlands ein Appell, wenn schon nicht an die Bundesregierung, dann an dieses Parlament, an alle Fraktionen dieses Parlaments ist, sich daran zu erinnern, daß wir eine große Gemeinschaftsaufgabe der gesamten öffentlichen Hand brauchen.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Warum nur der öffentlichen Hand?)

Es ist der Widersinn unserer Tage, daß die verschiedenen Ebenen der öffentlichen Hände versuchen, den Schwarzen Peter jeweils dem anderen zuzuspielen, daß es nicht ansatzweise eine **koordinierte Aktivität der gesamten öffentlichen Hand** gibt, eine Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, um dem Problem beizukommen und das an notwendigen Arbeitsaktivitäten zu entfalten, was angesichts der Problemlage dringendst geboten wäre. Dem Bund kommt in einer solchen Situation besondere Verantwortung zu, weil er in erster Linie beauftragt sein müßte, die notwendige Koordinierung, die notwendige Zusammenarbeit zu organisieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten fordern Sie in diesem Sinne ganz herzlich auf, initiativ zu werden. Wir werden — um es noch einmal und abschließend zu sagen — es im Ausschuß den übrigen Fraktionen deshalb nicht leicht machen, weil uns die auch nur in Skizzen dargestellte Situation der betroffenen Menschen — Frauen, Männer und Kinder — keinerlei Entschuldigungen mehr erlaubt. Wir werden handeln müssen. Wir haben keine Zeit mehr, um den heißen Brei herumzureden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgordnete Feilcke.

Feilcke [CDU/CSU]: Herr Präsident! Mein Damen und Herren! Herr Kollege Schreiner, für jeden, der zugehört hat, ist ganz klar geworden, daß es sich zumindest für jeden, der hier geredet hat, um bitterernste Sachverhalte handelt. Das sollten Sie nicht in Abrede stellen.

Ich sage Ihnen auch noch eines hinzu: Ein bitterernster Sachverhalt wird nicht dadurch ernster, daß man hier zu schreien anfängt.

(Widerspruch bei der SPD — Hoss [GRÜNE]: Was hat das mit der Sache zu tun?)

Das erschwert nur das Zuhören. Der Gehalt Ihrer Argumente wird dadurch nicht glaubwürdiger.

(Bohl [CDU/CSU]: Das würde ich auch sagen!)

Ich möchte das einfach einmal sagen. Störfallverordnung und alle Schallschutzmaßnahmen gelten offensichtlich hier nicht. Die Humanisierung unseres Lebens sollten Sie auch einmal bedenken.

(Zuruf von der SPD: Das ist schlimm, ganz schlimm! — Bohl [CDU/CSU]: Das mußte mal gesagt werden!)

Herr Kollege Schmude hat eine Zwischenfrage an den Kollegen Heinrich von der FDP gestellt. Sinngemäß hat er gesagt: Würden Sie denn eigentlich dem Papier der SPD zustimmen, wenn wir es sozusagen im Sinne des Papiers nachbessern würden? — Ich mache es mir da noch ein bißchen schwerer als der Kollege Heinrich. Das sage ich jetzt als Person, aber ich vermute, daß das auch von vielen meiner Fraktion so gesehen wird. Hätten Sie einen Antrag gestellt, der sich beispielsweise auf den ersten Satz Ihres vorgelegten Antrags konzentriert hätte, also eine Konzeption auf der Grundlage des Papiers der Kirche, hätten Sie es mir sehr schwer gemacht, nicht von vornherein zu sagen: „Prima!" Das sage ich hier.

Es ist aber zutreffend dargestellt worden, was Sie getan haben. Sie haben hier im Grunde genommen das seriöse Papier der Kirche genommen, haben das Etikett „SPD" daraufgeklebt und den Inhalt verwässert. Sie haben den Inhalt verfälscht. Beim Wein nennt man das Panschen. Sie haben zum Beispiel — das haben Sie gerade bestritten, Herr Schreiner — auf die Alleinverantwortung des Bundes verwiesen. Sie haben eben behauptet, das hätten Sie nicht getan. Es heißt aber wörtlich bei Ihnen:

> Denn der Bund ist für die Beschäftigungspolitik zuständig.

(Zuruf von der SPD: Besonders verantwortlich!)

— Nein, das stimmt nicht. Lesen Sie bitte Ihr eigenes Papier. Dort steht:

> Aus öffentlichen Mitteln sollen Projekte gefördert werden, insbesondere des Bundes . . .

(Zuruf von der SPD: Aha!)

— Moment! Aber dann kommt die Erklärung:

> Denn der Bund ist dafür zuständig.

Sie sollten uns abnehmen, daß wir lesen können. Ich weiß ja auch, daß Sie das so meinen; denn Sie gehen ja immer von Patentlösungen aus.

Ich meine, das **Papier der Kirche** ist für uns ein ganz guter Maßstab. Darin heißt es zum Beispiel:

> Da es sich um längerfristige infrastrukturelle Aufgaben handelt, sind öffentliche Mittel aus Bund, Ländern und Gemeinden zusammenzuführen, um die finanzielle Basis sicherzustellen.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schreiner?

Feilcke (CDU/CSU): Wenn ich den Satz zu Ende geführt habe, Herr Präsident.

Ich möchte in Richtung auf uns alle weiter zitieren:

> Es kann dagegen nicht akzeptiert werden, daß sich die Beteiligten mit dem vorgeschobenen Ar-

Feilcke

(A) gument der Mischfinanzierung dieser gemeinsamen Aufgabe entziehen.

Also: Unkonventionelle Maßnahmen sind hier angesagt und nicht nur Maßnahmen des Bundes.

Herr Präsident.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Kollege, da Sie ein empfindsames Öhrchen haben, versuche ich zu säuseln. Da jetzt zum wiederholten Male darauf hingeweisen worden ist, daß es offenkundig oder möglicherweise — ich bestreite das „möglicherweise" — Differenzen zwischen der Denkschrift der Evangelischen Kirche und dem Antrag der SPD geben könnte, frage ich Sie, ob die CDU/CSU-Fraktion in der Lage sein könnte, das gesamte Papier der Evangelischen Kirche als Beratungsgrundlage in den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung einzubringen.

(Zuruf von der SPD: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr!)

Feilcke (CDU/CSU): Ja. — Sie können sich setzen. Ich habe die Frage beantwortet.

Herr Schreiner, ich möchte mich ganz ernsthaft mit dem Papier auseinandersetzen. Ich meine, Sie dürfen die Kernaussagen der EKD nicht einfach beiseite schieben.

Übrigens, Herr Präsident, die Uhr läuft jetzt wirklich zu schnell. Sie müssen die Fragen berücksichtigen.

(B) **Vizepräsident Stücklen:** Herr Abgeordneter, Sie bekommen selbstverständlich den Bonus für die Zwischenfragen. — Herr Abgeordneter Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Kollege, da ich eben mit Freude zur Kenntnis nehmen durfte, daß Sie für die CDU/CSU-Fraktion die Denkschrift der Evangelischen Kirche als Beratungsunterlage in den Ausschuß einbringen wollen: Kann ich davon ausgehen, daß Sie dies in dem Sinne tun, daß die Denkschrift in der Tat von Ihrer Fraktion her eine positive Beratungsgrundlage im Ausschuß darstellt?

Feilcke (CDU/CSU): Ja.

Herr Schreiner und meine Damen und Herren Kollegen von der SPD, Patentrezepte helfen wirklich nicht. Ich finde: Hier sollte niemand versuchen, dem anderen die Verantwortung zuzuschieben, die Schuld zuzuweisen für ein Problem, das wir alle gemeinsam analysieren können, das uns alle zu gemeinsamen Lösungen — zumindest in der Analyse — führen wird.

Ich glaube, wir sollten den Pakt, wie er von der Kirche vorschlagen worden ist, schließen, nämlich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie, wie die Kirchen hinzufügen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Kirche nimmt sich übrigens selbst auch in die Pflicht. Ich finde, das macht die Kirche in dieser Frage ganz besonders glaubwürdig.

Die Differenzierung, so sagt die Kirche, ist hier dringend erforderlich. Ich finde, daß ist auch deswegen so wichtig, weil wir es hier nicht — gleichgültig, ob es (C) 670 000 oder 700 000 Personen betrifft — mit einem anonymen Block von **Langzeitarbeitslosen** zu tun haben, mit einer statistischen Größe, sondern es sind eben 670 000 Einzelfälle mit individuellen Problemen, die entsprechend differenziert angegangen werden müssen.

Sie wissen alle aus den **Strukturanalysen der Bundesanstalt** für Arbeit, warum es so schwer ist, viele dieser Personen in die Arbeitswelt einzubeziehen. Die Strukturmerkmale sind hinlänglich bekannt. Es ist erschütternd, festzustellen, daß etwa zwei Drittel der Langzeitarbeitlosen als nicht qualifiziert gelten, daß zwei Fünftel starke gesundheitliche Einschränkungen und daß viele Mehrfacheinschränkungen aufweisen.

Ich möchte hinzufügen: Ein weiteres Handicap ergibt sich allein aus der Tatsache der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Langzeitarbeitslosigkeit wird ihrerseits selbst wieder zu einem Einstellungshindernis.

(Müntefering [SPD]: Ja, dann macht was dagegen!)

— Natürlich. Nur: Wir haben nicht die wirtschaftspolitische Vorstellung, daß die Bundesregierung in allen Fragen verantwortlich ist. Sie kann, wie Sie wissen, die Rahmenbedingungen schaffen. Ich glaube, Sie haben keinen Grund, bezüglich der Bilanz der Arbeitslosigkeit mit Fingern auf uns zu zeigen, wenn Sie sich die Entwicklung während Ihrer Regierungszeit ansehen.

(Zuruf von der SPD)

— Sie dürfen nicht mit Fingern auf uns zeigen. Sie wissen doch ganz genau, daß die Entwicklung ganz anders verlaufen ist, als Sie der Öffentlichkeit hier immer wieder vorzugaukeln versuchen. (D)

In dem Papier heißt es weiter:

> All diese Probleme

— gemeint sind die Schwierigkeiten der Wiedereingliederung in das Arbeitsleben —

> können kaum aus eigener Kraft kompensiert werden. Das soziale System Familie ist damit überfordert. Nicht nur hohe Arbeitsbelastung, sondern in gleicher Weise auch das Fehlen jeglicher Anforderungen kann zu Erkrankungen führen.

Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden die nicht finanziellen psychischen Belastungen von den Arbeitslosen noch stärker empfunden als die finanziellen:

> Für Arbeitslose, insbesondere Langzeitarbeitslose, wird die freie Zeit zum größten Problem. Das Gefühl, sich überflüssig vorzukommen, wird von gut 50 % der Arbeitslosen genannt.

Nun heißt es an einer anderen Stelle:

> Die Erwartung, daß jemand durch seine belastende Situation in starkem Maße entmutigt und entmotiviert worden ist, sich gleichsam am eigenen Schopf aus dem Sumpf befreien könne, ist nicht nur abwegig, sondern für viele Betroffene in hohem Maße verletzend.

Deshalb sind diese vielen Maßnahmen, von denen Herr Staatssekretär Vogt gesprochen hat, nicht nur

Feilcke

(A) unbedingt notwendig, sondern ich meine, es ist unbedingt notwendig, daß sie erkannt werden.

Ich meine — dies soll jetzt die Zusammenfassung sein —, dies muß auch mit dem Vorschlag der EKD zusammen gesehen werden. Es soll hier eine Verzahnung stattfinden. Dann gibt es einen vielversprechenden Ansatz, und auch kommunale Arbeitsbeschaffungs- und Investitionsprogramme können hier sicherlich sehr hilfreich sein. Deshalb müssen wir den Vorschlag gemeinsam ernsthaft diskutieren. Das ist hier jetzt nicht nur um der Worte willen gesagt worden, sondern weil uns das Problem in gleichem Maße bedrückt.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich sage Ihnen aus meiner Sicht neidlos: Es ist Ihr Verdienst, daß Sie uns auf dieses Papier hingewiesen haben. Es wird das Verdienst des Parlaments sein, dieses Papier so zu diskutieren, wie es das Papier verdient, vielleicht nicht das Parlament in seiner Ganzheit aber mindestens in seiner Mehrheit. Das Ineinandergreifen von positiven Maßnahmen ist hier gefragt und angesagt. Ich meine, man sollte gute Ansätze nicht deshalb ablehnen, weil sie von der Opposition aufgegriffen worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Stücklen: Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der SPD an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden. Es ist so beschlossen.

(B)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Müntefering, Conradi, Amling, Dr. Böhme (Unna), Erler, Großmann, Frau Hämmerle, Dr. Hauchler, Huonker, Menzel, Dr. Niese, Oesinghaus, Reschke, Scherrer, Weiermann, Lohmann (Witten), Nehm, Schmidt (Salzgitter), Dr. Sperling, Wartenberg (Berlin), Jahn (Marburg), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Die Wohnungsgemeinnützigkeit erhalten und stärken

— Drucksache 11/1389 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen, und Städtebau (federführend)
Finanzausschuß
Haushaltsausschuß

Meine Damen und Herren, nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind für die Beratungen 90 Minuten vorgesehen. — Das Haus ist damit einverstanden. Es ist so beschlossen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Jahn.

Jahn (Marburg) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gemäß Art. 43 Abs. 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 42 unserer Geschäftsordnung beantrage ich für die SPD-Bundestagsfraktion die Herbeirufung des Bundesministers der Finanzen, Dr. Gerhard Stoltenberg.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Auf der Tagesordnung steht die Frage der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit. Das ist ein Schlag, der hinterrücks im Rahmen der Steuerreform vom Bundesfinanzminister und nicht etwa vom zuständigen Bundeswohnungsbauminister verübt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es empörend, daß der Bundesfinanzminister dieser Debatte ausweicht, indem er den Saal verläßt.

(Feilcke [CDU/CSU]: Eine sehr aufgesetzte Empörung!)

Meine Damen und Herren, diese Regierung legt neuerdings einen Stil im Umgang mit dem Parlament an den Tag, mit dem wir uns nicht einverstanden erklären können.

(Zustimmung bei der SPD — Dr. Möller [CDU/CSU]: Der zuständige Minister ist da!)

Ständig wird hier geltend gemacht, die Minister hätten andere Termine. Soll der Deutsche Bundestag seine Tagesordnung nächstens nach den Terminplänen der Herren Bundesminister gestalten, oder wie denken Sie sich das eigentlich?

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Stoltenberg war bis eben da! — Dreßler [SPD]: Das hätten Sie gern!)

(D) Dies werden wir nicht hinnehmen. Wir verlangen, daß sich der Bundesminister in dieser Debatte zu diesem Thema heute und hier stellt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Stücklen: Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Bohl das Wort.

Bohl (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Herr Kollege Jahn, man sollte den Kollegen und auch der Öffentlichkeit den Sachverhalt noch einmal darlegen, um den es geht,

(Dreßler [SPD]: Jetzt muß der erst einmal 15 Minuten reden, damit der Minister kommen kann! So ist das wohl! — Scharrenbroich [CDU/CSU]: Der ist wohl nicht dümmer als Sie!)

Sie haben den Wunsch geäußert, daß bei dieser Debatte über die Wohnungsgemeinnützigkeit auch der Finanzminister anwesend ist.

(Jahn [Marburg] [SPD]: Das ist uns zugesagt worden!)

Wir haben diesen Wunsch gerne aufgegriffen und haben Ihnen gesagt: Jawohl, wir werden die Debatte so plazieren, daß es möglich ist, daß die Interessierten und eben insbesondere der Bundesfinanzminister an dieser Debatte teilnehmen können. Dabei hat sich

Bohl

(A) herausgestellt, daß das von 15.30 Uhr an gerechnet eine Stunde sein sollte.

(Scharrenbroich [CDU/CSU]: Da war er hier!)

Der Bundesfinanzminister hat sich darauf eingerichtet, und er war auch von 15.30 bis 16.45 Uhr hier im Hause anwesend.

(Jahn [Marburg] [SPD]: 16.35 Uhr! — Dreßler [SPD]: Das ist ja toll!)

Sie wissen,

(Jahn [Marburg] [SPD]: Wir haben uns auch auf etwas eingerichtet!)

daß die Verschiebung nicht vom Bundesfinanzminister zu verantworten ist, sondern

(Conradi [SPD]: Vom Vizepräsidenten!)

in der Freiheit und im Belieben dieses Hauses liegt.

(Müntefering [SPD]: Das darf wohl nicht wahr sein!)

Denn wir kamen heute morgen nicht mehr dazu,

(Müntefering [SPD]: Das ist ein Fall für den Ältestenrat!)

den Tagesordnungspunkt Arbeitslosigkeit abzuhandeln, sondern wir haben nach Beendigung der Fragestunde um 15.30 Uhr damit begonnen.

(Dreßler [SPD]: Das wird immer toller hier!)

Deshalb verstehe ich Ihre Aufregung gar nicht. Der Bundesfinanzminister war zu dem Zeitpunkt, als Sie (B) es wünschten, anwesend.

(Dreßler [SPD]: Ist ja toll!)

Er hat jetzt ab 17 Uhr — —

(Dreßler [SPD]: Ist ja unglaublich! — Zuruf des Abg. Jahn [Marburg] [SPD])

— Aber Herr Kollege Jahn, jetzt bitte ich Sie. Ich habe es Ihnen auch gesagt. Der Herr Finanzminister hat Ihnen auch ausrichten lassen,

(Kuhlwein [SPD]: Wo ist er denn? — Heyenn [SPD]: Wahlkampf!)

in welcher terminlichen Situation er ist.

(Kuhlwein [SPD]: Macht er Wahlkampf in Schleswig-Holstein?)

Er hat ab 17 Uhr

(Kuhlwein [SPD]: Macht er Wahlkampf in Schleswig-Holstein!)

— Sie brauchen sich gar nicht aufzuregen — Termine in seinem Hause.

(Zurufe von der SPD: Hier auch!)

Es sind auswärtige Gäste — das habe ich Ihnen auch gesagt, Herr Kollege Jahn — für diesen Zeitpunkt bestellt.

(Brück [SPD]: Ausländische oder auswärtige?)

Er hat sich darauf eingestellt. Ich glaube, das ist auch zu respektieren. Bisher wurde das auch immer respektiert.

Anwesend ist der zuständige und federführende (C) Wohnungsbauminister.

(Müntefering [SPD]: Der ist nicht federführend! Das ist nicht wahr!)

Es ist auch anwesend der zuständige Parlamentarische Staatssekretär aus dem Bundesfinanzministerium, Dr. Häfele. Deshalb kann ich nicht sehen, daß Ihr Antrag hier heute gerechtfertigt ist.

(Müntefering [SPD]: Aber eine Mehrheit kriegt er!)

Wir lehnen ihn ab. Ich verbinde damit, Herr Präsident, den Antrag gemäß § 45 der Geschäftsordnung und bitte gleichzeitig gemäß unserer Geschäftsordnung die Abstimmung dazu für 20 Minuten auszusetzen.

(Dreßler [SPD]: Ach du lieber Gott! Das ist unglaublich! Das ist wirklich unfaßbar! Das ist ein Fall für den Ältestenrat!)

Damit, Herr Kollege Jahn, werde ich das tun, was ich Ihnen auch vorher schon angekündigt habe.

(Jahn [Marburg] [SPD]: Sie wollen ihn rufen, ja?)

Wir werden damit das tun, was in dieser Situation geboten und angemessen ist, nämlich Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dreßler [SPD]: Das ist ja unfaßbar!)

Vizepräsident Stücklen: Meine Damen und Herren, der Antrag ist von einer Fraktion unterstützt und da- (D) mit Rechtens. Es könnte nur noch so eine Überbrükkung ermöglicht werden, daß der Wunsch des Herrn Parlamentarischen Geschäftsführers Bohl von der SPD akzeptiert wird

(Dreßler [SPD]: Nein! — Jahn [Marburg] [SPD]: Mit welcher Begründung?)

und eine Unterbrechung von 20 Minuten stattfindet.

(Jahn [Marburg] [SPD]: Mit welcher Begründung denn?)

Es wäre nur durch gegenseitige Einvernahme möglich. — Diese Einvernahme ist nicht gegeben.

(Amling [SPD]: Wir wollen den Stolti sehen! — Abg. Bohl [CDU/CSU] meldet sich zu Wort)

— Herr Bohl, ich kann Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht mehr geben.

Diese Einvernahme ist nicht gegeben. Daher komme ich zur Abstimmung.

(Bohl [CDU/CSU]: Ich habe damit gemäß § 45 — —)

— Herr Kollege Bohl, der Antrag gemäß § 42 ist gestellt. Über diesen Antrag muß ich abstimmen lassen und werde es auch tun.

(Bohl [CDU/CSU]: Aber Herr Präsident, ich muß damit die Feststellung der Beschlußfähigkeit verbinden können! Dreßler [SPD]: Das ist unerhört! Wenn sich das einer von uns erlauben würde!)

Vizepräsident Stücklen

(A) — Beschlußfähigkeit ist etwas anderes. Sie wollten die Aussetzung um 20 Minuten haben. Die Feststellung der Beschlußfähigkeit können Sie immer beantragen. Also, ich lasse abstimmen, und dann können Sie die Beschlußfähigkeit bezweifeln.

(Bohl [CDU/CSU]: Herr Präsident, nach unserer Geschäftsordnung ist es auch möglich — —! — Zurufe von der SPD: Setzen!)

— Herr Abgeordneter Bohl, glauben Sie mir, ein bißchen habe ich die Geschäftsordnung schon mal durchgelesen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich abstimmen lasse und Sie der Meinung sind, daß die Mehrheit des Plenums nicht gegeben ist, können Sie diesen Antrag stellen.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: So ist es!)

Und ich werde dann feststellen, ob es zutrifft, verbunden mit einer Abstimmung.

(Bohl [CDU/CSU]: Herr Präsident, ich meine, daß nach unserer Geschäftsordnung — — ! — Zuruf von der SPD: Das darf nicht wahr sein! — Weitere Zurufe von der SPD: Abstimmen!)

— Es tut mir leid, Herr Abgeordneter Bohl.

Ich komme zur Abstimmung. Wer für den Antrag der SPD auf Herbeirufung eines Mitglieds der Bundesregierung — hier: des Finanzministers — ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Ich stelle fest, daß das erste die Mehr-

(B) heit war.

(Beifall bei der SPD)

— Einen Augenblick, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Eindeutige Mehrheit!)

Gibt es Widerspruch von seiten der Schriftführer, daß das erste die Mehrheit war? —

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Nein.

Und Sie beantragen jetzt, die Beschlußfähigkeit im Zusammenhang mit einer Abstimmung festzustellen? — Das bedeutet, meine Damen und Herren, Hammelsprung.

(Bohl [CDU/CSU]: Da haben wir etwas Tolles erreicht!)

Ich bitte also, das Signal Hammelsprung zu geben.

Meine Damen und Herren, ich darf bitten, daß alle Stimmberechtigten — das sind alle, die in diesem Saal sind, mit Ausnahme der Stenographen — den Saal verlassen. — Ich bitte ferner, daß sich die Schriftführer abwechselnd an den Türen postieren. Der Obmann der Schriftführer wird das organisieren. —

Meine Damen und Herren, die Zählung kann noch nicht beginnen, da wir Abgeordnete nicht nur im Nahbereich des Plenarsaals haben, sondern auch im Hochhaus Tulpenfeld und im Hotel Tulpenfeld, so daß hier noch mindestens zehn Minuten abgewartet werden muß, bis die Abgeordneten davon verständigt sind, daß eine Zählung durch Hammelsprung stattfindet.

(C) Damit es keine Zweifel gibt: Der Versuch, in der Abstimmung über den Antrag eine Mehrheit zustande zu bringen, wird durch den Antrag, die Beschlußfähigkeit feststellen zu lassen, bezweifelt, und deshalb muß jetzt mit Ja, Nein oder Enthaltung abgestimmt werden. Ich wiederhole: Mit der Abstimmung über den Antrag wird jetzt die Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses verbunden, und daher muß mit Ja, Nein und Enthaltung gestimmt werden.

Sollten sich nicht 260 Abgeordnete an der Abstimmung beteiligen, werde ich die Sitzung schließen und für heute abend oder morgen früh eine neue Sitzung ansetzen. Man muß sich also darüber klar sein, was diese Abstimmung durch Hammelsprung bedeutet.

Meine Damen und Herren, kann ich mich jetzt draußen im Foyer akustisch verständlich machen? — Ist die Lautsprecheranlage im Foyer in Funktion, und hört man mich dort? — Dann bitte ich doch, daß ein Abgeordneter mit lauter Stimme im Foyer verkündet, daß jetzt abgestimmt wird mit Ja, Nein, Enthaltung. Wenn die Beschlußfähigkeit festgestellt wird — dazu sind 260 Abgeordnete erforderlich — und die Mehrheit für Ja stimmt, dann wird eine Herbeirufung des Finanzministers vollzogen. Wenn mit Nein gestimmt wird, ist dieser Antrag abgelehnt. Das ist jetzt auch mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD und mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU übereinstimmend so geregelt. —

Hat man jetzt draußen verstanden? — Herr Amling, Sie haben doch eine laute Stimme; sagen Sie das bitte draußen. Wir sind in einem Behelfsplenarsaal, und da funktioniert das nicht so gut wie in einem perfekt ausgebauten Plenarsaal. — Herr Schreiner, auch Sie ha-

(D) ben eine laute Stimme, seien Sie so gut. — Ist Herr Kleinert von der FDP anwesend? Auch der hat eine laute Stimme. — Er ist leider nicht anwesend.

Meine Damen und Herren, jetzt fragen Sie bitte, ob die Parlamentarischen Geschäftsführer meinen, alle Abgeordneten, die an dieser Abstimmung teilnehmen wollen, seien verständigt. Fragen Sie bitte einmal. —

Kann ich mit der Abstimmung beginnen? — Dann die Türen zu! — Bitte schön, die Zählung kann beginnen.

Ich frage die Schriftführer an den Türen, ob die Zählung als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß gebührend Zeit gegeben wurde, an dem Hammelsprung teilzunehmen.

(Conradi [SPD]: Und der Finanzminister ist immer noch nicht da! — Kuhlwein [SPD]: Obwohl wir das beschlossen haben!)

Ich bitte, die Türen zu schließen.

Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von 260 Abgeordneten erforderlich. Es haben aber nur 252 Abgeordnete am Hammelsprung teilgenommen. Damit ist die Beschlußfähigkeit nicht gegeben.

(Conradi [SPD]: Die kann doch gar nicht abstrakt festgestellt werden!)

Ich frage auf kurzem Dienstwege, ob die Parlamentarischen Geschäftsführer einen Vorschlag für die

Dauer der Pause zwischen dem Ende der jetzigen und dem Beginn der nächsten Sitzung zu machen haben. — Herr Abgeordneter Jahn!

Jahn (Marburg) (SPD): Herr Präsident, ich bitte die Sitzung jetzt zu beenden und nach fünf Minuten eine neue Sitzung einzuberufen.

Vizepräsident Stücklen: Einverstanden? — Gut. Dann schließe ich die Sitzung und berufe die neue Sitzung für 17.30 Uhr ein.

(Schluß der Sitzung: 17.26 Uhr)

(A)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

(C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Ahrens *	11. 3.
Andres	10. 3.
Antretter *	10. 3.
Bahr	11. 3.
Becker (Nienberge)	11. 3.
Dr. Blank	10. 3.
Böhm (Melsungen) **	10. 3.
Frau Brahmst-Rock	11. 3.
Buschbom	11. 3.
Buschfort	11. 3.
Dr. Dregger	10. 3.
Frau Fuchs (Köln)	11. 3.
Dr. Glotz	11. 3.
Dr. Hauff	11. 3.
Dr. Haussmann	11. 3.
Frau Hensel	11. 3.
Ibrügger	11. 3.
Frau Karwatzki	10. 3.
Frau Kelly	11. 3.
Kiechle	11. 3.
Klein (Dieburg)	11. 3.
Klein (München)	11. 3.
Koschnick ***	11. 3.
Lenzer **	10. 3.
Lintner	11. 3.
Dr. Mertens (Bottrop)	10. 3.
Meyer	11. 3.
Möllemann	10. 3.
Müller (Schweinfurt)	11. 3.
Oestergetelo	11. 3.
Reddemann *	10. 3.
Reimann	11. 3.
Repnick	11. 3.
Sauer (Salzgitter) ***	11. 3.
Seehofer	11. 3.
Frau Schilling	11. 3.
Schmidt (München) **	10. 3.
von Schmude	11. 3.
Schreiber ***	11. 3.
Frau Simonis	11. 3.
Dr. Spöri	11. 3.
Frau Trenz	11. 3.
Dr. Waigel	11. 3.
Wieczorek (Duisburg)	11. 3.
Wilz	11. 3.
Wischnewski	11. 3.
Dr. de With	11. 3.
Frau Wollny	11. 3.
Dr. Zimmermann	11. 3.

(B)

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
** für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union
*** für die Teilnahme an Sitzungen der Nordatlantischen Versammlung

Anlage 2

Antwort

des Staatsministers Schäfer auf die Fragen der Abgeordneten **Frau Ganseforth** (SPD) (Drucksache 11/1937 Fragen 4 und 5):

Aus welchen Gründen sind die 28 aus deutschen Steuergeldern bezahlten deutschen Lehrkräfte an der Schule Istanbul Lisesi in Cagaboglu ausschließlich Lehrer?

Was wird die Bundesregierung tun, damit auch deutsche Lehrerinnen an der Schule Istanbul Lisesi beschäftigt werden?

Zu Frage 4:

Am Istanbul Cagaloglu Anadolu Lisesi sind zwölf deutsche Lehrkräfte tätig. Sieben davon sind Lehrerinnen.

Fast 50 %, nämlich 37, der seit Januar bzw. September 1987 an staatlichen türkischen Anadolu-Schulen tätigen deutschen Lehrkräfte, insgesamt 76 an der Zahl, sind Lehrerinnen.

Zu Frage 5:

Das Istanbul Lisesi ist nicht identisch mit dem Cagaloglu Lisesi in Istanbul.

Das Istanbul Lisesi erhält seit fast 40 Jahren deutsche Förderung. Bis Ende 1984 war es eine Knabenschule. Von 1966 bis 1971 war dort eine deutsche Realschullehrerin tätig. Folgende Gründe haben Anfang der 70er Jahre die türkische Schulleitung und die Leitung der deutschen Abteilung der Schule bewogen, die deutschen Stellen zu bitten, von der Entsendung von Lehrerinnen abzusehen:

(D)

1. Fast ausschließlich maskuline Schülerschaft
2. bürgerkriegsähnliche Situation, die gerade in Istanbul auch durch vehementes Engagement von Oberschülern und Studenten gekennzeichnet war.

Erst 1985 wurde das Istanbul Lisesi in eine Koedukations-Schule umgewandelt. 1986 entsandte daraufhin die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen eine Lehrerin. Für das Schuljahr 1988/89 wird sie eine weitere entsenden.

Zur Zeit sind 28 deutsche Lehrkräfte an der Schule tätig, davon zwei Frauen. Auswärtiges Amt und Zentralstelle werden der veränderten Situation am Istanbul Lisesi durch Vermittlung weiterer Lehrerinnen gerecht zu werden suchen, vorausgesetzt, es liegen genügend qualifizierte Bewerbungen vor.

Anlage 3

Antwort

des Staatsministers Schäfer auf die Fragen des Abgeordneten **Waltemathe** (SPD) (Drucksache 11/1937 Fragen 6 und 7):

Treffen Informationen zu, wonach anläßlich des Rückrufs des amtierenden deutschen Botschafters in Santiago de Chile zur Berichterstattung bei Bundesminister Genscher im November 1987 in der Lufthansa-Maschine Santiago nach Frankfurt der von Mai 1976 bis Mai 1979 in Santiago amtierend habende, inzwischen pensionierte Botschafter in der I. Klasse mitflog und Begleiter war?

(A)

War dieser mit dem jetzt amtierenden Botschafter Mitreisende in dienstlichem Auftrag und auf Kosten des Auswärtigen Amtes oder einer sonstigen Stelle der Bundesregierung nach bzw. von Chile gereist?

Zu Frage 6:

Der deutsche Botschafter in Chile benutzte bei seinem Flug am 29. November 1987 mit LH 519 nicht die 1. Klasse und wurde auch nicht von dem pensionierten deutschen Botschafter begleitet. Es trifft zu, daß letzterer die gleiche LH-Maschine benutzte.

Zu Frage 7:

Nein.

Anlage 4

Antwort

des Parl. Staatsekretärs Dr. Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Antretter** (SPD) (Drucksache 11/1937 Fragen 41 und 42):

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegen die hohe Zahl tödlicher Unfälle Jugendlicher nach Discothekenbesuchen?

Ist die Bundesregierung bereit, durch einen Modellversuch den flächendeckenden Einsatz des sogenannten Disco-Busses vorzubereiten, der nach ersten Erfahrungen im In- und Ausland offenkundig erfolgreich erprobt wurde?

Zu Frage 41:

(B)

Ich verweise auf die Beantwortung der Fragen 7 bis 9 durch die Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1576 — in der Drucksache des Deutschen Bundestages 11/1726 vom 27. Januar 1988 (Verkehrsunfälle Jugendlicher nach Veranstaltungen).

Zu Frage 42:

Ich verweise auf die Beantwortung der Fragen 11 und 12 durch die Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1576 — in der Drucksache des Deutschen Bundestages 11/1726 vom 27. Januar 1988 (Verkehrsunfälle Jugendlicher nach Veranstaltungen).

Anlage 5

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schulte auf die Frage des Abgeordneten **Stiegler** (SPD) (Drucksache 11/1937 Frage 43):

Was ist der Inhalt der zwischen der Deutschen Bundesbahn und dem Bundesverband Deutscher Verkehrsunternehmer verabredeten Zusammenarbeit im öffentlichen Personennahverkehr außerhalb der Ballungsräume, und welche Verbesserungen für die Verkehrsbedienung im ländlichen Raum erwartet die Bundesregierung von dieser Kooperationsvereinbarung?

Die Deutsche Bundesbahn und der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer wollen durch ihre Vereinbarungen den öffentlichen Personennahverkehr in den ländlichen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland bürgerfreundlicher als bisher gestalten. Sie entsprechen damit dem gesetzlichen Auftrag, die Verkehrsbedienung zu fördern und die Verkehrsinteressen auszugleichen. Zur Erreichung dieses Zieles streben die beiden Partner zusammen mit allen sonstigen kooperationswilligen Verkehrsunternehmen die Ausarbeitung von Betriebskonzepten bis hin zur Gründung von Betriebsführungsgesellschaften für Organisation, Einzelplanung, Koordinierung und Kostenminderung ihres Leistungsangebotes sowie die Bildung von Nahverkehrskommissionen der beteiligten kommunalen Gebietskörperschaften an. Die Grundlage für diese Zusammenarbeit ist die jeweilige örtliche oder regionale Verkehrsstruktur.

(C)

Anlage 6

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Schroeder** (Freiburg) (CDU/CSU) (Drucksache 11/1937 Fragen 44 und 45):

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses der Schweizerischen Bundesbahn für 1987, der auf Grund von aus Umweltgründen eingeführten Tarifverbilligungen zu einer Erhöhung des Marktanteils der Schweizerischen Bundesbahn im Personenverkehr und insgesamt zu einem Gewinn von 23 Millionen Schweizer Franken geführt hat, und welche Folgerungen zieht sie hieraus?

(D)

Sind die Erkenntnisse der Schweizerischen Bundesbahn mit „Umwelttarifen" geeignet, gegebenenfalls vergleichbare Modellversuche in solchen Gebieten in der Bundesrepublik Deutschland zu erproben, die bereits in kommunalen Verkehrsverbänden mit „Umwelttarifen" positive Erfahrungen gesammelt haben?

Zu Frage 44:

Der Rechnungsabschluß 1987 der Schweizerischen Bundesbahnen schließt mit einem Gewinn von 23 Millionen Schweizer Franken ab. Beigetragen dazu hat unter anderem, daß die Schweizer Bundesregierung zur Unterstützung des Halbpreisabonnements der Bahn im Jahre 1987 einen finanziellen Beitrag von 40,7 Schweizer Franken geleistet hat. Ohne diesen Zuschuß aus staatlichen Mitteln — das heißt, allein durch die Zunahme der Reisendenzahlen — hätte diese positive Bilanz nicht erreicht werden können.

Zu Frage 45:

Die Deutsche Bundesbahn führt zum 1. April 1988 aus kommerziellen Gründen drei Versuchsangebote ein, die den öffentlichen Personennahverkehr attraktiver machen sollen. Es handelt sich um eine übertragbare Monatskarte, um eine Regional-Sparkarte zur wahlfreien Benutzung aller regionalen Verkehrsmittel der Deutschen Bundesbahn außerhalb der morgendlichen Verkehrsspitze sowie um eine Teilzeitkarte für jedermann, die beliebig oft an 10 Tagen innerhalb eines Monats benutzt werden kann.

(A)

Anlage 7

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Fragen der Abgeordneten **Frau Terborg** (SPD) (Drucksache 11/1937 Fragen 50 und 51):

Hält die Bundesregierung es angesichts der Meldungen, nach denen die private Wachmannschaft des Kernkraftwerkes Unterweser seit neuestem nicht nur mit Pistolen, sondern auch mit Distanzwaffen und chemischen Keulen ausgerüstet worden sein soll, für notwendig, bundeseinheitliche Regelungen zur Ausrüstung der privaten Wachmannschaften zu erstellen?

Sind der Bundesregierung Berichte bekannt, nach denen private Wachmannschaften auch in anderen Kernkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland mit einer gleichgearteten Ausrüstung ausgestattet wurden, und ist der Einsatz dieser Waffen dann nur innerhalb des Werksgeländes vorgesehen?

Zu Frage 50:

Die private Wachmannschaft des Kernkraftwerkes Unterweser ist den Vorschriften entsprechend ausgerüstet. Die vorgeschriebene Ausrüstung besteht aus Pistole, Reizstoffsprühgerät und Schlagstock. Außerdem werden Hunde bei den Streifengängen mitgeführt. Distanzwaffen sind nicht vorgesehen. Reizstoffsprühgeräte sind im Kernkraftwerk Unterweser noch nicht Bestandteil der Ausrüstung.

Eine bundeseinheitliche Regelung zu Ausrüstung der privaten Wachmannschaften ist ergangen und wurde im Gemeinsamen Minsterialblatt Nr. 14 am 30. Mai 1986 Seite 242 veröffentlicht.

Zu Frage 51:

Auch die privaten Wachmannschaften anderer (B) Kernkraftwerke sind entsprechend der im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlichten Vorschriften ausgerüstet. Der Einsatz dieser Ausrüstungsgegenstände ist nur innerhalb des Werksgeländes vorgesehen.

Anlage 8

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Fragen der Abgeordneten **Frau Hensel** (DIE GRÜNEN) (Drucksache 11/1937 Fragen 54 und 55):

Inwieweit reichen die gesetzlichen Grundlagen aus, um die großflächige Markteinführung der neuen PET-Einwegflasche zu verhindern?

Inwieweit ist die Einschätzung richtig, daß durch das Angebot der neuen PET-Einwegflasche das bestehende Mehrwegsystem für Erfrischungsgetränke massiv gefährdet ist, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um eine solche Entwicklung zu verhindern?

Zu Frage 54:

Die Bundesregierung verfolgt entsprechend dem Abfallgesetz das Ziel, Abfallmengen zu vermeiden, zu verringern oder zu verwerten. Sie sieht es nicht als ihre Aufgabe an, Verpackungsinnovationen zu verhindern. Vielmehr hat sie darauf zu achten, daß solche Innovationen den Zielen des Abfallgesetzes Rechnung tragen.

Da die abfallpolitischen Ziele bei der Einführung der PET-Flasche durch eigenverantwortliche und freiwillige Maßnahmen nicht in ausreichendem Maße gesichert werden konnten, will die Bundesregierung von (C) den Ermächtigungen des § 14 Abs. 2 AbfG Gebrauch machen. Der Entwurf einer VO über die Bepfandung und die Rücknahmepflicht für nicht wiederbefüllbare Getränkeverpackungen aus Kunststoffen ist den beteiligten Kreisen zur Stellungnahme übersandt worden.

Zu Frage 55:

Nach Auffassung der beteiligten Kreise der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland soll mit der Einführung der PET-Einwegflasche das bestehende Mehrwegsystem nicht ersetzt werden. Vielmehr ist geplant, die Einwegflasche aus Glas durch die Einwegflasche aus PET zu ersetzen.

Die Bundesregierung ist gleichwohl besorgt, daß durch Veränderung der Marktstrategie der Wirtschaft oder des Verbraucherverhaltens es zu einer weiteren Beeinträchtigung des Mehrwegsystems kommen kann.

Die Bundesregierung sieht in der Stabilisierung und Stärkung des Mehrwegsystems ein wichtiges Instrument, um die abfallpolitischen Ziele des Abfallgesetzes zu erreichen. Es bleibt abzuwarten, ob über die erwähnten Maßnahmen aufgrund des § 14 Abs. 2 AbfG hinaus weitere Schritte zur Verwirklichung dieses Zieles erforderlich sind.

Anlage 9

(D)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Rawe auf die Frage des Abgeordneten **Linsmeier** (CDU/CSU) (Drucksache 11/1937 Frage 59):

Ist es zutreffend, daß eine kostenlose Postbeförderung von Videokassetten für Hörgeschädigte nicht eingeführt wird, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung eine solche Ungleichbehandlung der Hörgeschädigten gegenüber den Blinden, deren Postsendungen gebührenfrei befördert werden?

Es trifft zu, daß die Deutsche Bundespost für die Beförderung von Videokassetten an Hörgeschädigte keine Gebührenvergünstigung gewähren wird.

Aufgabe des Briefdienstes ist es, schriftliche Nachrichten von Person zu Person zu befördern. Hierbei sind Blinde den Sehenden gegenüber stark benachteiligt, weil die von ihnen ausgehenden Postsendungen wegen der besonderen Beschaffenheit der Blindenschrift, die nur auf dafür geeignetem Papier aufgebracht werden kann, umfangreicher als andere Briefsendungen sind. Deshalb müßten für die Übermittlung einer bestimmten schriftlichen Nachricht in Blindenschrift wegen des erheblich größeren Gewichts dieser Sendung mehr Gebühren entrichtet werden als für einen Brief mit gleich langem Text in Normalschrift.

Um diese Benachteiligung auszugleichen, wird seit dem 1. März 1963 auf die Beförderungsgebühr für Blindensendungen verzichtet.

Die geschilderten Benachteiligungen in der Übermittlung schriftlicher Nachrichten treffen für Hörge-

(A) schädigte nicht zu. Ihre Mitteilungen unterscheiden sich bei gleichem Umfang in keiner Weise von denen anderer. Für Sonderregelungen von Seiten der Deutschen Bundespost besteht daher kein Anlaß.

Anlage 10

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Echternach auf die Frage des Abgeordneten **Weiermann** (SPD) (Drucksache 11/1937 Frage 69):

Wie werden sich der geplante Wegfall der Grundsteuerbefreiung und die mögliche Besteuerung des Grundstücksverkehrs nach Meinung der Bundesregierung auf die Baukonjunktur auswirken?

Die Aufhebung der Grundsteuervergünstigung ist Bestandteil des umfassenden Steuerreformkonzepts 1990, auf das sich die Koalitionspartner verständigt haben und über das die Bundesregierung in Kürze detailliert entscheiden wird. Diese Einzelmaßnahme muß deshalb auch in ihren Wirkungen im Gesamtzusammenhang gesehen werden mit

— gleichzeitig in Kraft tretenden Verbesserungen z. B. beim sogenannten Baukindergeld (das von 600 DM auf 750 DM pro Jahr und Kind aufgestockt wird) und
— den durchgreifenden allgemeinen Steuerentlastungen, die auch den Wohneigentümern und Mietern zugute kommen.

(B) Beispielsrechnungen ergeben, daß auch die Steuerzahler, die bislang von der Grundsteuervergünstigung profitieren, nach der Steuerreform 1990 im Vergleich zu 1989 „unter dem Strich" erheblich entlastet werden. Insgesamt führt die Steuerreform 1990 deshalb mit allen ihren Elementen zu einer spürbaren Verbesserung der Wachstumsbedingungen in der gesamten Wirtschaft, auch in der Bauwirtschaft.

Was die Grunderwerbsteuer angeht, so sind Zeitpunkt und Inhalt möglicher Konsequenzen aus den 1977 auf EG-Ebene getroffenen Entscheidungen zur Umsatzsteuerharmonisierung auf die gegenwärtige deutsche Regelung aus heutiger Sicht noch völlig offen. Äußerungen über etwaige Auswirkungen auf die Baukonjunktur wären deshalb reine Spekulation.

Anlage 11

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Echternach auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Sperling** (SPD) (Drucksache 11/1937 Frage 70):

Welchen Handlungsbedarf für die Stärkung und Verstetigung der Bautätigkeit und damit für die Zukunft der Bauwirtschaft sieht die Bundesregierung?

Die Bundesregierung wird ihren Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung und der Stärkung der Wachstumskräfte konsequent fortsetzen. Dies ist die beste Voraussetzung für eine stetige Entwicklung von Bautätigkeit und Bauwirtschaft.

Anlage 12 (C)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Echternach auf die Fragen des Abgeordneten **Menzel** (SPD) (Drucksache 11/1937 Fragen 71 und 72):

Bleibt die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben, die Instandhaltungs- und die Verwaltungskostenpauschale für öffentlich geförderte Wohnungen ab 1. Juni 1988 zu erhöhen?

Beabsichtigt die Bundesregierung, die genehmigungspflichtige Kostenmiete für öffentlich geförderte Wohnungen aufzuheben und die Mieten auch für diese Wohnungen freizugeben?

Zu Frage 71:

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau bereitet gegenwärtig eine entsprechende Kabinettvorlage vor. Die Bundesregierung hat noch keinen Beschluß gefaßt.

Zu Frage 72:

Nein.

Dies hat die Bundesregierung dem Fragesteller bereits auf eine gleichgerichtete Frage am 26. Januar 1988 (BT-Drs.-Nr. 11/1736) mitgeteilt.

Anlage 13

Antwort (D)

des Parl. Staatssekretärs Spranger auf die Fragen der Abgeordneten **Frau Schmidt-Bott** (DIE GRÜNEN) (Drucksache 11/1937 Fragen 73 und 74):

Wie begründet die Bundesregierung grundsätzlich die Tatsache, daß der neue Reisepaß nur für Paßinhaber, nicht aber für Paßinhaberinnen ausgestellt ist?

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei Dienstpässen des Auswärtigen Amtes, bei Ministerialpässen und bei Diplomatenpässen es möglich war, je zwei Exemplare herzustellen, einmal für Paßinhaber und einmal für Paßinhaberinnen?

Zu Frage 73:

Nach § 4 Abs. 4 des am 1. Januar 1988 in Kraft getretenen neuen Paßgesetzes vom 19. April 1986 ist bei der Bestimmung des Musters des neuen Reisepasses der Bundesrepublik Deutschland (Europapaß) die Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 23. Juni 1981 über die Einführung eines Passes nach einheitlichem Muster in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zugrunde zu legen. Diese Entschließung schreibt den Vermerk „Unterschrift des Paßinhabers" vor.

Zu Frage 74:

Die angeführte EG-Entschließung findet auf die amtlichen Pässe der Bundesrepublik Deutschland (Dienst-, Ministerial- und Diplomatenpässe) keine Anwendung, so daß hier eine von der internationalen Terminologie abweichende nationale Bezeichnung gewählt werden konnte.

(A) **Anlage 14**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Spranger auf die Frage des Abgeordneten **Eylmann** (CDU/CSU) (Drucksache 11/1937 Frage 77):

Unterstützt die Bundesregierung den in seiner Abschiedsrede am 16. November 1987 geäußerten Wunsch des verstorbenen Verfassungsgerichtspräsidenten Professor Dr. Zeidler, die Sitzungssäle der Gerichte mit der Bundesflagge als dem Zeichen des Volkes, in dessen Namen Recht gesprochen wird, auszustatten, und wird sie gegebenenfalls Verhandlungen mit den Bundesgerichten und den Ländern aufnehmen, um dieses Ziel zu erreichen?

Die Bundesregierung ist bereit, die Anregung des verstorbenen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Zeidler, aufzugreifen, die Sitzungssäle der Gerichte mit der Bundesflagge auszustatten. Über diese Frage sollte jedoch nicht ohne Beteiligung der Bundesgerichte und der Länder befunden werden.

Der Bundesminister der Justiz wird deshalb die zu seinem Zuständigkeitsbereich gehörenden Bundesgerichte sowie die Landesjustizverwaltungen um eine entsprechende Stellungnahme bitten. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird für seinen Zuständigkeitsbereich hinsichtlich der Länder entsprechend verfahren.

Wie Sie aus der von Ihnen zitieren Abschiedsrede wissen, wurde der Sitzungssaal des Bundesverfassungsgerichts bereits mit der Bundesflagge ausgestattet. Auch beim Bundesarbeitsgericht und beim Bundessozialgericht ist die Anregung bereits verwirklicht (B) worden.

Anlage 15

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Spranger auf die Frage des Abgeordneten **Lemmrich** (CDU/CSU) (Drucksache 11/1937 Frage 78):

Wie hoch beliefen sich 1987 die Ausgaben für die Zusatz-Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes bei den Kommunen (einschließlich Landkreisen), den Ländern, dem Bund, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost?

Die Summe der im Jahre 1987 insgesamt geleisteten Ausgaben für die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung. Wegen der unterschiedlichen Träger der Zusatzversorgung, bei denen die Zahlenangaben erfragt werden müssen, darf ich auf die Drucksache 11/6294 (Seiten 14 bis 17) und 11/1558 (Seiten 5 bis 7) Bezug nehmen. Ich bitte daher um Verständnis, daß ich Ihnen stattdessen die Ausgabensumme für 1986 mitteile.

Im Jahre 1986 wurden für ehemalige Arbeitnehmer des Bundes (einschließlich Bundeswehr, Bundesbahn und Bundespost), der Länder, der Gemeinden, von Nichtgebietskörperschaften, Zuwendungsempfängern und sonstigen Arbeitgebern der öffentlichen (C) Hand und für deren Hinterbliebene rund 8,3 Milliarden DM an Zusatzversorgungsleistungen ausgezahlt. Nicht berücksichtigt sind Zusatzversorgungsleistungen aus besonderen Versorgungssystemen der Rundfunkanstalten, von öffentlich-rechtlichen und vergleichbaren Kreditanstalten und von Ersatzkassen; Zahlenangaben hierüber liegen mir nicht vor.

Anlage 16

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Jahn auf die Fragen der Abgeordneten **Frau Schoppe** (DIE GRÜNEN) (Drucksache 11/1937 Fragen 79 und 80):

Hat die Bundesregierung eine Person benannt oder eingestellt, die unter Mitarbeit des Bundesministeriums der Justiz und des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die bestehenden Gesetze und Verordnungen hinsichtlich einer Änderung der rein männlichen Bezeichnungen durchsieht?

Ist angesichts der Zeile 10 des neuen Reisepasses (den wir ja grundsätzlich ablehnen), in der es heißt „Unterschrift des Paßinhabers", davon auszugehen, daß die Bundesregierung die Bemühungen aller vier Fraktionen des Deutschen Bundestages um eine Änderung der Gesetze und Verordnungen im Hinblick auf weibliche und geschlechtsneutrale Bezeichnungen nicht ernst nimmt?

Zu Frage 79:

Ich beantworte die Frage mit Nein. Die Überprüfung der Gesetzessprache im Sinne der Fraktionsan- (D) träge kann nicht von einer Person allein bewältigt werden. Die Bundesregierung hat dafür eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, wie bereits in den Ausschußberatungen mitgeteilt wurde. Technische Hilfestellung für die Durchsicht der Gesetze und Verordnungen leistet auch JURIS; so z. B. wenn es darum geht, festzustellen, wo noch Begriffe, die auf die Silbe „mann" enden, verwendet werden.

Zu Frage 80:

Die Bundesregierung nimmt die Bemühungen der Bundestagsfraktionen ernst, wie Sie aus der Einsetzung und Arbeit der Arbeitsgruppe Rechtssprache entnehmen können. Die Arbeitsgruppe wird sich auch mit der normgebundenen Verwaltungssprache befassen, d. h. mit der Frage, inwieweit die Gestaltung von Formularen durch Gesetze oder Rechtsverordnungen vorgegeben ist. Zur speziellen Problematik bei den Reisepässen hat PSt Spranger vom BMI auf die Fragen 73 und 74 der Abg. Frau Schmidt-Bott (Drs.-Nr. 11/1937) schriftlich geantwortet.

Anlage 17

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Häfele auf die Frage des Abgeordneten **Uldall** (CDU/CSU) (Drucksache 11/1937 Frage 83):

Wie beurteilt die Bundesregierung das Gutschriftverfahren beim Landhandel, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit, den Vorsteuerabzug gemäß § 24 a Abs. 1 Nr. 3 Umsatzsteuergesetz mißbräuchlich in Anspruch zu nehmen?

Landwirte erhalten seit dem 1. Juli 1984 eine Einkommensbeihilfe über die Umsatzsteuer. Die Beihilfe beträgt 5 vom Hundert des Entgelts für die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Landwirte werden bei der Umsatzsteuer überwiegend nach Durchschnittsätzen besteuert. Sie erhalten die Beihilfe von ihrem Abnehmer, indem sie ihm eine um 5 vom Hundert erhöhte Steuer in Rechnung stellen. Üblicherweise werden von den Landwirten jedoch keine Rechnungen erteilt. Vielmehr rechnen die Abnehmer im Gutschriftsverfahren ab, da nur den Abnehmern die für die Entgeltberechnung erforderlichen Merkmale zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der in den Gutschriften ausgewiesenen Umsatzsteuer nehmen die Abnehmer den Vorsteuerabzug vor.

Die Einführung der Beihilfe hat in der Praxis zu vielfältigen Gestaltungen der Vertriebswege geführt. Es ist zum Beispiel zu beobachten, daß Landwirte, die ihre Erzeugnisse bisher unmittelbar vermarktet haben, bemüht sind, gewerbliche Zwischenhändler einzuschalten, um in den Genuß der Beihilfe zu kommen. Dagegen können grundsätzliche Bedenken nicht erhoben werden. Die Einschaltung des Zwischenhandels ist im Bereich der Landwirtschaft nicht ungewöhnlich. Es steht jedem Landwirt frei, den für ihn günstigsten Vertriebsweg zu wählen. Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß die Beihilfe auch zu mißbräuchlichen Gestaltungen anreizt. Das Bundesministerium der Finanzen hat bereits im Jahre 1984 die Länder gebeten, darauf zu achten, daß Landwirte den Kürzungsbetrag und die gewerblichen Abnehmer den Vorsteuerabzug nicht zu unrecht in Anspruch nehmen.

Anlage 18

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Häfele auf die Fragen des Abgeordneten **Gerster** (Worms) (SPD) (Drucksache 11/1937 Fragen 84 und 85):

Werden über den vom Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa genannten Abbau von 3 447 Arbeitsplätzen für deutsche Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften hinaus weitere Beschäftigungsmöglichkeiten ziviler deutscher Arbeitnehmer reduziert, etwa durch weitere Privatisierung von Dienstleistungen (ROCAS-Programm) und vorzeitige Kündigung befristeter Arbeitsverträge?

In welchem Umfang planen die französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und die britische Rheinarmee, ebenfalls Arbeitsplätze deutscher Arbeitnehmer abzubauen?

Zu Frage 84:

Die Bundesregierung hat nach den internationalen Verträgen keinen Anspruch darauf, bei den Entscheidungen über den Abbau ziviler Arbeitnehmer der Stationierungsstreitkräfte beteiligt zu werden. Dies ist ausschließlich Sache der Entsendestaaten und der Kommandobehörden der Stationierungsstreitkräfte. Die Bundesregierung wird hier nur im Rahmen der ständigen Verbindungen zu den Hauptquartieren unterrichtet.

Die Bundesregierung hat keine Anhaltspunkte dafür, daß im Haushaltsjahr 1988, das am 30. September endet, im Zuge des Abbaus des US-Haushaltsdefizits ein über die von Ihnen genannten Zahlen hinausgehender Arbeitsplatzabbau beabsichtigt ist. Dabei sind die befristeten Arbeitsverhältnisse, die gegebenenfalls vorzeitig gekündigt werden sollen, in der genannten Zahl bereits enthalten. Privatisierungen sind — wenn überhaupt — nur im örtlichen Rahmen und mit allenfalls geringfügigen Auswirkungen geplant. Das sogenannte ROCAS-Abkommen wird vorerst nicht weiter verfolgt.

Zu Frage 85:

Im Bereich der britischen Streitkräfte sind im Haushaltsjahr 1988 keine Stellenkürzungen geplant. Andere Überlegungen, die zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen könnten, sind noch nicht abgeschlossen.

Die französischen Streitkräfte müssen in diesem Jahr insgesamt 250 Arbeitsplätze abbauen. Dies wird jedoch nur etwa 80 Kündigungen erforderlich machen. Auch soweit Kündigungen ausgesprochen werden müssen, besteht noch die Möglichkeit, durch Umsetzungen wenigstens einen Teil der Entlassungen zu vermeiden.

Anlage 19

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Häfele auf die Frage des Abgeordneten **Sieler** (Amberg) (SPD) (Drucksache 11/1937 Frage 86):

Ist die Bundesregierung bereit, ihren Eigentümereinfluß auf die Salzgitter AG auszuüben, damit diese sich an der Auffanggesellschaft Maxhütte beteiligt?

Die Bundesregierung hat bereits mehrere Gespräche mit den zuständigen Organen des Unternehmens geführt. Die Gespräche sind noch nicht abgeschlossen.

Salzgitter hat sich zu einer verstärkten Zusammenarbeit auf dem Profilstahlsektor bereiterklärt. Die Form der Zusammenarbeit ist noch nicht festgelegt.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0720-7980